

***Das Wahlprogramm
der Klimaliste Deutschland
für die Europawahl 2024***



Impressum

Angaben gemäß §5 TMG
Martin Schöne
Dagobertstr. 3
67065 Ludwigshafen

Kontakt

E-Mail: vorstand@klimaliste-deutschland.de

Haftung für Inhalte

Als Diensteanbieter sind wir gemäß § 7 Abs.1 TMG für eigene Inhalte auf diesen Seiten nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich. Nach §§ 8 bis 10 TMG sind wir als Diensteanbieter jedoch nicht verpflichtet, übermittelte oder gespeicherte fremde Informationen zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hinweisen.

Verpflichtungen zur Entfernung oder Sperrung der Nutzung von Informationen nach den allgemeinen Gesetzen bleiben hiervon unberührt. Eine diesbezügliche Haftung ist jedoch erst ab dem Zeitpunkt der Kenntnis einer konkreten Rechtsverletzung möglich. Bei Bekanntwerden von entsprechenden Rechtsverletzungen werden wir diese Inhalte umgehend entfernen.

Haftung für Links

Unser Angebot enthält Links zu externen Websites Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar.

Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Urheberrecht

Die durch die Seitenbetreiber erstellten Inhalte und Werke auf diesen Seiten unterliegen dem deutschen Urheberrecht. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Autors bzw. Erstellers. Downloads und Kopien dieser Seite sind nur für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch gestattet.

Soweit die Inhalte auf dieser Seite nicht vom Betreiber erstellt wurden, werden die Urheberrechte Dritter beachtet. Insbesondere werden Inhalte Dritter als solche gekennzeichnet. Sollten Sie trotzdem auf eine Urheberrechtsverletzung aufmerksam werden, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Inhalte umgehend entfernen.

Über die Klimaliste Deutschland

Wir haben die Partei Klimaliste Deutschland gegründet, um konsequenten und sozial gerechten Klimaschutz politisch voranzubringen.

Die Erderhitzung ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, der nur durch klimagerechte Politik begegnet werden kann. Die bisherigen politischen Bemühungen zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen reichen nicht aus. Klimagerechte Politik bedeutet, die Erderhitzung als globales Phänomen zu betrachten, das Einfluss auf (nahezu) alle politischen Bereiche hat und daher bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden muss. Klimaschutzmaßnahmen müssen sozial gerecht umgesetzt werden.

Wir wollen ehrlich über die Bedeutung und Dringlichkeit der Erderhitzung aufklären, Lösungsmöglichkeiten bieten und zeigen, wie klimagerechte Politik geht. Bei unserer politischen Arbeit beziehen wir uns auf wissenschaftliche Erkenntnisse, weil sie oft bereits die besten Lösungen für komplexe Probleme vorgeben.

Die Klimalisten sind 2020 als Graswurzelbewegungen, zunächst meist als lokale Wählergruppen entstanden. Als Partei sind wir daher aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen aus ganz Deutschland zusammengewachsen. Um unser Wissen und unsere Erfahrungen auszutauschen und langfristig politisch in den Parlamenten auf allen Ebenen wirken zu können, haben wir uns als Bundespartei organisiert. Gegründet haben wir uns am 19. Juni 2021 in Leipzig.

Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für dieses Wahlprogramm war der 19. April 2024.

Inhalt

Impressum

1. Einleitung (Seite 6)

2. Klimagerechtigkeit (Seite 15)

2.1 Europa wird spätestens 2030 klimaneutral (Seite 15)

2.2 Klimagerechtigkeit – Klimafonds – Reparationszahlungen (Seite 18)

2.3 Klimaschutz und Energiewende (Seite 22)

3. Tierrechte und Landwirtschaft (Seite 31)

3.1 Begrenzung der Flächensubventionen (Seite 31)

3.2 Tierschutzverstöße in der Landwirtschaft (Seite 34)

3.3 Klimaschutz und Tierwohl subventionieren (Seite 46)

3.4 Tierversuche verbieten (Seite 62)

3.5 Tierrechte im Sport (Seite 69)

3.6 Alternative Proteine aus zellulärer Landwirtschaft (Seite 72)

3.7 Soja-Leghämoglobin für vegane Ersatzprodukte (Seite 80)

4. Naturschutz (Seite 84)

4.1 Artenschutz (Seite 84)

4.2 Schutz der Vögel vor Vogelschlag (Seite 94)

4.3 Wasserschutz (Seite 105)

4.4 Waldwende (Seite 112)

4.5 Bodenstrategie (Seite 117)

5. Verkehr (Seite 124)

5.1 Mobilitätswende (Seite 126)

5.2 Antriebswende (Seite 134)

5.3 Bahn (Seite 149)

5.4 Flugverkehr drastisch reduzieren (Seite 151)

6. Energie (Seite 173)

6.1 EU-weite Umstellung auf klimaneutrale Energie (Seite 173)

6.2 PV-Produktion (Seite 195)

6.3 Aufteilung der deutschen Strompreiszone (Seite 196)

[6.4 Europäisches HGÜ-Netz \(Seite 198\)](#)

[6.5 Neue Technologien zur Entsorgung von Atommüll \(Seite 200\)](#)

[7. Wärmewende \(Seite 204\)](#)

[8. Finanzen \(Seite 212\)](#)

[8.1 Europäisches Finanzministerium Seite 212\)](#)

[8.2 Währungsfonds \(Seite 217\)](#)

[8.3 Klimaschutz aus Stabilitäts- und Wachstumspakt ausnehmen \(Seite 220\)](#)

[8.4 Finanztransaktionssteuer \(Seite 223\)](#)

[8.5 Ein klimagerechtes und soziales Steuersystem \(Seite 227\)](#)

[9. Wirtschaft \(Seite 235\)](#)

[9.1 Für eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen \(Seite 235\)](#)

[9.2 Faire Handelsverträge \(Seite 248\)](#)

[9.3 Lieferkettengesetz \(Seite 253\)](#)

[9.4 Gegen Greenwashing und Scheinklimaschutz \(Seite 257\)](#)

[9.5 Werbeverbot für klimaschädliche Produkte \(Seite 259\)](#)

[9.6 Reparatur von Waren stärken \(Seite 261\)](#)

[10. Frieden und Migration \(Seite 264\)](#)

[10.1 Frieden schaffen und erhalten \(Seite 264\)](#)

[10.2 Migration \(Seite 269\)](#)

[11. Digitales \(Seite 281\)](#)

[11.1 Fördern von Open Source Software \(Seite 281\)](#)

[12. Demokratie \(Seite 284\)](#)

[12.1 Prozentsperrklauseln verbieten \(Seite 284\)](#)

[12.2 Qualifizierte Mehrheit im EU-Rat \(Seite 286\)](#)

Die Kapitel zur Konzernverantwortung (9.3) und zur Tierausbeutung im Sport (3.5) sind in gemeinsamer Erarbeitung mit der Partei Mensch Umwelt Tierschutz erarbeitet worden. Wir bedanken uns sehr für die wundervolle Zusammenarbeit!

1. Einleitung

Nach dem Hitze-Jahr 2023, dem wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen¹, fragen sich viele: Ist es schon zu spät? Oder lässt sich der Zusammenbruch unseres Klimasystems noch abwenden?

Die großen Hebel sind bei den Ländern mit dem größten Treibhausgas-Ausstoß. Hier liegen die EU-Länder auf Platz 4. Würde sich die Europäische Union mit China, den USA und Indien zusammentun, um ihre Treibhausgasemissionen auf Null zu fahren, so wären bereits mehr als die Hälfte der weltweiten Treibhausgasemissionen vermieden². Andere Länder würden sich anschließen.

Die Europäische Union hat also erheblichen Einfluss auf die Dynamik, die jetzt weltweit in Gang kommen muss, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu retten. Was tut sie dafür?

Ihre Klimaziele wirken ehrgeizig³: Bis 2050 will sie klimaneutral sein, bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen um 55 % senken, bis 2040 – so ein Vorschlag der EU-Kommission – um 90 %.

Leider ist das aber nur am untersten Rand dessen, was der wissenschaftliche Klima-Beirat der EU für gerade noch vertretbar hält⁴. Zu ambitionlos also

¹ Im Durchschnitt von Februar 2023 bis Januar 2024,
<https://taz.de/EU-Klimadienst-Copernicus!/5991185/>

² Anteil an den Treibhausgas-Emissionen weltweit (2019):

1. China 27,4 % (Tendenz steigend)
2. USA 13,0 % (Tendenz fallend)
3. Indien 7,3 % (Tendenz steigend)
4. EU 7,3 % (Tendenz fallend)

Quelle:

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/15216629/16118334/KS-EX-23-001-EN-N.pdf/d4413940-6ef7-2fa8-d6f1-a60cdc4b89f3?version=1.0&t=1676459907834> > Environment

³

<https://www.zeit.de/wissen/2024-02/klimaziele-eu-kommission-treibhausgas-emissionen-2040-faq>,
https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html#:~:text=F%C3%BCr%2081%20%25%20dieser%20Emissionen%20waren,Ein%20wohnerzahl%20verschiebt%20sich%20das%20Ranking

⁴ ebd.

angesichts der sich beschleunigenden Klimakrise. Vor allem aber: Es ist äußerst fraglich, ob die Mitgliedsstaaten diese Klimaziele erreichen werden.

Zwar steigt in der EU der Anteil der erneuerbaren Energien⁵, aber viel zu langsam, gemessen an der Herausforderung: Unsere gesamte Wirtschaft muss innerhalb kürzester Zeit komplett ohne fossile Energien auskommen, über alle Sektoren hinweg.

Davon sind wir weit entfernt: Unsere Straßen werden immer mehr vollgestopft mit immer größeren Verbrenner-Autos⁶. Die Kohlekraftwerke laufen auf Hochtouren. An brandneuen LNG-Terminals wird extrem klimaschädliches Fracking-Gas verladen. Viele hunderttausende Gasheizungen werden jährlich neu eingebaut. Nicht zu reden von den Subventionen für die extrem klimaschädliche Flugindustrie, den Flächenprämien für die Intensiv-Landwirtschaft oder gar den subventionierten CO₂-Exzessen der Privatjets und Luxusyachten.

Wie würde sich eigentlich unser Alltag ändern, wenn die Europäische Union wirklich unser Klima schützen würde?

Viele denken dabei zuerst an Einschränkungen. Und es stimmt ja auch: Ganz ohne Einschränkungen würde es nicht gehen. Alles hat seinen Preis, auch die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Aber wir würden auch viel gewinnen.

So schön wäre es, in einem klimafreundlichen Europa zu leben

In unseren Städten wäre viel mehr Platz⁷. Wo heute alles für Straßen und Parkplätze zubetoniert ist, träfen sich Menschen in Gärten, Parks und auf Spielplätzen. Bäume würden an heißen Sommertagen für Kühlung sorgen, an verregneten Tagen würde das Erdreich den Regen aufnehmen, bevor die Keller volllaufen.

Wir würden viel mehr Vögel zwitschern hören. Heute darf Glyphosat zerstören, was den Vögeln als Nahrung dienen könnte. In einer klima- und artenfreundlich

⁵ <https://taz.de/Stromproduktion-in-der-EU/!5991051/>

⁶ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-02/paris-verkehrspolitik-abstimmung-parkgebuehren-suv>

⁷ Wie viel Raumpotenzial die Verkehrswende bis 2030 mit sich bringt, hat die taz am Beispiel Hamburg ausgerechnet: <https://taz.de/Was-Staedte-durch-weniger-Autos-gewinnen/!5986938/>. Der Künstler Jan Kamensky hat die klimafreundliche Umgestaltung von Städten visualisiert: <https://www.instagram.com/jankamensky/>

gestalteten Umgebung wären die Bienen und Regenwürmer zurück, von denen auch unser Überleben abhängt.

Die gnadenlos mit Pestiziden vergifteten Monokulturen der Intensiv-Landwirtschaft hätten ein Ende. Denn unsere Landwirtinnen und Landwirte würden bezahlt für den Erhalt der Natur, die sie lieben, nicht für ihre Zerstörung. Kleinbäuerliche Betriebe, die ihre Äcker schonend bewirtschaften, müssten nicht den riesigen Agrarfabriken weichen, die heute den Löwenanteil der Agrar-Subventionen als Flächenprämien einstreichen.

Weil es erheblich weniger Rinder, Schweine und Hühner gäbe, müssten diese nicht länger ein freudloses Dasein in qualvoller Enge fristen. Keine Sau müsste mehr bewegungslos im Kastenstand verharren, kein Schwein auf kotverschmiertem Spaltenboden sich die Klauen wund treten, keine Mutterkuh mehr stundenlang klagen, weil ihr viel zu früh ihr Kalb weggenommen wurde. Und wir Menschen würden länger leben, wenn wir unsere Ernährung klimaschonend umstellen würden.

Der öffentliche Nah- und Fernverkehr wäre gut ausgebaut, pünktlich und zuverlässig. Eine Radfahrt ins Stadtzentrum wäre kein Überlebenskampf auf überfüllten Straßen mehr, sondern eine erholsame Genussfahrt durch neu angelegte Alleen. Wir wären zu Fuß oder mit dem Rad viel entspannter und sicherer unterwegs, weil in den Städten viel weniger Autos unterwegs wären, und das deutlich langsamer und bald nur noch elektrisch.

Unsere Urlaubsreisen wären schöner als je zuvor. Statt auf Urlaubsinseln zu fliegen, die bald im Meer untergehen, weil Menschen auf Urlaubsinseln fliegen, würden uns komfortable und schnelle Züge an Urlaubsorte bringen, die nicht weniger wundervoll sind.

Wie viel besser ginge es uns, wenn es uns gelingen würde, die Erderhitzung doch noch rechtzeitig zu stoppen!

Die Menschen am Mittelmeer hätten wieder Hoffnung, dass ihre verwüsteten Äcker wieder Frucht tragen, ihre Wälder sich von den Bränden wieder erholen, ihre ausgetrockneten Grundwasser-Reservoirs sich wieder füllen.

Die jungen Menschen unter uns müssten nicht länger ihre Verzweiflung hinausschreien, weil sie wieder Hoffnung schöpften, dass auch sie und ihre Kinder eine Chance haben auf ein schönes Leben in einer intakten Umwelt.

Wir müssten uns nicht länger schämen vor denen, die nach uns kommen. Wer von uns möchte schon die Lebenschancen der Kinder ruinieren? Wer von uns sagt schon: „Meine Kinder sollen es einmal schlechter haben als ich“?

Wer sagt, dass wir nicht handeln wollen?

Wie können wir den Politiker:innen nur begreiflich machen, dass wir es ernst meinen mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen? Sie lassen sich beeindrucken von Umfragen, nach denen wir zwar Klimaschutz wollen, aber nicht bereit sind, dafür etwas an unserem Leben zu ändern.

Wie mutlos! Warum nur denken sie so schlecht von uns?

Wir sind viele! Wir können es schaffen!

Schau dich um: Überall sind Menschen, die es gut miteinander meinen⁸. Sie heilen und pflegen ihre Kranken und Alten, erziehen ihre Kinder, bauen unsere Häuser, reinigen unsere Büros und Toiletten, entsorgen unseren Müll, ernten, verarbeiten und verkaufen unsere Lebensmittel, musizieren und schauspielern für uns, bedienen uns in liebevoll eingerichteten Restaurants, schützen uns und entschärfen Konflikte. So viel guter Wille! So viel Expertise! So viel gegenseitiges Vertrauen! So viel positive Lebensenergie! Warum sollten all diese Menschen nicht auch zusammenarbeiten können, um unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen zu erhalten? Und warum sollten wir das nicht sozial gerecht hinbekommen?

Viele engagieren sich längst im Kampf gegen die Erderhitzung. Und es wären noch viel mehr, wenn allen bewusst wäre, was auf dem Spiel steht.

Unser friedliches Zusammenleben ist heute so gefährdet wie nie. Wenn wir nicht ganz schnell aus den fossilen Energien aussteigen, wird sich die Erderhitzung so

⁸ In der Ökonomie wird deshalb der “homo oeconomicus” zunehmend infrage gestellt, sagt die Nachhaltigkeitsforscherin Maja Göbel: “Dieser ‘repräsentative Akteur’ ist immer egoistisch, will immer seinen Mehrwert herausziehen und kann nie genug haben. Mittlerweile wird das von vielen in der Ökonomie angegriffen. Dieser Akteur hat nichts mit menschlichen Potentialen zu tun und vergisst, dass wir alle sozial eingebettet leben.”

<https://www.tagesspiegel.de/politik/jedes-biologische-system-hat-irgendwann-sein-maximum-erreicht-5703727.html>

verschlimmern, dass Wasser und Nahrung nicht mehr für alle reichen. Wie unser Zusammenleben dann aussehen wird: Das wollen wir uns nicht vorstellen.

Gemeinsam gegen rechts

Leider gibt uns das Erstarren der Rechten bereits einen Vorgeschmack dessen, was uns in einer Welt schwindender Überlebensressourcen erwartet.

Die Rechten wollen gegen die Erderhitzung nichts unternehmen. Dadurch würde alles noch schlimmer. Immer mehr Menschen müssten vor Hitze, Hunger und Klimakriegen fliehen. Diese Verzweifelten vor den Toren Europas elend zugrunde gehen zu lassen – das ist der Plan der Rechten. Wir wollen ihn verhindern.

Wir Menschen haben viel erreicht. Wir wollen nicht alles wieder verlieren!

Das fossile Zeitalter, in dem wir jetzt noch leben, wird zuende gehen, so oder so: Entweder es mündet ungesteuert in Chaos, Zerstörung und Tod. Oder wir beenden es rechtzeitig selbst, zivilisiert, geordnet und sozial gerecht.

Wir Menschen haben viel erreicht. Unsere Lebenserwartung hat sich mehr als verdoppelt⁹, unsere Arbeitsbedingungen haben sich enorm verbessert, wir haben größere Freiheiten und mehr Freizeit als je zuvor, die Digitalisierung eröffnet uns Möglichkeiten der Bildung und Teilhabe, die früher unvorstellbar schienen.

All das wollen wir nicht missen. Und genau deshalb müssen wir unsere Abhängigkeit von den fossilen Energien so schnell wie möglich beenden. Wenn wir das nicht schaffen, laufen wir Gefahr, alles wieder zu verlieren.

Diese Gefahr wächst von Tag zu Tag. Schneller als erwartet, sind die schlimmsten Szenarien der Klima-Wissenschaft zur Realität geworden:

- 2023 verbrannte in Kanada so viel Wald wie nie¹⁰.
- In Libyen spülte eine meterhohe Flutwelle ganze Stadtviertel ins Meer¹¹.
- In Indien treibt die Dürre seit Jahren zehntausende Menschen auf dem Land in den Suizid. Immer häufiger überschreiten die Temperaturen die 50-Grad-Marke¹².

⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Demografie_Deutschlands#Lebenserwartung_von_1875_bis_2020

¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Waldbr%C3%A4nde_in_Kanada_2023

¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Darna#Flutkatastrophe_2023

¹²

- Im pakistanischen Jacobabad verlassen seit einigen Jahren jedes Frühjahr Hunderttausende ihre Dörfer und kehren erst im Herbst wieder zurück, weil die Sommerhitze tödlich geworden ist¹³.
- Afrika leidet unter Dürren, Stürmen und Überflutungen in einem früher unvorstellbaren Ausmaß. In Somalia ist die Regenzeit fünf Jahre in Folge ausgefallen¹⁴.
- In der Karibik führt der Anstieg des Meeresspiegels bereits zum Untergang der ersten Inseln¹⁵.
- Deutschland entwickelt sich zur optimalen Brutstätte für Viren und Bakterien¹⁶.

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Aber es wird noch viel schlimmer kommen, wenn wir nicht endlich das Notwendige tun:

- Bis 2050 wird die Erderhitzung weit mehr als 100 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner in die Flucht zwingen¹⁷.
- 2070 werden riesige Weltregionen praktisch unbewohnbar sein¹⁸. In Deutschland erleben wir dann eine Flutkatastrophe wie im Ahrtal alle zwei Wochen¹⁹.

https://share.deutschlandradio.de/dlf-audiothek-audio-teilen.3265.de.html?mdm:audio_id=dira_DLF_19b1f328

¹³ <https://www.zeit.de/2023/19/sommer-pakistan-jacobabad-hitze>

¹⁴

https://www.thecontinent.org/_files/ugd/287178_2729a587b2b944b1b383161307c28d09.pdf?index=true

¹⁵ <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/die-ersten-inseln-versinken-im-meer-4634698.html>,

https://en.wikipedia.org/wiki/Cart%C3%AD_Sugtupu

¹⁶

<https://www.zeit.de/gesundheit/2023-06/infektionskrankheiten-zunahme-rki-bakterien-klimawandel>

,

<https://www.zeit.de/gesundheit/2023-05/west-nil-virus-infektion-muecken-klimawandel-insekten-forschung>

¹⁷

<https://pdpwbj.clicks.mlsend.com/te/cl/eyJ2ljoie1wiYVwiOjl0OTYxNyxcImxcljo4ODg1ODcyNzEyNTM1NDQ5NCxclncljo4ODg1ODc3MzQwODQ0OTYyM30iLCZljoieZmU1MjFmNTEzY2Q4M2JjYSJ9>

¹⁸

<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2020-05/klimawandel-erderwaermung-2070-hitze-treibhausgas-klimakrise-klimaschutz>

¹⁹

<https://podcasts.google.com/feed/aHR0cHM6Ly9wb2RjYXN0LmhyLmRIL2ZyZWloZWl0LWRIbHV4ZS9wb2RjYXN0LnhtbA/episode/aHR0cHM6Ly9tcDNwb2RjYXN0aHItYS5ha2FtYWloZC5uZXQvbXA>

- 2100 wird es in der Heimat von einem Drittel der Weltbevölkerung zu heiß zum Überleben sein²⁰. In Europa sind dann jährlich bis zu zwei Drittel der Bevölkerung von Wetterextremen betroffen²¹.

Immer wahrscheinlicher erscheint, dass veränderte Meeresströmungen einen drastischen Temperatursturz in Europa bewirken werden, während sich im Globalen Süden die unerträgliche Hitze noch mehr verschlimmern wird²².

Glücklicherweise zeigt uns die Wissenschaft aber auch Wege aus der Katastrophe. Alle Technologien, die wir dafür brauchen, sind verfügbar.

In diesem Wahlprogramm zeigen wir Maßnahmen auf, die aus Sicht der Wissenschaft zur Rettung unserer Lebensgrundlagen nötig sind. Und wir zeigen, wie sie sozial gerecht umgesetzt werden können.

Klimaliste Deutschland: höchste Priorität auf der Bewahrung unserer Lebensgrundlagen

Im Pariser Klimavertrag hat sich die Europäische Union auf die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze verpflichtet. Denn jenseits dieser Marke lauern ungeheure Gefahren.

An diesem Ziel halten wir fest, solange es noch physikalisch erreichbar ist. Zwar erscheint es politisch unrealistisch, aber deswegen gehen wir ja in die Politik. Sollte die 1,5-Grad-Grenze überschritten werden, werden wir um jedes weitere Zehntelgrad kämpfen.

Warum gerade wir?

Vielleicht fragst du: Wozu braucht es die Klimaliste im EU-Parlament? Gibt es nicht bereits andere, die sich für Klima- und Artenschutz einsetzen?

[zL3BvZGNhc3QvZnJlaWhlaXQtZGVsdXhll2ZyZWloZWl0LWRlbHV4ZV8yMDIzMDEyN185NzA3M DMxMS5tcDM?sa=X&ved=0CAgQuIEEahcKEwjiwjlwoKCAxUAAAAAHQAAAAAQLA](https://www.klimaliste.de/podcasts/freiheit-deluxe/neubauer-transkript-100.pdf), Transkript https://download.hr2.de/podcasts/freiheit_deluxe/neubauer-transkript-100.pdf

²⁰

<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-05/globale-erwaermung-klimawandel-temperaturanstieg-folgen/komplettansicht>

²¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Unwetter>

²²

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-forscher-warren-vor-verheerendem-kippunkt-bei-stroemungen-im-atlantik-a-8c5be351-b24d-4e81-9d7c-e1f80efb0c80>

Ja, die gibt es, und wir sind sehr froh darüber. Alle, die sich für Klima- und Artenschutz engagieren, sind unsere Verbündeten. Aber politisch repräsentieren kann uns eine Partei nur dann, wenn sie uns schnell und entschlossen aus der Abhängigkeit von den fossilen Energien führt, statt die fossile Infrastruktur immer weiter auszubauen. Und wenn sie die Arten schützt, statt beispielsweise die EU-Zulassung des Artenkillers Glyphosat kampflos zu akzeptieren²³.

Die Physik kennt keine Kompromisse. Wer auch immer das zerbrechliche Glas unseres Klimasystems über den Tischrand schiebt, bis es kippt, vertritt nicht unsere Interessen.

Wir sind die Partei für alle, die das Klimasystem noch retten wollen, bevor es zerbricht. In diesem Punkt sind wir kompromisslos. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht bereit wären zum Dialog mit allen anderen demokratischen Parteien.

Klimaschutz geht nur gemeinsam. Wir wollen nicht ins EU-Parlament, um dort den anderen zu erzählen, dass sie bisher alles falsch gemacht haben. Was andere vor uns geleistet haben, erkennen wir an und bauen darauf auf. Aber wir werden sie im geduldigen Gespräch davon überzeugen, dass es nicht genügt.

Wir sind eine Partei für Wissenschaftlichkeit. Nicht nur in unseren Forderungen, sondern auch in unserem Auftreten und in unserer Arbeitsweise. Viele unserer Mitglieder sind Wissenschaftler:innen. Wir wissen, wie mühsam die Kleinarbeit ist, die jeder großen Veränderung vorausgeht, und wir sind bereit dazu. Die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist uns jeder Mühe wert.

Bei der Europawahl stehen unsere Chancen besonders gut, weil es keine Fünf-Prozent-Hürde gibt.

Wir treten ein für ein besseres Leben für alle in einem Europa, das unsere Lebensgrundlagen schützt. Dafür bitten wir dich um dein Vertrauen und um deine Stimme.

²³ <https://taz.de/Neue-EU-Zulassung-fuer-Glyphosat/!5969921/>

Zur Orientierung im Wahlprogramm

Die Beiträge in diesem Wahlprogramm folgen einer einheitlichen Gliederung, wobei nicht alle Gliederungspunkte in jedem Beitrag vorkommen:

- 1. Einleitung
- 2. Problembeschreibung
 - 2.1 Problemerkklärung
 - 2.2 Beispiel
 - 2.3 Problemrelevanz
- 3. Lösungsvorschlag: unsere Forderungen
- 4. Begründung
- 5. Entkräften von Gegenargumenten
- 6. Gegenfinanzierung
- 7. Quellenangaben

2. Klimagerechtigkeit

2.1 Europa wird spätestens 2030 klimaneutral. Einsatz gegen jedes Zehntelgrad Erderhitzung

2.1.1 Einleitung

Unser Planet befindet sich in einer menschengemachten Klimakrise. Aufgrund der Verbrennung fossiler Energien, massenhafter Tierhaltung und Abholzung riesiger Waldgebiete haben wir laut Daten des EU-Klimadienstes Copernicus bereits eine Erderwärmung, die erstmals durchschnittlich zwölf Monate lang 1,5 Grad über dem Referenzzeitraum lag²⁴. Die wissenschaftlichen Fakten sind klar, genauso wie das Ziel, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen.

2.1.2 Problembeschreibung

Die Mehrheit aller Staaten (ebenso Deutschland) hat 2015 das Pariser Abkommen unterzeichnet, doch zwischen der Absichtserklärung und der Umsetzung herrscht eine große Diskrepanz. Klimaschutz passiert überwiegend zu wenig und zu langsam.

2.1.2.1 Problemerkklärung

Europa plant, 2050 klimaneutral zu sein, obwohl das weltweite CO₂-Budget zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze bereits in wenigen Jahren aufgebraucht sein wird²⁵. Europas Budget ist bereits aufgebraucht²⁶.

²⁴ <https://www.copernicus.eu/de/node/47936>

²⁵ <https://www.nature.com/articles/s41558-023-01848-5>

²⁶ <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A47/>: „Würde die historische Verantwortung der traditionellen Industrieländer für den Klimawandel berücksichtigt ..., würde das in der Regel dazu führen, dass die EU in einem 1,5 °C-kompatiblen Budget keinerlei Emissionsberechtigungen mehr erhält.“. Lt. Sachverständigenrat für Umweltfragen ist auch Deutschlands Budget aufgebraucht: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2024_03_C02_Budget.html

2.1.2.2 Beispiel

Darüber hinaus werden diese bereits schwach gesteckten Ziele oftmals sogar noch verfehlt, wie beispielsweise 2022 sowohl im Verkehrs- als auch im Gebäudesektor.

2.1.2.3 Problemrelevanz

Extremwetter: Wie vorhergesagt, nur schlimmer

Die Voraussagen des IPCC treten überwiegend früher ein als gedacht. 2023 war ein Jahr, das regelmäßig Rekorde brach, z. B. die Erhitzung der Meere. Die Folgen des Klimawandels treffen uns hart: Buschfeuer zerstören Landstriche und Fluten und Dürren vernichten Ernten. Der Verlust von Lebensgrundlagen zwingt immer mehr Menschen weltweit, ihre Heimat zu verlassen.

2.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Um dieses Leid einzudämmen, müssen wir nun konsequent auf die Wissenschaft hören und unsere Lebensgrundlagen schützen, indem wir uns vereint einsetzen gegen jedes weitere Zehntelgrad Erderhitzung. Für die Europäische Union bedeutet das:

- Die Europäische Union muss 2030 klimaneutral sein.

2.1.4 Begründung

Nur wenn wir jetzt endlich tun, was die Klimawissenschaft fordert, werden weitere Kippunkte vermieden, die den Klimawandel unkontrollierbar vorantreiben und unsere Erde am Ende des Jahrhunderts auf 4-6°C erhitzen würden.

Aufgrund einer begrenzten Lebensdauer der Treibhausgase würde die Erderhitzung bei jetzt eingeleitetem effektivem Klimaschutz langfristig wieder sinken. Damit würden wir die schlimmsten Katastrophen für Mensch, Tier- und Pflanzenwelt abwenden.

2.1.7 Quellenangaben

- Fell, Hans-Josef (2022): Neuer Strom-Markt für 100 Prozent Erneuerbare bis 2030
(<https://www.klimareporter.de/strom/neuer-strom-markt-fuer-100-prozent-erneuerbare-bis-2030>)
- „Finden Sie heraus, wann Ihr Land CO₂-neutral sein muss:“
https://www.showyourbudgets.org/de/?country=european_union (Dieses Tool basiert auf Daten des IPCC, die mittlerweile als überholt gelten, siehe folgende Studie von Oktober 2023:
<https://www.nature.com/articles/s41558-023-01848-5>. Zum Budget-Ansatz vgl. <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A47/>: „Würde die historische Verantwortung der traditionellen Industrieländer für den Klimawandel berücksichtigt ..., würde das in der Regel dazu führen, dass die EU in einem 1,5 °C-kompatiblen Budget keinerlei Emissionsberechtigungen mehr erhält.“)
- Verkehrssektor in Deutschland:
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klimaziel-2022-verkehrssektor-in-deutschland-noch>
- Temperaturrekord in den Weltmeeren:
<https://www.forschung-und-lehre.de/forschung/ozeane-so-heiss-wie-nie-5860>

2.2 Klimagerechtigkeit – Klimafonds – Reparationszahlungen

2.2.1 Einleitung

Viele Länder erleben bereits heute massive Kosten und soziale Probleme durch Klimafolgeschäden. Diese können in manchen Fällen sogar existenzbedrohend sein. Am härtesten getroffen sind oft diejenigen Länder, die am wenigsten zur Erderhitzung beigetragen haben. Sie brauchen Hilfe und haben Anspruch auf Entschädigung.

2.2.2 Problembeschreibung

Ganze Gesellschaften sind in Gefahr

Inseln sind schutzlos Extremwettern ausgesetzt und drohen im Meer zu versinken, ganze Staaten sind betroffen durch Dürren, Hitze, Naturkatastrophen oder schlicht eine so deutliche Veränderung der klimatischen Bedingungen, dass althergebrachte Wirtschaftsstrukturen, vor allem in der Landwirtschaft, geändert werden müssen. Dies mag bei einjährigen Nutzpflanzen noch vergleichsweise einfach sein. Bei langlebigen Kulturen wie Bananen, Kaffee, Kakao, anderen Obstsorten, Tee oder Nüssen ist dies aber mit hohen Investitionskosten und Renditeausfällen verbunden. Ganze Wirtschaftssysteme kippen, die Gesundheit der Menschen wird durch die Klimaveränderungen und Naturkatastrophen massiv bedroht.

2.2.2.1 Problemerkklärung

Aus moralischer Verantwortung und Eigeninteresse

Für die Emissionen, die die Klimakatastrophe hervorrufen, sind die ärmsten Volkswirtschaften im Globalen Süden sowohl historisch als auch aktuell deutlich unterproportional verantwortlich. Die Verursachenden sitzen fast vollständig im Globalen Norden, in Europa, Asien und Nordamerika.

Moralisch dürfte unstrittig sein: Wer das Problem verursacht hat, muss auch entsprechend für die resultierenden Kosten aufkommen müssen, egal, wem diese entstehen. Doch auch über die rein ethisch/moralische Komponente ist es von Relevanz für den Globalen Norden, die Auswirkungen der Klimakrise zu begrenzen. Schätzungen der Weltbank gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2050 allein 140

Millionen Menschen weltweit als Klimaflüchtlinge ihre jeweilige Heimat verlassen müssen.

2.2.2.2 Beispiel

Als Beispiel für das Ausmaß der Klimaschäden seien hier die Inselstaaten, insbesondere auf flachen Atollen wie im Südpazifik, der Karibik oder dem Indischen Ozean genannt. Ganze Inseln drohen durch den bereits gemessenen und bestätigten Anstieg des Meeresspiegels vollständig im Meer zu versinken. Dieser Effekt wird verstärkt dadurch, dass Korallenriffe, die bisher als Wellenbrecher dienen und Erosion verhindern, durch wärmere Wassertemperaturen und eine Versauerung des Meeres Opfer der Korallenbleiche werden und absterben. So sind die Inseln den Naturgewalten – die überdies durch stärkere Stürme aufgrund höherer Wassertemperaturen und mithin Energie im System auch stärker werden – schutzlos ausgesetzt und fruchtbarer Boden wird weggespült. Außerdem werden Süßwasserreserven durch Meerwasser unbrauchbar.

2.2.2.3 Problemrelevanz

Global gesehen zählen schon heute die Kosten für Klimafolgeschäden gemäß Untersuchungen renommierter Einrichtungen wie der Universität Oxford oder Moody's Analytics nach mehreren Billionen Dollar im Jahr – Tendenz stark steigend. Diese Kosten treffen die ärmsten Volkswirtschaften im Globalen Süden, speziell in den Tropen und Subtropen, deutlich überproportional.

Die Fluchtbewegungen als Folge der Erderhitzung werden weit über das hinausgehen, was wir bisher erlebt haben. Anders als bei herkömmlicher Flucht vor Armut und Krieg ergibt diese Flucht keinen Sinn, wenn sie als Binnenflucht ausgeführt wird. Auch eine Flucht in unmittelbare Nachbarländer, wie heute noch der absolut überwiegende Teil der Flüchtlinge es tut, wird dann keine Linderung mehr bringen. Praktisch alle diese Flüchtlinge werden versuchen, in Länder zu kommen, die entsprechend bessere Lebensbedingungen bieten. Diese befinden sich fast ausschließlich im Globalen Norden, mitunter in Europa. Weiterhin ist davon auszugehen, dass die resultierenden wirtschaftlichen Probleme zu vermehrten Kriegen und sonstigen bewaffneten Konflikten in den Ländern des Globalen Südens führen. Beispielsweise könnte die Ressource Wasser zeitnah Öl als Hauptgrund für Kriege ablösen. Die bewaffneten Konflikte, die auch großflächig auftreten könnten,

können hunderte Millionen weitere Menschen in die Flucht treiben. Viele davon würden ebenfalls versuchen, nach Europa zu kommen.

Weiterhin würden diese Konflikte Nachschubketten in vielen Bereichen in Frage stellen. Bei den genannten landwirtschaftlichen Gütern, aber auch bei vielen Bodenschätzen, die in diesen Regionen gefördert werden – Edelmetalle, Seltene Erden und dergleichen – könnte das die Versorgung auch in Deutschland und Europa in Frage stellen.

2.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Angesichts dieser Aussichten ist es nicht nur eine Frage der Moral, sondern auch ureigenes Interesse der Länder des Globalen Nordens, namentlich Deutschlands und der EU, Klimafolgekosten abzumildern und die überproportional von der Klimakatastrophe betroffenen Länder des Globalen Südens zu stützen, auch und insbesondere in ihrer ökonomischen Transformation und der notwendigen Klimawandeladaptation.

Wir fordern aus diesem Grund:

- Einzahlungen in den auf der COP28 vereinbarten Fonds zur Bewältigung klimabedingter Schäden und Verluste, zu leisten von Deutschland sowie von anderen europäischen Staaten des Globalen Nordens, relativ zu ihrer historischen kumulierten Emission von Klimagasen, also CO₂-Äquivalenten.
- Die EU soll ihren Einfluss geltend machen, um sicherzustellen, dass aus diesem Fonds besagte transformative Prozesse im Globalen Süden in großen Teilen finanziert oder bezuschusst werden.
- Die Höhe der zu verantwortenden Emissionen sollte nicht am Ort der Entstehung (Produktion) bemessen werden, sondern dort, wo die produzierten Konsumgüter genutzt und verbraucht wurden, da der hohe Lebensstandard und Konsum verantwortlich ist für eine Produktion im Ausland.
- Die Höhe der Einzahlung sollte sich an den realen Kosten orientieren.

2.2.7 Quellenangaben

- Klimaschäden-Folgefonds:
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/millionen-deutschland-vae-klimahilfe-fonds-102.html>
- Weltbank-Report zur Klimamigration:
<https://www.worldbank.org/en/news/feature/2018/03/19/meet-the-human-faces-of-climate-migration>

2.3 Klimaschutz und Energiewende:

Die 1,5-Grad-Grenze als neues Maastricht-Kriterium verbindlich machen

2.3.1 Einleitung

Die Entscheidungen der Europäischen Union zu Klima und Energie haben erhebliche Auswirkungen weit über die Grenzen Europas hinaus. Wenn die weltweit viertgrößte Treibhausgas-Emittentin²⁷ rasch aus den fossilen Energien aussteigt, gehen andere Länder mit, und Menschen auf der ganzen Erde schöpfen Hoffnung, dass die natürlichen Lebensgrundlagen doch noch bewahrt werden können.

Das Klimasystem der Erde steht kurz vor dem Kollaps. Nur schnelles und entschiedenes Gegensteuern kann uns jetzt noch retten. Dazu muss die EU ihren Teil beitragen: Sie muss so schnell ihre Treibhausgas-Emissionen auf Netto Null reduzieren, wie es zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze erforderlich ist.

Viel hängt von der Umsetzung in den Mitgliedsstaaten ab²⁸. Doch die EU gibt den Rahmen vor. Die fossilen Mächte des selbstzerstörerischen „Weiter so“ wissen das. Sie konzentrieren in Brüssel so viel Lobby-Power wie sonst nur in Washington. Mehrere hundert Industrie- und Wirtschaftsverbände sind hier registriert. „Die meisten von ihnen unterstützen formal die Klimaziele, lobbyieren aber tagtäglich gegen neue Gesetze“, haben zwei investigative Journalistinnen recherchiert²⁹.

Wo steht die Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union heute? Was wurde erreicht, was wurde verhindert? Was ist zu tun?

²⁷ https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2023

²⁸ Zur Rollenverteilung siehe <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/klima-347/336241/klimaschutz-als-aufgabe-fuer-politik-und-gesellschaft/> > Die EU und ihre Klimapolitik – ein starker Akteur

²⁹ Götze u. Joeres (2020)

2.3.2 Problembeschreibung

Anspruch und Wirklichkeit

Die EU bekennt sich zu Rechtsgrundlagen, die eine wirksame Klimaschutzpolitik erfordern³⁰. Dazu zählen insbesondere die UN-Klimarahmenkonvention³¹ und das Übereinkommen von Paris³². Darin hat sich die EU dem Ziel verpflichtet, die Erderhitzung möglichst auf unter 1,5 °C zu begrenzen. Doch dafür reichen ihre Maßnahmen nicht aus.

Schon die Ziele sind unzureichend³³: Treibhausgasneutral will die EU erst 2050 werden. Die Internationale Energieagentur hält dagegen Netto Null im Jahr 2045 für erforderlich³⁴. Und auch das dürfte zu spät sein. Denn inzwischen hat sich die Situation derart zugespitzt, dass manche Fachleute aus der Klimaforschung die 1,5-Grad-Grenze heute schon für gescheitert halten³⁵.

Der EU-Klimabeirat empfiehlt immerhin, die Emissionen bereits bis 2040 um bis zu 95 % gegenüber 1990 zu verringern³⁶. Dieses Zwischenziel befindet sich noch in der Abstimmung. Bereits beschlossen ist als Zwischenziel für 2030 eine Treibhausgas-Reduktion von 55 %³⁷. Fachleute halten jedoch eine Minderung um mindestens 65 % bis 2030 für erforderlich³⁸.

Die Klimaziele der Europäischen Union müssen dringend nachgeschärft werden, wenn sie noch auf den 1,5-Grad-Pfad kommen soll.

³⁰ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klima-energiepolitik-in-der-eu>

³¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Rahmen%C3%BCbereinkommen_der_Vereinten_Nationen_%C3%BCber_Klima%C3%A4nderungen

³² <https://eur-lex.europa.eu/content/paris-agreement/paris-agreement.html?locale=de>

³³ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele#zielvereinbarungen>

³⁴ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-klimaziel-erreichbar-100.html>

³⁵ <https://www.n-tv.de/ticker/Klimaforscher-Latif-zu-Erderwaermung-1-5-Grad-Ziel-ist-nicht-mehr-erreichbar-article23471465.html>

³⁶ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-eu-emissionen-klimabeirat-2040-100.html>

³⁷ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/climate-change/#:~:text=Nach%20dem%20Europ%C3%A4ischen%20Klimagesetz%20m%C3%BCssen,Eine%20klimaneutrale%20EU%20bis%202050>

³⁸ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/klima-347/336241/klimaschutz-als-aufgabe-fuer-politik-und-gesellschaft/> > Kritik an der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik

Doch nicht einmal ihre eigenen, ungenügenden Ziele setzt die Europäische Union in die Praxis um. Laut Umweltbundesamt müssen die Maßnahmen noch erheblich ambitionierter werden³⁹. Auch der Climate Action Tracker, laufend aktualisiert unter anderem von dem renommierten Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, stellt der EU kein gutes Zeugnis aus⁴⁰.

Die Europäische Union ist weit davon entfernt, angesichts des drohenden Klima-Kollaps adäquat zu handeln. Immer noch sind viel zu viele CO₂-Zertifikate auf dem Markt, weshalb die Unternehmen weiter große Mengen an Treibhausgasen emittieren, ohne dafür finanziell zur Rechenschaft gezogen zu werden⁴¹. Mehr Ehrgeiz ist auch im Gebäudesektor⁴² und beim Ausbau der Erneuerbaren Energien⁴³ erforderlich.

2.3.2.1 Problemerkklärung

Die Physik lässt nicht mit sich verhandeln

Wenn eine Tasse ihren Kippunkt überschreitet und vom Tisch fällt, zerbricht sie, egal ob sie vorher zu 80 % oder nur zu 51 % über den Tischrand geschoben wurde. Mit dem Klimasystem ist es genauso. Daher ist der Kampf um die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze keine rechthaberische Feilscherei: Es geht um unser Überleben.

Vor diesem Hintergrund besteht kein Anlass, mit der Klimapolitik der EU zufrieden zu sein. 57 % Emissionsminderung bis 2030 sind zu wenig. Und es sieht nicht danach aus, dass die EU auch nur dieses ungenügende Ziel erreichen wird: Laut

39

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele#zielerreichung-der-energie-und-klimaschutzziele>

⁴⁰ <https://climateactiontracker.org/countries/eu/>, https://de.wikipedia.org/wiki/Climate_Action_Tracker, https://de.wikipedia.org/wiki/Climate_Action_Tracker

41

<https://www.klimareporter.de/europaeische-union/zeit-der-co2-ueberschuesse-neigt-sich-dem-ende-zu>

42

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele#zielerreichung-der-energie-und-klimaschutzziele>

43

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/706042/strauchelnde-windbranche-gefahrdet-klimaziele-der-eu?src=live>

Umweltbundesamt müssten dafür die Treibhausgase dreimal so schnell reduziert werden wie heute⁴⁴.

Doch die Länder der Europäischen Union tun nicht nur zu wenig – sie tun auch das Falsche: Laut einer Analyse des Europäischen Rechnungshofs von Anfang 2022 investieren 15 Mitgliedsstaaten mehr Geld in fossile als in erneuerbare Energien⁴⁵.

In dieser Situation sollte Deutschland auf der Seite derjenigen Länder stehen, die sich in der Europäischen Union für mehr Klimaschutz einsetzen. Leider ist das nicht der Fall. Die Ampel ist nicht nur auf nationaler Ebene ambitionslos⁴⁶, sondern auch in ihrer EU-Politik. So hat sie das Verbrenner-Aus verhindert⁴⁷ und tritt bei der Wärmewende auf die Bremse⁴⁸.

2.3.2.2 Beispiel

Auf der Anklagebank

Am 27. September 2023 wurde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die bisher größte Klimaklage eröffnet. Sechs junge Menschen aus Portugal zwischen elf und 24 Jahren verklagten 32 europäische Staaten, darunter sämtliche Staaten der Europäischen Union⁴⁹.

Entstanden ist die Klage unter dem Eindruck verheerender Waldbrände in Portugal, verursacht durch die Erderhitzung. Der Vorwurf: Die Staaten senken ihre Treibhausgasemissionen nicht weit genug, um den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Damit tragen sie zu der Erderhitzung bei, die das

44

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele#zielerreichung-der-energie-und-klimaschutzziele>

45

<https://www.pv-magazine.de/2022/02/01/eu-staaten-subventionieren-fossile-brennstoffe-mit-mehr-als-55-milliarden-euro-pro-jahr/>

46 <https://www.youtube.com/watch?v=04U7glXg2kl>,

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ampel-klima-ziele-ressorts-kritik-1.6151720>

47 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/e-fuels-verbrenner-einigung-eu-wissing-100.html>

48 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/deutschland-waermedaemmung-100.html>

49 <https://www.echr.coe.int/w/grand-chamber-hearing-concerning-33-member-states>,

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/egmr-klimaklagen-100.html>,

<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-09/klage-32-eu-staaten-klima-klage-klimaschutz-europa-eischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte/komplettansicht>

Leben der Kläger:innen beeinflusst und beeinträchtigt, und werden ihrer Pflicht zum Schutz der Menschenrechte nicht gerecht.

Das aber bedeutet, so die Anklage, dass die europäischen Staaten gegen mehrere Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen:

- Das Recht auf Leben (Art. 2) ist bedroht durch immer mehr Waldbrände, die immer mehr Zerstörung anrichten.
- Das Privat- und Familienleben (Art. 8) ist belastet durch Hitzewellen, während derer die jungen Menschen ihre Häuser nicht verlassen können. Dadurch wird ihr physisches und psychisches Wohlbefinden erheblich beeinträchtigt.
- Das Diskriminierungsverbot (Art. 14) ist missachtet, weil die ältere Generation die ökologischen Folgen ihrer fossilen Lebens- und Wirtschaftsweise den nachfolgenden Generationen aufbürdet.

Die angeklagten Staaten versuchen gar nicht erst, die entsetzlichen Folgen der Erderwärmung zu leugnen. Auch dass sie dafür mitverantwortlich sind, können sie nicht bestreiten. So versuchten sie es mit formaljuristischen Ausflüchten:

- Die Konvention, auf die sich die Klagenden berufen, regle ökologische Fragen nicht.

Als ob ein Vergehen straffrei bleiben müsste, sobald die angerichteten Schäden ökologischer Natur sind.

- Der Opferstatus der Klagenden sei nicht klar, da weder sie selbst noch ihre Familien gestorben oder schwer zu Schaden gekommen seien.

Als ob ein Verbrechen nur dann ein Verbrechen wäre, wenn die Toten oder Schwerverwundeten selbst es zur Anklage bringen.

- Die Folgen des Klimawandels seien unspezifisch und deshalb nicht vor Gericht verhandelbar.

Dann dürften auch Pharma-Unternehmen für schädliche Medikamente nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn die unerwünschten Nebenwirkungen nur vielfältig genug sind.

Die Verteidigung verstieg sich sogar zu der Behauptung, dass die Folgen des Klimawandels keine ernsthafte Beeinträchtigung darstellten. Das war bereits 2020

falsch, als die Klage eingereicht wurde. Und mit jedem neuen Waldbrand, jeder neuen Dürre, Überschwemmung, Hitzewelle und Missernte, die die Attributionsforschung der menschengemachten Erderhitzung zuordnet, wird die Beweislage gegen die CO₂-Emittenten bedrückender.

Am 9. April 2024 wurde die Klage der Jugendlichen abgewiesen⁵⁰. Das geschah aber nur aus rein formalen Gründen: Die Klagenden, so das Gericht, hätten sich zunächst an ihre nationalen Gerichte wenden müssen.

Dass die Staaten sich nur über diese Formalie aus der Affäre ziehen konnten, zeigt: In der Sache hatten die Jugendlichen recht. Es ist beschämend, dass die Staaten der Europäischen Union nicht aus freien Stücken tun, was sich von selbst verstehen sollte: ihre Treibhausgasemissionen so weit zu senken, wie es erforderlich ist, damit sie ihren fairen Anteil an der Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius leisten.

Am selben Tag zeigte sich, dass das Einklagen von Klimaschutz durchaus Erfolg haben kann: Derselbe Gerichtshof gab einer Klage von Schweizer Senior.innen recht. Die Schweiz hat es nun schwarz auf weiß, dass sie mit ihrem ungenügenden Klimaschutz Menschenrechte verletzt⁵¹. Das sollte auch für die EU ein Weckruf sein.

2.3.2.3 Problemrelevanz

Mit dem Beitrag der Europäischen Union steht und fällt die Rettung unserer Lebensgrundlagen

Ein häufiger Einwand gegen eine ambitionierte Klimapolitik lautet: Was bringt es denn, wenn die Europäische Union ihre Emissionen senkt? Ist ihr Anteil an der Erderhitzung nicht viel zu gering, als dass ihre Emissionen einen Unterschied machen könnten?

Die Europäische Union ist nach China, den USA und Indien die viertgrößte Treibhausgas-Emittentin weltweit. Etwa 6,7 % der weltweiten Emissionen werden

⁵⁰

<https://www.zeit.de/news/2024-04/09/gerichtshof-weist-klimaklage-von-jugendlichen-gegen-32-staaten-ab>

⁵¹ <https://taz.de/Klage-Schweizer-Frauen-erfolgreich!/6000578&s=Klimaklage/>

hier verursacht⁵². Rechnen wir die Länder hinzu, die weniger emittieren als die EU-Staaten, so bringen sie es gemeinsam auf mehr als die Hälfte aller klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen. Wir können aber von den Ländern, die weniger emittieren als wir, nicht erwarten, dass auch sie ihren Beitrag leisten, wenn wir selbst nichts tun.

Mit dem Beitrag der Europäischen Union steht und fällt allein deshalb schon der Erfolg der internationalen Maßnahmen zur Abwendung des Klima-Kollaps. Doch damit nicht genug: Die Europäische Union ist eine wichtige Stimme unter den Ländern der G20⁵³. Würden nur diese Länder – 19 Staaten, die Europäische und seit 2023 auch die Afrikanische Union – rasch und vollständig aus den fossilen Energien aussteigen, so wären bereits über 80 % der weltweiten Treibhausgas-Emissionen vermieden⁵⁴.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Europäische Union die Energiewende jetzt entschlossen angeht, ihre Ziele konsequent an der Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze orientiert und Verstöße dagegen sanktioniert. Nur so kann sie auch die anderen großen Emittenten davon überzeugen, dass der Abschied von den fossilen Energien nicht nur überlebensnotwendig, sondern auch möglich und durchsetzbar ist.

2.3.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Der Zusammenbruch des Klimas hat bereits begonnen. Angesichts der historischen Verantwortung der reichen Industrienationen hat die Europäische Union kein Rest-Budget an Treibhausgasen mehr⁵⁵. Der Ausstieg aus den fossilen Energien muss so schnell wie möglich erfolgen. Deshalb fordern wir:

- Festlegung eines rechtlich verbindlichen Reduktionspfads, dessen Einhaltung jährlich von einer unabhängigen Institution überprüft wird.

⁵² https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2023

⁵³ <https://de.wikipedia.org/wiki/G20>

⁵⁴

https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/umwelt-energie/umwelt/G20_CO2.html

⁵⁵ <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A47/>: „Würde die historische Verantwortung der traditionellen Industrieländer für den Klimawandel berücksichtigt ..., würde das in der Regel dazu führen, dass die EU in einem 1,5 °C-kompatiblen Budget keinerlei Emissionsberechtigungen mehr erhält.“

- Die Sektoren (Energie, Verkehr, Industrie usw.) und die EU-Länder müssen anteilig zur Reduktion beitragen. Auch ihr Beitrag wird jährlich von einer unabhängigen Institution überprüft.
- Der Ausstieg aus den fossilen Energien muss sozial gerecht sein. Unverantwortliche CO₂-Exzesse wie Privat-Yachten und -Jets⁵⁶ sind zu verbieten. Finanziell schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen müssen für Mehrbelastungen aufgrund steigender CO₂-Bepreisung Ausgleichszahlungen erhalten.
- Länder, die ihren Reduktionspfad nicht einhalten, müssen mit Strafzahlungen sanktioniert werden, die sich an der Schuldengrenze und anderen Maastricht-Kriterien⁵⁷ orientieren. Denn auch ökologische Schulden destabilisieren die EU und belasten die nächste Generation.

Diese Forderungen umzusetzen, mag nicht einfach sein. Aber noch viel schwerer wäre es, sie nicht umzusetzen. Denn was uns erwartet, wenn wir nicht doch noch gemeinsam die Wende schaffen, ist ein völlig außer Kontrolle geratenes Klima-Desaster.

Die Klima-Ökonomin Claudia Kemfert sagt deshalb: „Konsequenter Klimaschutz kostet weniger als die Klimakatastrophe, die er verhindert⁵⁸.“

2.3.7 Quellenangaben

- Bundeszentrale für politische Bildung: Vorreiter EU? Die europäische Klimapolitik:
<https://www.bpb.de/themen/klimawandel/dossier-klimawandel/509723/vorreiter-eu-die-europaeische-klimapolitik/>
- Climate Action Tracker: <https://climateactiontracker.org/>
- Europäisches Klimagesetz:
https://climate.ec.europa.eu/eu-action/european-climate-law_de
- EU-Klimarahmenkonvention: <https://unfccc.int/>
- Europäische Umweltagentur > Climate:
<https://www.eea.europa.eu/en/topics/at-a-glance/climate>

⁵⁶ <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/privatjets-treibhausgase-klima-101.html>

⁵⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenzkriterien>

⁵⁸ Kemfert (2023)

- Europäische Kommission > Energie, Klimawandel, Umwelt:
https://commission.europa.eu/energy-climate-change-environment_de
- Europäischer Rat zu Maßnahmen der EU gegen den Klimawandel:
<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/climate-change/>
- Friends of the Earth > Climate & Energy Justice:
<https://foe.org/issues/climate-and-energy/>
- Götze, Susanne und Annika Joeres (2020): Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen. Darin Kapitel „Die Klimaschmutzlobby in Brüssel“
- Kemfert, Claudia (2023): Schockwellen. Letzte Chance für sichere Energien und Frieden. Darin Kapitel „Die Wissenschaft ist gefragt: Wie teuer wird's?“
- Klimareporter.de über die Klimapolitik der Europäischen Union:
<https://www.klimareporter.de/klimapolitik/europaeische-union>
- Treibhausgas-Emissionen aller Länder weltweit:
https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2023
- Übereinkommen von Paris:
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52018DC0773>
- Umweltbundesamt > Europäische Energie- und Klimaziele:
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele>

3. Tierrechte und Landwirtschaft

3.1 Begrenzung der Flächensubventionen

Stoppt die Agrarindustrie – Bauernland in Bauernhand

3.1.1 Einleitung

Die Diskussion um die Streichung der Subventionen für Agrar-Diesel hat gezeigt, dass die deutsche Landwirtschaft in einem hohen Maße von Subventionen abhängt, damit Betriebe überleben können. Die richtige Streichung von Subventionen für fossile Brennstoffe führt aber auf der anderen Seite gerade kleinere landwirtschaftliche Betriebe in eine Existenzkrise. Die Folgen der Streichung sollen durch entsprechende Maßnahmen aufgehoben werden und bäuerliche Kleinbetriebe ermutigt werden, den Betrieb auf Bio-Landwirtschaft umzustellen.

3.1.2 Problembeschreibung

Laut Daten der Europäischen Kommission erhielten landwirtschaftliche Betriebe in der EU im Jahr 2019 durchschnittlich 266 Euro pro Hektar an Direktzahlungen. In Deutschland waren dies im vergangenen Jahr 156 Euro. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Subventionen nicht nur von der Fläche abhängen, sondern auch von anderen Faktoren wie Umweltauflagen und Einhaltung von Standards in Bezug auf Lebensmittelsicherheit und Tierwohl.

Diese Subventionen werden jedoch auf Grundlage der bewirtschafteten Fläche berechnet. Sie steigen damit linear an. Je größer die bewirtschaftete Fläche, desto höher ist die Subvention.

Von der linearen Subvention über die Fläche profitieren die Großbetriebe in unverhältnismäßiger Weise. Die Unkosten steigen nicht in gleicher Weise wie die Größe eines Betriebes. Für die Anschaffung eines Traktors und dessen Wartung beispielsweise ist es gleich, ob dieser auf 20, 40 oder 60 Hektar arbeitet. Es entstehen nur unterschiedliche Kosten für den Betriebsverbrauch, die aber angesichts der Anschaffungskosten zu vernachlässigen sind. Größere Betriebe haben daher, auf die Fläche gesehen, eine relativ niedrigere Unkostenrate.

Dieser Umstand und die Subventionspolitik der EU führt dazu, dass Großbetriebe mit mehr als 1.000 Hektar, von denen es beispielsweise in Sachsen-Anhalt einige gibt, im Jahr bis zu 156.000 Euro ertragsunabhängige Subventionen erhalten.

Die Folge dieser Politik war, dass vermehrt institutionelle Anleger in den Agrarsektor drängten, die hier ohne Rücksicht auf ökologische Fragen nur die Akkumulation von Kapital verfolgten, und es so zu einem massiven Preisanstieg für Agrarflächen kam. Bäuerliche Familienbetriebe, die auf Bio-Landwirtschaft umstellen wollen, können so aus finanziellen Gründen keine neuen Flächen mehr kaufen.

Eine Reform der Flächensubventionen wurde in der Vergangenheit von der ostdeutschen Agrar-Lobby verhindert. Laut dem Statistischen Bundesamt betrug die durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße in Ostdeutschland im Jahr 2020 etwa 46 Hektar. Diese Zahl ist insgesamt höher als in Westdeutschland (dort 37,3 Hektar) und hängt mit der Restitution von Boden nach der Wiedervereinigung zusammen. Ostdeutschland profitiert damit in unverhältnismäßiger Weise von den Flächensubventionen. Eine Reform der Flächensubvention ist auch in Hinblick auf eine mögliche Osterweiterung der EU in Richtung Ukraine notwendig, da es dort noch größere Betriebe als in Ostdeutschland gibt, deren Finanzierung die EU in ein finanzielles Desaster stürzen würde.

3.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Die Klimaliste Deutschland fordert einen Umbau der europäischen Subventionen für die Landwirtschaft. Sie fordert, die Flächenförderung grundsätzlich bei landwirtschaftlichen Betrieben mit 70 Hektar Größe zu begrenzen und Subventionen für die übrigen Betriebe nicht linear zu verteilen.

3.1.4 Begründung

Das Prinzip der linearen Förderung wird aufgegeben. Stattdessen sollen die zur Verfügung stehenden Gelder vermehrt an kleinere und familiäre Betriebe wie Wein-, Obst- und Nebenerwerbsbetriebe gezahlt werden. So sollen diese gegenüber den industriellen Agrarfirmer einen Ausgleich erhalten und finanziell ermutigt werden, ihre Betriebe auf Bio-Landwirtschaft umzustellen.

3.1.5 Entkräften von Gegenargumenten

Die Agrarindustrie wird kritisieren, dass es möglicherweise zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in diesem Sektor kommen wird. Ziel der Maßnahme ist jedoch keine Industrie-Subvention, sondern die Stärkung der ökologischen Landwirtschaft.

3.1.6 Gegenfinanzierung

Für die Durchsetzung der Reform sind keine besonderen Geldmittel notwendig. Das zur Verfügung stehende Geld soll aufkommensneutral nur anders als bisher verteilt werden.

3.1.7 Quellenangaben

- Verteilung von Subventionen in Deutschland:
<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/bauern-eu-bruessel-100.html>
- Europäische Kommission:
<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2013/1305/oj?locale=de> (Anhang 2)
- Statistisches Bundesamt – Fachserie 3, Reihe 3.1.6.
- Eurostat Agrarstrukturerhebung

3.2 Tierschutzverstöße in der Landwirtschaft

Strengere Regeln, schärfere Kontrollen, höhere Strafen

3.2.1 Einleitung

In einer idealen Welt gäbe es in der Landwirtschaft keine Tiere, die für die Interessen der Menschen ausgenutzt werden. Doch solange Menschen sich von tierischen Produkten ernähren, müssen diese Tiere geschützt werden.

Das aber geschieht in der EU leider nur völlig ungenügend. Denn bei der Abwägung zwischen Tierrechten und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ziehen die Tiere meist den Kürzeren. Nicht nur, dass ihre rechtliche Stellung sehr schwach ist: Selbst die ungenügenden Rechte, über die sie verfügen, werden ihnen in der Praxis oft vorenthalten.

Fehlende Kontrollen verhindern, dass Verstöße gegen Tierrechte überhaupt bemerkt werden. Wo Verstöße auffallen, werden sie meist nicht zur Anzeige gebracht. Werden sie angezeigt, kommt es meistens nicht zu einem Strafverfahren. Und wo doch einmal Strafen verhängt werden, fallen diese häufig so mild aus, dass sie keine abschreckende Wirkung entfalten.

Nutztiere haben ein Recht auf Gesundheit und Wohlergehen

Es ist geltendes EU-Recht, dass Gesundheit und Wohlergehen der Nutztiere nicht beeinträchtigt werden dürfen⁵⁹. Ihnen dürfen keine „unnötigen“ Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden – was auch immer mit „unnötig“ gemeint sein mag⁶⁰. Sie müssen ihre Bedürfnisse ausleben können, entsprechend ihrer Physiologie und ihren Verhaltensmustern⁶¹.

Doch welche Schmerzen sind „unnötig“? Und wie sieht der rechtliche Schutz von Gesundheit und Wohlergehen konkret aus?

Verschaffen wir uns zunächst einen Eindruck von der geltenden Rechtslage, bevor wir danach fragen, wie es in der Praxis aussieht.

⁵⁹ Richtlinie 98/58/EG, Anhang 21

⁶⁰ Richtlinie 98/58/EG, Art. 3

⁶¹ Einführung zu Richtlinie 98/58/EG sowie ebd. Art. 4

Bescheiden: Was Nutztieren zusteht

- Tiere dürfen weder in ständiger Dunkelheit noch unter ununterbrochener Beleuchtung gehalten werden⁶².
- Für genügend Bewegungsfreiheit muss gesorgt sein⁶³.
- Kälber und Schweine müssen sich mühelos hinlegen, liegen und aufstehen können und Sichtkontakt zu Artgenossen haben⁶⁴.
- Diese Rechte schließen jedoch Anbindehaltung nach EU-Recht nicht aus – weder bei Kühen, noch bei Kälbern und Schweinen⁶⁵.
- Die Käfighaltung von Legehennen ist nach EU-Recht weiterhin erlaubt. Der Henne stehen lediglich ein Nest, Einstreu, Sitzstangen und 600 cm² nutzbare Fläche zu⁶⁶.
- Der vorgeschriebene Platz für Masthühner wird nach Gewicht gemessen: pro Quadratmeter maximal 33 kg⁶⁷. Unter Umständen sind auch höhere Besatzdichten möglich⁶⁸.
- Erlaubt sind auch Amputationen an Schweinen, die einander in die Schwänze beißen. Das ändert freilich nichts an den Ursachen solchen Verhaltens: beengte Haltungsformen ohne Anregungen⁶⁹.
- Unter bestimmten Voraussetzungen dürfen Europas Landwirte auch Masthühnern die Schnäbel stutzen, damit sie einander nicht verletzen und töten⁷⁰.
- Weitere Vorschriften beziehen sich auf das Raumklima: Luftzirkulation, Staubgehalt, Temperatur, Luftfeuchtigkeit und Gaskonzentration dürfen für die Tiere nicht schädlich sein⁷¹. Für Masthühner in Ställen mit „erhöhter Besatzdichte“ wurden Grenzwerte für die Ammoniak- und Kohlendioxidkonzentration definiert⁷².
- Der Lärmpegel soll z. B. für Legehennen so gering wie möglich gehalten werden, dauernder oder plötzlicher Lärm ist zu vermeiden⁷³.

⁶² Richtlinie 98/58/EG Anhang 11, 2000/74/EG, Anhang 3

⁶³ z. B. Richtlinie 98/58/EG, Anhang 7

⁶⁴ Richtlinien 91 / 629 /EWG, Anhang 7; 91/630/EWG Kap. I.8

⁶⁵ Richtlinien 98/58/EG, Anhang 7; 91 / 629 /EWG, Anhang 8; 91/630/EWG Kap. I.8; 91/630/EWG Kap. I.9

⁶⁶ Richtlinie 1999/74/EG, Art. 6.2

⁶⁷ 2007/43/EG, Artikel 3.2

⁶⁸ ebd. Absatz 3

⁶⁹ 91/630/EWG Kap. II.III.4

⁷⁰ 2007/43/EG, Anhang 1.12

⁷¹ 98/58/EG Anhang 10; 91 / 629 /EWG, Anhang 3; 91/630/EWG Kapitel I.3

⁷² 2007/43/EG, Anhang II.3

⁷³ 1999/74/EG, Anhang 2

- Für längere Tiertransporte sind in der EU je nach Tierart unterschiedliche Fahrtzeiten erlaubt: Tiere, die noch gesäugt werden, dürfen ohne Unterbrechung bis zu neun Stunden transportiert werden, Rinder, Schafe und Ziegen bis 14 Stunden, Schweine und Pferde bis zu 24 Stunden, Nach entsprechenden Ruhepausen dürfen diese Transportabschnitte wiederholt werden. Einige Länder, darunter Deutschland, fordern inzwischen eine Beschränkung der erlaubten Transportdauer auf acht Stunden für alle Tierarten⁷⁴.
- Damit die europäischen Tierschutz-Standards nicht von Wettbewerbern aus Drittländern unterlaufen werden können, gelten Import-Auflagen⁷⁵.

Deutschland: gemischte Bilanz bei der Umsetzung der EU-Richtlinien

In Deutschland werden die EU-Richtlinien umgesetzt in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV)⁷⁶. Diese geht teilweise über die europäischen Vorschriften hinaus. So verbietet sie das Kükentöten. Stattdessen die noch ungeschlüpften männlichen Embryos zu vernichten, ist nur erlaubt, wenn es frühzeitig geschieht. Dazu muss das Geschlecht vor dem siebten Bruttag bestimmt werden.

2020 wurde in Deutschland auch die Haltung von Sauen in Kastenständen verboten, allerdings mit großzügigen Übergangsfristen von bis zu 15 Jahren, die in Härtefällen sogar noch verlängert werden können.

Die deutschen Brandschutzvorschriften sind eher schwach: Ställe zählen zu den Gebäuden mit den geringsten Brandschutz-Anforderungen an das Baumaterial⁷⁷.

3.2.2 Problembeschreibung

Minimalforderungen: Was Nutztieren mindestens zustehen sollte

Bis die europäische Rechtsprechung eine Tierhaltung sicherstellt, die sich als artgerecht bezeichnen ließe, muss noch viel geschehen.

⁷⁴

<https://www.sueddeutsche.de/wissen/tiere-mehrere-eu-laender-fuer-besseren-tierschutz-bei-transporten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220718-99-68368>,
<https://www.bauernzeitung.ch/artikel/tiere/mehrere-eu-laender-fordern-besseren-tierschutz-bei-transporten-431543>

⁷⁵ 91 / 629 /EWG u. a.

⁷⁶ <https://www.gesetze-im-internet.de/tierschnutzv/BJNR275800001.html>

⁷⁷ MBO §§ 14 und 24 ff

Diese Verbote brauchen wir:

- Keine Spaltenböden.
- Keine Anbindehaltung.
- Keine dauerhafte Trennung von Muttertier und Kalb in der Milchindustrie vor der fünften Woche nach der Geburt.
- Keine Käfighaltung.
- Keine Haltung in Kastenständen. Die Übergangsfristen von bis zu 15 Jahren und mehr sind zu reduzieren auf ausnahmslos maximal drei Jahre.
- Keine Boxenhaltung von Kälbern.
Boxenhaltung bietet Kälbern nicht genug Auslauf und Kontakt zu Artgenossen.
- Keine Hormonpräparate wie PMSG, für deren Gewinnung lebende Tiere gequält werden.
- Kein fetales Kälberserum⁷⁸ mehr, Verbot der Schlachtung trächtiger Tiere.
- Keine künstliche Veränderung der Tageszeitlänge durch Beleuchtung.
- Keine Dunkelställe.
Öffnungen für natürliches Licht müssen in jedem Stall vorhanden sein. Sie müssen mindestens 8 % der Stallgrundfläche betragen. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Tiere der direkten Sonneneinstrahlung ausweichen können.
- Keine Ställe ohne natürliches Licht.
Künstliche Beleuchtung ist kein Ersatz für Tageslicht. Die entsprechenden Ausnahmegenehmigungen müssen gestrichen werden.
- Keine Langstrecken-Transporte⁷⁹ von Tieren.
Nach der aktuell geltenden Regelung darf die Transportdauer grundsätzlich nicht länger als acht Stunden betragen, bei Temperaturen ab 30 °C nur 4,5 Stunden⁸⁰. Es gelten jedoch viele Einschränkungen und Ausnahmeregelungen, die weitaus längere Transporte ermöglichen. Diese sind aufzuheben. Die Einhaltung der Regelungen muss mit Nachdruck durchgesetzt werden.

⁷⁸

<https://www.google.com/url?q=https://www.peta.de/themen/fetales-kaelberserum/&sa=D&source=docs&ust=1697036075824584&usq=AOvVaw3o1NDpfi1t0DkK4Hb22o7d>

⁷⁹ <https://www.animals-angels.de/projekte/tiertransporte/europaeische-union.html>,

<https://de.wikipedia.org/wiki/Tiertransport>

⁸⁰ <https://www.peta.de/themen/tiertransporte/>

Für Amputationen gelten in der EU zahlreiche Ausnahmeregelungen. Die meisten davon müssen gestrichen werden. Meist ist der Schutz der Tiere nur ein Vorwand: Statt die Schweine zu kupieren, sollten die Haltungsbedingungen verbessert werden. Betriebe mit erhöhten Beiß-Raten müssen geprüft und ggf. geschlossen werden. Wo Amputationen unbedingt erforderlich sind, dürfen sie nur unter Anästhesie durch einen Tierarzt erfolgen.

Die Mindestmaße der Bodenflächen müssen mindestens verdoppelt werden. Jedem Tier muss mindestens doppelt so viel Fläche zustehen, wie es braucht, um sich behinderungsfrei umzudrehen, hinzulegen und aufzustehen. Dieser Flächenbedarf ist mit der Zahl der Tiere, die auf der Fläche gehalten werden, zu multiplizieren. Zusätzlich sollte jedem Tier mindestens die Hälfte der mindestzulässigen Bodenfläche als Auslauf im Freien zur Verfügung stehen. Dieser Auslauf muss artgerecht sein. Beispielsweise muss er Versteckmöglichkeiten für Hühner bieten, damit sie sich vor Greifvögeln schützen können.

Die zulässige Höchsttemperatur im Stall darf 30 °C nicht überschreiten.

Die maximale Anzahl von Legehennen ohne räumliche Trennung darf 3.000 nicht überschreiten (zurzeit sind z. B. in Deutschland 6.000 erlaubt).

Tier-Importe in die EU dürfen nur noch zulässig sein, wenn im Herkunftsland die Tierschutz-Auflagen der EU zuverlässig eingehalten werden.

Für Ställe müssen hohe Brandschutz-Auflagen gelten.

Für Aufzeichnungen, die das Tierwohl betreffen, muss die Aufbewahrungspflicht verlängert werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Veterinärbehörde bei jeder Kontrolle alle Aufzeichnungen seit der letzten Kontrolle nachvollziehen kann.

3.2.2.1 Problemerkklärung

Gescheitert: die Verfolgung von Tierschutz-Verstößen

Doch so ungenügend die Tierschutz-Auflagen der EU zurzeit auch sind: Es wäre bereits viel gewonnen, wenn wenigstens diese eingehalten würden.

Davon kann jedoch nicht die Rede sein. Und das hat mehrere Ursachen:

- Erstens fehlt es an Kontrollen.
- Zweitens: Wo bei Kontrollen Tierschutzverstöße festgestellt werden, werden diese meist nicht verfolgt.
- Drittens: Wo Verstöße doch verfolgt werden, fallen die Strafen meist zu milde aus, als dass sie eine abschreckende Wirkung entfalten könnten.

3.2.2.2 Beispiel

Zustände in Europas Ställen und Schlachthöfen

Schwache Tierschutz-Gesetze, zu wenige Kontrollen, zu milde Strafen: Wozu solche Verhältnisse führen, dokumentierten zwei Expertinnen in einer 2022 erschienenen empirischen Untersuchung am Beispiel Deutschland⁸¹. Unter anderem erfuhren sie von Zuständen wie diesen⁸²:

- Auf Haut und Knochen abgemagerte Rinder, die tief in ihren Exkrementen stehen und ohne Einstreu in ihren Ausscheidungen liegen müssen.
- Schweine, die auf zu engem Raum und ohne Beschäftigungsmaterial gehalten werden, sodass sie einander Schwänze und Ohren abbeißen.
- Sauen, die in Kastenständen gehalten werden, was schon schlimm genug ist. Damit nicht genug, sind die Stände für ihre Körpergröße zu klein, sodass sie schmerzhafte Hautverletzungen erleiden.
- Rinder und Schweine, die über Monate ohne Tageslicht und Beleuchtung im Dunkeln gehalten werden.
- Tiere, die in nicht transportfähigem Zustand zu den Schlachthöfen gebracht werden, weil ihre Halter die Tierarzt-Kosten sparen wollen.
- Qualgezüchtete Tiere mit chronischen Gesundheitsproblemen: Kühe mit entzündeten Eutern und Klauen, lahme Sauen, Hühner mit Herz-Kreislauf-Problemen, Puten mit schweren Fußballen- und Brusthautentzündungen.

Die Misshandlung von Nutztieren ist Alltag in Ställen, auf Langstreckentransporten und auf Schlachthöfen⁸³: Auf fixierte Tiere wird mit Schlagstöcken eingepöbeln, sie werden selbst bei großer Hitze stundenlang in Fahrzeugen ohne Kühlung

⁸¹ Hahn, Johanna und Elisa Hoven (Hrsg.) (2022): Strafrechtliche Verfolgung von Tierschutzkriminalität in der Landwirtschaft. Eine empirische Untersuchung. Download unter <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748934943/strafrechtliche-verfolgung-von-tierschutzkriminalitaet-in-der-landwirtschaft?page=1>

⁸² ebd. Seite 34 - 38

⁸³ ebd. Seite 38 - 47

transportiert und vor ihrer Schlachtung nur mangelhaft betäubt oder – im Fall der religiösen Schächtung – überhaupt nicht. Kranke Tiere werden nicht tierärztlich behandelt oder eingeschläfert, sondern verenden qualvoll.

Wenn in Ställen Brände ausbrechen⁸⁴, kommen die Rettungskräfte oft zu spät, weil keine Brandmelder installiert sind. Oft finden sie lichterloh brennende Anlagen vor, mit mehreren tausend Tieren darin, die sich nicht mehr retten können, weil sie haltungsbedingt unter schweren Fußverletzungen leiden oder weil sie so schwer gemästet sind, dass sie kaum noch gehen können.

Dass die Verhältnisse in den meisten anderen Ländern der Europäischen Union besser sind, ist nicht anzunehmen. Ein Anhaltspunkt ist der Umgang mit der Forderung nach einer Verschärfung der Tierschutzvorschriften: Außer Deutschland bekennen sich dazu nur Belgien, Dänemark, die Niederlande und Schweden⁸⁵.

3.2.2.3 Problemrelevanz

Wie kommt es zu solchen Zuständen?

Die Verhältnisse in Deutschland dürften also eher besser sein als in vielen anderen Ländern. Dennoch gibt es auch hierzulande keinen Anlass, zufrieden zu sein. Die Veterinärbehörden stellen bei ihren Kontrollen in 20 % der Höfe Tierschutzverstöße fest⁸⁶. Allein das spricht schon dafür, dass derartige Missstände weit verbreitet sind. Hinzu kommt, was die Soko Tierschutz aufgedeckt hat: Viele angeblich unangekündigte Kontrollen sind tatsächlich angekündigt, viele vorgefundene Missstände werden schlicht unterschlagen. Das Ausmaß der Tierschutzverstöße ist also riesig. Wie kommt es dazu?

- Fehlende Kontrollen. Von Strafverfolgung ausgesparte Führungskräfte.

Da Kontrollen äußerst selten durchgeführt werden, bleiben die meisten Verstöße gegen Tierschutz unentdeckt. Wo sie entdeckt werden, werden sie meist nicht verfolgt. Und wo sie verfolgt werden, trifft es meist nur unterbezahlte und überforderte Angestellte, die sich leicht austauschen lassen.

⁸⁴ ebd. Seite 36f

⁸⁵

<https://www.bauernzeitung.ch/artikel/tiere/mehrere-eu-laender-fordern-besseren-tierschutz-bei-tran-sporten-431543>

⁸⁶ ebd. Seite 51

Die Führungspersonen, die für die Zustände eigentlich verantwortlich sind, werden fast nie zur Rechenschaft gezogen. Das gilt besonders für Führungspositionen in großen Betrieben⁸⁷. Dort ist es fast unmöglich, den Tatnachweis zu erbringen. Denn das EU-Strafrecht ist ausgerichtet auf konkrete Taten, nicht auf die Verantwortlichen für strukturelle Defizite⁸⁸.

Wo ein Tatnachweis nicht durchgeführt wird, werden Rechtsvorschriften wirkungslos. Das ist beispielsweise bei Langstreckentransporten von Tieren der Fall. Die EU-Vorschriften zur maximalen Fahrtdauer, zu Pausen und zur Trinkwasserversorgung werden nicht in die Praxis umgesetzt. So sind Transporter unterwegs, die wegen ihrer Bauweise und wegen ihrer Überfüllung die vorgeschriebene Trinkwasserversorgung während der gesetzlichen Ruhezeiten gar nicht leisten können. Einige Bundesländer haben deshalb Tiertransporte in Drittstaaten ganz oder vorübergehend verboten⁸⁹.

- **Warum wird so selten Anzeige erstattet?**

Immer wieder spielen Privatpersonen einer Veterinärbehörde Informationen über Missstände in landwirtschaftlichen Betrieben zu. Dann müssen sie meist erleben, dass die Behörde allenfalls nach mehrmaligem Nachhaken tätig wird⁹⁰. Material von Tierschutzorganisationen verwenden die Veterinärbehörden oft nicht für eine Anklage, sondern zur Vertuschung ihres eigenen Versagens⁹¹.

Amtsärzte zögern oft zunächst mit einer Anklage – und klagen genau deshalb am Ende überhaupt nicht. Denn wenn sie zu spät klagen, wird offenbar, dass sie früher hätten einschreiten müssen⁹².

Oft schrecken Veterinärbehörden vor einer Strafanzeige zurück, um die Kooperationsbereitschaft des Landwirts bei der Beseitigung von Missständen nicht zu gefährden⁹³.

⁸⁷ ebd. Seite 43

⁸⁸ ebd. Seite 43f

⁸⁹ <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/eu-tierschutztransport-vo.html>

⁹⁰ ebd. Seite 54

⁹¹ ebd. Seite 53

⁹² ebd.

⁹³ ebd. Seite 56f

- **Was passiert nach einer Anzeige?**

Die meisten Anzeigen wegen Tierschutzverstößen werden von den Staatsanwaltschaften nicht verfolgt⁹⁴. Kommt die Anzeige von einer Tierschutzorganisation, machen sie sich häufig nicht einmal die Mühe zu antworten, obwohl gerade diese Anzeigen meist sehr gut vorbereitet sind und hervorragendes Beweismaterial enthalten⁹⁵. Veterinärbehörden erklären meist bereits bei der Abgabe ihrer Verfahrensakte, dass sie mit einer Einstellung des Verfahrens einverstanden sind⁹⁶. Oft bleibt es bei der Feststellung einer Ordnungswidrigkeit, wo ein Strafverfahren nötig wäre⁹⁷.

Die Leidtragenden dieser Zustände sind die Tiere: Unzählige von ihnen leben weiter in beengten, schmutzigen und dunklen Verhältnissen ohne Anregungen, gezeichnet von Verletzungen, Entzündungen und unbehandelten Krankheiten, geprügelt, unsachgemäß transportiert und am Ende ohne ausreichende Betäubung qualvoll getötet.

3.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Welche gesetzlichen Regelungen mindestens eingeführt oder verschärft werden sollten, dazu siehe oben unsere Minimalforderungen.

Damit wenigstens die geltenden, eigentlich ungenügenden Tierrechte durchgesetzt werden, braucht es schärfere Kontrollen und härtere Strafen.

Schärfere Kontrollen

- Die Kontrollen durch die Veterinärbehörden müssen verschärft werden und deutlich häufiger erfolgen, im Schnitt mindestens alle zwei Jahre. Aktuell liegt in Bayern das Kontrollintervall im Schnitt bei 48 Jahren!
- Weil Regelkontrollen kaum zu Anzeigen führen, sind die Kontrollen unangemeldet in unregelmäßigen Abständen durchzuführen. Dafür müssen die Veterinärbehörden im Bereich Tierschutz personell besser ausgestattet werden.
- Entscheidet sich eine Veterinärbehörde für eine Strafanzeige, darf das nicht dazu führen, dass sie in eine Situation gerät, die sie überfordert.
Hintergrund: Zurzeit unterbleiben notwendige Strafanzeigen oft deshalb, weil

⁹⁴ ebd. Seite 60

⁹⁵ ebd. Seite 68

⁹⁶ ebd. Seite 66

⁹⁷ ebd. Seite 61

die anzeigende Behörde die betroffenen Tiere an einem anderen Ort unterbringen müsste.

Veterinärbehörden verfügen aber nicht über die Mittel, hunderte oder gar tausende Tiere zu transportieren, unterzubringen und zu versorgen. Also müssen sie entweder mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, oder es muss eine andere Lösung für die Tiere gefunden werden.

- Zwischen Personen aus den Veterinärämtern und den Bauernhöfen, die kontrolliert werden sollen, bestehen oft freundschaftliche Kontakte. Deshalb ist es wichtig, dass Höfe auch von Tierschutzorganisationen kontrolliert werden. Sie installieren versteckte Kameras und filmen nachts heimlich die Zustände in den Ställen, was ihr Beweismaterial besonders aussagekräftig macht. Diese Leistungen sind zu würdigen, die Aktivist:innen sind vor Verfolgung zu schützen. Veterinärämter müssen verpflichtet werden, mit Tierschutzorganisationen nach festen Regeln zusammenzuarbeiten. Staatsanwaltschaften müssen verpflichtet werden, auf alle Anzeigen von Tierschutzorganisationen zu reagieren und diesen Akteneinsicht zu gewähren.
- Amtstierärztinnen, die sich für die strafrechtliche Verfolgung von Tierschutzverstößen einsetzen, werden in den Veterinärbehörden oft gemobbt und an Stellen versetzt, an denen sie für die misshandelten Tiere nichts tun können. Sie brauchen Rechtsschutz und eine Möglichkeit, gegen solche Versetzungen vorzugehen.

Härtere Strafen

Wo Tierschutzverstöße verfolgt werden, fallen die Strafen meist viel zu milde aus. Das muss sich ändern:

- Tierschutzverstöße in der Landwirtschaft müssen mit Freiheitsstrafen von mindestens einem Jahr bei Vorsatz und mit höheren Bußgeldern von bis zu 25.000 € geahndet werden.
- Spätestens nach dem dritten Verstoß muss die Erlaubnis zur Tierhaltung entzogen werden.

3.2.4 Begründung

„Wenn ich alle Landwirte so kontrollieren würde, wie ich müsste, dann würden alle Bauern pleite gehen“, zitieren Johanna Hahn und Elisa Hoven einen Amtstierarzt⁹⁸.

⁹⁸ ebd. Seite 57

Eine alarmierende Aussage. Denn sie bedeutet: Sogar gegen die heutigen, viel zu schwachen Tierschutz-Richtlinien wird chronisch verstoßen. Und das schwerwiegend, ohne dass die Rechtsbrüche verfolgt würden.

Wenn wir das hinnehmen, bleibt es bei dem unnennbaren Leid von Abermillionen von Tieren in Europas Ställen. Deshalb belässt es die Klimaliste nicht bei der Forderung nach schärferen Gesetzen. Vielmehr fordert sie darüber hinaus schärfere und häufigere Kontrollen sowie härtere Strafen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die Gesetze nicht nur auf dem Papier stehen.

Die Klimaliste setzt sich für bessere Gesetze ein – und dafür, dass die geltenden Gesetze in der Praxis zu Verbesserungen für die gequälten Tiere führen.

3.2.7 Quellenangaben

Aus Sicht von EU-Institutionen:

- Europarat:
<https://www.eu-info.de/> > Europa-FAQs > Rechtsschutz > Tierrechte in der EU
- Europäisches Parlament:
<https://www.europarl.europa.eu/> > Suche „EU-Gesetze für Tierschutz und Tierwohl“
- Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit:
www.efsa.europa.eu > Themenbereiche > Tierschutz

Aus Sicht von Tierschutz-Organisationen:

- Peta:
<https://www.peta.de/kategorie/tiere-in-der-ernaehrungsindustrie/>

Gesetze und Richtlinien:

- Basis auch der deutschen [Tierschutz-Nutztierverordnung](#) sind die folgenden Richtlinien, die die Europäischen Union zum Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft erlassen hat:
 - [Richtlinie 98/58/EG](#) (PDF) (geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003)
 - Diese Richtlinie bezieht sich auf das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:l12070>

- [Richtlinie 91/629/EWG](#) (PDF) (zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003)
- [Richtlinie 99/74/EG](#) (PDF) (geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003)
- [Richtlinie 91/630/EWG](#) (PDF) (geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003)
- [Richtlinie 2007/43/EG](#) (PDF)

Zu einzelnen Themen:

- Tierquälerei in der Landwirtschaft:
www.soko-tierschutz.org
Mülln, Friedrich (2021): Soko Tierschutz: Wie ich undercover gegen den Wahnsinn der Massentierhaltung kämpfe. Droemer Verlag München
- Kupieren von Schweine-Schwänzen:
https://www.bundestieraerztekammer.de/btk/dtbl/archiv/2019/artikel/DTBL_05_2019_Aktionsplan-Schwanzkupieren.pdf
- Tiertransporte:
<https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/eu-tierschutztransport-vo.html>
- Kontrollen und Strafen (am Beispiel Deutschland):
Hahn, Johanna und Elisa Hoven (Hrsg.) (2022): Strafrechtliche Verfolgung von Tierschutzkriminalität in der Landwirtschaft. Eine empirische Untersuchung. Nomos Verlag Baden-Baden. Kostenloser Download unter <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748934943/strafrechtliche-verfolgung-von-tierschutzkriminalitaet-in-der-landwirtschaft?page=1>

3.3 Klimaschutz und Tierwohl subventionieren, nicht Klimaschmutz und Tierleid

3.3.1 Einleitung

Die Auswirkungen des Agrar-Sektors auf das Klima werden oft unterschätzt: Wer nur den CO₂-Ausstoß von Fahrzeugen, Maschinen und Gebäuden in Rechnung stellt, greift zu kurz. Denn die Landwirtschaft ist auch verantwortlich für den größten Teil der Treibhausgase Methan und Lachgas⁹⁹. Berücksichtigen wir deren Klimawirkung, so vervielfacht sich der Klimaschaden durch die Landwirtschaft etwa um das Achtfache¹⁰⁰.

Manche Posten tauchen in den Emissions-Bilanzen bei der Landwirtschaft nicht auf, weil sie anderen Branchen zugerechnet werden. Beispielsweise taucht die Herstellung von Ammoniak auch dann bei der Chemie auf, wenn es sich um Düngemittel handelt. Zu bedenken sind auch Prozesse wie Verarbeitung, Verpackung, Transport, Kühlkette und Lagerung sowie die miserable Klimabilanz der großen Mengen an Medikamenten, die in der Massentierhaltung eingesetzt werden¹⁰¹.

Je nachdem, welche Posten der Landwirtschaft angerechnet werden, fallen die Zahlen unterschiedlich aus. Laut European Environment Agency liegt ihr Anteil an den Treibhausgas-Emissionen der EU bei 11 %¹⁰². Das dürfte eher vorsichtig gerechnet sein. Für die weltweiten Treibhausgasemissionen zeigt Sven Plöger eine Spannweite des landwirtschaftlichen Anteils von 10 bis 30 %¹⁰³. Dabei erscheint die höhere Zahl realistischer, denn sie berücksichtigt auch Kollateralschäden wie Entwaldung, Umbruch von Grünland sowie die Trockenlegung von Mooren und Feuchtgebieten. Die UN-Welternährungsorganisation bezieht die Lebensmittelverschwendung mit ein und kommt für die „Agrifood Systems“ auf 31 %¹⁰⁴. Doch welche Zahl wir auch ansetzen mögen: Ohne eine rasche Senkung

⁹⁹ In Deutschland Methan 60 %, Lachgas 80 % (Plöger (2023))

¹⁰⁰ ebd.

¹⁰¹ Sterner (2023)

¹⁰²

<https://www.eea.europa.eu/en/topics/in-depth/agriculture-and-food?activeAccordion=4268d9b2-6e3b-409b-8b2a-b624c120090d>

¹⁰³ Plöger (2023)

¹⁰⁴ <https://www.fao.org/climate-change/en>

der Emissionen in der Landwirtschaft kann die Rettung unserer Lebensgrundlagen nicht gelingen.

Der mit Abstand größte Hebel ist dabei die Nutztierhaltung. Methan entsteht in der Landwirtschaft vor allem bei der Rinderhaltung¹⁰⁵. Lachgas entsteht bei der Stickstoffdüngung mit Kunstdünger, Gülle und Mist. Besonders gravierend ist der Klimaschaden, wenn zu viel und zum falschen Zeitpunkt gedüngt¹⁰⁶ wird. In der Massentierhaltung wird darauf keine Rücksicht genommen, schließlich muss in der Jauchegrube immer wieder Platz geschaffen werden für die nächsten Fäkalien.

Der größte Teil des Schadens, den die Landwirtschaft verursacht, könnte also vermieden werden, wenn sie auf die Viehhaltung zur Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern verzichten würde, oder wenn sie diese zumindest stark einschränken würde. Viele Landwirtinnen und Landwirte haben das verstanden, wollen weg von der Nutztierhaltung und nur noch pflanzliche Nahrungsmittel produzieren. Die EU muss sie dabei unterstützen. Stattdessen belohnt sie mit ihren gewaltigen Agrarmitteln die Betreiber:innen immer größerer Massentierhaltungs-Fabriken.

Die EU muss aufhören, ihre Mittel für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einzusetzen, und diese in ihre Bewahrung investieren.

3.3.2 Problembeschreibung

Wir subventionieren die Falschen

Fast 60 Milliarden Euro gibt die Europäische Union jährlich für Agrarsubventionen aus, ein Drittel ihres gesamten Haushalts¹⁰⁷.

Etwa 73 % dieser Mittel sind flächengebundene Direktzahlungen, sprich: Einziges Kriterium für die Auszahlung ist die Größe der Anbaufläche¹⁰⁸. Damit sind diese Zahlungen Anreize für eine immer stärkere Intensivierung der Landwirtschaft in immer größeren Betrieben, die die Böden immer rücksichtsloser ausbeuten, um zusätzlich zu den Direktzahlungen möglichst hohe Erträge zu erzielen.

¹⁰⁵ ebd.

¹⁰⁶ ebd.

¹⁰⁷

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/wer-profitiert-von-den-agrar-subventionen-der-eu-2021.T6r775d>, Götze u. a. (2020) Anm. 189

¹⁰⁸ Götze u. a. (2020) Anm. 192

Die kleineren Betriebe, für deren Erhalt diese Mittel ursprünglich gedacht waren, können diesem Konkurrenzdruck nicht standhalten und geben auf. Ihre Nutzflächen werden aufgekauft von Versicherungen, Immobilien-, Lebensmittel- und anderen Großkonzernen, die die EU-Direktzahlungen gerne mitnehmen¹⁰⁹.

Dabei wären es gerade die kleineren Betriebe, die den dringend benötigten Wandel hin zu einer klimaschonenden Landwirtschaft leisten könnten. Doch dafür müssten die EU-Agrarmittel investiert werden in eine gesellschaftlich erwünschte Landwirtschaft, die der Erhaltung unserer schwer angeschlagenen natürlichen Lebensressourcen dient¹¹⁰. Stattdessen werden diese Mittel fehlgeleitet in die zerstörerische industrielle Landwirtschaft, die einhergeht mit dem massiven Einsatz von Agrarchemikalien und schweren Landmaschinen. Unter Einsatz von reichlich fossilem Treibstoff verdichten sie die Böden und pflügen sie um, was massiv CO₂ freisetzt.

Dass es auch anders geht, zeigt beispielsweise die Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung¹¹¹. Sie rät dazu, in der Bio-Landwirtschaft auf den Pflug ganz zu verzichten. In Frankreich empfiehlt Konrad Schreiber, stattdessen die Felder mit Grünzeug zu bedecken, das von Würmern und Bakterien in nährstoffreichen Humus umgewandelt wird¹¹². Auf manchen Böden können auch Dauerkulturen eine Alternative zum Pflügen sein¹¹³.

Doch solche Methoden werden von der Europäischen Union nicht angemessen gefördert. Belohnt wird dagegen, wer mit erdölbasierten Kunstdüngern das Letzte aus den Böden herausholt und mit Pestiziden das Insektensterben befeuert.

Zwar werden von der EU auch freiwillige Maßnahmen für Umwelt, Biodiversität und Klima in der Landwirtschaft honoriert¹¹⁴. Aber solange der Hauptteil der Mittel in

¹⁰⁹

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/eu-parlament-segnet-milliardenschwere-agrarreform-ab.SpBKueo>, <https://correctiv.org>, <https://farmssubsidy.org>

¹¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Agrarpolitik#Kritikpunkte

¹¹¹ <https://www.gkb-ev.de/>

¹¹² <https://www.youtube.com/watch?v=sK7WBt6PwKs>

¹¹³ Sterner (2023)

¹¹⁴

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/wer-profitiert-von-den-agrar-subsidienten-der-eu-2021.T6r775d>

das exakte Gegenteil fließt, bleibt die dringend benötigte Lenkungswirkung hin zu einer gemeinwohlorientierten Landwirtschaft aus.

Die Direktzahlungen sind nicht die einzigen Subventionen, von denen die industriellen Agrarkonzerne weit überproportional profitieren. In Deutschland sind sie zusätzlich von der CO₂- und von der Kfz-Steuer befreit und erhalten subventionierten Diesel¹¹⁵.

Vor allem aber fördert die EU genau das, womit die Landwirtschaft dem Klima am meisten schadet: die industrielle Massentierhaltung. Laut einer Studie aus dem Jahr 2021¹¹⁶ fließt deutlich mehr als die Hälfte der EU-Agrarförderung in die Viehhaltung, unter anderem als Direktzahlungen für diejenigen Ackerflächen, die für den Anbau von Tierfutter verwendet werden.

Wie sehr die Viehhaltung dem Klima schadet, bleibt weitgehend unberücksichtigt. So wird der extrem hohe Treibhausgasausstoß von Kühen gar nicht erst erfasst¹¹⁷.

Wie kann das sein?

3.3.2.1 Problemerkklärung

Vorsintflutliche Agrarpolitik

Die verfehlte Agrarpolitik der EU ist ein Relikt aus einer anderen Zeit, gehütet von einer Großgrundbesitzer-Lobby, die mit ihrem rücksichtslosen Raubbau an der Natur letztlich ihre eigenen Geschäftsgrundlagen zerstört.

Die EU-Agrarförderung geht auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG zurück, eine Vorgänger-Organisation der Europäischen Union. Als die EWG 1957 gegründet wurde, stand die Politik noch unter dem Eindruck der Lebensmittelknappheit während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Fokus stand deshalb, die Versorgung der Bevölkerung mit günstigen Lebensmitteln sicherzustellen¹¹⁸.

¹¹⁵ Götze u. a. (2020), Anmerkungen 195f, 204f

¹¹⁶

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/wp-content/uploads/2021/03/Studie-Milliarden-Tierindustrie-GgdT-2021.pdf>

¹¹⁷ Götze u. a. (2020), Anmerkungen 204f

¹¹⁸ Götze u. a. (2020), Anmerkung 191

Selbstverständlich ist dieses Ziel auch heute noch richtig. Genau deshalb ist es ja so wichtig, eine Landwirtschaft zu fördern, die die natürlichen Überlebensressourcen schont, statt sie zu zerstören. Denn nichts gefährdet die Ertragssicherheit heute so sehr wie die Klimakatastrophe und das Artensterben.

Doch davon war 1957 noch nicht die Rede. Im Vordergrund stand die Produktion möglichst vieler Lebensmittel. Deshalb wurden die Subventionen nach Landfläche verteilt. Damals, als noch ein Viertel der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte, hatten auch noch viele etwas davon. Doch inzwischen ist der Anteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft auf zwei Prozent geschrumpft¹¹⁹.

Die heute tonangebende Lobby der verbleibenden Agrarkonzerne hat ein Interesse daran, dass die Dinge so weiterlaufen. Der riesige Kuchen der Direktzahlungen soll ja nicht kleiner werden, nur weil immer weniger Betriebe davon profitieren. Dass das System Verlierer:innen produziert, geht in Ordnung, solange man selbst weiter zu denen zählt, die von dem Kuchen nur umso mehr abbekommen.

Ihre Ziele verfolgt die Lobby der Agrar-Großindustriellen äußerst erfolgreich. Dass ihre Arbeit nicht den Familienbetrieben dient, sondern deren Aussterben, bleibt weitgehend unbemerkt. Besitzer:innen riesiger Tierfarmen werden als Fachleute interviewt, ohne dass über ihre Interessen aufgeklärt wird. Sie sitzen als angeblich unparteiisch Beratende in allen wichtigen Gremien der EU. Dort sorgen sie dafür, dass nichts geschieht, was ihren Gewinn schmälern könnte. Unterstützt werden sie dabei von Interessengruppen, die Düngemittel, Pestizide, Pflugmaschinen und Fleischwaren produzieren oder auf andere Weise von einer klimaschädlichen Landwirtschaft profitieren¹²⁰.

Die Politik schreckt davor zurück, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Denn die Agrarkonzerne liefern, was die Wählerinnen und Wähler angeblich wollen: billige Lebensmittel auf Kosten der künftigen Generationen. Dass wir verbrannte Erde hinterlassen, scheint nicht zu interessieren. Schließlich erscheinen die Menschen, die unter den Folgen dieser Politik am meisten leiden werden, heute noch nicht an den Wahlurnen.

¹¹⁹ ebd.

¹²⁰ ebd.

Dagegen sind wir von der Klimaliste überzeugt: Die Wahlberechtigten sind nicht so abgebrüht, wie die Politiker:innen der verbrannten Erde glauben. Da die Menschen der Zukunft noch kein Wahlrecht haben, wählen und handeln wir in ihrem Sinne.

3.3.2.2 Beispiel

Die wachsende Weltbevölkerung muss ernährt werden: Dieses Argument wird immer wieder angeführt, um nachhaltige Landwirtschaft zu entmutigen. Als Lösung wird der rücksichtslose Raubbau durch eine intensive Landwirtschaft angepriesen, deren Produkte nicht auf unseren Tellern landen, sondern in den Trögen gequälter Schweine und Rinder.

Tatsächlich ist es jedoch genau diese intensive Landwirtschaft, die den Erhalt der Böden und damit unsere Ernährung gefährdet. Die Viehhaltung beansprucht überproportional viel Nutzfläche, die wir noch dringend benötigen werden. Wer ernsthaft etwas für die Ernährung der Weltbevölkerung tun will, sollte sich zudem um die Lebensmittelverschwendung kümmern: Ein Drittel unserer gekauften Nahrungsmittel landet auf dem Müll. Und da ist die enorme Verschwendung über die gesamte Versorgungskette hinweg noch nicht eingerechnet¹²¹.

Gern spricht die Lobby der Agrar-Fabriken von einer „Klima-smarten Landwirtschaft“, die „Präzisionstechniken“ einsetze, um den Bedarf der Pflanzen an Stickstoff- und Phosphordüngern möglichst exakt zu bestimmen. Doch bei diesen Techniken ist das Wording präziser als die Realität auf dem Feld. Noch schwerer wiegt, dass sie nur auf Monokulturen anwendbar sind. Wir brauchen aber für ein gesundes Bodenleben und für eine günstige Klimabilanz das genaue Gegenteil: Mischkulturen, in denen beispielsweise Sonnenblumen oder Klee zwischen dem Mais gedeihen¹²².

Vielfältige Fruchtfolgen mit stickstoffbindenden Zwischensaatensarten wie Klee halten die Vorstufen des Lachgases im Boden, bevor es in der Atmosphäre das Klima schädigen kann¹²³. Stickstoffspendende Pflanzen haben zudem den Vorteil, dass ihr Stickstoff nicht auswaschbar ist, also nicht in das Grundwasser gelangt. Dagegen schädigen die Stickstoff-Dünger der Chemiekonzerne und der Viehwirtschaft sowohl unsere Atmosphäre als auch das Grundwasser. Und das nicht zu knapp,

¹²¹ Sterner (2023), Anmerkungen 243f

¹²² Götze u. a. (2020), Anmerkung 239

¹²³ Plöger (2023)

denn die Überdüngung von Mais und Weizen ist gang und gäbe. Schließlich sollen die Felder möglichst hohe Erträge erzielen. Spätestens wenn die Jauchegrube überzulaufen droht, ist es ohnehin aus mit der präzisen Stickstoffdosierung¹²⁴.

3.3.2.3 Problemrelevanz

Eine Subventionspolitik der verbrannten Erde

„Betreiben wir Landwirtschaft wie gehabt, sind noch 50 bis 60 Ernten drin – dann ist Schluss“, warnt die stellvertretende Generaldirektorin der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) FAP, Maria Helena Semedo¹²⁵.

Was bräuchten wir, damit die Natur sich wieder erholt und das Klima nicht weiter geschädigt wird? Fachleute raten zu vielen kleinen Feldern, dazwischen Sträucher und nasse Auen¹²⁶. Was die EU stattdessen geschaffen hat, ist ein Anreizsystem für Spritverbrennung und Bodenverdichtung mit tonnenschweren Traktoren, eine Goldgrube für die Hersteller:innen von Pflügen und Düngesprühern¹²⁷.

Familienbetriebe, die nur so viele Hektar besitzen, wie sie klimaschonend bearbeiten können, geraten in finanzielle Schieflagen. Sie werden aufgekauft von Agrar-Fabriken, die mit tausenden Kühen planen, klimaschädliche Düngemittel ausbringen und dafür reichlich mit EU-Subventionen belohnt werden¹²⁸.

Dabei ist die Viehwirtschaft der schlimmste Treiber der Erderhitzung in der Landwirtschaft. Mit Gülle zu düngen, verursacht riesige Mengen an Emissionen. Rinder und Schafe emittieren knapp ein Drittel der klimaschädlichen Gase, die in der Landwirtschaft entstehen. Rinder, Schafe und Schweine fressen in Deutschland rund 60 % der Ernte¹²⁹. Viehhaltung verursacht weltweit zwei Drittel der Emissionen von Lachgas, das für das Klima dreihundert Mal so schädlich ist wie CO₂¹³⁰.

¹²⁴ Götze u. a. (2020), Anmerkung 217

¹²⁵ Plöger (2023)

¹²⁶ Sterner (2023)

¹²⁷ Götze u. a. (2020)

¹²⁸ ebd.

¹²⁹ ebd.

¹³⁰

https://de.wikipedia.org/wiki/Distickstoffmonoxid#Beitrag_zum_Treibhauseffekt_und_Sch%C3%A4digung_der_Ozonschicht

Tierhaltung und Fleischkonsum dürften auch die weltweit stärksten Triebfedern sein für die Abholzung der Wälder, die die Erderhitzung weiter verstärkt¹³¹.

Wer hält an diesem System der verbrannten Erde fest? Nicht die vielen kleinen und mittleren Bäuerinnen und Bauern, die am wenigsten von den EU-Subventionen profitieren. Die rund 3.000 Euro, die sie monatlich im Durchschnitt verdienen, könnten sie mit Klimaschutz allemal erwirtschaften – wenn sie denn bezahlt würden für das, was wir uns von ihnen wünschen. Stattdessen werden sie durch Fehlanreize unter Druck gesetzt, weiter Vieh zu halten: Wer Fleisch produziert, verdient monatlich rund 600 Euro mehr als Gemüsebäuerinnen oder Getreidebauern¹³².

Nein, eine zukunftsfähige Landwirtschaft blockieren andere: der Bauernverband und die Agrarkonzerne. Sie haben viel zu verlieren. Denn aktuell werden sie fürstlich dafür entlohnt, das Falsche zu tun: eine intensivierete Landwirtschaft zu betreiben mit schweren Maschinen, erdölbasierten Düngemitteln und Massentierhaltung, in Gang gehalten mit Sojafutter von abgeholzten Regenwäldern aus dem mehr als 10.000 km entfernten Brasilien. Sie sind es, die durch raffinierte Lobbyarbeit alle Änderungen blockieren, die den hohen Anteil an klimaschädlichen Emissionen senken könnten¹³³.

Der Klimaschaden, der während eines Kuhlebens entsteht, entspricht dem Schaden durch einen Mittelklassewagen nach 18.000 km Fahrleistung: 30,3 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente¹³⁴. Die unkalkulierbar hohen Folgekosten übernimmt die Gesellschaft, den Profit samt Subventionen kassieren die Betreiber der Tierfabriken. Solange das so ist, werden sie nicht aufhören, klimaschädliche Fleischprodukte in großer Menge weit unter Wert zu vermarkten. Dadurch wird die Bevölkerung zu einer Ernährungsweise verführt, die ihre Lebenserwartung verringert¹³⁵.

Das können wir besser

Angesichts der rasch voranschreitenden Erderhitzung ist der Handlungsdruck auch in der Landwirtschaft enorm. Wir können nicht warten, bis die Lobby-Verbände der

¹³¹ Plöger (2023)

¹³² Götze u. a. (2020), Anmerkung 197

¹³³ ebd.

¹³⁴ Plöger (2023) (für Deutschland)

¹³⁵ Götze u. a. (2020)

großindustriellen Viehhaltung ein Einsehen haben. Jedoch besteht Anlass, auf die Einsicht der Landwirtinnen und Landwirte zu hoffen. Viele leisten heute schon Vorbildliches für eine Wirtschaftsweise, die im Einklang steht mit der Natur.

Schließlich trägt die Landwirtschaft nicht nur wesentlich zur Erderhitzung bei: Sie ist auch ihr erstes Opfer. Kaum eine Branche ist derart abhängig von Wind und Wetter wie sie. Ernteauffälle, ausbleibender Regen, Überschwemmungen, Dürren, Bodenerosion, unberechenbar gewordene Vegetations- und Frostphasen, Sturm und Hagel: Unter all dem leidet wohl niemand mehr als die Menschen in der Landwirtschaft¹³⁶. Es besteht deshalb Hoffnung, dass mit den leider zunehmenden Extremwetter-Ereignissen immer mehr verstanden werden, was auf dem Spiel steht.

Ist Bio-Landwirtschaft die Lösung?

Die Bio-Landwirtschaft kann hier wichtige Beiträge leisten. Sie ist allein schon wegen ihres Beitrags zum Artenschutz unverzichtbar. Sie benötigt pro Hektar nur halb so viel Energie wie die konventionelle Landwirtschaft. Sogar in der Viehhaltung schneidet sie insgesamt besser ab: Bio-Tierhaltung verursacht 24 % weniger Lachgase als konventionelle Tierhaltung. Die Öko-Bilanz von Bio-Schweinefleisch ist um ein Drittel besser, was vor allem mit dem Verzicht auf chemische Stickstoffdünger zusammenhängt¹³⁷. Positiv wirkt sich auch der Verzicht auf Sojafutter aus, für das oft Regenwald vernichtet wurde und dessen lange Transportwege das Klima belasten. Und wo die Rinder sich auf Weiden verteilen dürfen, entsteht neuer Boden, der CO₂ speichert¹³⁸.

Leider hat die Bio-Tierhaltung aber auch eine negative Kehrseite: Gerade weil sie schonender mit den natürlichen Ressourcen umgeht, benötigt sie für die gleiche Menge Fleisch oder Milch mehr Fläche¹³⁹. Dass die Rinder auf Biohöfen langsamer wachsen und länger leben dürfen, ist zwar ein großes Plus für das Tierwohl. Aber leider verschlechtert es auch die Treibhausgas-Bilanz¹⁴⁰.

¹³⁶ Sterner (2023)

¹³⁷ Götze u. a. (2020), Anmerkung 219

¹³⁸ Plöger (2023)

¹³⁹ ebd.

¹⁴⁰ ebd.

Viehhaltung ist eben nicht die Lösung, auch mit Bio-Siegel nicht. An den grundsätzlichen Problemen der Viehhaltung können auch Bio-Standards nichts ändern:

- Klimaschädliches Methan und Lachgas.
- Für ein Stück Schwein auf dem Teller wird das Siebenfache an Getreide und damit an Fläche benötigt wie für denselben Nährwert bei rein pflanzlicher Ernährung¹⁴¹.
- Schweinefleisch verursacht 15-mal so viele Klimagase wie Brot oder Kartoffeln mit gleichem Nährwert. Bei Rindfleisch aus der Milchviehhaltung ist das Verhältnis noch schlechter (1:30)¹⁴².
- Die Produktion von Fleisch, Milch, Eiern und Fisch benötigt weltweit 83 % der landwirtschaftlichen Fläche und verursacht mehr als 55 % der ernährungsbedingten Emissionen. Und das, obwohl sie nur 18 % der global benötigten Kalorien sowie 37 % der Proteine bereitstellt¹⁴³.

Fleischarm – vegetarisch – vegan

Laut Umweltbundesamt würde die Umstellung auf vegetarische Ernährung die Klimagase im Agrarsektor um mehr als ein Drittel reduzieren, die Umstellung auf vegane Ernährung sogar um die Hälfte¹⁴⁴.

Alle Versuche, die Klimawirkung der Viehhaltung abzumildern, bleiben Stückwerk. Dennoch sind diese Versuche wichtig. Denn es werden sich nicht alle Menschen auf fleisch- und milchlose Ernährung umstellen, und schon gar nicht schnell genug.

Wirksame Maßnahmen in der Viehhaltung sind:

- Reduzierung des Methan-Ausstoßes von Rindern durch hochwertige Fütterung sowie durch Zusätze wie Hasel- oder Weinrebenblätter¹⁴⁵. Die Zufütterung von Rotalgen, mit der sich einmal große Erwartungen verbanden, hat sich jedoch als der falsche Weg erwiesen¹⁴⁶.

¹⁴¹ Sterner (2023)

¹⁴² ebd., Anmerkung 235

¹⁴³ ebd., Anmerkungen 240f

¹⁴⁴ Götze u. a. (2020), Anmerkung 242

¹⁴⁵

https://www.researchgate.net/publication/336814334_Tannin_treatment_for_protecting_feed_protein_degradation_in_the_rumen_in_vitro

¹⁴⁶ Plöger (2023)

- Weidetierhaltung¹⁴⁷.
- Senkung der Methan-Emissionen von Biogasanlagen und Güllegruben durch Abdichtungen sowie durch die Verwertung der Gülle in Biogasanlagen. Bisher wird nur ein Fünftel der Gülle als Biogas genutzt¹⁴⁸.
- Sparsame Dosierung von Stickstoffdünger, denn was von der Pflanze nicht verwertet wird, wird in der Erde zu Lachgas abgebaut¹⁴⁹.

Auch wer sich nicht vegan ernährt, kann zu einer raschen Senkung der Treibhausgas-Emissionen beitragen. Denn zum einen unterscheiden sich die tierischen Produkte in ihrer Klimawirkung erheblich voneinander:

- Rindfleisch ist viermal klimaschädlicher als Geflügel oder Schweinefleisch¹⁵⁰.
- Für Milchprodukte gilt die Faustregel: je weniger Fett, desto weniger klimaschädlich¹⁵¹.

Zum anderen wäre bereits durch eine Reduzierung des Fleisch- und Milchkonsums viel erreicht:

- Würden wir unseren Konsum von Fleisch, Milch und Eiern auch nur halbieren, so würde bereits das die Emissionen in der EU-Landwirtschaft um etwa 40 Prozent senken¹⁵².

Gesünder ist es obendrein. Denn die in Deutschland üblichen Fleisch- und Milchmengen basieren auf krank machenden Konsummustern.

Ein großer Gewinn wäre bereits die Umstellung auf die Planetary Health Diet, für die sich unter anderem der Mediziner Eckart von Hirschhausen einsetzt¹⁵³. Sie enthält wenig Fleisch, Zucker und Milchprodukte, dafür reichlich Nüsse, Hülsenfrüchte und buntes Gemüse. Die Umstellung von den tradierten Fleisch-Exzessen auf diese Ernährungsweise würde nicht nur das Klima schonen, sondern auch – die nötige körperliche Bewegung vorausgesetzt – Millionen von

¹⁴⁷ Götze u. a. (2020), Anmerkung 265

¹⁴⁸ Sterner (2023), Anmerkungen 228f

¹⁴⁹ ebd.

¹⁵⁰ Plöger (2023)

¹⁵¹

<https://www.landwirtschaft.de/diskussion-und-dialog/umwelt/wie-klimaschaedlich-sind-tierische-lebensmittel>

¹⁵² Plöger (2023)

¹⁵³ Hirschhausen (2023)

Herzinfarkten und Schlaganfällen in Deutschland verhindern.

3.3.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Die Landwirtschaft soll auch in Zukunft die Bevölkerung mit günstigen Lebensmitteln versorgen. Genau deshalb müssen angesichts der Erderhitzung tierische Lebensmittel erheblich teurer werden. Durch den Preis muss eine Lenkungswirkung entstehen, die die Umstellung auf eine gesunde und klimaschonende Ernährungsweise fördert¹⁵⁴ und den Lebensmitteln wieder einen Wert gibt.
- Die Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung wird durch industrielle Viehwirtschaft nicht gefördert, sondern gefährdet. Stattdessen soll die EU hinwirken auf fleischlose oder fleischarme Ernährung, nachhaltige Bodenbearbeitung und Vermeidung von Lebensmittelverschwendung.
- Der Staat muss über die schädlichen Auswirkungen tierischer Lebensmittel auf Klima und Gesundheit aufklären. Kampagnen für Tierprodukte dürfen nicht mehr staatlich gefördert werden. Für tierische Lebensmittel darf es keine staatlichen Subventionen mehr geben. Auf diese Weise ist die Umstellung auf vegane, vegetarische oder auf fleisch- und milcharme Ernährung zu fördern.
- Der sinkende Bedarf an tierischen Lebensmitteln wird dazu führen, dass auch der Flächenbedarf für Tierfutter entsprechend sinkt. Die dadurch gewonnenen Flächen dürfen nicht versiegelt werden, sondern müssen genutzt werden für Klima-, Natur- und Artenschutzprojekte wie Brachflächen, Agrophotovoltaik (doppelte Nutzung für Photovoltaik und nachwachsende Rohstoffe¹⁵⁵), Hochwasserschutz und Renaturierung von Mooren¹⁵⁶.
- Verharmlosende Werbung für Massentierhaltung mit irreführenden Darstellungen wie idyllischen Weide-Motiven ist zu verbieten. Weidende Kühe dürfen auf Milch-Verpackungen nur noch abgebildet werden, wenn die Milch nachweislich von Weidekühen stammt.
- In Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen sollen pflanzenbasierte Ernährungsprogramme gefördert werden. Kantinen und Mensen müssen täglich mindestens eine vegane Hauptmahlzeit anbieten.

¹⁵⁴ [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(18\)31788-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(18)31788-4/fulltext)

¹⁵⁵ <https://www.solarserver.de/wissen/basiswissen/agriphotovoltaik/>

¹⁵⁶ Sterner (2023)

- Besonders gesundheitsgefährdende Fleischprodukte wie das von der WHO als krebserregend eingestufte rote Fleisch¹⁵⁷ dürfen nicht mehr beworben werden.
- Lobbyismus für die industrielle Viehwirtschaft muss als solcher kenntlich gemacht werden. Wer für Massentierhaltung lobbyiert, darf nicht mehr unwidersprochen als unabhängige Expertin oder Experte auftreten können.
- Das Mindesthaltbarkeitsdatum ist so zu präsentieren, dass Lebensmittel nach Überschreiten dieses Datums nicht automatisch weggeworfen werden. Heute schon steht der Hinweis „Sehen, riechen, schmecken“ auf vielen Packungen. Dieser Ansatz ist auszuweiten¹⁵⁸.
- Die Subventionierung klimaschädlicher Produktionsweisen, insbesondere in der Viehhaltung, muss vollständig gestoppt werden¹⁵⁹. Keine Subventionierung tierischer Produkte wie Fleisch, Fisch, Milch und Eier. Subventionen dürfen nur noch an Landwirtinnen und Landwirte gehen, die pflanzliche Lebensmittel produzieren und Leistungen für Klima, Umwelt oder Biodiversität erbringen¹⁶⁰.
- Alle Lebensmittel sind so zu kennzeichnen, dass ihre Klimawirkung für Verbraucher:innen transparent wird. Dazu sind die CO₂-Äquivalente anzugeben und die Umweltschäden nach einem einheitlichen System in Euro abzubilden. Das gilt für Lebensmittel im Einzelhandel ebenso wie für die Mahlzeiten in Kantinen und Mensen und möglichst auch in Restaurants¹⁶¹.
- Die Transparenz in den Lieferketten, zum Beispiel bei Soja-Importen, muss deutlich verbessert werden¹⁶².
- Die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln ist zu fördern. Der Zugang zu regionalen Lebensmitteln muss erleichtert werden. Der Begriff „regional“ muss im Lebensmittelhandel eindeutig definiert werden. Die Kundinnen haben ein Recht zu erfahren, von wie weit entfernt regionale Produkte höchstens geliefert werden dürfen¹⁶³.

¹⁵⁷

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/64572/WHO-Behoerde-stuft-rotes-Fleisch-und-Wurst-als-krebserregend-ein>

¹⁵⁸ Sterner (2023)

¹⁵⁹ <https://taz.de/Studie-zu-Subventionen-fuer-Viehbranche/!5755760/>,

<https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/landwirtschaft/tierhaltung/fleisch-bessere-steuerung>

¹⁶⁰ Plöger (2023) verweist in diesem Zusammenhang auf das Ökopunktesystem der Universität Kiel

¹⁶¹ Plöger (2023) verweist auf eine Studie, nach der in Kantinen die Auszeichnung in Euro-Beträgen die größte Wirkung erzielte.

¹⁶² ebd.

¹⁶³ ebd.

- Moore sind CO₂-Speicher. Bestehende Moore dürfen deshalb auf keinen Fall trockengelegt werden. Trockengelegte Moore müssen wo immer möglich wiederbewässert werden¹⁶⁴.
- In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Welternährungsorganisation FAO sollen Böden möglichst wenig umgepflügt werden, weil dabei viel CO₂ entsteht¹⁶⁵.
- Die extrem klimaschädliche Düngung mit chemischem Stickstoffdünger, Gülle und Mist ist wo immer möglich zu ersetzen durch Hülsenfrüchte wie Soja, Erbsen und Lupinen¹⁶⁶ oder durch Leguminosen wie Klee und Saubohnen¹⁶⁷. Diese Pflanzen reichern den Boden mit Stickstoff an, den sie aus der Luft gewinnen. Angebaut werden können sie beispielsweise nach Hauptkulturen wie Weizen oder Mais.
- Schwere spritfressende Landmaschinen dürfen nicht länger subventioniert werden. Denn sie verdichten die Böden und schaden wichtigen Bakterien und Pilzen¹⁶⁸.
- Landwirtinnen und Landwirte, die von der Viehhaltung wegkommen und auf eine rein pflanzliche Landwirtschaft umstellen wollen, sind zu ermutigen und finanziell zu unterstützen. Sie sollen alle Hilfen erhalten, die sie für eine erfolgreiche Umstellung brauchen.
- Die Menschen, die beim Anbau von Gemüse, Obst und Getreide oft schwere Arbeit leisten, sind angemessen zu bezahlen, ihre Rechte sind zu schützen. Ihr Beitrag zu einer gemeinwohlorientierten Landwirtschaft ist zu würdigen. Dann werden auch wieder mehr Menschen in der Landwirtschaft arbeiten wollen. Eine klimaschonende Wirtschaftsweise ist auf sie angewiesen¹⁶⁹.

Hilfe, wem Hilfe gebührt

So wichtig sich die industrielle Landwirtschaft gebärdet und so großen Schaden sie fürs Klima anrichtet, so bescheiden ist ihr Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung: Obwohl sie die meisten Agrar-Emissionen ausstößt, werden nicht

¹⁶⁴ Sterner (2023)

¹⁶⁵ ebd.

¹⁶⁶ ebd.

¹⁶⁷ Götze u. a. (2020)

¹⁶⁸ ebd.

¹⁶⁹ ebd.

durch sie die meisten Menschen auf dieser Erde ernährt, sondern durch die Produkte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern¹⁷⁰.

Wenn wir den nachfolgenden Generationen keine verbrannte Erde hinterlassen wollen: Dann gehört die Zukunft der Landwirtschaft nicht der großindustriellen Viehwirtschaft und der rücksichtslosen Ausbeutung der Böden um jeden Preis. Sondern den mutigen Landwirtinnen und Landwirten, die ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen gerecht werden, indem sie sich von der Viehhaltung verabschieden und nicht mehr Land bewirtschaften, als sie klimaschonend bewirtschaften können.

3.3.7 Quellenangaben

- Agrarsubventionen-Datenbank: <https://farmsubsidy.org>
- Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“:
<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/studie-milliarden-tierindustrie/>
- CO₂-Rechner des Umweltbundesamts: https://uba.co2-rechner.de/de_DE
- Götze u. a. (2020) = Susanne Götze und Annika Joeres (2020): Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, darin Kapitel: „Wie die Agrarlobby klimafreundliche Ernährung verhindert“
- Hirschhausen (2023) = Eckart von Hirschhausen, Gastbeitrag in Sven Plöger (2023): Zieht euch warm an, es wird noch heißer. Können wir den Klimawandel noch beherrschen?
- Plöger (2023) = Sven Plöger (2023): Zieht euch warm an, es wird noch heißer. Können wir den Klimawandel noch beherrschen?, darin Kapitel: „Aufgetischt! Unsere Ernährung“. Literaturverzeichnis zum Download: <https://www.westendverlag.de/wp-content/uploads/Pl%C3%B6ger-Literaturverzeichnis-komplett.docx>
- RESCUE-Studie des Umweltbundesamts: <https://www.umweltbundesamt.de/rescue>
- Sterner (2023) = Michael Sterner (2023): So retten wir das Klima. Energiewende einfach erklärt, darin Kapitel: „Landwirtschaft und Ernährung“

¹⁷⁰ ebd., Anmerkung 227 = <https://www.fao.org/family-farming/detail/en/c/284666/> > <https://grain.org/article/entries/4929-hungry-for-land-small-farmers-feed-the-world-with-less-than-a-quarter-of-all-farmland#sdfootnote6sym>

- Thünen Report:
<https://www.thuenen.de/de/thuenen-institut/infothek/schriftenreihen/thuenen-report>
- Umstellung auf rein pflanzliche Landwirtschaft:
 - <https://www.oekolandbau.de/landwirtschaft/umstellung/oeko-standards-im-vergleich/biozyklisch-veganer-anbau/>
 - <https://www.peta.de/themen/bio-vegane-landwirtschaft/>
 - <https://blog.zhaw.ch/eat-grow-change/2020/07/22/bio-vegane-landwirtschaft-was-bedeutet-diese-alternative-form-der-landwirtschaft/>
 - <https://transformation-deutschland.de/>

3.4 Tierversuche verbieten und durch Methoden ohne Tierleid ersetzen

3.4.1 Einleitung

Hinter den Mauern zahlreicher Labore in der Europäischen Union verbirgt sich entsetzliches Leid: Allein 2020 wurden über sieben Millionen Tiere für Tierversuche geopfert. Überwiegend sind es Mäuse – äußerst schmerzempfindliche Tiere –, aber auch tausende Hunde, Katzen und Affen. Ihre Zahl ist zwar seit 2016 rückläufig¹⁷¹, aber immer noch erschreckend hoch. Und was wir kennen, sind nur die offiziellen Zahlen. Tatsächlich sind noch viel mehr Tiere betroffen. Denn viele werden in der Statistik gar nicht erst erfasst. Dazu zählen alle Tiere, die „nur“ für die Entnahme von Organen getötet werden, sowie Abermillionen von Tieren, die bereits vor dem Tierversuch getötet werden, weil sie den Versuchsbedingungen nicht entsprechen.

Wir brauchen keine Tierversuche. Befürworter behaupten zwar, dass sie insbesondere für die Grundlagenforschung sowie für die Entwicklung und Erprobung neuer medizinischer Therapien weiterhin unverzichtbar seien. Dabei werden heute immer noch tausende Tierversuche in der Kosmetik-Branche durchgeführt, obwohl sie seit 2013 EU-weit verboten sind. Und das, obwohl Tierversuche weder für Medikamente noch für Kosmetika irgendeinen Vorteil bringen. Denn längst gibt es viel aussagekräftigere Methoden¹⁷², bei denen kein Tier leiden muss.

3.4.2 Problembeschreibung

Sie leiden für den Profit – nicht für unsere Gesundheit

Tierversuche gehen mit entsetzlichen Qualen einher. In Labortieren werden künstlich die Krankheiten erzeugt, vor denen wir selbst uns am meisten fürchten. Mäuse werden in Todesangst versetzt und zu Tode gequält, Affen werden am Kopf festgeschraubt, damit sie sich nicht mehr bewegen können.

Angeblich müssen wir eine Abwägung treffen zwischen dem Tierwohl auf der einen Seite und Erkenntnissen, die menschliches Leid lindern könnten, auf der anderen Seite. In Wirklichkeit geht es heute um eine andere Abwägung: die zwischen Tierwohl und Profitgier.

¹⁷¹ <https://www.tierversuche-verstehen.de/versuchstierzahlen-in-der-eu-deutlich-gesunken/>

¹⁷² <https://www.peta.de/neuigkeiten/tierversuche-fuer-kosmetik-in-der-eu/>

3.4.2.1 Problemerkklärung

Rückblick

Historisch betrachtet waren Tierversuche zwar am medizinischen Fortschritt beteiligt: Versuchstiere mussten unter anderem leiden für die Entdeckung des Insulins, die Entwicklung neuer Therapien gegen die Zuckerkrankheit, Impfsereien gegen Diphtherie, Gelbfieber und Kinderlähmung sowie für ein besseres Verständnis von Tuberkulose, Typhus und Malaria.

Aber: Hätte man nicht auch damals schon derartige Erkenntnisse ohne Tierversuche gewinnen können?

Wie auch immer die Antwort lauten mag, wichtig ist etwas anderes: Heute gibt es bessere Methoden. Wenn wir nur wollen, muss heute kein Tier mehr für den medizinischen oder wissenschaftlichen Fortschritt leiden.

3.4.2.2 Beispiel

Für die Linderung von Depressionen braucht es keine qualvollen Erstickungstode!

Die Entwicklung neuer Medikamente ist für viele psychisch kranke Menschen ein Segen, für die Labortiere aber ein entsetzlicher Fluch. Das muss nicht sein!

/Trigger-Warnung: Der folgende Absatz könnte Sie verstören./

Ein Standardtest bei der Entwicklung von Anti-Depressiva sieht so aus: Eine Ratte wird in ein Wasserglas gegeben, in dem sie nicht stehen kann. Sie hat Todesangst und schwimmt, bis ihre Kräfte versagen. Dann wird ihr ein Anti-Depressivum verabreicht. Anschließend wird sie wieder ins Wasser geworfen. Schwimmt sie noch eine Weile weiter, gilt das als Wirkungsnachweis für das Anti-Depressivum.

3.4.2.3 Problemrelevanz

Eine derart barbarische Folter soll also notwendig sein, damit wir Menschen uns besser fühlen können! Wer wollte da nicht nach Alternativen Ausschau halten?

Unethisch ist Tierquälerei in jedem Fall

Tatsächlich lässt sich die positive Wirkung von Antidepressiva so keinesfalls nachweisen. Und selbst wenn dies möglich wäre, wäre es ethisch nicht gerechtfertigt. Denn Tiere empfinden wie wir: Auch sie leiden unter Schmerzen und Todesangst. Tierfolter ist in jedem Fall empörend und inakzeptabel.

Wertlos, irreführend, überflüssig

Aber Tierversuche sind nicht nur grausam: Sie sind auch im besten Fall wertlos, im schlimmsten Fall sogar kontraproduktiv. Und sie lassen sich heute vollständig durch Methoden ohne Tierleid ersetzen.

– Tierversuche sind wertlos:

Bis zu 95 % aller Medikamente, die in Tierversuchen wirksam waren, erweisen sich beim Menschen als wirkungslos, gefährlich oder gar tödlich. Immer wieder treten die Schäden erst nach der Marktzulassung zutage.

– Tierversuche sind irreführend:

Viele segensreiche Medikamente und Therapien werden uns vorenthalten, weil sie in Tierversuchen durchfallen. Dabei schaden sie nur den Versuchstieren, nicht aber uns Menschen. Es ist deshalb anzunehmen, dass Tierversuche dem medizinischen Fortschritt insgesamt mehr schaden als nützen.

Die Übereinstimmung zwischen Mensch und Tier ist eben viel zu gering, als dass sich durch Tierversuche beispielsweise die krebserregende Wirkung von Substanzen bestimmen ließe. Auch verhält sich das Immunsystem von Versuchstieren völlig anders als das von Menschen.

– Tierversuche sind überflüssig:

Heute lassen sich Tierversuche vollständig durch Methoden ohne Tierleid ersetzen. Beispielsweise lassen sich aus Stammzellen Mini-Organen und Multiorgansysteme herstellen, die komplexe Wechselwirkungen im menschlichen Organismus abbilden. Experimente an diesen Modellen sind schneller, zuverlässiger, präziser und wirtschaftlicher als alle Tierversuche.

In den USA hat man bereits begonnen, Konsequenzen zu ziehen: Dort können Medikamente inzwischen ohne Tierversuche zugelassen werden¹⁷³. Wann zieht Europa endlich nach?

Die Rechtslage: Tierversuche so wenig und so schmerzfrei wie möglich

Der Kampf für die Rechte der Tiere stößt auf erbitterten Widerstand von Lobbygruppen. Insofern erstaunt es geradezu, dass sich in der aktuellen Rechtslage der Europäischen Union positive Ansätze finden.

So soll die Zahl der für die Versuche benötigten Tiere so weit wie möglich reduziert werden (Reduction). Um überflüssige Wiederholungen von Versuchsreihen zu vermeiden, müssen Tierversuche und ihre Ergebnisse gemeldet werden.

Zudem sollen Schmerz und Stress der Tiere so weit wie möglich vermieden werden (Refinement).

Außerdem sollen Tierversuche möglichst durch Methoden ohne Tierleid ersetzt werden (Replacement).

So viel zur Rechtslage.

Die Praxis: Das Genehmigungsverfahren ist eine Farce

Wie es tatsächlich um die Rechte der Versuchstiere steht, hat ein Recherche-Team der Berliner Zeitung am Beispiel Berlin aufgedeckt¹⁷⁴:

Eigentlich müssen Einrichtungen, die Tierversuche durchführen, in ihren Anträgen viele Angaben machen, die das Tierwohl betreffen. Angaben wie: Warum sollen die Versuche ethisch vertretbar und erforderlich sein? Wurde nach Alternativen ohne Tierleid gesucht? Welche Substanz soll getestet werden? Gegen welche Krankheit soll diese Substanz helfen? Welchen Vorteil hat sie gegenüber anderen, bereits

¹⁷³

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/140236/Neues-Gesetz-ermoeglicht-Arzneimittelzulassung-in-den-USA-ohne-Tierversuche>

¹⁷⁴

https://www.berliner-zeitung.de/gesundheits-oekologie/machste-patho-das-medizinische-leid-der-tiere-li.366261?utm_term=Autofeed&utm_medium=Social&utm_source=LinkedIn#Echobox=1688792197

zugelassenen Wirkstoffen? Und was konkret soll den Tieren angetan werden? Doch von all dem steht in den Anträgen üblicherweise nichts.

Eigentlich müssen in den Prüf-Kommissionen Mitglieder von Tierschutzorganisationen vertreten sein. Was die Investigativ-Journalist:innen stattdessen fanden, waren Personen, die von der Tierversuchs-Lobby wirtschaftlich abhängig sind. Die personelle Besetzung dieser Kommissionen wird zudem meist geheim gehalten.

Und dennoch: In zwei Drittel der Fälle lehnen die Kommissionen eine Genehmigung ab und fordern zumindest Nachbesserungen. Denn die Anträge sind so schlecht gemacht, dass sie nicht einmal von wohlwollenden Prüfer:innen freigegeben werden können.

Die Prüf-Kommission kann nur Empfehlungen abgeben: Auch von ihr abgelehnte Anträge werden der genehmigenden Behörde vorgelegt¹⁷⁵. Eigentlich müsste diese nun fast alle Anträge abweisen, denn fast alle entsprechen den gesetzlichen Anforderungen nicht einmal pro forma. Dennoch werden fast alle Anträge genehmigt.

Dass die Verhältnisse in anderen Regionen besser sind, ist nicht anzunehmen. Denn so intransparent die Tierversuchskommissionen in Berlin auch sind: Es handelt sich um die transparentesten in ganz Deutschland.

Würde geltendes Recht konsequent durchgesetzt, gäbe es keine Tierversuche mehr

Das EU-Recht verbietet bereits heute überflüssige und ersetzbare Tierversuche. Überflüssig und ersetzbar sind aber alle Tierversuche. Das haben unter anderem die Ärzte gegen Tierversuche überzeugend dargelegt. Peta Science Consortium International hat zudem in einem Strategiepapier¹⁷⁶ aufgezeigt, wie der vollständige Ausstieg aus allen Tierversuchen gelingen kann.

Dass Tierversuche heute überhaupt noch durchgeführt werden, liegt teilweise an veralteten Rechtsvorschriften wie der 2006 verschärften EU-Chemikalienverordnung REACH, die Tierversuche vorschreibt. Vor allem aber

¹⁷⁵ In Berlin dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso).

¹⁷⁶ <https://www.peta.de/neuigkeiten/research-modernisation-deal-strategiepapier/>

geht es um wirtschaftliche Interessen: Ganze Industriezweige verdienen heute viel Geld mit Tierversuchen. Sie werden diese Einnahmequelle nicht kampflos aufgeben.

Der Kampf gegen Tierversuche ist deshalb heute vor allem ein Kampf gegen Lobby-Interessen. Dazu braucht es eine Kraft, die dem Druck dieser Industriezweige standhält und unbeirrbar für das Tierwohl eintritt. Dafür steht die Klimaliste.

3.4.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Wir fordern die vollständige Abschaffung aller Tierversuche, die Förderung von Methoden ohne Tierleid und beschleunigte Genehmigungsverfahren für derartige Methoden.
- Solange wir das vollständige Verbot von Tierversuchen nicht durchsetzen können, kämpfen wir für die größtmögliche Reduzierung von Tierversuchen und fordern die Einhaltung anspruchsvoller Tierschutz-Standards für die verbleibenden Versuche und in der Zucht.
- Die Herkunft und die Haltungsbedingungen der Versuchstiere müssen weitaus strenger kontrolliert werden als bisher.
- Solange es Tierversuche noch gibt, fordern wir die statistische Erfassung sämtlicher betroffenen Tiere. Also auch der Tiere, die für die Organentnahme getötet werden, sowie der Tiere, die vor dem Tierversuch oder durch die Zucht als untauglich aussortiert und getötet werden.
- Tierversuche, in denen Tieren starke Qualen zugefügt werden, sind in jedem Fall zu verbieten.

3.4.7 Quellenangaben

Wikipedia:

- <https://de.wikipedia.org/wiki/Tierversuch#Europa>

Tierversuche aus der Sicht von Befürwortern:

- <https://www.tierversuche-verstehen.de/versuchstierzahlen-in-der-eu-deutlich-gesunken/>

Tierversuche aus der Sicht von Gegnern:

- <https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/news/eu-tierversuchsstatistik>
- <https://www.peta.de/neuigkeiten/tierversuche-eu-statistik/>
- Gericke, Corina (2015): Was Sie schon immer über Tierversuche wissen wollten. Ein Blick hinter die Kulissen

- Dies. (2023): Interview in dem Frauenmagazin Emma, Ausgabe 09/10 2023, S. 87–89

Europäische Gesetzesgrundlagen:

- [Richtlinie 86/609/EWG](#) (1986), am 22.09.2010 abgelöst durch die [Richtlinie 2010/63/EU](#)
- Artikel 13 des [Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union \(AEUV\)](#)
- Chemikalienverordnung REACH:
[https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_\(EG\)_Nr._1907/2006](https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_(EG)_Nr._1907/2006) (REACH)

3.5 Tierrechte im Sport

Eine gemeinsame Forderung mit der Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei).

3.5.1 Einleitung

Sport entfaltet viele positive Wirkungen auf Menschen und die Gesellschaft. Sport ist gut für die Gesundheit und kann Menschen soziale Kontakte und Gemeinschaftsgefühle verschaffen. Beides ist wichtig in unseren modernen Gesellschaften, in denen das Leben vieler Menschen häufig von Inaktivität (viel Sitzen, viel Liegen) und zunehmender Einsamkeit geprägt sind.

In den letzten Jahren treten neben diesen positiven aber auch immer mehr die negativen Wirkungen des Sports zutage.

3.5.2 Problembeschreibung

Hier sind zum einen die durch bestimmte Sportarten wie Rugby oder Eishockey entstehenden gesundheitlichen Schäden aufgrund von Gehirnerschütterungen zu nennen, oder auch die Langzeitfolgen von Doping oder Überbelastungen im Spitzensport. Zum anderen aber auch die durch den Breiten- und Spitzensport verursachten Klima- und Umweltschäden sowie Tierleid.

Diese entstehen z. B. durch den hohen Flächenverbrauch und Einsatz von Insektiziden und Pestiziden bei Sportarten wie z. B. Golf. Oder die Landschafts- und Naturschäden und den hohen Wasser- und Energieverbrauch (Herstellung von Kunstschnee) für das alpine Skifahren. Im Reitsport wird sowohl im Training als auch im Wettkampf das Tierwohl massiv gefährdet, während bei „Sportarten“ wie Jagen oder Angeln das Töten oder Verletzen von Tieren Hauptbestandteil des Sports ist.

Für viele weitere Sportarten sind der hohe Energieverbrauch der Sportanlagen (z. B. Hallenbad im Winter, Eissporthalle im Sommer) und die weiten Fahrtwege, gerade auch im Profisport und dem damit zusammenhängenden Fantourismus aus Klima- und Umweltsucht problematisch. Besonders Sport-Großereignisse wie z. B. Olympiaden oder Fußballweltmeisterschaften sind nachgewiesener Weise nicht nachhaltig, auch wenn die Veranstalter (IOC, FIFA) dies häufig gerne so darstellen.

Um die Klima- und Umweltschäden durch Sport in Zukunft zu minimieren, sollten von der Europäischen Kommission folgende Maßnahmen an die Mitgliedsstaaten vorgeschlagen werden.

3.5.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

In ihrem Green Paper zu Nachhaltigem Sport empfiehlt die Europäische Kommission den Mitgliedsstaaten:

1. Veranstaltungen des fossilen Motorsports (z. B. Formel 1, Deutsche Tourenwagen Meisterschaft) werden in Europa ab dem Jahr 2026 verboten. Die Durchführung solcher Veranstaltungen mit ihrem extrem hohen CO₂ Verbrauch ist nicht mehr zeitgemäß. Rennserien, die auf Verbrennungsmotoren komplett verzichten (z. B. Formel E) werden zugelassen, wenn der Strom zum Betrieb der Fahrzeuge zu 100 % aus erneuerbaren Energien entsteht.
2. Sportarten, die hohe Klima- und Umweltschäden verursachen, wie alpines Skifahren auf Kunstschnee (hoher Energieverbrauch, hoher Wasserverbrauch, Schädigung der Ökosysteme) und Golf (hoher Flächenverbrauch, hoher Wasserverbrauch, häufiger Einsatz von Pestiziden, Insektiziden und Düngemitteln), dürfen nicht mehr wachsen. Für diese Sportarten werden ab sofort keine Genehmigungen zum Bau weiterer Anlagen und Pisten mehr erteilt. Es wird überprüft, ob bestehende Anlagen, die eine besonders klima- und umweltschädliche Wirkung entfalten, in den nächsten Jahren zurückgebaut werden müssen.
3. Profi-Sportarten, die hohes Tierleid erzeugen (Reitsport, Jagen, Angeln), werden ab 2026 verboten.
4. Die Freizeitsportarten Angeln und Jagen werden ab 2028 verboten. Leistungsorientierte Wettbewerbe im Amateur-Reitsport werden ab 2028 verboten. Beim Breitensport Reiten wird abgewogen zwischen dem Tierwohl und den positiven Wirkungen auf Menschen. Hierfür wird in naher Zukunft von der Europäischen Kommission die Erstellung eines Konzepts erarbeitet.
5. Sport- und Erholungsangebote mit Tieren zu therapeutischen Zwecken (z. B. therapeutisches Reiten) müssen nachweisen, dass Tierwohl und positive Wirkungen auf Menschen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.
6. Bewerbungen zu Sportgroßereignissen wie Olympiaden und Weltmeisterschaften werden nur dann getätigt, wenn über einen

Volksentscheid oder ein ähnliches Verfahren die Mehrheit der Bevölkerung des sich bewerbenden Landes dafür ist.

7. Profisportarten müssen Anstrengungen unternehmen, den Ausstoß von Treibhausgasemissionen durch Reisetätigkeit stark zu minimieren. Für Reisen zu Trainingslagern, Auswärtsspielen und Turnieren mit einer Distanz von unter 600 Kilometern (einfacher Weg) ist die Nutzung von Bussen oder Zügen vorgeschrieben.

3.5.7 Quellenangaben

- Gesundheitseffekte von Bewegung:
Warburton DER, Bredin SSD. Health benefits of physical activity: a systematic review of current systematic reviews.
Curr Opin Cardiol 2017;32(5):541–56. doi:
10.1097/hco.0000000000000437
(<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/28708630/>)
- Zusammenhänge zwischen Sport und Klima:
Bernard P, Chevance G, Kingsbury C, Baillot A, Romain AJ, Molinier V, et al.
Cli[1]mate change, physical activity and sport: a systematic review.
Sports Med 2021;51:1041–59. doi: 10.1007/s40279-021-01439-4
(<https://link.springer.com/article/10.1007/s40279-021-01439-4>)
- Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit für den Sport:
Vereinte Nationen – Sport for Climate Action Framework 2018
https://unfccc.int/sites/default/files/resource/Sports_for_Climate_Action_Declaration_and_Framework_0.pdf
- Auswirkungen des Skifahrens auf die Natur:
Roux-Fouillet P, Wipf S, Rixen C. Long- term impacts of ski piste management on alpine vegetation and soils
J Appl Ecol 2011;48(11):906–15. doi: 10.1111/j.1365-2664.2011.01964.x
(<https://besjournals.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/j.1365-2664.2011.01964.x>)
- Negative Umweltwirkungen durch die Fußball WM:
Carbon Market Watch. Poor tackling: yellow card for 2022 FIFA World Cup’s carbon neutrality claim. why the 2022 FIFA World Cup in Qatar is not on track for carbon neutrality. Brussels 2022.
(<https://carbonmarketwatch.org/publications/poor-tackling-yellow-card-for-2022-fifa-world-cups-carbon-neutrality-claim/>)

3.6 Förderung von Alternativen Proteinen aus zellulärer Landwirtschaft

3.6.1 Einleitung

Verschiedene Studien haben bereits den Anteil der Ernährung am globalen Treibhausgasausstoß berechnet. Das Umweltbundesamt (UBA) berechnete für Deutschland für das Jahr 2022 einen Anteil von 8,3 %¹⁷⁷. Der WWF geht auf globaler Ebene von 12 % aus, allerdings wenn nur direkte Emissionen – wie z. B. durch landwirtschaftliche Aktivitäten entstehendes Methan und Lachgas – berechnet werden. Nimmt man durch „Landnutzungsänderungen“ entstehende Emissionen hinzu, so kommt man schon auf 24 %. Berechnet man noch bei Verarbeitung und Transport entstehende Emissionen ein, sogar auf 37 %¹⁷⁸!

Es ist also klar, dass die Zukunft der Ernährung über die Zukunft des Planeten mitentscheiden wird. Gerade bei der Produktion tierischer Produkte entstehen große Mengen an Treibhausgasen.

Einer Förderung so genannter „Alternativer Proteine“ könnte eine Lösung sein. Dabei handelt es sich sowohl um Imitate tierischer Proteine auf Pflanzenbasis als auch chemisch gesehen um tierische Proteine, die ohne Tiere mittels zellulärer Landwirtschaft hergestellt werden.

3.6.2 Problembeschreibung

Klimaschonende Alternativen zu steigendem Fleischkonsum

Eine stärker pflanzenbasierte Ernährung würde zwar auf jeden Fall einen entscheidenden Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten, doch während in Deutschland der Fleischkonsum stagniert, prognostiziert die FAO für die nächsten Jahrzehnte global einen steigenden Fleischkonsum¹⁷⁹.

177

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#treibhausgas-emissionen-aus-der-landwirtschaft>

178

<https://www.wwf.de/themen-projekte/landwirtschaft/ernaehrung-konsum/essen-wir-das-klima-auf>

179

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/fleischersatz-auf-pflanzenbasis-bester-umweltbilanz>,

<https://www.ven-nds.de/themen/landwirtschaft/globale-herausforderungen/globaler-fleischkonsum>

In den letzten Jahren sind zunehmend pflanzenbasierte Fleischalternativen auf den Markt gekommen. Während diese meist hochverarbeitet sind und ein häufiger Konsum somit ähnlich schädlich wie ein zu hoher Fleischkonsum ist, sind sie zumindest was die Klimabilanz angeht eindeutig die bessere Wahl. So geht eine Studie des UBA etwa davon aus, dass bei der Produktion pflanzenbasierter Rindfleischalternativen bis zu zehnmal weniger Treibhausgase ausgestoßen werden¹⁸⁰.

Das Wachstum im Bereich pflanzenbasierte Alternativen ist zwar vorhanden, stagniert aber (von 2020 auf 2021 wuchs die produzierte Menge um 17 %, von 2021 auf 2022 nur noch um 6,5 %¹⁸¹). Und trotz dieses Wachstums betrug der Wert der produzierten Fleischprodukte 2021 noch das 80-fache der Fleischersatzprodukte¹⁸².

3.6.2.1 Problemerkklärung

Nun befinden sich allerdings unter dem Überbegriff „zelluläre Landwirtschaft“ einige Technologien in der Entwicklung. Diese ermöglichen es, die geschmackliche Qualität pflanzenbasierter Ersatzprodukte deutlich aufzuwerten und sogar den tierischen Produkten nahezu identische Lebensmittel zu produzieren.

3.6.2.2 Beispiel

Ein Beispiel für die Kombination bisheriger pflanzenbasierter Alternativen mit Produkten zellulärer Landwirtschaft ist der „Impossible Burger“ von Impossible Foods¹⁸³. Hier wird ein auf Sojabasis hergestellter Burger mit Leghämoglobin kombiniert, welches mittels einer „Präzisionsfermentation“ genannten Verfahrens hergestellt wird. Dabei werden – um bestimmte Stoffe herzustellen – Hefen eingesetzt, die meist durch Gentechnik verändert sind. Bereits seit den 80er-Jahren werden gentechnisch veränderte Bakterien genutzt, um Insulin herzustellen.

¹⁸⁰

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/fleischersatz-auf-pflanzenbasis-bester-umweltbilanz>

¹⁸¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_N025_42.htm,

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_N027_42.html

¹⁸² https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_N025_42.htm

¹⁸³ <https://www.transgen.de/lebensmittel/2760.vegan-fleischimitate-gentechnik-soja.html>

Aktuell wird vor allem daran gearbeitet, Hefen zur Produktion von Milchproteinen einzusetzen. Es gibt aber auch Firmen, die einen Ersatz für die aus Eiern gewonnenen Proteine herstellen. Der hohe Aufwand und somit der hohe Preis verhinderten es bisher, diese Verfahren auch zur Produktion von Lebensmitteln einzusetzen. Allerdings macht die Forschung große Fortschritte und somit scheint eine Preis-Parität zwischen klassisch durch Tiere und durch Präzisionsermentation gewonnenen Proteinen nicht mehr ausgeschlossen¹⁸⁴.

Ein weiteres Verfahren, welches sich in der Entwicklung befindet, ist sogenanntes „kultiviertes Fleisch“. Hier werden Tieren mittels Biopsie nur einige wenige Zellen entnommen, welche dann in mit Nährlösungen gefüllten Bioreaktoren heranwachsen. Auch Fisch und Meeresfrüchte lassen sich auf diese Weise herstellen.

Zwar gibt es noch einige Probleme zu lösen, aber dieses Verfahren hat ebenfalls großes Potenzial. Zudem müsste auch nicht unbedingt das ganze Produkt aus Kulturfleisch bestehen.

3.6.2.3 Problemrelevanz

Gerade Hybridprodukte aus pflanzlichen und mittels zellulärer Landwirtschaft gewonnenen Bestandteilen könnten schnell konkurrenzfähig zu herkömmlichen tierischen Produkten werden. Auch das Ersetzen von durch Tiere produzierten Proteinen in verarbeiteten Produkten bietet großes Potenzial, da es an den Endprodukten eigentlich nichts ändert und die Verbraucher somit kein anderes Produkt als bisher konsumieren.

Sowohl in Bioreaktoren gezüchtetes Fleisch bzw. Fisch als auch durch Fermentation gewonnene Proteine, die z. B. zu Milch oder Käse weiterverarbeitet werden, sind also keine Science-Fiction mehr, sondern Science-Fact. Auch in der EU gibt es einige Unternehmen, die sich der Forschung an und der Kommerzialisierung der Technologien verschrieben haben. Beispielsweise das niederländische Unternehmen Mosa Meat, welches von Mark Post (einem der Köpfe hinter dem ersten Kulturfleisch-Burger der Welt) mitbegründet wurde. Oder aber auch das

¹⁸⁴ ebd.

deutsche Unternehmen „Formo“, welches sich mit der Käseherstellung auf Basis von durch Präzisionsfermentation gewonnenen Proteinen beschäftigt.

Zumindest Präzisionsfermentation befindet sich nicht mehr in einer Phase der reinen Forschung und erste Kulturfleisch-Produkte wurden bereits zugelassen.

Sowohl pflanzenbasierte Alternativen als auch zelluläre Landwirtschaft bieten also eine Alternative zu „konventionellen“ tierischen Proteinen. Da es sich bei den Produkten aus der zellulären Landwirtschaft aber nicht um pflanzenbasierte Alternativen, sondern chemisch gesehen um tierische Proteine handelt, haben diese das Potenzial, „traditionell“ hergestellte tierische Proteine fast gänzlich vom Markt zu verdrängen. Insbesondere die so genannte „Präzisionsfermentation“ könnte noch innerhalb dieses Jahrzehnts den Markt für Milch und Milchprodukte revolutionieren. Der US-amerikanische Thinktank „Rethink X“ geht davon aus, dass in den USA bis 2030 bis zu 80 % der Milchprodukte mittels Präzisionsfermentation hergestellt werden und die bestehende Milchindustrie pleitegehen wird¹⁸⁵.

Im Gegensatz z. B. zu den USA, wo bereits einige Produkte aus zellulärer Landwirtschaft zugelassen wurden (z. B. upside foods), hinkt die EU aber noch hinterher. Das liegt auch am sehr aufwändigen Zulassungsprozess für sogenannte Novel Foods, die von der EU wie folgt definiert werden: „Novel Food is defined as food that had not been consumed to a significant degree by humans in the EU before 15 May 1997, when the first regulation on novel food came into force“ (zu Deutsch: „Neuartige Nahrung wird definiert als Nahrung, die vor dem 15. Mai 1997, als die erste Regulierung für neuartige Lebensmittel in Kraft trat, in der EU noch nicht in signifikanten Mengen konsumiert wurde“¹⁸⁶).

Trotz der bereits erwähnten europäischen Unternehmen sitzt ein Großteil der Start-ups aus dem Bereich der zellulären Landwirtschaft in den USA bzw. in Israel. Um diese Technologien im Sinne einer demokratischen und nachhaltigen zukünftigen Gesellschaft zu nutzen, muss es aber gelingen, dass diese nicht unter die Kontrolle von ein paar wenigen Konzernen gelangen.

¹⁸⁵ <https://www.transgen.de/lebensmittel/2760.vegan-fleischimitate-gentechnik-soja.html>

¹⁸⁶ Rethink x Report on Food and agriculture:
<https://www.rethinkx.com/food-and-agriculture#food-and-agriculture-download>

Ähnlich wie die deutsche Autoindustrie die Entwicklung von Elektroautos verschlafen hat, droht Deutschland nun auch die Entwicklung der zellulären Landwirtschaft zu verschlafen. Zwar sieht es in anderen EU-Ländern wie den Niederlanden besser aus, trotzdem bedarf die Branche der Förderung, damit die EU international nicht den Anschluss verliert.

3.6.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Für die Förderung von alternativen Proteinen

Wir brauchen dringend radikale Veränderungen im Ernährungssektor, um Klimaneutralität zu erreichen. An sich wäre eine verstärkt pflanzenbasierte Ernährung die Lösung. Allerdings konnten sich bisher weder vegane Ernährung noch pflanzenbasierte Alternativen zu tierischen Produkten in ausreichendem Maße durchsetzen.

Daher ist es notwendig, die zelluläre Landwirtschaft als weitere Alternative zu fördern, denn diese könnte innerhalb der kommenden Jahrzehnte die Produktion tierischer Proteine revolutionieren und deren Umweltauswirkungen voraussichtlich reduzieren.

Die Klimaliste wird sich daher im EU-Parlament für eine Förderung von alternativen Proteinen einsetzen.

Unsere Forderungen

Die Klimaliste fordert zunächst als konkrete Maßnahmen auf EU-Ebene:

- Verschlinkung und Beschleunigung des Zulassungsprozesses für Novel Foods, bei Beibehaltung höchster Verbraucherschutzstandards.
- Im Rahmen des Green New Deals müssen sowohl Forschung an, als auch Infrastruktur für alternative Proteine gefördert werden, d. h. sowohl pflanzen- oder pilzbasierte als auch mittels zellulärer Landwirtschaft hergestellte Alternativen.
- Open-Access-Forschung fördern: EU-Mittel sollen in erster Linie Forschungseinrichtungen und Unternehmen zugutekommen, die ihre Ergebnisse teilen. Die EU soll sich dafür einsetzen, dass in der EU beheimatete Unternehmen ihre Forschungsergebnisse anderen Forscher:innen zur Verfügung stellen.

- Die EU soll sich für ein einheitliches und verbraucherfreundliches Labeling der Produkte einsetzen. Während klar sein muss, dass es sich nicht um herkömmliche tierische Produkte handelt, sollten trotzdem die bekannten Bezeichnungen (Fleisch, Käse usw.) benutzt werden dürfen.
- Keine Zulassung für Produkte, bei deren Produktion fetales Kälberserum genutzt wird.

3.6.4 Begründung

Durch die Förderung von alternativen Proteinen wird deren Preis sinken. Außerdem wird deren Ähnlichkeit mit herkömmlichen tierischen Proteinen weiter gesteigert. Ein großer Teil der Verbraucher:innen wird durch diese beiden Faktoren überzeugt werden, in der Ernährung auf Proteine umzusteigen, die nicht aus Haltung von Tieren stammen. Des Weiteren werden Faktoren wie Tierethik und Klimaschutz den Umstieg begünstigen. Alle übrig gebliebene Tierhaltung muss im Rahmen einer klimapositiven, regenerativen Landwirtschaft mit höchstem Respekt vor den Tieren erfolgen.

3.6.5 Entkräften von Gegenargumenten

Welche Auswirkungen hat die zelluläre Landwirtschaft auf die Umwelt?

Tatsächlich ist die Studienlage zum Thema Umweltbilanz von zellulärer Landwirtschaft noch sehr dürftig. Ein Hauptproblem ist sicherlich, dass es noch keine Massenproduktion gibt, deren Auswirkungen auf Klima und Umwelt sich bilanzieren lassen.

Eine Studie der Universität Delft im Auftrag des Good Food Institute kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass bei der Produktion von kultiviertem Rindfleisch um 92 % weniger CO₂ ausgestoßen werden würde. Bei Schwein wären es 44 %, bei Hühnchen tatsächlich 3 % mehr. Es wird eine Produktion mit 100 % erneuerbaren Energien vorausgesetzt.

Allerdings würden selbst bei der Produktion von Hühnchen durch zelluläre Landwirtschaft bis zu 64 % der dafür genutzten Landfläche frei. Diese könnte wiederum renaturiert werden und zur Bindung von Kohlenstoff beitragen¹⁸⁷.

¹⁸⁷ https://gfi.org/wp-content/uploads/2021/03/Cultured-meat_LCA_TEA-Policy_fact-sheet.pdf

Angesichts des rapiden Artensterbens wäre das eine einmalige Chance, große Flächen zu schaffen, aus denen sich der Mensch weitestgehend zurückzieht.

Ist zelluläre Landwirtschaft auf fetales Kälberserum angewiesen?

Nein. Damit die durch Biopsie entnommenen Zellen im Bioreaktor gedeihen, brauchen sie eine Nährlösung. Diese enthielt beim ersten kultivierten Burger noch fetales Kälberserum, und auch die weitere Forschung arbeitete zunächst damit. Dieses wird aus den Herzen von ungeborenen Kälbern entnommen. Eine Produktion von Kulturfleisch in Medien mit fetalem Kälberserum wäre somit ethisch gesehen kein großer Fortschritt zur bisherigen Massentierhaltung. Es wurden und werden jedoch alternative Nährlösungen entwickelt, die ohne diese Zutat auskommen¹⁸⁸.

Dauert die Entwicklung der Technologie nicht zu lange?

Bis signifikante Mengen an Kulturfleisch auf den Markt kommen, wird es wahrscheinlich noch einige Jahre dauern. Trotzdem lohnt sich die Entwicklung der Technologie. Eine britische Studie geht aber bereits für 2030 von einem weltweiten Anteil von 10 % für kultiviertes Fleisch aus. Für 2050 werden sogar 35 % prognostiziert¹⁸⁹. Der bereits zitierte Report des US-Thinktanks Rethink X geht sogar davon aus, dass die amerikanische Milchindustrie bis 2030 pleitegehen wird¹⁹⁰. Und das alles durch die Präzisionsfermentation. Beide Technologien können also durchaus noch einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisten.

3.6.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten und:

- EU-Rechtsslage zu nachhaltigen Lebensmitteln:
https://food.ec.europa.eu/horizontal-topics/farm-fork-strategy/legislative-framework_en#sustainable-food-systems
- EU-Strategie „Farm to Fork“ für faire, gesunde und umweltfreundliche Lebensmittel:
https://food.ec.europa.eu/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en

¹⁸⁸

<https://archive.ph/2023.04.30-172919/https://www.zeit.de/2023/18/laborfleisch-in-vitro-fleisch-kli-maschutz-tierschutz/komplettansicht>

¹⁸⁹ ebd.

¹⁹⁰ Rethink x Report on Food and agriculture:

<https://www.rethinkx.com/food-and-agriculture#food-and-agriculture-download>

- Food Fermentation Europe (Sektor der fermentierten Lebensmittel und Lebensmittelzutaten):

<https://static1.squarespace.com/static/63fc99009958ca6e316067e2/t/64a3eaa5e281e906a3f387da/1688464039933/Food+Fermentation+Europe%E2%80%99s+Vision+on+the+upcoming+Sustainable+Food+Systems+Framework.pdf>

3.7 EU-Zulassung von Soja-Leghämoglobin für vegane Ersatzprodukte

3.7.1 Einleitung

Geschmacklich sind sie von Fleisch-Burgern kaum zu unterscheiden: Veggiburger mit Pflanzen-„Blut“ aus gentechnisch veränderter Hefe. Produziert werden sie in den USA von Impossible Foods. Dabei werden Geschmack und Konsistenz des Blutes erzeugt durch Leghämoglobin.

Für diesen blutähnlichen roten Farbstoff müssen keine Tiere geschlachtet werden: Er stammt aus den Wurzeln von Sojabohnen. Viele Pflanzen bilden derartige Stoffe ganz natürlich für den Sauerstoff-Transport, analog zum Blutkreislauf der Tiere.

Die Konzentration dieser als Häm oder Heme bezeichneten Stoffe in den Pflanzen ist für eine wirtschaftliche Nutzung zu gering. Deshalb wird das Soja-Leghämoglobin aus einem Hefestamm (*Pichia pastoris*) gewonnen. Das Gen für das Häm-Protein wird aus Sojabohnen übernommen und zusammen mit seinem modifizierten, ursprünglich pflanzlichen Stoffwechselweg übernommen. Dadurch lassen sich Hefen so umkonstruieren, dass sie einen veganen, blutähnlichen Farbstoff herstellen können.

Mögliche Risiken wie Allergien wurden diskutiert. Die US-amerikanische Lebensmittelbehörde FDA hat jedoch die Unbedenklichkeit des Soja-Leghämoglobins bestätigt.

Der Impossible Burger ist bereits in mehreren Ländern sehr erfolgreich. In der EU ist er jedoch bisher nicht erhältlich. Als gentechnisch verändertes Lebensmittel hätte er auf dem europäischen Markt einen schweren Stand. Zudem fehlt für das mit gv-Hefe produzierte Leghämoglobin noch die Zulassung nach EU-Gentechnikrecht. Der Antrag von Impossible Foods vom Oktober 2019 wird derzeit von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) geprüft. Trotz der verbreiteten Gentechnik-Skepsis sind die Prognosen für die Fleisch-Alternativen äußerst positiv: Eine aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ihr Anteil am Markt für Fleischprodukte 2030 ungefähr 28 % betragen dürfte¹⁹¹.

¹⁹¹ <https://www.transgen.de/lebensmittel/2760.vegan-fleischimitate-gentechnik-soja.html>

3.7.2 Problembeschreibung

Die Rechtslage

Das Vorsorgeprinzip ist in Artikel 191 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Maastricht) verankert¹⁹². Im Lebensmittelrecht gilt das Vorsorgeprinzip in Situationen, in denen begründete Befürchtungen bestehen, dass ein unzumutbares Gesundheitsrisiko besteht und dass die verfügbaren unterstützenden Informationen und Daten nicht vollständig genug sind, um eine umfassende Risikobewertung zu ermöglichen (Artikel 7 der Allgemeinen Lebensmittelverordnung). Unter diesen Umständen können Maßnahmen ergriffen und gleichzeitig umfassendere Beweise eingeholt werden. Der Vorsorgeansatz der EU gilt für alle neuartigen Lebensmittel, einschließlich gentechnisch veränderter Lebensmittel.

Solche Lebensmittel bedürfen einer Zulassung. Die Novel-Food-Verordnung entstand 1997 (EG/258/1997) mit dem vorrangigen Ziel, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu regulieren. Nach sechs Jahren wurden gentechnisch veränderte Lebensmittel aus der Novel-Food-Verordnung gestrichen, da die Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel (GM Food Regulation) in Kraft trat (EG/1823/2003). Unter dieser GM Food Regulation läuft aktuell ein Antrag für die EU-Marktzulassung von Soja-Leghämoglobin von Impossible Foods: GMO-2019-0008¹⁹³. Der aktuelle Stand: „No Output has been formed yet for this question“ (zu Deutsch: „Zu dieser Frage liegt noch keine Entscheidung vor“).

3.7.2.3 Problemrelevanz

Mit pflanzlichen Alternativen die klimaschädliche Fleischproduktion eindämmen

Die weltweite Fleischproduktion verursacht fast ein Fünftel der menschengemachten Treibhausgasemissionen, schätzt die Uno. Und die Nachfrage steigt. Geht das so weiter, wird die Menschheit in drei Jahrzehnten nach 85 % mehr Fleisch verlangen als heute. Dabei dienen schon jetzt etwa 70 % der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen der Fleischproduktion.

¹⁹² Eur-Lex-Vorsorgeprinzip

(<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/precautionary-principle.html>)

¹⁹³ <https://open.efsa.europa.eu/questions/EFSA-Q-2019-00651>

Laut Impossible Foods spart der Pflanzenburger im Vergleich zu einer Fleischbulette 95 % Land, 74 % Wasser und 87 % Treibhausgase. Man kann über diese Werte streiten, unabhängige Studien, die die Zahlen bestätigen, gibt es kaum. Doch eines ist klar: Der Anbau von Pflanzen verbraucht deutlich weniger Ressourcen als die Fleischproduktion¹⁹⁴.

3.7.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Die EU sollte den Antrag für die EU-Marktzulassung von Soja-Leghämoglobin (GMO-2019-0008) zulassen und somit den Weg frei machen für neue, innovative vegane Produkte, die einen tatsächlichen 1:1 Fleischersatz darstellen könnten, ohne jegliches Tierleid.

3.7.4 Begründung

Bis 2035 will Impossible Foods alle tierischen Produkte ersetzen, verkündet das Unternehmen, auch Milch und Eier. Einen pflanzlichen Burger aus dem Labor, der schmeckt und sich anfühlt wie Fleisch, hätten vor noch nicht allzu langer Zeit auch fast alle Menschen für unmöglich gehalten¹⁹⁵.

Wenn die Marktzulassung für Soja-Leghämoglobin erfolgt, könnten diese Produkte eine signifikante Rolle beim Umstieg auf pflanzliche Ernährung spielen. Sie kommen gänzlich ohne Tierleid aus. Impossible Foods dient nur als Beispiel für ein erfolgreiches Unternehmen, welches auf Produkte mit Soja-Leghämoglobin setzt. Nach der Zulassung können viele weitere folgen.

3.7.5 Entkräften von Gegenargumenten

Müssen wir Gentechnik nicht grundsätzlich verbieten?

Die entscheidende Zutat „Häm“ (Soja-Leghämoglobin) hat die Diskussion über genveränderte Lebensmittel in den USA nun neu angefacht. Organisationen wie Center for Food Safety oder Friends of the Earth kritisieren, dass Impossible Foods

¹⁹⁴ Der Spiegel – Fleischersatz Impossible Burger: Bulette aus dem Chemiebaukasten (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/impossible-burger-bei-burger-king-in-den-usa-das-streckt-in-dem-fleischersatz-a-d991364d-2df3-4170-95d6-5f8c02901ad0>)

¹⁹⁵ ebd.

die Studien für die Zulassung ihres Burgers selbst vorgelegt hat. Als hätte man dem Fuchs die Aufsicht über den Hühnerstall anvertraut.

Allerdings sind Unternehmen dazu verpflichtet, solche Studien vorzulegen. Einzeller so zu programmieren, dass sie einen bestimmten Stoff produzieren, ist auch keine neuartige High-tech-Erfindung. Sie stammt aus der Kindertageszeit der Genforschung. Insulin wird seit Jahren so hergestellt. Ohne Gentechnik müssten sich Diabetiker das Hormon aus Bauchspeicheldrüsen von Schweinen spritzen. Humaninsulin war das erste gentechnisch veränderte Produkt, das 1982 in Deutschland zugelassen wurde¹⁹⁶.

3.7.7 Quellenangaben

siehe Fußnoten und:

- <https://www.transgen.de/lebensmittel/2760.vegan-fleischimitate-gentechnik-soja.html>

¹⁹⁶ ebd.

4. Naturschutz

4.1 Artenschutz

4.1.1 Einleitung

Der Mensch hat die Lebensbedingungen der Tiere drastisch verändert. Wie gravierend die Folgen für das Überleben der Arten sind, lässt sich nur teilweise feststellen, vieles ist noch unerforscht. Aber was wir wissen, ist beunruhigend genug.

Wie sehr der Mensch die Wildtiere bereits zurückgedrängt hat, zeigt ein Vergleich mit der Welt vor 10.000 Jahren. Damals lag der Anteil der Menschheit und ihrer Nutztiere an allen Landwirbeltieren weltweit noch bei 0,1 %. Heute liegt er bei 98 %. Der Anteil der Wildtiere ist also von nahezu 100 % auf 2 % geschrumpft¹⁹⁷.

Und um diese 2 % steht es nicht gut. Auch andere Tierarten wie Insekten, Regenwürmer und Fische sind akut gefährdet. In der Öffentlichkeit wird diese Bedrohung viel zu wenig wahrgenommen. Dabei wäre es wichtig, Druck auf die Politik auszuüben, damit sie die Artenvielfalt schützt, mit der auch unser Überleben steht und fällt.

4.1.2 Problembeschreibung

Wir befinden uns im sechsten Massenaussterben der Erdgeschichte¹⁹⁸, dem größten Artensterben seit dem Ende der Dinosaurierzeit vor 65 Millionen Jahren¹⁹⁹. Von den Brutvogelarten beispielsweise sind 52 % in ihrem Bestand gefährdet oder bereits ausgestorben²⁰⁰. Von den Amphibien – Fröschen und anderen Lurcharten – sind 70 % gefährdet, von den Reptilien sogar über 90 %²⁰¹.

¹⁹⁷ Harari, Yuval Noah (2014): Sapiens. A Brief History of Humankind

¹⁹⁸ <https://www.spektrum.de/news/erdgeschichte-das-sechste-massenaussterben/1889650>

¹⁹⁹ <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben>

²⁰⁰ Grundsatzprogramm Artenvielfalt des Naturschutzbunds Deutschland e. V. (NABU) (<https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/artenschutz/32524.html>, im Folgenden = NG)

²⁰¹ ebd.

Besonders beunruhigend ist der Rückgang der Insekten, weil sie am Anfang der Nahrungskette stehen. Innerhalb von 27 Jahren ist ihre Biomasse weltweit um 76 % zurückgegangen, jedes Jahr verlieren wir mindestens weitere 2,5 %²⁰².

Regenwürmer sind vor allem durch die Intensiv-Landwirtschaft äußerst gefährdet. Dabei ist die Landwirtschaft auf sie angewiesen. Ihr Rückgang ist eine Bedrohung für die Ernährungssicherheit²⁰³.

Auch in den Meeren sind viele Arten bedroht, u. a. durch Versauerung aufgrund der menschlichen CO₂-Emissionen²⁰⁴ und durch Überfischung.

Dieses Artensterben zu stoppen, ist für uns Menschen überlebensnotwendig. Wir haben es in der Hand: Die meisten Ursachen sind gut erforscht, die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir müssen sie nur umsetzen.

4.1.2.1 Problemerkklärung

Ursachen des Artensterbens

Die ersten fünf Massenaussterben der Erdgeschichte hatten natürliche Ursachen, für das sechste sind wir Menschen verantwortlich²⁰⁵.

Mehr als die Hälfte des aktuellen Artensterbens lässt sich auf eine veränderte Land- und Meeresnutzung sowie auf Übernutzung zurückführen, also auf Faktoren wie: Umwandlung von Wald in Ackerland, Rohstoffabbau, Übernutzung von Ökosystemen, Abholzung und Überfischung²⁰⁶.

Wir Menschen roden oder verbrennen Wälder. Wir zerstören Lebensräume durch intensiv bewirtschaftete Monokulturen, in denen Insekten durch Pestizide getötet werden, damit die Futtermittelproduktion für die Massentierhaltung möglichst reibungslos läuft. Jedesmal, wenn wir für Straßen und Gebäude natürliche Flächen

²⁰² <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/insektensterben>

²⁰³ https://de.wikipedia.org/wiki/Regenw%C3%BCrmer#Gef%C3%A4hrdung_und_Schutz,
<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/biodiversitaet-im-boden-regenwuermer-sind-gefaehrdet-a-1262533.html>

²⁰⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Versauerung_der_Meere

²⁰⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Massenaussterben#Das_gegenw%C3%A4rtige_Massenaussterben

> Ursachen

²⁰⁶ NG

versiegeln, richten wir in dem darunter liegenden Erdreich ein Massensterben an. Über der Erde zerschneiden unsere Straßen Lebensräume²⁰⁷. Immer wieder bringen auch eingeschleppte Arten²⁰⁸ aus anderen Weltregionen zuvor intakte Ökosysteme durcheinander. Sie verdrängen heimische Arten oder bringen sie mit Krankheitskeimen in Kontakt, für die ihr Immunsystem nicht gewappnet ist²⁰⁹.

Lichtverschmutzung tötet Insekten tonnenweise und entzieht damit auch vielen Vögeln und Fledermäusen die Lebensgrundlage²¹⁰. Andere Tiere fallen Jagd und Wilderei²¹¹ zum Opfer.

Wo der Lebensraum von Wildtieren schrumpft, kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Mensch und Tier. Auf der Suche nach Nahrung dringen Bären und Wölfe auf Äcker, Weiden und in Dörfer vor und werden so zur Gefahr für Ernten, Nutztiere und Menschen. Die reagieren oft, indem sie die Wildtiere töten. Auch das kann zum Aussterben einer Art führen und so ganze Ökosysteme aus dem Gleichgewicht bringen²¹².

In den Meeren sind viele Arten durch Überfischung gefährdet, etliche Fischarten sind bereits ausgestorben²¹³. Hinzu kommen die Belastungen der marinen Ökosysteme durch Plastikmüll, den die Tiere mit Nahrung verwechseln²¹⁴, Mikroplastik²¹⁵, Schadstoffe, Überdüngung, Übersauerung und Aufheizung der Meere²¹⁶ als Folgen der Erderhitzung.

²⁰⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Habitattrennung>,

<https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/lebensraumverlust>

²⁰⁸ <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/invasive-arten>

²⁰⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Virusinfektion>,

https://de.wikipedia.org/wiki/Aussterben#Aussterben_durch_Pathogene

²¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Lichtverschmutzung#Wirkung_auf_lebende_Organismen

²¹¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Wilderei>

²¹² <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/mensch-tier-konflikte>

²¹³ <https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberfischung>

²¹⁴ <https://www.wwf.de/themen-projekte/plastik>

²¹⁵ <https://www.wwf.de/themen-projekte/plastik/mikroplastik>,

<https://www.wwf.de/themen-projekte/plastik/mikroplastik>

²¹⁶ <https://www.sueddeutsche.de/wissen/meer-klimawandel-hitze-1.5827367?reduced=true>

4.1.2.2 Beispiel

Insektensterben

Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, spielt sich in der Natur eine stille Katastrophe ab: das rasche Massenaussterben der Insekten²¹⁷. Wie eine Studie aus dem Jahr 2017 ergab²¹⁸, ist die Biomasse fliegender Insekten innerhalb von 27 Jahren um 76 % zurückgegangen. Jedes Jahr verlieren wir mindestens weitere 2,5 %. Vom Aussterben bedroht sind unter anderem Schmetterlinge, Wildbienen und Hummeln²¹⁹, Ameisen²²⁰ und Libellen.

Eigentlich müsste das Insektensterben auf den Titelseiten aller Zeitungen stehen. Denn bedroht ist mit den Insekten nicht nur die Nahrung der meisten landlebenden Tierarten, sondern auch unsere eigene Ernährung: Insekten erschließen in unseren Böden die Nährstoffe und machen so das Erdreich überhaupt erst fruchtbar. Sie reinigen es und lockern es auf. Sie bestäuben die Pflanzen, die unsere Nahrungsgrundlage bilden.

Für die Landwirtschaft sind Insekten also unverzichtbar. Umso erstaunlicher ist es, wie rücksichtslos die konventionelle Intensiv-Landwirtschaft die Lebensräume zerstört, auf die ihre besten Helfer angewiesen sind. Als gäbe es kein Morgen, ersetzt sie abwechslungsreiche Landschaften durch Monokulturen, die den Insekten keine Nahrung bieten. Was überleben könnte, wird durch Insektizide und Herbizide vernichtet.

²¹⁷ <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/insektensterben>,
<https://home.benecke.com/publications/insektensterben-einfach-machen>,
<https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/insekten-und-spinnen/insekten-helfen/index.html>

²¹⁸ <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0185809>

²¹⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Wildbiene#Gef%C3%A4hrdung_und_Schutz,
<https://www.wwf.de/themen-projekte/bedrohte-tier-und-pflanzenarten/wildbienen-verlierer-des-klimawandels>

²²⁰ <https://krautreporter.de/klimakrise-und-losungen/4818-dein-leben-hangt-an-der-ameise>,
<https://www.otv.de/massives-sterben-die-haelfte-aller-ameisen-sind-gestorben-617908/>

In den Städten bringen Leuchtreklamen, Hochhaus- und Straßenbeleuchtungen den Insekten den Tod²²¹. Hier wie dort fehlt es an naturbelassenen Wiesen und Grünflächen²²².

Die Maßnahmen der Europäischen Union gegen das Insektensterben sind völlig unzureichend. Das Insektenschutzpaket, das am 1. März 2022 in Kraft trat, bezeichnete der Naturschutzbund NABU in seinem Faktencheck als „zahnlosen Papiertiger“²²³. Darüber hinausgehende Maßnahmen zum Schutz von bestäubenden Insekten legte die Europäische Kommission im Januar 2023 vor²²⁴. Was davon Eingang in die EU-Gesetzgebung finden wird, ist offen. Was wir jedoch heute schon wissen²²⁵: Pestizide, die für Bienen hochgefährlich sind und deshalb in der EU verboten sind, werden in EU-Ländern in großem Stil hergestellt und in Länder außerhalb der EU exportiert.

Dass die EU die Zulassung des Totalherbizids Glyphosat um weitere 10 Jahre verlängert hat²²⁶ – auch das deutsche Landwirtschaftsministerium hatte zuvor wider besseres Wissen nicht dagegen gestimmt²²⁷ – spricht allen Lippenbekenntnissen Hohn: Glyphosat gehört zu den schlimmsten Verursachern des Insektensterbens²²⁸.

221

<https://www.wwf.de/themen-projekte/naturschutz-deutschland/projekt-brommi-gemeinsam-insekten-schuetzen>

222 <https://home.benecke.com/publications/insektenplage-wir-haben-ein-ganz-anderes-problem>,
<https://home.benecke.com/publications/wenn-die-menschheit-aussterben-moechte-dann-soll-sie>

223 <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/insekten-und-spinnen/insektensterben/29518.html>

224

<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-01/artensterben-eu-kommission-bienen-schmetterlinge-pestizide>

225

<https://pan-germany.org/pestizide/neuer-bericht-entlarvt-erschreckendes-ausmass-von-in-der-eu-verbotenen-bienenschaedlichen-pestizid-exporten/>

226

<https://www.deutschlandfunk.de/glyphosat-zulassung-bleibt-zehn-weitere-jahre-bestehen-100.html>

↓

227 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/glyphosat-eukommission-100.html>

228 <https://www.bund.net/umweltgifte/glyphosat/>

4.1.2.3 Problemrelevanz

Mit dem Artenschutz steht und fällt auch unser Überleben

Wer mit Tieren Umgang hat, kann nicht ernsthaft daran zweifeln, dass sie fühlende Wesen sind wie wir. Die Wissenschaft bestätigt heute diese Wahrnehmung²²⁹. Auch für Insekten wurde nachgewiesen, dass sie die physiologischen Grundvoraussetzungen für Empfindungen besitzen²³⁰.

Das Überleben der Tiere zu sichern, ist also schon um ihrer selbst willen unsere Aufgabe²³¹. Doch auch für uns Menschen kann die Bedeutung der Artenvielfalt nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Das Artensterben ist neben der Klimakrise die größte Bedrohung für das Überleben der Menschheit²³². Wo Arten geschwächt werden oder aussterben, geraten Ökosysteme ins Wanken, auf die auch wir angewiesen sind²³³.

Wir sehen nicht, was beispielsweise Regenwürmer leisten²³⁴. Aber wenn sie nicht mehr unsere Böden umgraben, auflockern und düngen, dann erreicht das Regenwasser die Pflanzenwurzeln nicht mehr, und wichtige Nährstoffe werden nicht erschlossen. Die ebenfalls bedrohten Wildbienen und Hummeln bestäuben die Pflanzen, auf denen unsere Ernährung basiert, und lassen sich auch durch Honigbienen nicht ersetzen²³⁵.

²²⁹ <https://ethologisch.de/haben-tiere-gefuehle/>

²³⁰

https://www.rnd.de/wissen/koennen-insekten-fuehlen-was-aktuelle-studien-zeigen-Q2LEHM4FYN_AULEESXI7PCIA3NA.html

²³¹ vgl. NG S. 9

²³² <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben>

²³³ NG

²³⁴ <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/sonstige-arten/02265.html>,
<https://www.prisma.de/magazin/themen/Regenwuermer-vom-Aussterben-bedroht,15632143>,
<https://www.bauerwilli.com/das-sterben-der-wuermer/>

²³⁵

<https://www.wwf.de/themen-projekte/bedrohte-tier-und-pflanzenarten/wildbienen-verlierer-des-klimawandels>,

<https://www.quarks.de/umwelt/tierwelt/darum-sind-wildbienen-wichtiger-als-honigbienen/>

Wann der Punkt erreicht ist, an dem überlebenswichtige Ökosysteme wegen vernichteter Arten vollends zusammenbrechen, ist nicht vorhersehbar²³⁶. Und wenn er erreicht ist, ist es zu spät: Wir müssen heute handeln.

Artenschutz in der EU

Es gibt Regelungen der Europäischen Union zum Artenschutz, doch teilweise sind sie völlig ungenügend. Die Fangquoten der gemeinsamen Fischereipolitik beispielsweise machen die dauerhafte Überfischung regelrecht zum politischen Programm²³⁷. Dennoch fordern die Fischereivertreter noch höhere Quoten – arbeiten also an der Zerstörung ihrer eigenen Lebensgrundlage²³⁸.

Besser steht es um Vorgaben des europäischen Naturschutzes wie die Vogelschutzrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie²³⁹. Sie könnten dazu beitragen, Arten zu erhalten und Lebensräume zu schützen. Leider hapert es aber an der praktischen Umsetzung, auch weil den zuständigen Behörden die erforderlichen Ressourcen zur Durchsetzung fehlen.

Für wandernde Arten²⁴⁰ bietet die Bonner Konvention zum Schutz wandernder Arten von 1979 eine verlässliche völkerrechtliche Grundlage, die sich aber nur durch konkrete internationale Schutzmaßnahmen durchsetzen lässt.

4.1.3. Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Der Artenschutz muss den Stellenwert erhalten, der seiner Bedeutung für die Ökosysteme und für das Überleben der Menschheit entspricht.
- Die EU-Zulassung des Totalherbizids Glyphosat ist rückgängig zu machen, zum einen wegen der gesundheitlichen Risiken, zum anderen wegen der verheerenden Auswirkungen auf Pflanzen und Tiere²⁴¹.

²³⁶ NG

²³⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberfischung>, abgerufen am 03.02.2024: "Die Fangquoten der Europäischen Union sind weit davon entfernt, zu einer nachhaltigen Bestandssicherung beizutragen: Sie überschreiten die wissenschaftlichen Empfehlungen des International Council for the Exploration of the Sea um durchschnittlich 48 %. Daher sind inzwischen 88 % der Fischbestände in den EU-Gewässern überfischt."

²³⁸ ebd.

²³⁹ NG S. 49

²⁴⁰ NG S. 57

²⁴¹

https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/glyphosat-stoppen/?tx_bundpoolpubli

- Andere Agrar-Chemikalien müssen reduziert, besonders gefährliche ebenfalls verboten werden²⁴². Die Ausbringung überschüssiger Stickstoffmengen muss reduziert werden.
- Die Landwirtinnen und Landwirte müssen bei der Umstellung auf schonende Anbaumethoden unterstützt werden, sowohl finanziell als auch durch Beratung.
- Gartenbesitzende müssen darüber aufgeklärt werden, wie sie in ihrem eigenen Garten zur Artenvielfalt beitragen können. Schottergärten sind EU-weit zu verbieten²⁴³.
- Die Umstellung auf eine schonende Bodenbearbeitung sowie auf artenfreundlich erzeugte landwirtschaftliche Produkte insbesondere der Bio-Landwirtschaft muss gezielt gefördert werden.
- Das Waldmanagement muss konsequent am Erhalt überlebenswichtiger Ökosysteme ausgerichtet werden.
- Artenschutz muss zum integralen Bestandteil jeder Stadtplanung werden.
- Für Flächenpflege, Haus- und Gartengestaltung müssen giftfreie und naturnahe Lösungen zur Pflicht werden.
- Verbraucher:innen müssen über die Bedrohungslage beispielsweise der Fischarten aufgeklärt werden, die ihnen angeboten werden²⁴⁴.
- Der Bedrohung durch invasive Arten ist zu begegnen durch strenge Einfuhrkontrollen, ein länderübergreifendes Transportwegemanagement sowie durch ein Frühwarnsystem, damit ihre Ausbreitung möglichst frühzeitig verhindert werden kann.
- Nicht nur Plastikmüll²⁴⁵, sondern auch anderer Schiffsmüll darf nicht mehr auf dem Wasser entsorgt werden, nachhaltige Entsorgungsalternativen an Land sind zu fördern. Illegale Entsorgungen sind streng zu ahnden.
- Im Meer verlorengegangene Netze bringen vielen Fischen den Tod. Fischerinnen und Fischer müssen über diese Gefahr aufgeklärt werden, die Bergung verlorengegangener Netze muss gefördert werden²⁴⁶.

[cation_display%5Bfilter%5D%5Btopic%5D=23&utm_term=glyphosat&cHash=1d66d12ebfebd2e93fb7cb74057fa6fe](#)

²⁴² www.bund.net/pestizidfrei, <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/insektensterben>

²⁴³ <https://www.garten-landschaft.de/gaerten-des-grauens/>,
<https://de.wikipedia.org/wiki/Schottergarten>

²⁴⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Artenschutz>

²⁴⁵ <https://www.wwf.de/themen-projekte/plastik/plastikmuell-im-meer>

²⁴⁶ <https://www.wwf.de/themen-projekte/plastik/geisternetze>

- Mikroplastik darf nicht länger Kosmetika und technischen Produkten beigemischt werden²⁴⁷.
- Die Lichtverschmutzung durch Lampen und Beleuchtung ist eine tödliche Gefahr für Insekten und muss deshalb weiter eingeschränkt werden²⁴⁸. Wirksame Maßnahmen sind u. a.: angepasste Beleuchtungszeiten; Einschränkungen für Werbung, Dekorationsbeleuchtung und unnötige Beleuchtung; Abschirmung von Lichtquellen; Verzicht auf nur nach oben strahlende Leuchtkörper; Lichtschutzzonen; Sensortechnik an Straßenlaternen.
- Von Wildtier-Mensch-Konflikten betroffene Menschen und Gemeinschaften müssen beraten, bei notwendigen Schutzmaßnahmen unterstützt und im Schadensfall entschädigt werden. Der Abschuss von Wildtieren wie Wölfe und Bären darf nur als letztes Mittel eingesetzt werden, wenn alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft sind²⁴⁹.
- Lebensräume für Wildtiere und Vögel müssen auch in Siedlungsräumen oder auf landwirtschaftlich genutzten Flächen sichergestellt werden. Dazu gehören auch ein ausreichendes Wasserangebot, Unterschlüpf- und Nistplätze.
- Konsequente Aufklärung zu Wildtieren und Vögeln wie Bodenbrütern in der Landwirtschaft. Flächendeckende EU-weite Förderprogramme für Betriebe, die Wildtiere schützen.
- Verbot des Fangs von Singvögeln.

4.1.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten und:

- NG = Grundsatzprogramm Artenvielfalt des Naturschutzbunds Deutschland e. V. (NABU)
(<https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/artenschutz/32524.html>)
- Die Europäische Kommission zum Fischfang:
https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/index_en

²⁴⁷ <https://www.wwf.de/themen-projekte/plastik/mikroplastik>

²⁴⁸ <https://www.wwf.de/themen-projekte/artensterben/insektensterben>,
https://de.wikipedia.org/wiki/Lichtverschmutzung#Problembewusstsein_und_Abhilfema%C3%B6glichkeiten, https://de.wikipedia.org/wiki/Lichtverschmutzung#Konkrete_technische_Ma%C3%9Fnahmen

²⁴⁹ NG

- Interview mit Josef Settele, Professor für Ökologie an der Uni Halle, zum Artenschutz in der EU (Die Zeit, 11. April 2024):
<https://www.zeit.de/2024/16/umweltschutz-landwirtschaft-eu-oekosystem>

4.2 Vogelschlag

Schutz der Vögel vor dem Zusammenprall mit Gebäuden, Fahrzeugen und Windrädern

4.2.1 Einleitung

Die Vogelbestände sind dramatisch zurückgegangen, EU-weit in den letzten vier Jahrzehnten um 600 Millionen Vögel. Fast 60 % beträgt der Rückgang auf Äckern, Feldern und Weiden. Und die Bestandszahlen sinken weiter²⁵⁰. Hauptursachen sind die Zerstörung von Lebensräumen durch sich ausbreitende Städte, die Abholzung von Wäldern, der Temperaturanstieg im Zuge des Klimawandels und die Intensivierung der Landwirtschaft²⁵¹. Hier braucht es schnell und entschlossen entschiedene Maßnahmen, bevor die Vogelwelt bei uns völlig verstummt, wie Fachleute bereits befürchten²⁵².

Die Bekämpfung der Erderhitzung ist auch für das Überleben der Vögel von zentraler Bedeutung. Dazu gehören auch Maßnahmen gegen den rücksichtslosen Umgang mit unseren Überlebensressourcen durch die intensive Landwirtschaft. Um mehr darüber zu erfahren, lesen Sie bitte unsere entsprechenden Forderungen (3.1 Begrenzung der Flächensubventionen, 3.3 Klimaschutz und Tierwohl subventionieren).

Ein unverzichtbarer Pfeiler im Kampf gegen die Erderhitzung ist der Ausbau der Windenergie. Leider kommt es aber immer wieder zum tödlichen Zusammenprall von Vögeln mit Windrädern. Steht also die Energiewende an dieser Stelle im Konflikt mit dem Artenschutz?

Zunächst ist festzustellen: Tödliche Kollisionen erleiden Vögel mehrere hundert Mal häufiger im Straßenverkehr und an Glasflächen als an Windrädern. Und alle Kollisionen zusammengenommen tragen immer noch weniger zum Vogelsterben bei als die Intensivierung der Landwirtschaft und das damit zusammenhängende

²⁵⁰

<https://www.spektrum.de/news/studie-intensivlandwirtschaft-steckt-hinter-dem-vogelsterben/2140071>

²⁵¹ ebd.

²⁵² ebd.

Insektensterben²⁵³. Auch verwilderte Katzen sind für viele Vögel eine große Gefahr²⁵⁴.

Die Klimaliste will die Vögel umfassend schützen. Alles, was wir zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen tun, tun wir auch für sie. Mehr dazu finden Sie in diesem Wahlprogramm an anderer Stelle.

In diesem Kapitel liegt der Schwerpunkt auf Maßnahmen gegen den Vogelschlag, weil dieser oft gegen den dringend benötigten Ausbau der Windkraft angeführt wird. Hier fordern wir Schutzmaßnahmen auf der Straße, an Gebäuden – und selbstverständlich auch an Windrädern.

4.2.1.2 Problembeschreibung

Größenordnungen

Durch tödliche Kollisionen mit Gegenständen der menschlichen Zivilisation sterben in der Europäischen Union jährlich mehrere hundert Millionen Vögel. Fast 200 Millionen Vögel kollidieren mit Fahrzeugen im Straßenverkehr oder werden von ihnen überfahren²⁵⁵. Wegen der Kollision mit ruhenden Objekten wie Strom- und Telefonleitungen, Fensterscheiben, Wintergärten, Glasfassaden und Lärmschutzwänden sterben über 90 Millionen²⁵⁶. Die Dunkelziffer dürfte noch weit höher sein, weil die toten Vögel von anderen Tieren rasch gefressen werden²⁵⁷.

Insbesondere Kollisionen mit Flug- und Fahrzeugen können auch für Menschen zur Gefahr werden: Triebwerke von Flugzeugen können in Brand geraten, Fahrzeugführer durch den Aufschlag abgelenkt werden, Windschutzscheiben können bersten.

Am häufigsten werden in der Öffentlichkeit die Todesfälle von Vögeln an Windkraftanlagen diskutiert. Dazu kursieren viel zu hohe Zahlen von zehntausenden Vögeln jährlich allein in Deutschland. Selbst das wäre nur ein

²⁵³ <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/24661.html>

²⁵⁴ <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/katzen/15537.html>

²⁵⁵ <https://www.sueddeutsche.de/wissen/artenschutz-strassenverkehr-wildunfall-1.4956671>

²⁵⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschlag#Vogelschlag_an_ruhenden_Objekten (> 250.000 Vögel pro Tag)

²⁵⁷ https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_106_vogelschlag_an_glasflaechen_vermeiden.pdf (für Glasflächen)

Bruchteil der Todesfälle im Verkehr und an Gebäuden. Tatsächlich basieren diese Zahlen jedoch auf unrealistischen Annahmen, wie eine Recherche von Correctiv.org gezeigt hat²⁵⁸.

Und doch: Die mehreren tausend Fälle jährlich, von denen EU-weit auch nach den Zahlen von Correctiv.org mindestens auszugehen ist, sind gravierend genug. Selbstverständlich muss alles getan werden, um den Vogelschlag an Windkraftanlagen so gering wie nur möglich zu halten. Das ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil Windräder auch Vogelarten gefährden, die vom Aussterben bedroht sind. Denn die Rotorblätter von Windkraftanlagen treffen immer wieder hoch fliegende Greifvögel.

Auch Fledermäuse müssen vor tödlichen Kollisionen mit Windrädern geschützt werden. Die kursierenden Hochrechnungen, nach denen allein in Deutschland jährlich etwa 200.000 Fledermäuse von Windrädern erschlagen werden, sind jedoch haltlos²⁵⁹.

4.2.2.1 Problemerkklärung

Wo lauern die Gefahren?

Bei ruhenden Objekten sind für Vögel insbesondere Glasflächen gefährlich, die einen freien Blick auf die dahinter liegende Landschaft ermöglichen, sowie stark spiegelnde Glasflächen an Hochhäusern. Denn diese täuschen den Vögeln eine hinter dem Glas liegende Landschaft vor²⁶⁰.

Autos sind allein schon wegen ihrer großen Zahl eine besonders häufige Todesursache für Vögel. Die Vogelschlagfrequenz pro Fahrzeug ist bei Zügen jedoch noch schlechter. Das liegt vor allem daran, dass Züge höher sind als Autos: mit Stromabnehmer acht Meter²⁶¹. Damit werden sie zu einer Gefahr für kleinere Vögel, die oft nur vier bis sechs Meter hoch fliegen²⁶². Viel hängt auch von der Geschwindigkeit ab.

²⁵⁸

<https://correctiv.org/faktencheck/2021/08/19/kein-eine-studie-zeigt-nicht-dass-zehntausende-voege-l-durch-windraeder-sterben/>

²⁵⁹ ebd.

²⁶⁰ <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschlag>

²⁶¹ <http://www.bund-rvso.de/voegel-eisenbahn-bahn-zuege-vogelschlag.html>

²⁶² https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschlag#Vogelschlag_an_Eisenbahnz%C3%BCgen

Vogelschlag an Flugzeugen ist besonders dann verhängnisvoll, wenn die Flugzeuge mit ganzen Schwärmen kollidieren.

Windkraftanlagen sind auch deshalb besonders für Greifvögel eine Gefahr, weil diese im Flug ihren Blick oft nicht nach vorne richten, sondern nach unten, wo ihre Beutetiere sind²⁶³. Wer Greifvögel schützen will, muss sich jedoch noch mit ganz anderen, weitaus häufigeren Todesursachen befassen.

4.2.2.2 Beispiel

– **Glasflächen**

Nicht immer machen sich Architektinnen und Architekten klar, welche tödlichen Folgen ihre Design-Träume für Vögel haben. Durchsichtige Schallschutzwände oder Buswartehäuschen mögen ihren ästhetischen Reiz haben, für Vögel sind sie aber nicht sichtbar, sodass es hier häufig zu Kollisionen kommt. Auch Hochhäuser mit blitzblank gewienerten, stark spiegelnden Glasflächen werden ohne Schutzmaßnahmen für Vögel zur tödlichen Falle²⁶⁴.

– **Fahrzeuge**

Normalerweise werden Vögel allein schon durch den Verkehrslärm²⁶⁵ von Straßen abgeschreckt. Aber immer wenn der Mensch ihre Biotop zerstört²⁶⁶, löst er Verwirrung aus. Manchmal betrachten Vögel dann Autos als Eindringlinge oder Konkurrenten, gegen die sie sich in ihrem neuen Lebensraum durchsetzen müssen. Erhöhte Vogelschlag-Gefahr besteht auch bei Nebel, starkem Wind, Regen oder Schnee, weil die Vögel dann niedriger fliegen als bei Sonnenschein²⁶⁷.

– **Flugzeuge**

Wie gefährlich Vogelschlag an Flugzeugen für Menschen werden kann, zeigte die Notlandung eines Airbus A320 mit 155 Menschen an Bord am 15. Januar 2009 auf dem Hudson River bei New York²⁶⁸: Kanadagänse waren in beide Triebwerke

²⁶³ <https://www.br.de/nachrichten/wissen/faktenfuchs-sterben-voegel-durch-windraeder.TAntN2S>

²⁶⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschlag>

²⁶⁵

https://www.wissenschaft-aktuell.de/artikel/Warum_Voegel_Strassen_meiden1771015589382.html

²⁶⁶ https://vogelwunderland.de/warum-fliegen-vogel-vor-autos/?utm_content=cmp-true

²⁶⁷ ebd.

²⁶⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/US-Airways-Flug_1549

gesogen worden, sodass diese ausfielen. Der Pilot konnte nur noch im Gleitflug weiterfliegen. Dass ihm eine Notwasserung glückte, bei der niemand zu Schaden kam, war keineswegs selbstverständlich.

– **Windräder**

Im Februar 2022 berichtete das ZDF-Magazin frontal, dass jedes zweite Windrad-Projekt in Deutschland an der Gefährdung der Rotmilane zu scheitern droht²⁶⁹. Bis vor Kurzem galten Windräder als die größte Gefahr für deren Bestand. Inzwischen hat jedoch eine empirische EU-Studie²⁷⁰ gezeigt, dass Rotmilane extrem selten von Windrädern erschlagen werden. Weitaus häufigere Todesursachen sind: Krankheiten, Nahrungsknappheit, Fressfeinde, Vergiftung durch illegale Giftköder, Pestizide und vergiftete Beutetiere, der Straßen- sowie (seltener) der Schienenverkehr, Versiegelungen entlang der Reiseroute, Stromleitungen und die Jagd²⁷¹.

4.2.2.3 Problemrelevanz

Handlungsbedarf

Angesichts der hohen Zahl getöteter Vögel an Fahrzeugen und Gebäuden versteht sich hier der Handlungsbedarf von selbst.

Flugzeuge werden in der EU bereits umfassend vor Vogelschlag geschützt. Bei diesen Maßnahmen geht es jedoch weniger um die Vögel als um das Sicherheitsrisiko für die Menschen an Bord sowie um die Vermeidung hoher Sachschäden.

Dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Vogelschlag weit überproportional auf Windkraftanlagen konzentriert, liegt vor allem an der Lobby-Arbeit von Gruppen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien aus anderen Motiven verhindern wollen²⁷². Die größten Gefahren für den Bestand bedrohter Arten liegen anderswo. Dennoch: Für einzelne Greifvogel-Arten wie den Seeadler und den Mäusebussard sind Windräder ein nicht zu vernachlässigender Risiko-Faktor. Wo das Aussterben einer Art droht, kommt es ohnehin auf jedes

²⁶⁹ <https://www.zdf.de/politik/frontal/rotmilan-gegen-windkraft-100.html>

²⁷⁰ <https://www.life-eurokite.eu/de/projekt/rotmilan.html>

²⁷¹ <https://www.zdf.de/politik/frontal/rotmilan-gegen-windkraft-100.html>

²⁷² Sterner (2023)

gerettete Tier an. Wir brauchen also sehr wohl Lösungen zum Schutz von Vögeln vor Windrädern.

4.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Optionen

Die Klimaliste fordert wirksame Maßnahmen zum Schutz von Vögeln und Fledermäusen vor Kollisionen mit Gegenständen der menschlichen Zivilisation. Dafür gibt es heute viele Möglichkeiten.

Schutz vor Kollisionen mit Gebäuden und anderen unbeweglichen Objekten

Im Gebäude-Sektor sind Glasflächen für Vögel die größte Gefahr. Mit Greifvogel-Silhouetten²⁷³ lässt sich kaum eine Wirkung erzielen, weil die Vögel sie umfliegen und dann neben der Silhouette aufprallen. Bei farbigen Silhouetten ist die Wirkung etwas besser, aber auch nicht zufriedenstellend. Es gibt jedoch heute eine ganze Reihe anderer, teilweise hochwirksamer Maßnahmen²⁷⁴:

- Von außen matte Scheiben.
- Die Glasflächen von außen mit einem engmaschigen Streifenmuster versehen.
- Von außen in dichten Abständen an die Scheibe Objekte kleben.
- Folien oder Aufkleber, die nicht von Menschen, aber von vielen Vogelarten wahrgenommen werden, weil sie Licht im UV-Bereich reflektieren oder absorbieren.
- UV-Strahlung absorbierende Fensterflächen.
- Markierung von Fensterscheiben mit einem nur für Vögel sichtbaren UV-Farbstoff²⁷⁵. Auf diese Weise können insbesondere Mietwohnungen ohne besonderen Aufwand zu minimalen Kosten nachträglich präpariert werden. Für Neubauten und Sanierungen ist die Wirkung dieser Maßnahme jedoch zu gering (Vermeidungsgrad ca. 70:30).
- Etwas besser, aber bisher immer noch nicht ausreichend wirkt fest eingebautes Vogelschutzglas, also normales Fensterglas mit einer Beschichtung, die UV-Licht reflektiert (Vermeidungsgrad 76:24)²⁷⁶.

²⁷³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschlag#Greifvogelsilhouetten>

²⁷⁴

<https://web.archive.org/web/20100325230550/http://www.lbv.de/service/naturschutztipps/voegel-gl-asflaechen.html>

²⁷⁵ https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_106_vogelschlag_an_glasflaechen_vermeiden.pdf

²⁷⁶ <https://www.baulinks.de/webplugin/2007/1535.php4>

An Überland-Leitungen haben sich Windspiele bewährt, die die Leitung als Hindernis sichtbar machen, so genannte Vogelmarker²⁷⁷.

Schutz vor Kollisionen mit Fahrzeugen und Flugzeugen

– Straßenverkehr

Der effektivste Schutz der Vögel vor Kollisionen im Straßenverkehr besteht darin, nicht immer weitere Flächen für immer neue Autobahnen und Gebäude zu versiegeln²⁷⁸. Das ist in Zeiten der Erderhitzung ohnehin geboten. Wo die Biotope der Vögel ungestört bleiben, sind diese nicht gezwungen, sich neue Reviere zu suchen, wo sie Autos mit Konkurrenten verwechseln.

Je schneller die Geschwindigkeit der Autos, desto schwerer fällt es den Vögeln, die nahende Gefahr richtig einzuschätzen. Ein Tempolimit von maximal 100 km/h auf allen Autobahnen Europas²⁷⁹ würde also nicht nur uns Menschen, sondern auch vielen Vögeln das Leben retten.

Vielen Autofahrerinnen und Autofahrern ist nicht bekannt, wie sie durch ihr eigenes Verhalten das Risiko von Vogelschlag senken können, beispielsweise durch:

- angepasste Geschwindigkeit,
- erhöhte Vorsicht bei bestimmten Wetterverhältnissen,
- Vermeidung von unübersichtlichen Strecken durch vogelreiche Landschaften.

Solche Informationen bekannt zu machen, könnte die Todeszahlen weiter senken²⁸⁰.

– Schienenverkehr

Züge mit einer Höchstgeschwindigkeit von 200 km/h und mehr sind für Vögel fast doppelt so gefährlich wie Züge mit einer Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h²⁸¹. Deshalb sollten in Vogelschutzgebieten Züge, aber auch Autos nur mit angepasster Geschwindigkeit unterwegs sein.

²⁷⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschutzarmatur#Vogelmarker>

²⁷⁸ https://vogelwunderland.de/warum-fliegen-vogel-vor-autos/?utm_content=cmp-true

²⁷⁹ <https://www.adac.de/verkehr/recht/verkehrsvorschriften-ausland/tempolimits-ausland/>

²⁸⁰

https://www.wissenschaft-aktuell.de/artikel/Warum_Voegel_Strassen_meiden1771015589382.html

²⁸¹ <http://www.bund-rvso.de/voegel-eisenbahn-bahn-zuege-vogelschlag.html>

– **Flugverkehr**

Der Flugbetrieb wird bereits umfassend geschützt²⁸²: Flugzeuge sind so ausgelegt, dass sie bei Kollisionen mit Vögeln bestmöglich vor Absturz geschützt sind.

Flughäfen erhalten Vogelzugwarnungen. Ihre Umgebung wird so gestaltet, dass Vögel dort keinen geeigneten Lebensraum finden, sodass sie in weniger gefährliche Regionen ausweichen. Radartechnik hilft, Gefahren frühzeitig zu erkennen. Hinzu kommen abschreckende Maßnahmen wie Pyrotechnik und Beschallung mit abschreckenden Tierstimmen.

Diese Maßnahmen haben zum Ziel, Vögel möglichst weit vom Start- und Landebereich von Flugzeugen fernzuhalten. Dagegen bestünde der beste Vogelschutz in der Umgebung von Flughäfen darin, diese zu renaturieren. Riesige Flächen, von denen die Vögel heute verbannt sind, stünden ihnen dann wieder zur Verfügung. Zusätzlich würden die renaturierten Böden die Versickerungsfähigkeit zurückgewinnen, auf die wir angesichts der zunehmenden Extremwetter-Ereignisse mehr denn je angewiesen sind.

Schutz vor Kollisionen mit Windkraftanlagen

Der dringend benötigte Ausbau der Windkraft muss einhergehen mit der Vermeidung von Kollisionen der Vögel und Fledermäuse mit den rotierenden Blättern. Dafür gibt es mehrere Lösungen:

- Bereits die schwarze Lackierung eines der Rotorblätter hat die Wirkung, dass weniger Vögel sich einem Windrad nähern²⁸³.
- Stehen die Windräder in landwirtschaftlichen Nutzflächen, so können die Fruchtfolgen und die Umgebung so gestaltet werden, dass das Jagten im Windpark für die Vögel unattraktiv wird.
- Windkraftanlagen können zeitweise abgeschaltet werden, beispielsweise während der Balz, nach der Ernte oder bei Vogelzügen und Fledermauszug.
- Vogelerkennungssysteme können einen Vogelanflug erkennen und das Windrad bei Bedarf anhalten.

²⁸² https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschlag#Vogelschlag_an_Luftfahrzeugen

²⁸³ <https://www.deutschlandfunknova.de/nachrichten/windraeder-koennen-schwarze-rotorblaetter-voegel-schuetzen>

- Eine neue Windkrafttechnologie aus Norwegen hat diesen vielversprechenden Ansatz weiterentwickelt²⁸⁴: Mithilfe der neuartigen Skarv-Technologie des Forschungsinstituts Sintef reduziert sie den tödlichen Vogelschlag um bis zu 80 %. Nähern sich Vögel einem Windrad, werden sie von Kameras und einem Vogelradarsystem registriert, und die Geschwindigkeit der Rotorblätter wird herabgeregt, sodass es nicht zu einer Kollision kommt²⁸⁵.

EU-weit sind Vogelerkennungssysteme bereits im Einsatz. In Deutschland jedoch nicht: Hier wurden sie bisher juristisch verhindert. Klageführend sind deutsche Windkraft-Gegner²⁸⁶.

4.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Absicherung aller Glasflächen, die ein erhebliches Vogelschlag-Risiko aufweisen, durch matte Scheiben, Streifenmuster, Aufkleber oder, wo dies nicht möglich ist, durch UV-Beschichtungen.
- Ausstattung von riskanten Überland-Leitungen mit Vogelmarkern (Windspiele).
- Einführung dringend erforderlicher und überfälliger Maßnahmen zum Schutz vor der Erderhitzung mit positiven Auswirkungen auf den Vogelschutz, wie:
 - Europaweites Tempolimit von 100 km/h auf allen Autobahnen.
 - Drastische Reduzierung des Flugverkehrs. Schließung und Renaturierung derjenigen Flughäfen, die dadurch verzichtbar werden.
 - Keine weitere Versiegelung von Flächen für neue Autobahnen. Reduzierung der Flächenversiegelung für neue Straßen und Gebäude auf ein Minimum.
- Aufnahme von Fragen zur Vermeidung von Vogelschlag in die Führerscheinprüfung.
- Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h für Züge in Vogelschutzgebieten
- Anwendung der wirksamsten Maßnahmen zum Schutz von Vögeln und Fledermäusen vor Kollision mit Windkraftanlagen entsprechend dem

²⁸⁴

<https://www.golem.de/news/tierschutz-neue-windkrafttechnologie-koennte-vogelsterben-verringern-2309-177609.html>

²⁸⁵ <https://www.tierschutzpartei.de/neue-technologie-gegen-vogelschlag-an-windkraftanlagen/>

²⁸⁶ Die Windkraft-Gegner des VLAB, siehe Sterner (2023)

neuesten Stand der Forschung, wie: Schwarzlackierung einzelner Rotorblätter, kurzfristiges Abschalten während Vogelzügen, Vogelerkennungssysteme, Skarv-Technologie u. a.

4.2.7 Quellenangaben

Allgemein

- Aktuelle Zahlen zum Vogelsterben in Deutschland:
<https://www.mitwelt.org/vogelsterben-in-deutschland.html>
- <http://www.bund-rvso.de/windenergie-windraeder-voegel-fledermaeuse.html>
 (Die hier genannten Zahlen zum Vogelschlag an Windrädern sind zu hoch angesetzt, siehe
<https://correctiv.org/faktencheck/2021/08/19/nein-eine-studie-zeigt-nicht-das-s-zehntausende-voegel-durch-windraeder-sterben/>)
- <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelschlag>

Glasflächen an Gebäuden

- https://www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_106_vogelschlag_an_glasflaechen_vermeiden.pdf
- Maßnahmen gegen Vogelschlag an Glasfassaden:
<https://www.dabonline.de/2020/10/19/todesfalle-glas-wie-vogelschlag-verhindern-voegel-fliegen-gegen-fassade/>
- Schutzmaßnahmen bereits bei der Planung von Glasflächen berücksichtigen:
<https://www.dabonline.de/2021/09/29/vogelschlag-glasfassaden-verhindern-gute-beispiele-bedruckung/>
- Vogelschutzglas:
<https://www.deutschlandfunk.de/tolle-idee-was-wurde-daraus-uv-beschichtung-gegen-100.html>

Fahrzeuge

- https://www.wissenschaft-aktuell.de/artikel/Warum_Voegel_Strassen_meiden1771015589382.html
- https://vogelwunderland.de/warum-fliegen-vogel-vor-autos/?utm_content=cmp-true

Windräder

- <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/windenergie/03410.html>
- Michael Sterner (2023): So retten wir das Klima. Darin insbesondere das Kapitel „MYTHOS: Windkraft ist die Hauptursache für den Tod von Vögeln“
- PROGRESS-Studie:
 - PROGRESS-Studie 2016 („Ermittlung der Kollisionsraten von (Greif-)Vögeln und Schaffung planungsbezogener Grundlagen für die Prognose und Bewertung des Kollisionsrisikos durch Windenergieanlagen“):
<https://tethys.pnnl.gov/sites/default/files/publications/BioConsult-et-al-Final-2016.pdf> (Fazit ab Seite 264, ab Seite 267 Zahlen für einzelne Raubvogelarten)
 - <https://www.naturschutz-energiewende.de/fachwissen/veroeffentlichungen/validierung-von-methoden-zur-bewertung-von-vogelkollisionen-die-progress-studie/>
 - Fehlinterpretierte PROGRESS-Studie als Pseudo-Beleg für überhöhte Zahlen zum Vogelschlag an Windkraftanlagen (diese Zahlen wurden und werden auch von unverdächtigen Organisationen übernommen und irrtümlich weiterverbreitet):
<https://correctiv.org/faktencheck/2021/08/19/nein-eine-studie-zeigt-nicht-dass-zehntausende-voegel-durch-windraeder-sterben/>

4.3 Wasserschutz

4.3.1 Einleitung

Wasserschutz als Überlebensstrategie

Wasser ist eine überlebenswichtige Ressource für die Trinkwasserversorgung, für die Landwirtschaft, die Ernährung, für unsere Wälder, die Tiere und Pflanzen, ebenso wie die Industrie. Die Wirtschaft ist der größte Wasserabnehmer in Deutschland. Die gesamte Menschheit hängt von ausreichender Wasserverfügbarkeit, aber auch von einer guten Wasserqualität ab. Entsprechend muss Wasser als überlebensnotwendige Ressource geschützt und wertgeschätzt werden.

Durch die klimatischen Veränderungen kommt es zu einer Zunahme von Extremwetterereignissen. Entsprechend ist es notwendig, sich Gedanken zu machen über Anpassungen, aber ebenso über jede einzelne Genehmigung einer Wasserentnahme. Das Gleiche gilt für Stoffe, die in den Boden eingetragen werden und auf diese Weise ins Grundwasser gelangen. Ein langfristiger Schutz des Grundwassers ist überlebensnotwendig und langfristige Auswirkungen auf das Grundwasser müssen bedacht werden und immer Priorität vor wirtschaftlichen Interessen haben.

4.3.2 Problembeschreibung

Wasserschutz durchsetzen

Lediglich sieben Prozent unserer Flüsse sind in einem guten ökologischen Zustand. Somit wird das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie weit verfehlt²⁸⁷. Die zu hohe Nährstoffbelastung der Gewässer, vor allem durch die Landwirtschaft, ist der Hauptgrund für diese Belastung.

Laut der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den UN-Nachhaltigkeitszielen ist Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Menschenrecht. Zurzeit hat jedoch über ein Viertel der Weltbevölkerung keinen sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser.

²⁸⁷ Umweltzustand 2020:

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/umweltzustand-2020-umweltbundesamt-zieht-gemischte>

Im Bereich Meeresschutz gibt es auf EU-Ebene bereits viele Strategien und Richtlinien. Es fehlt jedoch die Konsequenz, diese umzusetzen und zu kontrollieren. Dabei befinden sich Nord- und Ostsee in keinem guten Zustand²⁸⁸. Die Belastungen der Lebensräume von Fischen, Vögeln und Säugetieren sind zu hoch. Zu den größten Problemen zählen die Eutrophierung (zu hoher Nährstoffeintrag), Ausbeutung durch Überfischung und Verschmutzung (vor allem Plastikmüll)²⁸⁹. Auch die Ausbreitung nicht-heimischer Arten gefährdet unsere heimischen Ökosysteme. Um unsere Meere konsequent zu schützen, muss der Meeresschutz einen höheren Stellenwert bekommen und institutionell aufgewertet werden.

4.3.2.1 Problemerkklärung

Grundwasser konsequent und flächendeckend schützen

Schädigungen des Grundwassers sind meist nicht direkt zu erkennen, da sie erst nach einiger Zeit auftreten. Daher ist es notwendig, konsequenten flächendeckenden Grundwasserschutz zu betreiben. Bereits jetzt zeigen Studien, dass sich der Grundwasserspiegel verändert und auch weiter absinken könnte. Dies liegt nicht nur an der Zunahme der Dürreintensitäten durch die Erderhitzung, sondern auch am verstärkten Abpumpen von Grundwasser und Flächenversiegelung²⁹⁰. Gleichzeitig ist es notwendig, sich auf Veränderungen einzustellen, die erst in der Zukunft eintreffen werden, wie z. B. immer weiter fallende Flusspegel durch fehlendes Schmelzwasser²⁹¹.

Daher ist ein Klimaanpassungsgesetz nötig, welches Klimaanpassungen flächendeckend und dauerhaft verankert. Mit dem Gesetz könnten dringend notwendige Maßnahmen im Bereich Hochwasser- und Katastrophenschutz, Wasserknappheit und Hitzeschutz durchgesetzt werden.

²⁸⁸ Zustand der deutschen Nord- und Ostsee:

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/deutsche-nord-ostsee-sind-nicht-in-gutem-zustand>

²⁸⁹ Meeresatlas der Böll-Stiftung:

https://www.boell.de/sites/default/files/web_170607_meeresatlas_vektor_v102_1.pdf

²⁹⁰ Auswirkung von Dürren: <https://www.ufz.de/index.php?de=47252>

²⁹¹ „Auswirkungen des Klimawandels auf die Abflussanteile aus Regen, Schnee und Gletscherschmelze im Rhein und seinen Zuflüssen“:

https://www.chr-khr.org/sites/default/files/chrpublications/ASG-II_Synthese_DE_mit-Links_korr-Tab-2.pdf

4.3.2.2 Beispiel

Auch industrielle Großverbraucher müssen Wasser sparen

Als Hauptwasserverbraucherin gilt die Industrie, auf die über zwei Drittel aller Wasserentnahmen entfallen²⁹². Besonders ins Auge fallen Konzerne, wenn Verbraucher:innen zum Wassersparen gezwungen werden, während die Konzerne munter das Grundwasser abpumpen dürfen, wie der Fall von Tesla zeigt. Das neue Tesla-Werk steht in einer Region, die unter Wassermangel leidet, zudem in einem Trinkwasserschutzgebiet. Und es braucht massenhaft Wasser: geschätzt 1,4 Milliarden Liter im Jahr²⁹³.

Inzwischen ist das Wasser in der Region so knapp, dass die lokale Wasserversorgung mit der Rationierung begonnen hat: Wer in die Region zieht und einen neuen Wasseranschluss bekommt, darf nur ein festgelegtes Trinkwasservolumen verbrauchen²⁹⁴.

Die Behörden gewähren Wasserrechte oft über lange Zeiträume, manchmal Jahrzehnte. Und oft stammen sie aus Zeiten, in denen der Klimawandel noch nicht spürbar war.

Ziel muss es sein, die Wassersicherheit zu verbessern und gemeinsam an einer langfristigen Strategie für Gewässerschutz zu arbeiten²⁹⁵.

4.3.2.3 Problemrelevanz

Die Wasserrahmenrichtlinie

Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist eine Richtlinie der EU, die das Ziel hat, dass alle Gewässer der EU einen „guten Zustand“ erreichen müssen. Zielvorgabe für den ersten Bewirtschaftungszeitraum war ursprünglich das Jahr 2015. Weitere

²⁹² Zur Wasserwirtschaft in Deutschland:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba_wasserwirtschaft_in_deutschland_2017_web_aktualisiert.pdf

²⁹³ <https://brandenburg.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/28745.html>

²⁹⁴

https://www.w-s-e.de/fileadmin/user_upload/02_wasserverband/amtsblaetter/AMTSBLATT-Jg_4-Nr_3-2021.pdf

²⁹⁵

https://www.w-s-e.de/fileadmin/user_upload/03_service/05_formulare_und_downloads/04_Wissenswertes/20230831_WSE_Stellungnahme_Tesla_Erweiterung_G01423.pdf

Zielvorgaben sind die Jahre 2021 und 2027. Die Wasserrahmenrichtlinie umfasst alle Gewässer vom Grundwasser über Flüsse und Seen bis zur Küste²⁹⁶.

Oberflächengewässer in gutem Zustand definieren sich laut Wasserrahmenrichtlinie durch Werte für die biologischen Qualitätskomponenten des Oberflächengewässertyps, die geringe anthropogene Abweichungen anzeigen. Sie weichen also nur in geringem Maße von den Werten ab, die normalerweise bei Abwesenheit störender Einflüsse mit dem betreffenden Oberflächengewässertyp einhergehen.

Auch der Grundwasserspiegel im Grundwasserkörper soll so beschaffen sein, dass die verfügbare Grundwasserressource nicht von der langfristigen mittleren jährlichen Entnahme überschritten wird. Dementsprechend darf der Grundwasserspiegel keinen anthropogenen Veränderungen unterliegen²⁹⁷.

In begründeten Fällen kann von den ursprünglichen Umweltzielen (guter Zustand) oder von der eigentlichen Zielerreichung in 2015 abgewichen werden. Da nur 8 % aller Oberflächenwasserkörper heute den guten ökologischen Zustand bzw. das gute ökologische Potenzial erreichen, wurden für die anderen 92 % Fristverlängerungen bis 2021 beziehungsweise bis 2027 in Anspruch genommen²⁹⁸.

4.3.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Um die Trinkwasserverfügbarkeit nachhaltig zu gewährleisten, fordern wir:

- Klima-, Natur- und Umweltschutz müssen als Daseinsvorsorge betrachtet werden. Die Rechte auf sauberes Wasser, saubere Luft und sauberen Boden müssen als Grundrechte anerkannt werden.

²⁹⁶ EU-Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02000L0060-20141120&from=DE>

²⁹⁷ WWF-Report zum Zustand der Gewässer in Deutschland:

<https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/S%C3%BC%C3%9Fwasser/WWF-Report-Zustand-der-Gewaesser-Deutschland-Kurzfassung.pdf>

²⁹⁸

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2021_pp_20jahre_wrrl_bf.pdf

- Konsequenter Gewässer- und Grundwasserschutz durch schärfere Düngeregelungen und stark reduzierten Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung.
- Aufbereitung von Gülle in Kläranlagen für die Landwirtschaft, um belastenden Eintrag in das Grundwasser zu reduzieren.
- Strenge Regeln für die Einleitung von Abwässern aus der Industrie, strikte Einhaltung von Grenzwerten (z. B. Chemikalien, Schwermetalle, pH-Wert) für die Einleitung.
- Flussläufe müssen renaturiert werden.
- Erarbeitung einer nationalen Wasserstrategie und Festlegung von Grundsätzen für eine Priorisierung von Wassernutzung (Wasserhierarchie), um auf einen Wassernotstand vorbereitet zu sein.
- Nachhaltiges Wassermanagement.
- Förderung von Wasserspeichern.
- Streichung der Begünstigungen der Wasserentnahmeentgelte für den Rohstoffabbau.
- Grundwasserabsenkung beim Tagebau muss verboten werden.
- Reduzierung des Wasserverbrauchs in Industrie und Bergbau.
- Überprüfung aller Zulassungen für die Industrie zur Grundwasserentnahme, Kontrolle der Mengen, bei kritischem Grundwasserspiegel folgt der Entnahmestopp.
- Wasserpreise müssen nach Nutzungsabsicht gestaffelt werden.
- Eine integrierte sektorenübergreifende Stickstoffstrategie zur Verminderung des Stickstoffeintrags in die Umwelt.
- Stopp von Flächenversiegelung.

Der Hochwasserschutz spielt eine maßgebliche Rolle und muss gestärkt werden.

Deshalb fordern wir:

- Entsiegelung von Flächen, Förderung von Bauweisen, die Versickerung von Regenwasser ermöglichen.
- Schaffung von Retentionsflächen (Flächen, die bei Hochwasser als Überflutungsflächen genutzt werden können).
- Mehr Frei- und Grünflächen in den Städten, Schwammstadt-Modelle²⁹⁹ müssen gefördert werden.

²⁹⁹ Schwammstädte nehmen möglichst viel Regen- bzw. Oberflächenwasser vor Ort auf und speichern es, statt es lediglich zu kanalisieren und abzuleiten:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Schwammstadt>

- Renaturierung von Fluss- und Bachläufen.
- Mehr Dachbegrünung, denn begrünte Dächer sorgen nicht nur für ein kühleres Lokalklima, sondern können auch Regenwasser aufnehmen.

Meeresschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen und institutionell aufgewertet werden. Deshalb wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Schaffung einer gut ausgestatteten, dem Bundesumweltministerium nachgeordneten Meeresschutzbehörde mit einer eigenen grünen Küstenwache.
- Schaffung echter Meeresschutzgebiete und Kontrolle der Um- und Durchsetzung durch die neue Behörde, um die Industrialisierung der Nord- und Ostsee zu stoppen.
- Konventionelle Landwirtschaft muss einen Abstand von mindestens 1 km zum Küstenrand haben, um direkten Dünger- und Pestizideintrag zu minimieren.
- Fischbestände dürfen nur noch nachhaltig befischt werden, Bodenschleppnetze sollen verboten werden.
- Verbot jeglicher Bohrungen nach fossilen Brennstoffen.
- Verbot von Tiefseebohrungen.
- Verbot des Baus von Pipelines durch Nord- und Ostsee.

Zusätzlich fordern wir:

- Alle EU-Länder haben detaillierte Maßnahmenprogramme vorzulegen, die geeignet sind, die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 zu erreichen. Eine Fristverlängerung kann keine Lösung sein.
- Eine sektorenübergreifende Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mit Integration in wirtschaftspolitische Bereiche wie Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik.
- Anwendung des Verursacherprinzips für die Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie.
- Vereinheitlichung der unterschiedlichen EU-Richtlinien zum Gewässerschutz und zur Bewirtschaftung der Gewässer.

4.3.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten und:

Zur gesetzlichen Verankerung der Klimaanpassung:

- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klimaanpassung-jetzt-gesetzlich-verankern>

Der NABU zum Meeresschutz in Deutschland:

- <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/meere/lebensraum-meer/24850.html>

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft zu klimaschädlichen Subventionen:

- https://foes.de/publikationen/2021/2021-07_FOES_PolicyBrief-Subventionsabbau.pdf

Wassermangel in Deutschland:

- <https://www.dw.com/de/wasserarmut-wasserknappheit-d%C3%BCrre-in-deutschland-nationaler-wasserdiallog-wasserstrategie/a-56227882>
- <https://www.dw.com/de/streit-um-wasser-auch-in-deutschland/a-62940594>

Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

- <https://www.bmz.de/de/agenda-2030>

4.4 Waldwende

EU-weite Umstellung auf nachhaltigen, zukunftsfähigen Wald- und Urwaldschutz

4.4.1 Einleitung

Wälder schützen unsere Lebensgrundlage, unsere Böden, Grundwasser und Luft. Sie müssen mit oberster Priorität geschützt werden und dürfen nicht nur als Holzlieferant gesehen werden.

Gesunde, naturnahe Wälder sind unerlässlich für unseren Planeten

Intakte, naturnahe Wälder sind aufgrund ihrer Funktion als Kohlenstoffsinken ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt und die Erderhitzung und federn deren Auswirkungen ab, beispielsweise durch Abkühlung von Städten, Schutz vor schweren Überschwemmungen und Verringerung der Auswirkungen von Dürren. Sie sind zudem wertvolle Ökosysteme, die einen großen Teil der biologischen Vielfalt Europas beherbergen. Ihre Ökosystemdienstleistungen tragen durch Wasserregulierung, Bodenschutz, die Bereitstellung von Lebensmitteln, Arzneimitteln und Materialien, Katastrophenvorsorge und -kontrolle, Bodenstabilisierung und Erosionskontrolle sowie Luft- und Wasserreinigung zu unserer Gesundheit und unserem Wohlbefinden bei. Wälder sind ein Ort der Erholung, der Entspannung und des Lernens sowie Teil unserer Existenzgrundlage³⁰⁰.

4.4.2 Problembeschreibung

Wald ist nicht gleich Wald

Nur ein sehr geringer Anteil der heimischen Wälder ist naturnah bzw. ein Urwald. Je naturnäher ein Wald ist, desto robuster und besser an die Umwelt angepasst ist er. Er ist unempfindlicher gegenüber Schädlingen und Parasiten, Dürren oder ähnliche Probleme, die einem stark bewirtschafteten Wald mit Entwässerungskanälen, Einschlag zur Belichtung, Monokulturen und Befahrung mit schweren Maschinen

³⁰⁰ Urwald vs. Nutzwald:

<https://greenjournal.greenpeace.at/natur/waelder/urwald-vs-nutzwald-wer-schuetzt-klima-und-arten-besser>

immer wieder zu schaffen machen. Gleichzeitig hat ein naturnaher Wald einen erheblichen Nutzen für die Umgebung, den Boden und das Grundwasser³⁰¹.

4.4.2.1 Problemerkklärung

Wir brauchen eine EU-Urwaldstrategie

Die EU-Waldstrategie ist der Nachfolger der EU-Forststrategie. Mit der Strategie verpflichtet sich die EU zum strengen Schutz von Primär- und Altwäldern, zur Wiederherstellung geschädigter Wälder und zur Gewährleistung ihrer nachhaltigen Bewirtschaftung, und zwar unter Wahrung der lebenswichtigen Ökosystemdienstleistungen, die die Wälder erbringen und von denen die Gesellschaft abhängt³⁰².

Wir brauchen aber eine Strategie für Wald, nicht nur für FORST. Wir brauchen eine europäische URWALD-Strategie und eine naturnahe Waldstrategie, um von intensiver Bewirtschaftung zu einer möglichst naturnahen Waldnutzung zu kommen. Dies ist allein schon aus Gewässer und Bodenschutzgründen unerlässlich³⁰³.

Unser Ziel ist es, gesunde, artenreiche und widerstandsfähige Wälder für uns und die nachfolgenden Generationen zu schaffen.

4.4.2.2 Beispiel

Der Zustand vieler Wälder in Deutschland ist nicht gut: Der Kronenzustand hat sich bei vielen Baumarten deutlich verschlechtert. Die mittlere Kronenverlichtung ist im

³⁰¹ BUND:

Waldsterben durch die Klimakrise: <https://www.bund.net/waelder/waldkrise/>

Forderungen zu Deutschlands Wäldern in der Klimakrise:

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/waelder/waelder_waldwende_stat_t_waldsterben.pdf

³⁰² Eine neue EU-Waldstrategie für 2030 — nachhaltige Waldbewirtschaftung in Europa:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022IP0310>

³⁰³ WWF-Thema Wald:

<https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/wenn-wald-wieder-wild-wird-europas-naturerbe>

Durchschnitt aller Baumarten mit 26,5 % im Jahr 2020 so hoch wie noch nie. Auch die Absterberate hat stark zugenommen³⁰⁴.

4.4.2.3 Problemrelevanz

Vor allem ältere Buchenwälder zeigen starke Absterbeerscheinungen. Aber auch jüngere Bäume weisen einen negativen Trend auf.

Wälder, die im Moment der Erderhitzung nicht standhalten können, sollen an deren Folgen angepasst werden, um resilienter zu werden.

4.4.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Alle Wälder in öffentlicher Hand werden ausschließlich nachhaltig bewirtschaftet, was das engmaschige Befahren der Wälder mit schweren Forstmaschinen ausschließt.
- Wald muss immer als Gesamt-Ökosystem-Netzwerk aus Boden, Wasser und Organismen betrachtet werden.
- Beratungsangebote zur Umstellung auf naturnahe nachhaltige Forstwirtschaft werden gefördert und ausgebaut.
- Wälder werden auf den Klimawandel vorbereitet – durch Naturverjüngung oder Anbau von heimischen trockenresistenten Baumarten; Förderung der Artenvielfalt bei der Waldverjüngung und Aufforstung.
- Großflächiges Wiederaufforstungsprogramm, um mehr CO₂ zu binden und um zusammenhängende Waldgebiete zu schaffen.
- Ausweitung der Forschung von Anpassungsstrategien für Wälder in Bezug auf den Klimawandel und die sinkende Biodiversität.
- Bessere personelle und materielle Ausstattung der Feuerwehren, um auf die zukünftigen Gefahren von vermehrten Waldbränden vorbereitet zu sein.
- Bebauungsverbot für Flächen, auf denen nicht genehmigte Abholzungen stattgefunden haben.
- Engmaschig Kontrollierter und sanktionierter Primärwald- bzw. Urwaldschutz in Europa.
- In allen Wäldern soll größtmögliche Naturnähe erreicht werden.

³⁰⁴ Waldzustandserhebung 2020:

<https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/ergebnisse-waldzustandserhebung-2020.html>

- Boden- und Gewässerschutz muss erreicht werden durch Naturnähe.
- Entwässerungsmaßnahmen müssen unterlassen werden zugunsten des Grundwasser- und Brandschutzes.

4.4.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten und:

Strategie zum Schutz der Wälder in der EU:

- https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-gruner-deal-neue-strategie-zum-schutz-der-walder-der-eu-2021-07-16_de
- https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0310_DE.html
- https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/delivering-european-green-deal_en

EU-Biodiversitätsstrategie für 2030:

- https://environment.ec.europa.eu/strategy/biodiversity-strategy-2030_en

European Green Deal:

- https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en

EU-Verordnung zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität:

- <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32021R1119>

EU-Waldstrategie für 2030:

- https://commission.europa.eu/document/cf3294e1-8358-4c93-8de4-3e1503b95201_de
- <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX%3A52021DC0572>
- <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022IP0310>

Green Journal Wälder:

- <https://greenjournal.greenpeace.at/natur/waelder>

Entwicklung der weltweiten Flächen von naturnahen Wäldern und Nutzwäldern in den Jahren 1990 bis 2021:

- <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1278486/umfrage/naturnahe-waelder-und-angelegten-waelder-weltweit/>

Die EU und die Wälder:

- <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/105/die-europaische-union-und-die-walder>

Nachhaltige Waldwirtschaft:

- <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/nachhaltige-waldwirtschaft>

Für ein wirksames EU-Gesetz zum Stopp von Entwaldung und Zerstörung:

- <https://www.dnr.de/themen/positionen/fuer-ein-wirksames-eu-gesetz-zum-stopp-von-entwaldung-und-naturzerstoerung>

Forderungen des Deutschen Naturschutzbundes zur Europawahl 2024:

- <https://www.dnr.de/publikationen/europawahlforderungen-2024>

4.5 Bodenstrategie

Gesunde Böden stellen die Lebensgrundlage der Menschheit dar und müssen geschützt werden.

4.5.1 Einleitung

Boden ist ein komplexes Ökosystem mit Milliarden von Bodenorganismen wie Pilze und Bakterien. Die Bodenorganismen sind an der Entstehung von Humus beteiligt, der Wasser bindet, Nährstoffe bereitstellt, die Bodenstruktur fördert und so essenziell für die Bodenqualität ist³⁰⁵.

Alleine in Deutschland unterliegt die Hälfte der Bodenfläche einer landwirtschaftlichen Nutzung.

Gesunde Böden können Wasser speichern und Wasser reinigen, indem sie Schadstoffe filtern und dadurch die Grundwasserqualität erhalten. Versiegelung schädigt Böden nachhaltig und verhindert eine Wasserspeicherung. Das Wasser fließt ab ohne zu versickern und Bodenorganismen sterben ab³⁰⁶.

Gesunde Böden sind also essenziell für Trinkwasser, Nahrung, gesunde Wälder, gute Luft und die Lebensgrundlage künftiger Generationen.

Intakte Moore speichern doppelt so viel Kohlenstoff wie alle Wälder der Erde zusammen³⁰⁷. Das macht sie zu einem enorm wichtigen Element bei der Bewältigung der Klimakrise. Moore werden schon lange von Menschen trockengelegt und zerstört. Bei der Trockenlegung von Mooren entweichen enorme Mengen an CO₂ und hinterher können diese Flächen nur noch wenig CO₂ binden und speichern. Zum einen werden Moore trockengelegt, um die Böden landwirtschaftlich zu nutzen, zum anderen wird der Torf direkt abgebaut, um ihn z. B. als Dünger für Gartenerde zu benutzen. Über ein Drittel der

³⁰⁵ Bodenatlas 2024: https://www.boell.de/sites/default/files/2024-01/bodenatlas_2024.pdf

³⁰⁶ BMU zu Bodenschutz: <https://www.bmu.de/themen/bodenschutz/ueberblick-bodenschutz>

³⁰⁷ Moorschutz: <https://www.bund.net/themen/naturschutz/moore-und-torf/>

Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft stammt von trockengelegten Feuchtgebieten³⁰⁸.

Die Wiedervernässung von Mooren ist der einzige Weg, um weitere ungehinderte Treibhausgas-Emissionen zu verhindern. Intakte Moore können in Zukunft dann auch wieder Kohlenstoff speichern³⁰⁹.

4.5.2 Problembeschreibung

Unsere Böden brauchen Schutz

Durch eine Übernutzung des Bodens und der Grundwasserressourcen z. B. durch intensive Landwirtschaft kommt es zu einer Degradation der Böden.

Böden weltweit haben bereits heute über die Hälfte ihres Humusgehalts durch die intensive Landwirtschaft und Übernutzung verloren.

In den Siedlungsgebieten sind bis zu 50 % der Fläche bebaut. Entsprechend kann der Boden hier kein Wasser speichern und keine Ökosystemleistungen vollbringen. „Wir brauchen Bodenschutz mit Wumms. Europas Böden verschwinden unter Beton oder verwehen im Wind. Anstatt Treibhausgase zu binden, setzen sie Treibhausgase frei. Sie sind mit Schadstoffen belastet und verlieren an biologischer Vielfalt. Die Kommission geht davon aus, dass 60 bis 70 % der Böden in der EU in keinem guten Zustand sind. Dieser verheerenden Entwicklung muss die Europäische Union entschiedener als bisher entgegenwirken. Das gelingt nur mit einem starken Gesetzesrahmen, der Bodengesundheit verbindlich definiert und mit messbaren Indikatoren hinterlegt“, sagt Michael Berger, Referent für nachhaltige Landwirtschaft und Bodenschutz beim WWF³¹⁰.

³⁰⁸ Klima- und Moorschutz:

https://www.moorwissen.de/de/moore/moorschutz/klimaschutz_durch_moorschutz.php

³⁰⁹ Mooratlas 2023:

https://www.boell.de/sites/default/files/2023-02/mooratlas2023_web_20230213.pdf

³¹⁰ EU-weites Bündnis fordert Bodenschutz mit Wumms:

<https://www.wwf.de/2023/maerz/eu-weites-buendnis-fordert-bodenschutz-mit-wumms>

4.5.2.1 Problemerkklärung

Das Ausmaß der Schäden wird immer deutlicher

Bodenversauerung und Bodenerosion zeigen sich als alltägliche Probleme. Winderosion zeigt sich an offenen sandigen Flächen Norddeutschlands. Wassererosion betrifft Hanglagen Mittel- und Süddeutschlands³¹¹.

In der EU gelten über die Hälfte der Böden als geschädigt. Jährlich gehen in der EU bereits jetzt ungefähr eine Milliarde Tonnen Boden aufgrund von Erosion verloren³¹².

Inzwischen werden die Folgen von übernutzten Böden, verunreinigten Gewässern und Biodiversitätsverlust immer deutlicher. Auch stagnieren die Erträge vielerorts in der Landwirtschaft. Abhilfe können in der Landwirtschaft schonende agrarökologische Ansätze sowie konsequenter Bodenschutz bringen.

Um einen gesunden Boden wiederherzustellen, braucht es eine Renaturierung. Aber vor allem braucht es eine Begrenzung des Flächenfraßes. Der Flächenfraß zeigt sich vor allem durch die zunehmende Versiegelung. Es wird zurzeit mehr Boden „verbraucht“ als der Natur zurückgegeben wird oder durch Ökosystemleistungen ausgeglichen werden kann.

Boden, der einmal bebaut ist, ist über Jahrzehnte geschädigt. Der Boden kann kein Wasser mehr speichern und das Bodenleben stirbt ab. Aus diesem Grund ist es notwendig, den langfristigen ökologischen Schaden einer Versiegelung anzuerkennen³¹³.

Mit der EU-Bodenstrategie soll sichergestellt werden, dass bis 2050 alle Bodenökosysteme in der EU gesund und widerstandsfähiger sind und daher weiterhin ihre entscheidenden Leistungen erbringen können³¹⁴. Ziel ist kein Netto-Flächenverbrauch und die Bodenverschmutzung auf ein Niveau zu

³¹¹ Bodenatlas 2024: https://www.boell.de/sites/default/files/2024-01/bodenatlas_2024.pdf

³¹² ebd.

³¹³ Umweltbundesamt zur Bodenversiegelung: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/bodenversiegelung>

³¹⁴ Europäische Bodenschutzpolitik: <https://www.bmu.de/themen/bodenschutz/europaeische-bodenschutzpolitik>

reduzieren, das für die Gesundheit der Menschen oder die Ökosysteme nicht mehr schädlich ist. Gleichzeitig sollen Böden geschützt, nachhaltig bewirtschaftet und degradierte Böden wiederhergestellt werden.

4.5.2.2 Beispiel

Bodenversiegelung in Deutschland

Jeden Tag wurde in Deutschland zwischen 2017 und 2020 eine Fläche so groß wie 72 Fußballfelder als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen³¹⁵. Dieser Verbrauch schreitet schleichend voran und wird daher von Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen kaum wahrgenommen. Die verbrauchten Flächen stehen der Landwirtschaft und der Natur als Lebensraum nicht mehr zur Verfügung. Gerade für intakte Ökosysteme hat eine Zerschneidung oft fatale Auswirkungen und schädigt diese maßgeblich. Dieser Flächenverbrauch muss endlich wirksam gestoppt werden. Wichtige Bodenfunktionen, wie Wasserdurchlässigkeit, Gasaustausch mit der Atmosphäre und Bodenfruchtbarkeit, gehen bei einer Versiegelung verloren, denn der Boden stirbt ab. Der Boden kann weder CO₂ noch Wasser speichern, wenn er versiegelt ist. Die Folgen spüren wir schon heute.

4.5.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Konkrete rechtsverbindliche messbare Maßnahmen zum Ökosystem-, Boden- und Waldschutz.
- ein rechtsverbindliches EU-Gesetz zur Bodengesundheit mit folgenden Zielen:
 - Eine eindeutige Definition der Bodengesundheit.
 - Ehrgeizige, messbare und verbindliche Ziele zur Erreichung der Bodengesundheit.
 - Strenge Anforderungen zur nachhaltigen Nutzung des Bodens.
 - Ein verbindliches „Null-Netto-Landnahme“-Ziel.
 - Ein umfassendes, harmonisiertes und rechtlich verankertes System zur Überwachung der Bodengesundheit und zur Berichterstattung.
 - Rechtsverbindliche Ziele zur Unterbindung der Entwässerung in Feuchtgebieten und organischen Böden, sowie der Wiederherstellung von bewirtschafteten und entwässerten Torfflächen.

³¹⁵ Versiegelung: <https://www.bodenwelten.de/content/boden-wird-versiegelt>

- Den Mitgliedsstaaten müssen mit der EU-Richtlinie verbindliche Ziele gesetzt werden zur Förderung der Bodengesundheit und zur nachhaltigeren Nutzung des Bodens.
- Sofortiger Stopp jeglichen Torfabbaus.
- Importverbot torfhaltiger Produkte.
- Förderung der Forschung und Suche nach Alternativen für Torf.
- Unterschutzstellung sämtlicher intakter Moorflächen.
- Großflächiges Wiedervernässungsprogramm.
- Strenge Bodenkontrollen über Schadstoffeintrag. Mutwilliger Schadstoffeintrag wird von Strafverfolgungsbehörden verfolgt und geahndet.
- Schutz des Waldes zum Erhalt physikalischer Bodeneigenschaften.
- Entsiegelung.
- Schutz und Wiedervernässung von Mooren.
- Anreize für nachhaltige bodenschonende Landwirtschaft müssen nicht nach Fläche, sondern nach Maßnahme vergeben werden.
- Kreislaufwirtschaft: Wiederverwendung von Bodenmaterial, Begrenzung des Flächenverbrauchs und der Bodenversiegelung, Nährstoff- und Kohlenstoffkreislauf.
- Bessere Kooperation im Naturschutz innerhalb der EU und auch global fördern.
- Sanktionierung anderer Staaten, die Naturschutz missachten.
- In bebauten Gebieten soll eine Mindestfläche an Grünflächen vorgegeben werden.
- Bis 2030 ist der Flächenverbrauch auf null Hektar zu reduzieren.
- Neubauten dürfen nur noch auf bereits bestehenden Siedlungs- und Verkehrsflächen entstehen.
- Bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen sollen effektiver genutzt werden.
- Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung muss flächendeckend eingehalten werden (z. B. Prinzip „Innen vor Außen“).
- Nicht mehr benötigte Siedlungs- und Verkehrsflächen müssen entsiegelt/renaturiert werden.
- Einführung einer Flächenverbrauchssteuer, die eine Weiterentwicklung der Grunderwerbssteuer darstellt. Damit werden Anreize geschaffen, weniger Fläche zu bebauen und eher bestehende Baulücken in Siedlungen zu nutzen anstatt neue Baugebiete in der Natur zu erschließen.

- Strenge Überwachung von Bodenabtrag, Lagerung und Einbau von Bodenmaterial. Schutz von Mutterboden als lebendes System.

4.5.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten und:

- Abtrag, Lagerung und Einbau von Bodenmaterial:
<https://www.bodenwelten.de/content/abtrag-lagerung-und-einbau-von-bodenmaterial>
- Declaration for an EU Blue Deal:
https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/files/declaration_for_an_eu_blue_deal_en.pdf
- Der Deutsche Naturschutzring zur Wasserstrategie:
<https://www.dnr.de/aktuelles-terminen/aktuelles/es-gibt-keinen-echten-gruenen-deal-ohne-parallele-wasserstrategie>
- EU-Bodenstrategie für 2030:
https://ec.europa.eu/environment/publications/eu-soil-strategy-2030_en
- Forderung des Deutschen Naturschutzrings zur Bodengesundheit:
<https://www.dnr.de/themen/positionen/wir-fordern-ein-ehrgeiziges-und-fortschrittliches-eu-gesetz-zur-bodengesundheit>
- Klimaschädliche Subventionen:
https://foes.de/publikationen/2021/2021-07_FOES_PolicyBrief-Subventionsabbau.pdf
- Öko-Institut: Rohstoffwende Deutschland 2049:
https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Abschlussbericht_D2049.pdf
- Open Letter to the European Commission on the Soil Health Law:
<https://eeb.org/wp-content/uploads/2023/03/Open-Letter-to-the-European-Commission-on-the-Soil-Health-Law-1.pdf>
- Reduzierung des Flächenverbrauchs:
<https://www.bmu.de/themen/europa-internationales-nachhaltigkeit-digitalisierung/nachhaltige-entwicklung/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauchs>
- The global assessment report on Biodiversity and Ecosystem Services:
https://ipbes.net/sites/default/files/2020-02/ipbes_global_assessment_report_summary_for_policymakers_en.pdf

- UBA Empfehlungen für die anstehende EU Richtlinie zum Bodenschutz:
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/uba-empfehlungen-fuer-die-anstehende-eu-richtlinie>
- Umweltzustand 2020: Umweltbundesamt zieht gemischte Bilanz:
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/umweltzustand-2020-umweltbundesamt-zieht-gemischte>

5. Verkehr

Mehr als ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU wird im Verkehr verursacht, weit überwiegend im Straßenverkehr³¹⁶. Während in anderen Sektoren der Treibhausgasausstoß zurückgeht, ist im Verkehr eine Trendwende nicht in Sicht³¹⁷. Im Gegenteil: Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem die Treibhausgasemissionen in den letzten drei Jahrzehnten sogar zugenommen haben, um rund 21 % zwischen 1990 und 2021³¹⁸.

Wir brauchen also dringend eine Verkehrswende.

Antriebswende: weg vom Verbrenner, hin zur E-Mobilität

Viele denken bei der Verkehrswende zuerst an das Verbrenner-Auto und den Umstieg auf das E-Auto. Und in der Tat ist diese Antriebswende ein Bestandteil der Lösung.

Siehe unsere Forderungen zur Antriebswende in diesem Wahlprogramm unter 5.2.

E-Autos alleine sind aber noch keine Verkehrswende. Hinzu kommen muss die Mobilitätswende.

Mobilitätswende: weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zu Rad und ÖPNV

Wir brauchen insgesamt erheblich weniger Autos, vor allem in den Städten. Dafür müssen wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und das Radfahren fördern. Auch der Trend zu immer schwereren Autos muss gestoppt werden.

Auf dem Land fällt vielen der Verzicht auf das Auto besonders schwer. Deshalb müssen wir hier die E-Mobilität fördern und Auto-Akkus durch bidirektionales Laden als Speicher für erneuerbare Energien nutzen. Darüber hinaus müssen aber auch auf dem Land intelligente Lösungen zur Stärkung von ÖPNV und Fahrrad gefördert werden.

³¹⁶

<https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20191129STO67756/co2-emissionen-des-luft-und-schiffsverkehrs-zahlen-und-fakten-infografik>

³¹⁷ https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Umwelt-Energie/CO2_Sektoren.html

³¹⁸ <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Verkehr/Auto.html>

Mehr dazu in unseren Forderungen zur Mobilitätswende in diesem Wahlprogramm unter 5.1.

Schieneverkehr

Im Güterverkehr brauchen wir eine Verlagerung von möglichst viel Verkehr auf die Schiene – eine große Herausforderung, denn der Ausbau des Schienennetzes kostet Zeit, die wir nicht haben. Doch mit modernster Technologie lässt sich das vorhandene Schienennetz effizienter nutzen.

Mehr dazu in unseren Forderungen zur Mobilitätswende in diesem Wahlprogramm unter 5.3.

Abschied vom Fliegen

Äußerst beunruhigend ist der Trend im Flugverkehr. Wenn die Entwicklung so weitergeht wie prognostiziert, wird er weiter stark wachsen – mit verheerenden Folgen für das Klima. Das dürfen wir nicht zulassen.

Siehe unsere Forderung zum Flugverkehr in diesem EU-Wahlprogramm unter 5.4.

Ohne Energiewende keine erfolgreiche Antriebswende

E-Mobilität ist nur dann ein Erfolg fürs Klima, wenn sie vollständig aus erneuerbaren Energien gespeist wird. Daher ist die Energiewende eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Verkehrswende.

So positioniert sich die Klimaliste zur Energiewende in Europa:

- Die EU muss ihren fairen Beitrag leisten zu einer Energiewende in Übereinstimmung mit der 1,5-Grad-Grenze.
Siehe dazu unsere Forderung „Klimaschutz und Energiewende: Die 1,5-Grad-Grenze als neues Maastricht-Kriterium verbindlich machen“ in diesem Wahlprogramm.
- Was im Energie-Sektor konkret geschehen muss, damit die EU gegen alle Widerstände ihren Beitrag zur Rettung unserer Lebensgrundlagen leisten kann: Siehe dazu unsere Forderung „Sektor Energie“ in diesem Wahlprogramm.

Im Folgenden geht es um die Forderungen der Klimaliste zur Mobilitätswende.

5.1 Mobilitätswende

5.1.1 Einleitung

Der Verkehr ist heute in erster Linie auf das Auto ausgerichtet. Wer dabei zu kurz kommt, ist der Mensch: Unsere Gesundheit leidet unter der Feinstaub-, Stickstoffoxid- und Lärmbelastung³¹⁹. Und Autos belegen unverhältnismäßig viel Platz.

5.1.2 Problembeschreibung

Wir brauchen mehr Flächengerechtigkeit in den Städten

In den Städten brauchen wir viel mehr Raum für Parks und andere Grünflächen. Denn wo Bäume und Sträucher gedeihen, finden Menschen Erholung. Zudem brauchen wir entsiegelte und bepflanzte Flächen als Schutz vor Extremwettern und zum Erhalt der Artenvielfalt.

Stattdessen fordern immer mehr und immer größere Autos immer mehr Raum: Wälder und Moore werden für immer mehr und immer breitere Straßen geopfert. Riesige Flächen werden für Parkplätze reserviert. Für die Parkgebühren wird nur ein Bruchteil dessen berechnet, was dieselbe Fläche als Wohnraum an Miete kosten würde. Und das, obwohl ein Auto im Schnitt 23 Stunden täglich gar nicht benötigt wird.

Diese Auto-Dominanz hat dazu geführt, dass es im öffentlichen Raum an allen Ecken und Enden an Platz fehlt. Die Folgen sind fatal. So fehlt es an sicheren Radwegenetzen und Fahrrad-Abstellflächen. Wer zu Fuß geht, wird ständig mit Autoverkehr konfrontiert. Um diesen Unannehmlichkeiten auszuweichen, nehmen viele auch für kurze Wege das Auto, was das Problem weiter vergrößert³²⁰. Auch Handwerker:innen, Müllabfuhr und die immer stärker beanspruchten Paketdienste haben Mühe, in den zugestellten Städten an ihr Ziel zu gelangen. Wo Lieferzonen

³¹⁹ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr>,
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/verkehrslaerm-kann-risiko-fuer-depressionen>

³²⁰ https://www.clevere-staedte.de/files/tao/img/blog-news/dokumente/2014-08-05_Flaechen-Gerechtigkeits-Report.pdf

nötig wären, befinden sich stattdessen private Parkplätze. Paketdienste haben große Mühe, legale Standflächen für ihre häufigen Zwischenstopps zu finden.

Je enger es in den Städten wird, desto gefährlicher wird es für die Schwächeren, insbesondere für alle, die mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind.

Unterversorgt auf dem Land

Auf dem Land gestaltet sich die Verkehrswende besonders schwierig. Hier sind viel mehr Menschen auf ein privates Auto angewiesen als in der Stadt. Denn Busse und Bahnen fahren selten. Oft sind zudem zeitraubende Umstiege erforderlich.

Autos werden deshalb auf Land noch für lange Zeit eine wichtige Rolle spielen. Umso wichtiger ist gerade hier der Umstieg auf E-Autos, die zudem über bidirektionales Laden als Zwischenspeicher zur Energiewende beitragen können.

Aber auch auf dem Land gibt es Menschen, die kein Auto haben. Auch für sie muss es Möglichkeiten geben, mobil zu bleiben. Das allein wäre schon Grund genug, über ländliche Verkehrslösungen nachzudenken, die der Abhängigkeit vom Auto etwas entgegensetzen. Beispielsweise über Radschnellwege, die den Weg zum nächsten ÖPNV-Anschluss erleichtern, und über diebstahlsichere Abstellanlagen für Fahrräder an Haltestellen.

In Zukunft könnte zudem das Angebot verbessert werden durch via App buchbare, nicht liniengebundene Fahrten in kleinen und flexiblen autonomen Fahrzeugen, die Fahrgäste auch unterwegs einsammeln.

5.1.2 Problemerkklärung

Gründe für das hohe Verkehrsvolumen auf der Straße

Die Dominanz des Autos im öffentlichen Leben war einmal gewollt: Jahrzehntlang folgte die Stadtplanung dem Leitbild der autogerechten Stadt. Das hat Nachwirkungen bis heute. So werden beispielsweise in Deutschland immer noch etwa 75 % aller Personenkilometer mit dem Auto zurückgelegt³²¹.

321

https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/mid-ergebnisbericht.pdf?__blob=publicationFile#:~:text=57%20Prozent%20aller%20Wege%20und,An%2D%20teil%20davon%20als%20Fahrer, Seite

3

Hinzugekommen ist die steigende Zahl an Fahrten für die Zustellung privater Paketlieferungen aus dem Online-Versandhandel. Darüber hinaus nimmt der Güterverkehr auf der Straße insgesamt weiter zu³²².

Es wäre fatal, wenn die Politik darauf mit der Ausweisung immer neuer Flächen für den Autoverkehr sowie mit dem Bau immer neuer Straßen reagieren würde. Das Gegenteil ist notwendig: Verkehrsformen, die Klima, Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität belasten, müssen eingeschränkt werden zugunsten erwünschter Verkehrsformen.

5.1.2.2 Beispiel

Wir brauchen eine Fahrradwende

Das Fahrrad kann zur Mobilitätswende wichtige Beiträge leisten: Mit ihm lassen sich kurze und mittlere Distanzen gut bewältigen. Es kann Zubringer sein für die letzte Strecke zwischen dem Bahnhof bzw. der Haltestelle und dem Ausgangspunkt bzw. dem Ziel der Fahrt. So kann es in Kombination mit anderen Verkehrsmitteln wie Bussen und Bahnen, Taxis oder auch mit Car-Sharing das Auto immer häufiger überflüssig machen.

Je mehr Menschen vom Auto auf das Rad umsteigen, desto besser für uns alle: Das Klima wird geschont, und die Lebensqualität verbessert sich. Auch der lokale Einzelhandel profitiert von einer fahrradfreundlichen Umgebung.

Um den Radverkehr zu fördern, braucht es eine durchgängige, qualitativ hochwertige Radverkehrsinfrastruktur in Kombination mit geringen Geschwindigkeiten im Autoverkehr. Sichere, einladende Radwegenetze, zu denen auch Radschnellweg-Verbindungen gehören, erleichtern den Umstieg. An Bahnhöfen und anderen wichtigen ÖPNV-Haltestellen sollten zudem Fahrradparkhäuser gefördert werden. So würde das Fahrrad zu einem wichtigen Bestandteil einer Mobilitätskultur, in der Autofahrten auf das notwendige Minimum reduziert werden.

322

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/fernverkehr-grosser-bedeutung-fuer-den-umweltschutz>

Leider sieht die Realität vielerorts anders aus. In vielen Städten ist der gesamte Verkehr darauf ausgerichtet, dass die Schwächeren, zu denen auch die Radfahrenden gehören, den Autos möglichst nicht in die Quere kommen. Ihre Sicherheitsbelange müssen hinter den Interessen der Auto-Lobby zurückstehen.

Daher kommt es dort immer wieder zu schweren Unfällen. Und das ist nicht nur fatal für die Verkehrsoffer selbst: Wo sich Menschen auf dem Fahrrad nicht wohl und sicher fühlen, geben sie dem Auto den Vorzug.

Daher fordert die Klimaliste die europaweite Einführung von Vision Zero³²³. Ziel ist, die Zahl der Unfälle zu minimieren und die Zahl der Verkehrstoten auf Null zu reduzieren. Das Konzept aus der Arbeitssicherheit wurde in Schweden bereits Mitte der 90er-Jahre eingeführt. Dort konnte die Zahl der Verkehrstoten je 100.000 Einwohner auf 2,8 gesenkt werden – in Deutschland liegt sie bei 4,1³²⁴.

Warum die Verkehrswende so wichtig ist

Der Straßenverkehr³²⁵ sorgt für viel mehr Treibhausgase als alle anderen Verkehrsformen zusammen³²⁶. Diese Emissionen könnten rasch reduziert werden durch eine Mobilitätswende hin zu mehr ÖPNV und Fahrrad im Personenverkehr, durch weniger und leichtere Autos mit Elektromotor sowie durch die Verlagerung von möglichst viel Güterverkehr auf die Schiene.

Dadurch würden wir auch an Lebensqualität gewinnen. Gesundheitliche Beeinträchtigungen wie Atemwegserkrankungen und Lärmbelastigung würden abnehmen. Die Zahl der Verkehrstoten – EU-weit immer noch etwa 20.000 Menschen jährlich³²⁷ – würde deutlich sinken. Wo Straßen nicht neu gebaut, sondern teilweise renaturiert werden, steigen die Überlebenschancen bedrohter Arten, deren Lebensräume durch Straßen zerschnitten sind. Auch die fatale Abhängigkeit vom Öl ließe sich so schrittweise überwinden.

³²³ <https://www.vcd.org/themen/verkehrssicherheit/vision-zero>

³²⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Verkehrstoten

³²⁵ Ein Auto verursacht jährlich(!) zirka 5.000 € Kosten für die Allgemeinheit, zeigt eine neue Studie: Gössling, S.; Kees, J.; Litman, T. The lifetime cost of driving a car. Ecol. Econ. 2022 (<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800921003943>)

³²⁶ <https://www.eea.europa.eu/de/signale/signale-2022/artikel/hoechste-zeit-fuer-eine-umstellung>

³²⁷

<https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Verkehr/Verkehrstote.html#:~:text=Dennoch%20wurden%20im%20Jahr%202021,mehr%20als%20%20500%20Menschen.>

Steuernde Eingriffe der Politik sind deshalb dringend nötig. Sonst gibt es zwar auch eine Verkehrswende – aber in die falsche Richtung, wie das Beispiel des autonomen Fahrens zeigt:

Das autonome Fahren ohne Mensch am Steuer wird kommen. Greift die Politik nicht steuernd ein, wird es die verheerende Klimabilanz des Verkehrssektors weiter verschlimmern: Längere Wege werden attraktiver werden, weil keine Ruhepausen mehr eingelegt werden müssen und Menschen werden ihre Autos leer durch die Städte fahren lassen, um Parkgebühren zu sparen.

Richtig eingesetzt kann das autonome Fahren dagegen ein Segen sein. Denn damit ließe sich mit erheblich weniger Fahrzeugen genauso viel Mobilität erreichen wie derzeit³²⁸.

Das Beispiel zeigt: Die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist auch im Verkehrssektor kein technologischer Selbstläufer. Es geht nicht ohne politische Gestaltung.

5.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Forderungen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sowie zur Stärkung erwünschter Verkehrsformen

- Die Zahl der Autos bis 2041 mindestens halbieren³²⁹.
- Maßnahmen ergreifen gegen den Trend zu immer größeren Autos, wie Werbeverbote, Aufklärungskampagnen und Preise, die die Umweltschäden realistisch abbilden.
- Polluter Pays: Der Preis für die Verkehrsmittel muss ihre Folgekosten für Umwelt und Klima realistisch spiegeln.
- Verbot für Rabatte und Prämien an Tankstellen.
- Für die zulässige Größe und das Höchstgewicht von PKWs müssen Obergrenzen eingeführt werden.

³²⁸

<https://www.agora-verkehrswende.de/presse/pressemitteilungen/autonomes-fahren-2050-energiebilanz-auf-der-kippe/>

³²⁹ Volker und Cornelia Quaschnig forderten Anfang 2022 in „Energierévolution jetzt!“ eine Halbierung in den nächsten 20 Jahren.

- Parken ist zu verteuern, Parkverstöße sind konsequent zu bestrafen, die Zahl der Parkplätze ist zu reduzieren.
- 30 km/h Höchstgeschwindigkeit als Regel innerorts, mit Ausnahmen für ausgewiesene Transitstraßen.
- Maximal 120 km/h Höchstgeschwindigkeit auf allen europäischen Autobahnen (national sind strengere Höchstgeschwindigkeiten möglich und erwünscht).
- Gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen, schrittweises Zurückdrängen des Autos zugunsten erwünschter Verkehrsformen.
- Förderung eines verbesserten ÖPNV-Angebots.
- Förderung von Sharing- und Pooling-Konzepten für die gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen.
- Bessere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel.
- Entsiegelung von Straßen, die durch den Rückgang des motorisierten Individualverkehrs überflüssig werden.
- Förderung von Car- und Lastenrad-Sharing.
- Stärkung der Kommunen für die Verkehrswende durch EU-Förderprogramme für Radwege, ÖPNV-Ausbau und Stadtplanung.
- Attraktive Fußwege.
- Forschung an der klimaschonenden Nutzung von autonomem Fahren, beispielsweise für den Einsatz als flexibler ÖPNV-Zubringer auf dem Land.
- Verlegung des Güterverkehrs, so weit möglich, von der Straße auf die Schiene.
- Mehr Lieferzonen für Speditionen, Fahrdienste und das Handwerk, dafür weniger Parkbuchten.
- Mehr Anreize für saubere Fahrzeuge wie Lastenräder und Pedelecs.
- Hubs als innenstadtnahe Umschlagflächen für klimaschonende Stadt-Land-Verbindungen einführen, um die Bündelung der Verkehre auf der letzten Strecke zu ermöglichen.
- Verstärkter Einsatz von Lastenrädern für die „letzte Meile“ des Lieferverkehrs.
- Entwicklung neuer Lösungen zur Verbesserungen des ÖPNV-Angebots auch auf dem Land durch intelligente Vernetzung sowie durch nicht liniengebundenes und autonomes Fahren.

Forderungen zur Entwicklung des Radverkehrs

- Stärkung des Fahrrads als Zubringer zum öffentlichen Verkehr durch Radstationen, diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten und Fahrradparkhäuser.

- Flächendeckende, sichere Radverkehrsnetze.
- Senkung der Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen ohne Radweg.
- Hohe Bußgelder für Falschparken auf Radwegen und Nichteinhaltung des Sicherheitsabstands beim Überholen.
- Sichere Kreuzungen.
- Radschnellwege für mittlere Entfernungen von 5 bis 15 km, genügend breit für Überholmöglichkeiten, vier Meter breit bei Zweirichtungsverkehr, drei Meter bei Einrichtungsverkehr (jeweils zzgl. Sicherheitstrennstreifen).
- Vorrang für die Errichtung von Radverkehrsanlagen gegenüber dem ruhenden Kfz-Verkehr.
- Förderung der kommunalen Verkehrsplanung.
- Förderung von Fahrradleihsystemen.
- Verpflichtender Abbiegeassistent für Lkw.
- Verpflichtende Assistenzsysteme für Pkw zum Schutz von Radfahrern und Fußgängern (Kollisionswarnung mit Notbremsung, Türöffnungswarnung).
- Fahrradmitnahme in Bus und Bahn ermöglichen und erleichtern.
- Kampagnen für den Umstieg aufs Rad sowie zur Förderung einer Fahrradkultur.
- Qualifizierungsstandards für Stadtplaner:innen und Ingenieur:innen für fahrradfreundliche Innenstädte.

5.1.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten sowie:

Agora Verkehrswende (<https://www.agora-verkehrswende.de/>)

- Abgefahren! Die infografische Novelle zur Verkehrswende von Agora Verkehrswende und Ellery Studio:

<https://www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/abgefahren/>

ADFC (<https://www.adfc.de/>)

- So geht #Fahrradland. ADFC-Aktionsplan für die neue Bundesregierung 2021–2025:

https://www.adfc.de/fileadmin/user_upload/Expertenbereich/Politik_und_Verwaltung/Fachtagungen/Download/adfc_aktionsplan_dl_2021_web.pdf

- Wir bewegen was! Das Verkehrspolitische Programm des ADFC:

https://www.adfc.de/fileadmin/user_upload/Ueber-den-ADFC/Das_verkehrspolitische_Programm_des_ADFC.pdf

- Deutschland braucht die Verkehrswende. Und die Verkehrswende braucht das Fahrrad. Jetzt! Die wichtigsten verkehrspolitischen Forderungen an den Bund 2017–2021:

<https://www.adfc.de/artikel/adfc-bundeshauptversammlung-2016-fahrradland-deutschland-jetzt>

Das Umweltbundesamt zum Sektor Verkehr:

- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr>

5.2 Antriebswende

5.2.1 Einleitung

Auf Europas Straßen ist das Auto nach wie vor das Verkehrsmittel Nr. 1. 85 % des motorisierten Personenverkehrs werden mit dem Pkw zurückgelegt³³⁰. Zwar sind die Motoren immer effizienter geworden, das hat aber die Emissionen nicht gesenkt. Denn die Effizienz-Gewinne wurden stets aufgezehrt durch immer mehr und immer größere Autos. Und die Emissionen nur zu senken, reicht nicht: Wir brauchen Netto-Null-Emissionen im Verkehr. Das ist mit fossil betriebenen Fahrzeugen nicht möglich.

Wir brauchen deshalb eine Antriebswende weg vom Verbrenner- hin zum E-Motor. Aber zur Wahrheit gehört auch: Ein Allheilmittel ist die E-Mobilität nicht.

Auch E-Autos belasten das Klima

Leider belasten auch E-Autos das Klima, wenn auch deutlich weniger als Verbrenner³³¹. Dabei entstehen die meisten Emissionen in der Produktion, insbesondere in der Energieherstellung. Deshalb starten E-Autos im Vergleich zu Verbrennern ab Werk sogar mit einer höheren CO₂-Belastung. Im Betrieb dreht sich dieses Verhältnis jedoch wieder um. Aktuell emittieren E-Autos insgesamt etwa ein Drittel bis ein Viertel weniger CO₂ als Verbrenner. Ihre Bilanz lässt sich weiter verbessern durch den Einsatz erneuerbarer Energien in der Produktion, durch kleinere Akkus und durch Laden mit Strom aus erneuerbaren Energien. Zudem können die Akkus von E-Autos einen wertvollen Beitrag leisten zur Energiewende als Zwischenspeicher erneuerbarer Energien, wenn sie mit Schnittstellen für bidirektionales Laden ausgestattet sind, wie es die Klimaliste fordert.

E-Autos sind also Verbrennern eindeutig vorzuziehen. Und dennoch: Der Umstieg von Verbrennern auf E-Fahrzeuge allein wird nicht ausreichen, um die Emissionen im Verkehr schnell genug zu reduzieren. Hinzu kommen müssen viele weitere

³³⁰ <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Verkehr/Auto.html>,
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-der-europaeischen-union#hauptverursacher>

³³¹ <https://www.meinauto.de/lp/ratgeber/co2-bilanz-von-elektroautos-das-ist-der-co2-fusabdruck-von-e-autos>

Maßnahmen der Mobilitätswende, wie leichtere Autos, Förderung von Fahrrad und ÖPNV, Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene und in die Binnenschifffahrt. Die Zahl der Autos insgesamt muss bis 2041 mindestens halbiert werden³³².

Mehr dazu siehe in unserer Forderung zur Mobilitätswende in diesem Wahlprogramm. Im Folgenden geht um die Antriebswende, insbesondere im motorisierten Individualverkehr.

5.2.2 Problembeschreibung

Verbrenner-Aus: zu spät, zu inkonsequent

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich mühsam auf einen Ausstieg aus Diesel- und Benzin-Pkw geeinigt: Nach 2035 dürfen nur noch Pkw neu zugelassen werden, die nicht mit Diesel oder Benzin fahren³³³.

Doch das ist für das 1,5-Grad-Ziel viel zu spät, zumal die bereits zugelassenen Verbrenner-Pkw noch viele Jahre weiterfahren werden. Und ein konsequenter Verbrenner-Ausstieg ist es auch nicht. Den hat die deutsche Bundesregierung verhindert mit ihrer Ausnahmeregelung für Verbrenner, die mit synthetisch hergestellten Kraftstoffen fahren³³⁴.

Diese E-Fuels sind absurd ineffizient und teuer. Deshalb sehen die meisten Autohersteller heute die Zukunft in der E-Mobilität. Aber erstmal wollen sie noch so lange wie möglich mit ihren Verbrenner-Modellen Geschäfte machen. Das ist nicht nur schlecht fürs Klima, sondern auch wirtschaftlich kurzsichtig.

Autos aus Deutschland werden zu Ladenhütern

In China entwickeln sich die früher heißbegehrten deutschen Luxus-Verbrennermodelle in Rekordzeit zu Ladenhütern, während die deutschen

³³² Volker und Cornelia Quaschnig forderten Anfang 2022 in „Energierévolution jetzt!“ eine Halbierung in den nächsten 20 Jahren.

³³³ <https://www.adac.de/news/aus-fuer-verbrenner-ab-2035/>

³³⁴ <https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/eu-klimaziel-plan-fit-for-55-kein-verbrenner-aus-e-fuel/>

E-Modelle den Vorsprung nicht mehr aufholen können³³⁵, den sich die chinesischen Unternehmen über Jahrzehnte erarbeitet haben.

So kommt es zu einer Umkehrung der Verhältnisse: Seit den 80er-Jahren überschwemmen die Deutschen den chinesischen Markt mit Verbrenner-Autos, von denen man damals schon wusste, dass sie in großem Stil zum Klima-Desaster beitragen würden³³⁶. Jetzt erobert China die Weltmärkte mit E-Autos, die – wenn sie einhergehen mit einem Rückgang des Autoverkehrs insgesamt – einen Beitrag leisten können zur Abmilderung der Klima-Katastrophe.

Besonders die deutschen Autokonzerne würden E-Autos am liebsten nur im Luxus-Segment verkaufen³³⁷ und den Massenmarkt möglichst lange weiter mit ihren Verbrenner-Modellen bedienen.

Doch das Blatt dreht sich³³⁸. China schickt sich an, den Wettbewerb um die Zukunft des Autos für sich zu entscheiden.

Noch haben die europäischen Konzerne die Chance, sich gegen den Angstgegner China zu behaupten. Noch hat China auf dem europäischen E-Auto-Markt erst einen Marktanteil von 8 %³³⁹. Fachleute meinen auch, dass die chinesischen Modelle noch nicht einen uneinholbaren technologischen Vorsprung erreicht haben. Aber China entwickelt sich sehr schnell weiter³⁴⁰.

³³⁵ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/china-byd-tesla-vw-1.6327802>

³³⁶

[https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Automobilindustrie_Chinas#Periode_nach_der_wirtschaftlichen_Reform_\(1979\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Automobilindustrie_Chinas#Periode_nach_der_wirtschaftlichen_Reform_(1979))

³³⁷ Wo chinesische Anbieter sie ebenfalls unter Druck setzen:

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2024-02/li-auto-elektroauto-china-konkurrenz>

³³⁸

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2024-01/elektromobilitaet-e-autos-kosten-reparaturen-autoindustrie/komplettansicht>

³³⁹

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-10/e-autos-china-deutschland-volkswagen-elektromobilitaet>

³⁴⁰ ebd.

5.2.2.1 Problemerkklärung

Warum sich in Europa viele immer noch für ein Verbrenner-Auto entscheiden

Der Anteil der E-Autos am Autoabsatz in der Europäischen Union wächst zwar, ist aber mit etwa 20 % immer noch viel zu gering³⁴¹. In den oberen Preisklassen sind E-Autos inzwischen mit Verbrennern konkurrenzfähig. Was fehlt, sind leichte, preiswerte Modelle mit guter Reichweite.

Ein neues Verbrennerauto ist in Europa schon ab ca. 11.500 Euro zu haben³⁴². Das preisgünstigste neue E-Auto kostet zwar nur wenig mehr, ist aber wegen seiner geringen Reichweite für viele nicht attraktiv³⁴³. Auch auf dem Gebrauchtwagenmarkt sind Verbrenner immer noch deutlich billiger als E-Autos³⁴⁴.

Leichtfahrzeuge wie der Renault Twizy (ab ca. 12.000 Euro) oder der Microlino (ab ca. 15.000 Euro)³⁴⁵ mit einer Höchstgeschwindigkeit von ca. 90 km/h sind erheblich ressourcenschonender als Autos, können sich aber preislich nicht deutlich genug von ihnen absetzen.

Möglich wären preisgünstige E-Autos aus Europa sehr wohl. Sie wurden auch bereits gebaut. Mit staatlicher Förderung war es schon einmal möglich, ein attraktives europäisches E-Modell für unter 20.000 Euro Neupreis zu erstehen. Aber wenn ein europäischer Hersteller bisher ein günstiges E-Auto mit guter Reichweite

³⁴¹

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/autoabsatz-neuzulassungen-eu-acea-100.html>

³⁴² Dacia Sandero,

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-09/elektroautos-elektromobilitaet-kaufpreis-strompreis-um-weltfreundlichkeit>

³⁴³ Dacia Spring, ebd.;

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-11/dacia-spring-electric-elektroauto-preis-test>. Aus

Frankreich kommen bald E-Autos mit höherer Reichweite ab ca. 23.000 Euro:

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2024-02/elektroautos-frankreich-kleinwagen-renault-citroen>

³⁴⁴

<https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/elektroautos-gebrauchtwagen-preise-v-erfuegbarkeit-e043562/>

³⁴⁵ <https://microlino-car.com/de/microlino>

anbot, dann dauerte es nicht lange, bis er es wieder vom Markt nahm³⁴⁶. Wenn es zu einer Neuauflage kam, dann in einer deutlich höheren Preisklasse³⁴⁷.

In dem stark nachgefragten Segment zwischen 20.000 und 30.000 € fehlte es bisher an attraktiven E-Autos. 2024 sollen sie endlich kommen³⁴⁸.

„Technologieoffen“ ins Abseits

„Innovativ“ und „technologieoffen“ ist nicht dasselbe: Wer „technologieoffen“ frühstückt, frühstückt überhaupt nicht, denn seinen Hunger stillen kann nur, wer sich irgendwann zwischen Marmeladebrötchen und Bircher Müsli entscheidet. Wer „technologieoffen“ die Verkehrswende gestaltet, gestaltet am Ende überhaupt nichts, sondern wird abgehängt von denen, die im Ernst innovativ sind: von denen, die früh genug den Mut hatten, sich auf eine Technologie festzulegen und diese konsequent weiterzuentwickeln.

³⁴⁶ Ein Beispiel ist der VW e-up! Laut Computerbild gab es ihn abzüglich Innovationsprämie ab 18.055 Euro Neupreis.

<https://www.computerbild.de/artikel/cb-Tipps-Connected-Car-VW-e-up-Praemie-10000-Euro-Preisvorteil-24451003.html>

³⁴⁷ Beispiele sind der Fiat 500 und der elektrische Smart.

Den **Fiat 500** gab es ab 16.952 Euro

(<https://www.computerbild.de/artikel/cb-Tipps-Connected-Car-VW-e-up-Praemie-10000-Euro-Preisvorteil-24451003.html>), bevor er vom Markt genommen wurde. Er kam zurück mit einem Listenpreis ab 30.990 Euro

(<https://www.fiat.de/neuer-500-elektro/500-elektro-limousine/farben>,
<https://www.fiat.de/angebote/auto-kaufen/fiat-aktuelle-angebote#elektro>).

Den elektrischen **Smart** gab es als Smart EQ fortwo ab 21.540 Euro

(<https://www.carwow.de/smart/eq-fortwo#gref>). Mitte 2024 soll die Produktion eingestellt werden

(<https://www.adac.de/rund-ums-fahrzeug/autokatalog/marken-modelle/smart/smart-eq-fortwo/>).

Danach soll die Produktion nach China verlagert werden. Aber der Smart wird deshalb nicht günstiger: Der elektrische Smart fortwo wird eingestellt, weiter produziert wird nur eine SUV-Version ab 37.490 Euro

(https://de.smart.com/de/models/hashtag-one/?campid=ps_always-on_bing_search-brand-comb_do_de_conversion_text-ad_smart%20elektro_530397675&msclid=2cef7cfff248181589721983fd5c5b93)

³⁴⁸

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-11/e-autos-preise-guenstig-vw-citroen-renault/komplettaussicht>,

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2024-02/elektroautos-frankreich-kleinwagen-renault-citroen>; zur Konkurrenz aus China:

<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/e-autos-mobilitaet-markt-foerderung-preise-china-europa-100.html>

Jahrzehntelang haben sich die europäischen Autokonzerne angeblich „technologieoffen“ darauf konzentriert, ihre Überlegenheit in der absehbar überflüssig werdenden Verbrenner-Technologie zu immer absurderen Blüten zu treiben. Jetzt, wo die Wende zur Elektromobilität da ist, nützt ihnen all das nichts mehr. Jetzt schlägt die Stunde derer, die stattdessen in Elektromobilität investiert haben: die Stunde der chinesischen Autokonzerne³⁴⁹. Mit massiver Unterstützung des vorausschauenden chinesischen Staates haben sie zahlreiche Produktionsstätten für E-Autos aufgebaut, sodass sie heute die preislichen Vorteile der Massenfertigung ausspielen können. Sie haben Batterien entwickelt, die weitaus günstiger sind als die europäischen³⁵⁰ und sich gewaltige Mengen an Rohstoffen gesichert. So hat China heute praktisch die gesamte Lieferkette unter Kontrolle³⁵¹.

Man muss China viel vorwerfen. Es missachtet die Menschenrechte³⁵², bedroht seine Nachbarn³⁵³, setzt weiter massiv auf Kohle und trägt nicht zuletzt deshalb zu 31 % zu den weltweiten Treibhausgasemissionen bei³⁵⁴. Aber dass China die Verkehrswende entschlossen vorangetrieben hat und nun die Früchte dieser vorausschauenden Politik erntet: Das sollten wir nicht in einen Vorwurf ummünzen, nur weil Europa diese Entwicklung verschlafen hat.

Die leichten und günstigen E-Autos müssen jetzt kommen – so oder so

Die EU möchte den Markt für E-Autos unter 20.000 Euro nicht China überlassen? Sehr gut! Dann muss sie eben die Produktion dieser Modelle in Europa fördern. Stattdessen plant die EU-Kommission, die chinesischen Hersteller für ihren Beitrag zur Verkehrswende abzustrafen und den europäischen Kunden attraktive und günstige E-Autos vorzuenthalten³⁵⁵. Das wäre der falsche Weg.

³⁴⁹

<https://de.euronews.com/my-europe/2023/09/14/was-wir-uber-die-eu-untersuchung-zu-chinesischen-elektroautos-wissen>

³⁵⁰ Lithium-Eisenphosphat-Batterien, ebd.

³⁵¹ ebd.

³⁵² https://de.wikipedia.org/wiki/Menschenrechte_in_der_Volksrepublik_China

³⁵³

<https://www.bazonline.ch/china-expandiert-ein-riesenreich-bedaengt-seine-nachbarn-749980033305>

³⁵⁴

<https://www.zeit.de/2023/53/klimaschutz-china-null-emissionen-dorf-solarenergie/komplettansicht>

³⁵⁵

<https://de.euronews.com/my-europe/2023/09/14/was-wir-uber-die-eu-untersuchung-zu-chinesischen-elektroautos-wissen>

Noch sind europäische Hersteller nicht in der Lage, günstige E-Autos mit guter Reichweite gewinnbringend anzubieten. Dafür müssen erst die Produktionskosten durch größere Stückzahlen sinken. Bis dahin braucht es weiter Kaufprämien wie diejenige, die Deutschland viel zu früh wieder gestrichen hat³⁵⁶.

Doch die EU-Kommission handelt, als ob sie günstige E-Autos gar nicht wollte: Europäische ermöglicht sie nicht, chinesische will sie künstlich verteuern. Aber Europa wird nichts anderes übrig bleiben als die Flucht nach vorne. Zu lange haben insbesondere die deutschen Autokonzerne den Wechsel zur elektrischen Mobilität erschwert, indem sie leichte, ressourcenschonende Stromer zu attraktiven Preisen verhindert haben.

5.2.2.2 Beispiel

Deutschland: Verkehrswende nur im Luxus-Segment?

In Deutschland nimmt der Auto-Fetisch besonders groteske Formen an. Als einziges Land Europas kann es sich nicht zu einem generellen Tempolimit auf Autobahnen aufrufen. Es war die deutsche Bundesregierung, die auf EU-Ebene das konsequente Verbrenner-Aus verhindert hat. Es sind vor allem die deutschen Autokonzerne, die die Verbraucher zu immer teureren und klimaschädlicheren Modellen animieren. Und es sind vor allem deutsche Kund.innen, die diese Modelle kaufen³⁵⁷.

Weil die Autokonzerne die E-Modelle nicht liefern, die im niedrigen Preissegment mit Verbrennern konkurrieren könnten, entscheiden sich die meisten Deutschen für einen Verbrenner. Hinzu kommt: Wer keine eigene PV-Anlage hat, kann auch im Betrieb mit E-Autos wenig sparen. Denn zum einen ist Strom in Deutschland wegen der verträdelten Energiewende teuer, zum anderen bilden die Preise für Diesel und Benzin nicht die Klimaschäden ab, die diese Treibstoffe verursachen.

So wird das E-Auto zum Luxusobjekt: Von den Autokäufern, die sich für ein neues E-Auto entscheiden, wählen 44 % einen SUV³⁵⁸. Die Autohersteller fördern diese

[n-elektroautos-wissen](#)

³⁵⁶ <https://taz.de/Staatliche-Foerderung-von-E-Auto-Kauf!/5980554/>

³⁵⁷ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/elektroautos-reichweite-modellgroesse-101.html>

³⁵⁸ Die Internationale Energie-Agentur (IEA) fordert, gegen die wachsende Verbreitung von SUV

Entwicklung, denn je teurer ein Auto, desto größer ihre Gewinnmarge. Für den Massenmarkt sind ihnen Verbrenner mit abgeschriebenem Entwicklungskosten gut genug. Ergebnis: An dem Rekordumsatz, den die deutsche Autoindustrie 2022 einfuhr, hatten Verbrenner immer noch den mit Abstand größten Anteil. Neu zugelassen wurden 1,8 Millionen Autos, davon waren fast drei Viertel Verbrenner.

An diesen Zahlen erschreckt zweierlei: der hohe Anteil der Verbrenner – und die hohe Zahl der Neuzulassungen überhaupt. Weder fördert die Regierung den Umstieg auf E-Mobilität, noch ergreift sie Maßnahmen zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs insgesamt³⁵⁹.

5.2.2.3 Problemrelevanz

Wie will die EU ihre Verkehrspolitik den Menschen im Globalen Süden erklären?

Im Verkehrssektor wird die EU international nicht als Förderer, sondern als Verhinderer von Klimaschutz wahrgenommen. Vor den Menschen im Globalen Süden steht sie blamiert da: Viele von ihnen werden in ihrem Leben nie ein Auto besitzen. Ihnen ist nicht zu vermitteln, warum in Europa klimaschonende Mobilität weiter ausgebremst wird. Die Politik schaut tatenlos zu, wie die Autokonzerne den öffentlichen Raum mit immer größeren und schwereren Verbrennern zustellen, während klimaschonende Formen der Mobilität ein Nischendasein fristen.

Die Klimaliste fordert eine Verkehrspolitik, die der internationalen Verantwortung Europas gerecht wird. Dazu gehört neben der überfälligen Mobilitätswende auch eine rasche Antriebswende.

5.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Den Produktionsstopp für Benzin- und Dieselaautos auf 2025 vorziehen.
- Die Ausnahmen für Verbrennermotoren, die mit E-Fuels betrieben werden, wieder abschaffen.
- Die Nutzung von Autos mit fossilen Energien ab 2035 verbieten.

vorzugehen: <https://taz.de/Regeln-gegen-SUVs/!5985671/>

359

<https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/was-fuer-eine-verkehrswende-in-deutschen-saedten-fehlt-a-8006be2a-2136-4562-86fc-1f8b15b84ad2>

- Ausstattung aller E-Autos mit der Fähigkeit zu bidirektionalem Laden³⁶⁰, damit sie als Zwischenspeicher erneuerbarer Energien zur Energie-Autarkie beitragen können.
- Lademöglichkeiten für E-Autos ausbauen und vereinheitlichen.
- Beim Abbau von Ressourcen für E-Autos – und nicht nur für sie – müssen hohe Umwelt- und Menschenrechtsstandards gelten. Die schonendste verfügbare Methode muss eingesetzt werden. Die Bevölkerung der Abbauggebiete muss vorab informiert sowie an Entscheidung und Gewinn beteiligt werden. Arbeiter:innen müssen fair entlohnt werden, die Arbeitsbedingungen müssen fair und sicher sein.
- Batterien müssen von den Herstellerfirmen recycelt werden. Alle Wertstoffe, die in Autos und Batterien verbaut sind, müssen sich leicht trennen und wiederverwerten lassen.

5.2.5 Entkräften von Gegenargumenten

„Studien zeigen, dass Diesel-Fahrzeuge eine bessere Klima- und Umweltbilanz aufweisen als Stromer.“

Andere Studien zeigen das Gegenteil³⁶¹.

Bei den Studien, die angeblich eine bessere Klimabilanz für Dieselfahrzeuge nachweisen³⁶², wurden gravierende Fehler entdeckt³⁶³. Bisher haben sich alle als haltlos erwiesen: Entweder sie basieren auf veralteten bzw. schlicht falschen Daten. Oder sie vergleichen Äpfel mit Birnen, beispielsweise schwere Elektro-SUVs mit

³⁶⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Bidirektionales_Laden

³⁶¹ Regett, Anika; Mauch, Wolfgang; Wagner, Ulrich: Klimabilanz von Elektrofahrzeugen – ein Plädoyer für mehr Sachlichkeit. Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V., 2019. – ifeu Institut für Energie- und Umweltforschung: Klimabilanz von Elektroautos. Heidelberg, 2019 – <https://www.elektroauto-news.net/news/studie-co2-klimavorteil-e-autos>, <https://ecomento.de/2024/01/08/weiterfahren-alter-verbrenner-nicht-oekologischer-als-neues-e-auto-studie/>

³⁶² Buchal, Christof; Karl, Hans-Dieter; Sinn, Hans-Werner: Kohlemotoren, Windmotoren und Dieselmotoren: Was zeigt die CO₂-Bilanz? In: ifo Schnelldienst 8 / 2019 72. Jahrgang 25. April 2019, S. 40-54. – ADAC: Die Ökobilanz unserer Autos: Elektro, Gas, Benzin, Diesel & Hybrid. ADAC, 20.03.2018

³⁶³ Hajek, Stefan: Was Hans-Werner Sinn bei seiner Elektroauto-Studie übersehen hat. Wirtschaftswoche, 19.04.2019. – Seiwert, Martin: ADAC rechnet Elektroautos schlecht. Wirtschaftswoche, 11. Juli 2019

Diesel-Kleinwagen. Oder handwerkliche Fehler haben zu irreführenden Ergebnissen geführt.

In der Herstellung sind die CO₂-Emissionen bei E-Autos in der Tat höher als bei vergleichbaren Verbrennern. Aber die Autokonzerne arbeiten bereits an einer klimaneutralen Autoproduktion. Und im Betrieb sind die Stromer heute schon unschlagbar: Hier haben sie ihren Rückstand in der Regel nach zwei bis fünf Jahren aufgeholt. Am schnellsten, wenn der geladene Strom ausschließlich erneuerbar ist.

Ein E-Auto ist auch bei dem heutigen Strommix bereits klimaschonender als ein vergleichbarer Verbrenner. Hinzu kommt, dass die Lebensdauer eines E-Autos erheblich länger ist als die eines Verbrenners. Das gilt insbesondere für den äußerst langlebigen E-Motor. Der Vorsprung vergrößert sich weiter, wenn ein schwerer Verbrenner ersetzt wird durch ein leichtes, ressourcenschonendes E-Modell.

Die Solaranlage auf dem Dach und der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien verbessern die Bilanz weiter.

„E-Autos haben einen hohen Ressourcenverbrauch, der Mensch und Umwelt belastet.“

Das ist richtig, gilt aber auch für Verbrenner-Autos. Deshalb setzt sich die Klimaliste dafür ein, die Zahl der Autos – ob E-Autos oder Verbrenner – deutlich zu reduzieren. Wo Autos weiter benötigt werden, sollten schwere Verbrenner möglichst ersetzt werden durch leichtere und damit ressourcenschonendere E-Modelle .

Zwar ist für die Umwelt das beste Auto kein Auto. Aber weil es auch in Zukunft Autos geben wird, muss ihre Umweltbilanz verbessert werden. Die EU plant ein Lieferkettengesetz³⁶⁴ und hat Vorschriften für nachhaltigere, wiederverwertbare und ethisch bedenkenlose Batterien erlassen³⁶⁵. Sollten diese Vorschriften nicht greifen, müssen sie nachgeschärft und besser kontrolliert werden.

³⁶⁴ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-lieferkettengesetz-einigung-100.html>

³⁶⁵ <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20220228STO24218/neue-eu-vorschriften-fur-nachhaltigere-und-ethisch-bedenkenlose-batterien> ,
<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-09/elektroautos-elektromobilitaet-kaufpreis-strompreis-umweltfreundlichkeit>

Die Umweltprobleme des E-Autos sind lösbar, die des Verbrenner-Autos nicht: Es emittiert enorme Mengen CO₂, verschmutzt die Umwelt bei der Förderung und dem Transport von Erdöl, von dem gigantische Mengen im Meer landen. Marode Pipelines verseuchen ganze Landstriche.

Besonders verheerend ist die Umweltbilanz von Treibstoffen für Verbrenner-Autos aus Teer- und Ölsanden³⁶⁶. In Kanada werden für den fossilen Rohstoff boreale Wälder abgeholzt, die wir als CO₂-Senken dringend brauchen.

Es ist also niemandem geholfen, wenn wir die Verkehrswende absagen, weil wir die Rohstoffe dafür nicht abbauen wollen. Stattdessen muss der Abbau der Ressourcen für E-Mobilität so erfolgen, dass die Umwelt geschont wird und die ansässige Bevölkerung profitiert. Sie muss vor der Investition über die Folgen aufgeklärt und am Gewinn beteiligt werden. Schädliche Folgen müssen minimiert, die schonendsten Methoden gewählt werden. Die Wertschöpfung sollte möglichst in den Abbauländern erfolgen³⁶⁷. Auch brauchen die Arbeiter:innen das Recht auf sichere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung³⁶⁸.

„Wie steht es um das Recycling der Batterien für E-Autos?“

Die Recyclingmöglichkeiten sind noch nicht optimal. Das wird sich aber mit der weiteren Verbreitung der E-Autos schnell ändern. Heute schon erreicht das deutsche Unternehmen Duesenfeld bei Batteriezellen eine Recyclingquote von 91 %³⁶⁹.

³⁶⁶ Greenpeace: Teersand in Kanada. 14.02.2014. – Greenpeace: Ölsandabbau in Kanada: dramatische ökologische und klimatische Auswirkungen. Hamburg 02/2010.

³⁶⁷

<https://www.dw.com/de/lithium-mine-in-afrika-zeigt-schattenseite-gr%C3%BCner-energie-auf/a-67459734>

³⁶⁸

<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2021-09/Amnesty-Dokument-Grundsätze-für-Unternehmen-und-Regierungen-Wertschöpfungsketten-Unternehmensverantwortung-Batterieindustrie-Februar-2021.pdf>,

<https://www.dw.com/de/lithium-mine-in-afrika-zeigt-schattenseite-gr%C3%BCner-energie-auf/a-67459734>

³⁶⁹ <https://www.duesenfeld.com/recycling.html>

„Scheitert die Verkehrswende an den fehlenden Lademöglichkeiten für E-Autos?“

Ladestationen für E-Autos lassen sich leicht, schnell und kostengünstig einrichten. Wegen fehlender Ladestationen auf E-Autos zu verzichten wäre so absurd, wie wegen fehlender Steckdosen auf Waschmaschinen zu verzichten.

Die Ladeinfrastruktur in der EU weiter zu verbessern, stellt keine technologische Herausforderung dar³⁷⁰. Bisher ist die Vielzahl der Anbieter und Angebote verwirrend. Hier muss die Politik Klarheit schaffen.

Bereits heute ist bei den inzwischen üblichen Reichweiten von mehreren hundert Kilometern die Ladeinfrastruktur in der Regel ausreichend. Die Ladezeiten lassen sich mit einer Pause bequem überbrücken: Ein Standard-Fahrzeug ist nach einer halben Stunde auf 80 % geladen. Die Batteriehersteller arbeiten daran, das Schnellladen weiter zu beschleunigen³⁷¹.

Sollte es doch einmal an Schnellladestationen fehlen, lässt sich ein E-Auto auch über die normale Steckdose aufladen. Wo es möglich ist, sollte die Batterie ohnehin langsam aufgeladen werden, weil sich dadurch ihre Lebensdauer verlängert.

„Wird die Elektromobilität zum Zusammenbruch der Stromnetze führen?“

Hätten wir in Deutschland 30 Millionen E-Autos, bräuchten wir zusätzlichen Strom in einer Größenordnung von rund 15 Prozent des derzeitigen Strombedarfs. Bei einem raschen Ausbau der erneuerbaren Energien ist das eine lösbare Aufgabe.

Die verbreitete Vorstellung, dass die Stromversorgung zusammenbrechen könnte, wenn alle E-Autos gleichzeitig laden, ist genauso absurd wie die Vorstellung, alle Verbrenner würden gleichzeitig zur Tankstelle fahren. Unser Stromnetz würde auch zusammenbrechen, wenn alle Deutschen gleichzeitig ihren Fön einschalten³⁷². Wie bei anderen Anwendungen auch, wird zur Auslegung des Strombedarfs die maximal zu erwartende Anzahl an gleichzeitigen Nutzer:innen abgeschätzt.

³⁷⁰ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/eu-einigung-ladeinfrastruktur-101.html>

³⁷¹

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-09/elektroautos-elektromobilitaet-kaufpreis-strompreis-um-weltfreundlichkeit>

³⁷² Quaschnig, Volker; Rahmstorf, Stefan: E-Autos - Der Kollaps bleibt aus. Spektrum.de vom 30.03.2017

Künftig werden ohnehin flexible Tarife und intelligent aufeinander abgestimmte Ladestationen dafür sorgen, dass die meisten Autofahrer:innen dann ihr E-Auto laden, wenn die Auslastung niedrig, der Preis also günstig ist. Zusätzlich können E-Autos bei Bedarf Strom ins Netz zurückspeisen, wenn sie über ein bidirektionales Lademanagement verfügen³⁷³, wie die Klimaliste es für alle E-Autos fordert.

„Können wir uns die Elektrifizierung nicht sparen, wenn wir stattdessen auf Biosprit und E-Fuels setzen?“

Der von der Fossil-Lobby beschönigend als „Biosprit“ bezeichnete Agro-Treibstoff steht in Konkurrenz zur Lebensmittelerzeugung. In einer Zeit, in der die Gefahr von Missernten wächst, können wir es uns nicht leisten, unsere Felder für die Produktion von Treibstoffen für einen ausufernden Individualverkehr zu reservieren.

Häufig stammt Agro-Treibstoff aus Palmöl, für dessen Anbauflächen Regenwald abgeholzt wurde. Dann ist er noch klimaschädlicher als Diesel oder Benzin. Die Beimischung von Agro-Treibstoffen ist deshalb keine Lösung, zumal der größte Teil des Treibstoffs fossil bleibt.

E-Fuels sind nur dann klimaneutral, wenn sie auf Basis von grünem Wasserstoff hergestellt werden. Dafür wird aber fünfmal so viel Strom benötigt wie für E-Autos. Hinzu kämen die Transportkosten, denn für den deutschen Autoverkehr relevante Wasserstoff-Mengen ließen sich in Deutschland nicht herstellen. Weitere Effizienz-Verluste entstehen bei der Verbrennung der E-Fuels mit einem Wirkungsgrad von maximal 45 % gegenüber dem Wirkungsgrad von etwa 90 % bei Elektromotoren.

Alternative Treibstoffe sollten deshalb nur dort eingesetzt werden, wo sie nicht oder nur sehr schwer ersetzt werden können, beispielsweise für Bau- und Landwirtschaftsmaschinen oder im Schiffsverkehr.

³⁷³ https://de.wikipedia.org/wiki/Bidirektionales_Laden

„Sind E-Autos denn überhaupt heute schon ausgereift?“

E-Autos sind heute voll funktionsfähig und robust. Die Entwicklung geht freilich weiter. Das kann dazu führen, dass das Auto im Wiederverkauf an Wert verliert, zumal auch der Preis weiter sinken dürfte³⁷⁴.

Die E-Autos von heute müssen sich aber nicht in erster Linie gegen die E-Modelle von morgen behaupten, sondern gegen die Verbrenner-Autos. Deshalb muss die Politik dafür sorgen, dass E-Autos finanziell attraktiver sind als Verbrenner. Technisch sind sie es bereits.

„Scheitert die E-Mobilität am Strompreis?“

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Ladekosten für E-Autos niedrig zu halten³⁷⁵. Wer eine eigene PV-Anlage hat, kann sein Auto an vielen Tagen sogar kostenlos aufladen. Wer viel fährt und dabei auf Schnellladesäulen angewiesen ist, sollte zu einem Vielladertarif wechseln.

Dass beispielsweise in Deutschland der hohe Strompreis die Konkurrenzfähigkeit von E-Autos gegenüber Verbrennern schwächt, ist ein Skandal. Die Politik muss das Ausbautempo der Erneuerbaren Energien³⁷⁶ erheblich beschleunigen und in den Preisen für Diesel und Benzin die Klimaschäden abbilden, die durch sie angerichtet werden.

5.2.7 Quellenangaben

Wo nichts anderes angegeben ist, sind die Daten entnommen aus:

- Quaschnig, Volker und Cornelia (2022): *Energierévolution jetzt! Mobilität, Wohnen, grüner Strom und Wasserstoff: Was führt uns aus der Klimakrise – und was nicht?*, darin Kapitel „Ist das Elektroauto ein Klimasünder?“

Die meisten Informationen aus seinem Buch-Kapitel hat Volker Quaschnig auch hier online gestellt (mit Quellenangaben):

³⁷⁴

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-09/elektroautos-elektromobilitaet-kaufpreis-strompreis-um-weltfreundlichkeit>

³⁷⁵ ebd.

³⁷⁶

<https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-09/elektroautos-elektromobilitaet-kaufpreis-strompreis-um-weltfreundlichkeit>

- <https://www.volker-quaschnig.de/artikel/Fakten-Auto/index.php>

Weitere Quellen:

- <https://www.heise.de/hintergrund/Missing-Link-Chinas-neue-Autoindustrie-zielt-auf-den-elektrischen-Weltmarkt-9631609.html>
- <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/china-elektroauto-kostenvorteil-sony-honda-101.html>
- <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/autoabsatz-neuzulassungen-eu-acea-100.html>
- Kemfert, Claudia (2023): Schockwellen. Letzte Chance für sichere Energien und Frieden.

Quellen zur Rechtslage in der EU:

- Verbrenner-Aus:
<https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/eu-klimaziel-plan-fit-for-55-kein-verbrenner-aus-e-fuel/>,
<https://www.dw.com/de/eu-parlament-ab-2035-nur-noch-elektroautos/a-64696744>
- Verbrenner-Aus nicht komplett (Sicht der Bundesregierung):
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/verbrennermotoren-2058450>
- Ladeinfrastruktur:
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/eu-einigung-ladeinfrastruktur-101.html>
- nachhaltigere Batterien:
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20220228STO24218/neue-eu-vorschriften-fur-nachhaltigere-und-ethisch-bedenkenlose-batterien>

Quellen zur Lage in Deutschland:

- <https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-11/auto-gipfel-vda-elektroautos-olaf-scholz>
- Falsche Modellpolitik, große Reichweite nur bei viel PS:
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/elektroautos-reichweite-modellgroesse-101.html>
- Wie es sich auswirken würde, wenn es in den Städten weniger Autos gäbe:
<https://taz.de/Was-Staedte-durch-weniger-Autos-gewinnen!/5986938/>

5.3 Bahn

Auf der Schiene werden Menschen und Güter klimaschonender transportiert als auf der Straße. Leider erfordert der Ausbau des Schienenverkehrsnetzes aber viel Zeit, die wir nicht haben. Wir werden deshalb auf Jahre im Wesentlichen mit den vorhandenen Netzen auskommen müssen. Modernste Schienenverkehrstechnologien können jedoch dazu beitragen, diese Netze besser auszulasten.

Dazu sollen auch mehr internationaler Nachtzugverbindungen geschaffen werden, die nicht mit den engen Fahrplänen der Hauptverkehrszeit kollidieren. Entlastend wirken außerdem der Ausbau überlasteter Verkehrsknoten, der Bau von Überholgleisen sowie der Zubau von Umschlaganlagen für den kombinierten Verkehr³⁷⁷.

5.3.1 Einheitliches Buchungssystem für Bus und Bahn

Mit NeTEx⁵⁹ standardisiert die EU den Austausch von Fahrplandaten, damit Verbindungssuchen über die Grenzen einzelner Verkehrsverbünde oder Verkehrsunternehmen hinweg möglich sind. Die europaweite Verbindungssuche der Deutschen Bahn funktioniert vergleichsweise gut, bei anderen nationalen Eisenbahnen ist die länderübergreifende Suche deutlich schwieriger.

Unsere Forderungen zum einheitlichen Buchungssystem

Wir möchten das CEN60 damit beauftragen, in Erweiterung zu NeTEx neben CEN/TS 16614-361 zur Preisermittlung auch einen Standard für Reservierungen und Buchungen zu definieren. Es sollen grundsätzliche Stornierungs- und Erstattungsregelungen eingeführt werden. Die nationalen Bahnen sollen dann verpflichtet werden, die Buchungsschnittstelle anzubieten, damit transnationale Bahnreisen einheitlich und zu guten Preisen gebucht werden können. Um die Bahn und den ÖPNV herum werden weitere Verkehrsmittel modelliert. Die Standardisierung von Carsharing und Weiterem läuft bereits.

³⁷⁷

<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/bund-konzept-zur-einhaltung-der-klimaziele-im-verkehr-2030-nur-eine-grundlegende-verkehrswende-schafft-42-prozent-co2-mi-nderung/>

5.3.2 Beschleunigte Einführung von ETCS

Um den Betrieb und die Sicherheit der Bahn zu gewährleisten, fahren Züge nicht unkontrolliert herum, sondern es existiert eine Kommunikation zwischen Strecke und Fahrzeugen. Dadurch führt eine Unaufmerksamkeit des Fahrpersonals normalerweise nicht zu einem schweren Unfall.

Unsere Forderungen zur ETCS-Einführung

Wir setzen uns dafür ein, dass europaweit die Umstellung auf ETCS für Lokomotiven und Triebzüge, die noch hinreichend lange im Einsatz sein werden, vollständig gefördert wird.

5.3.3 Digitale automatische Kupplung

Mit der digitalen automatischen Kupplung (DAK) wird Schienengüterverkehr in Europa erheblich effizienter werden. Neben schnellerem Rangieren wird über die digitale Schnittstelle auch eine Zugintegritätsüberwachung hergestellt, die dichtere Taktung von Zügen auch im Güterverkehr ermöglichen wird. Die höhere Zuglast ermöglicht außerdem längere Züge. All das trägt zu einer erheblichen Steigerung der Transportleistung auf der bestehenden Infrastruktur bei.

Die mechanische Schnittstelle der Kupplung ist inzwischen fertig, die elektrische Schnittstelle wurde ebenfalls jüngst standardisiert. Ab 2025 sollen erste Züge mit der automatischen Kupplung ausgestattet werden und im Praxisbetrieb getestet werden. Die Europäische Union hat mit dem DAC4EU69 bereits ein Konsortium geschaffen, das die Erprobung und Zulassung der DAK voranbringen soll. Dazu muss auch mit Nicht-EU-Staaten wie der Schweiz eng zusammengearbeitet werden.

Das Projekt ist daher mit gerade 20 Millionen Euro unserer Ansicht nach unterfinanziert. Derzeit ist eine großflächige Umstellung der Waggons um 2032 realistisch.

Unsere Forderungen zur digitalen automatischen Kupplung

Wir fordern eine breiter aufgestellte Testphase, um Verzögerungen bei der Einführung unbedingt zu vermeiden. Der Einbau der Kupplungen soll den Eisenbahnverkehrsunternehmen bezahlt werden.

5.4 Flugverkehr nicht ausweiten, sondern drastisch reduzieren

Flugverkehr nicht ausweiten, sondern drastisch reduzieren

5.4.1 Einleitung

Fliegen ist eine der umweltschädlichsten Aktivitäten überhaupt. Ein einziger Flug kann mehr Emissionen ausstoßen, als die Mehrheit der Menschen weltweit pro Kopf in einem ganzen Jahr verursacht³⁷⁸.

Dennoch werden Flüge auch in der Europäischen Union massiv subventioniert. Dadurch erhalten sie einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Verkehrsträgern mit um Welten besserer Klimabilanz: Wer von Hamburg nach München den Flieger nimmt, schädigt das Klima achtmal mehr, als wer sich für den ICE entscheidet. Und dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass ICEs zu 100 % mit Ökostrom fahren können – was sie laut Bahn auch tun³⁷⁹.

Der Zugverkehr lässt sich komplett auf erneuerbare Energien umstellen – der Flugverkehr nicht: Klimaschonende Treibstoffe für Flugzeuge in nennenswerter Größenordnung sind in weiter Ferne. Und selbst wenn es sie gäbe, könnten sie nur etwa ein Drittel der Klimaschäden beseitigen: diejenigen, die vom CO₂-Ausstoß herrühren. Andere Faktoren richten beim Fliegen jedoch noch größere Klimaschäden an³⁸⁰.

Ist schon die Klima-Bilanz von Linienflügen fatal, so fehlen für Privatjets die Worte: Bereits ein Flug verursacht mehr Treibhausgase als ein Mensch in Deutschland insgesamt pro Jahr³⁸¹. Und die Zahl der Privatjet-Flüge steigt rasant³⁸².

Prognose: staatlich finanzierte Verdoppelung der Klimaschäden bis 2050

Wer es mit der Abwendung des Klima-Kollaps ernst meint, muss die Zahl der Flüge auf einen Bruchteil des heutigen Volumens reduzieren. Doch die Politik tut das

³⁷⁸ Stay Grounded u. a. (05/2022)

³⁷⁹ <https://www.co2online.de/klima-schuetzen/mobilitaet/bahn-oder-flugzeug-der-vergleich/>

³⁸⁰ Lee u. a. (2021)

³⁸¹ <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/klimaschutz-privatjet-kurzstrecke-folge-n-e262432/>

³⁸² ebd.

Gegenteil: Durch massive Subventionen sorgt sie dafür, dass der Flugverkehr weiter wächst. In der EU legte er zwischen 2000 und 2017 um etwa 40 % zu. Auf Europa entfiel 2018 etwa ein Viertel des globalen Luftverkehrs³⁸³.

Keine der etablierten Parteien beabsichtigt, den Flugverkehr so drastisch zu reduzieren, wie es notwendig wäre, um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Wenn wir weiter hinnehmen und fördern, was die Flugindustrie plant, wird sich die Zahl der Flugreisen bis 2050 voraussichtlich verdreifachen, was zu einer Verdopplung der Klimaschäden führen wird. Denn auch die besten technischen Verbesserungen können die Auswirkungen eines derartigen Wachstums nur teilweise auffangen³⁸⁴.

Auch der Luftfracht-Verkehr ist in den letzten Jahren enorm gewachsen³⁸⁵. Auf dem Luftweg transportiert werden vor allem hochwertige und verderbliche Güter³⁸⁶. Wie groß der Anteil des Militärs an den Klimaschäden durch den Flugverkehr ist, lässt sich nur vermuten. Die Schätzungen reichen von acht bis 15 %³⁸⁷.

5.4.2 Problembeschreibung

Die Flug-Lobby kehrt zwei Drittel der Klimaschäden unter den Tisch

Wie groß ist der Anteil des Flugverkehrs an der Erderhitzung? Lobbyisten der Flugindustrie legen gerne den bloßen CO₂-Ausstoß zugrunde. Was sie am liebsten außen vor lassen würden, ist die Klimawirkung weiterer Faktoren wie: Kondensstreifen, Zirrus-Bewölkung, Stickstoffoxide (Nox)³⁸⁸. Früher argumentierten sie, dass die genaue Wirkung dieser Faktoren nicht bekannt sei. Als ob ein Klimaschaden nicht eintreten würde, nur weil wir ihn noch nicht genau erforscht haben. Inzwischen wissen wir jedoch, dass die Wirkung dieser Nicht-CO₂-Effekte etwa doppelt so hoch ist wie der reine CO₂-Ausstoß³⁸⁹. Wir müssen also den CO₂-Ausstoß mal drei nehmen. So kommen wir auf eine realistische Schätzung der Gesamtklimawirkung des Flugverkehrs von 5,9 % für 2018³⁹⁰.

³⁸³ <https://fliegen-und-klima.de/wie-wir-heute-fliegen.html>

³⁸⁴ Stay Grounded (09/2022)

³⁸⁵ <https://fliegen-und-klima.de/wie-wir-heute-fliegen.html>

³⁸⁶ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52528/luftfracht/>

³⁸⁷ Stay Grounded u. a. (05/2022)

³⁸⁸ Robin Wood Datenblatt 06/2021

³⁸⁹ ebd.

³⁹⁰ ebd. Endnote 10

Klima-Kolonialherrentum

5,9 % – das mag dem einen oder der anderen immer noch gering erscheinen. Tatsächlich ist es jedoch enorm viel, wenn wir berücksichtigen, von wie wenigen Menschen dieser Schaden verursacht wird: Weniger als 20 % der Weltbevölkerung sind überhaupt jemals geflogen³⁹¹, der Anteil der Weltbevölkerung, der beispielsweise 2018 international geflogen ist, lag bei 2 bis 4 %³⁹². Nicht auszudenken, welches Ausmaß die Schäden annehmen, wenn dieser Anteil weiter steigt, wie von der Flugindustrie angestrebt³⁹³. Wobei die Hälfte der Klimaschäden von nur einem Prozent der Weltbevölkerung verursacht wird: von den reichen Vielfliegenden³⁹⁴.

Wer fliegt, leistet sich einen Luxus, der die Erderhitzung in noch viel schrecklichere Dimensionen treiben würde als jetzt schon, wenn alle daran teilhaben würden. Die Politik darf deshalb die Wachstumsprognosen für den Flugverkehr auf keinen Fall hinnehmen, als ob dieses Wachstum naturgegeben wäre. Das ist es nicht: Es wird durch klimafeindliche Subventionen befördert, die die Politik zu verantworten hat.

Kollateralschäden

Die Flugzeug-Lobby zeichnet gern ein idyllisches Bild von den angeblichen Segnungen des Flugverkehrs: Er bringe Menschen zusammen, erweitere den Horizont, befördere wirtschaftliche Entwicklung und kulturellen Austausch. Daher sei er unverzichtbar und müsse nicht eingedämmt, sondern erweitert werden, damit immer mehr Menschen von den angeblichen Vorteilen des Fliegens profitieren könnten.

Dieses Bild unterschlägt aber nicht nur die klimazerstörerischen Wirkungen des Flugverkehrs, sondern auch weitere Schäden. So hat der Flugverkehr maßgeblich zur rasanten Ausbreitung des Corona-Virus beigetragen³⁹⁵. Die Menschheit vor weiteren, möglicherweise noch gefährlicheren Pandemien zu schützen, ist ohne eine

³⁹¹

<https://www.cnbc.com/2017/12/07/boeing-ceo-80-percent-of-people-never-flown-for-us-that-means-growth.html>

³⁹² Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 16

³⁹³

<https://www.cnbc.com/2017/12/07/boeing-ceo-80-percent-of-people-never-flown-for-us-that-means-growth.html>

³⁹⁴ Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 16

³⁹⁵ Stay Grounded u. a. (05/2022)

Eindämmung des Flugverkehrs nicht möglich. Zumal jeder Flug den Körperrhythmus stört und die natürliche Abwehrkraft schwächt: Die Wahrscheinlichkeit, an einer Erkältung zu erkranken, ist nach einem Flug um den Faktor 100 erhöht³⁹⁶.

Flughäfen sind schlechte Nachbarn³⁹⁷. In den Flughafengebäuden werden Unmengen an klimaschädlichem Beton, Stahl und Glas verbaut. Für die Start- und Landebahnen werden riesige Naturflächen in Asphaltwüsten verwandelt. Die Lebensqualität ist in einem weiten Umkreis um einen Flughafen stark beeinträchtigt durch Fluglärm und Abgase. Der Tourismus, der auf diese Weise in eine Region gebracht wird, wirkt sich dort keineswegs nur positiv aus, sondern belastet die natürlichen Ressourcen. Neue Flughäfen stoßen deshalb bei den Anwohnern häufig auf erheblichen Widerstand³⁹⁸.

5.4.2.1 Problemerkklärung

Steuerprivilegien für Klimaschmutz

Wie kann es sein, dass heute, wo die Bedrohung durch die Erderhitzung so offensichtlich ist, die Europäische Union ausgerechnet den klimaschädlichsten Verkehrsträger, das Flugzeug, derart fördert, dass er rekordverdächtig immer weiter wächst³⁹⁹?

Eine der skandalösesten Subventionen ist die Steuerbefreiung von Kerosin. Hartnäckig hält sich der Glaube, dass die europäischen Länder eine Kerosin-Steuer auf internationale Flüge gar nicht erheben dürften aufgrund der Chicago Convention. Diese verbietet jedoch nur die Besteuerung von Treibstoff, der sich bei der Landung bereits an Bord der Maschine befindet⁴⁰⁰. Zwar müssten für eine Kerosin-Steuer auf internationaler Ebene einige Vereinbarungen neu verhandelt werden. Dazu wäre aber die Europäische Kommission durchaus in der Lage. Allerdings müsste sie dafür den Mut aufbringen, den internationalen Flugverkehr zu hinterfragen – und das, obwohl dieses Thema bei den Verhandlungen von Paris so

³⁹⁶ ebd.

³⁹⁷ ebd.

³⁹⁸ ebd. S. 19

³⁹⁹

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4946/umfrage/wachstumsraten-der-passagierluftfahrt-in-eu-laendern/>

⁴⁰⁰ Pache, D. E. (2019)

heikel war, dass es in dem Pariser Klimavertrag nicht einmal erwähnt wird⁴⁰¹.

Und so genießt die Flugindustrie enorme Privilegien, auch in der Europäischen Union⁴⁰². Allein durch die Befreiung inhereuropäischer Flüge von der Kerosin- und Mehrwertsteuer entgehen den EU-Ländern jährliche Steuereinnahmen in Höhe von über 40 Milliarden Euro⁴⁰³. Weitere Steuer-Milliarden kassieren die meist privatwirtschaftlich geführten Fluggesellschaften für ihre Infrastruktur⁴⁰⁴. Die verheerenden Klima-Folgen des Fliegens und die damit verbundenen Kosten und Risiken werden auf die Allgemeinheit abgewälzt – den Profit kassieren die Konzerne. Mit freiwilligen Selbstbeschränkungen ist nicht zu rechnen – im Gegenteil: Bonusprogramme motivieren Vielflieger, die Zahl ihrer Flüge noch zu steigern⁴⁰⁵.

5.4.2.2 Beispiel

Sinkende Fluggast-Zahlen während der Corona-Pandemie: eine verpasste Chance

Eine Chance, das klimaschädliche Wachstum der Flug-Branche zu stoppen, bot sich während der Corona-Pandemie: Nachdem der Flugverkehr massiv zur Ausbreitung des Corona-Virus beigetragen hatte, brachen die Fluggast-Zahlen ein. Monatelang sank die Zahl der Flüge auf unter 10 % im Vergleich zum Vorjahr⁴⁰⁶. Die Unternehmen schickten ihre Geschäftsreisenden ins Homeoffice und machten die Erfahrung, dass dies keine negativen Auswirkungen auf die Produktivität hatte, viele Business-Flüge also überflüssig waren⁴⁰⁷. Tourist:innen entdeckten attraktive Urlaubsziele in ihrer Nähe. Damals wollten fast 80 % der Deutschen auch nach der Aufhebung der Reisebeschränkungen lieber Urlaub im eigenen Land machen⁴⁰⁸. Ähnliche Ergebnisse brachten auch Umfragen in anderen Ländern wie Italien, China, Thailand und Großbritannien⁴⁰⁹.

⁴⁰¹ Stay Grounded (11/2017) S. 10, Info-Box 2

⁴⁰² Stay Grounded u. a. (05/2022)

⁴⁰³ Jährlich ca. 17 Mrd Euro (Kerosinsteuer) plus rund 30 Mrd. Euro (Mehrwertsteuer auf europäische Flüge) laut Stay Grounded u. a. (05/2022)

⁴⁰⁴ Lee u. a. (2021)

⁴⁰⁵ Gossling & Nilsson (2010)

⁴⁰⁶ OAG (2020)

⁴⁰⁷ YouGov (2021)

⁴⁰⁸ Appinio (2020): Travel-Report 2020

⁴⁰⁹ ebd.

Leider hatte die Politik damals nicht den Mut, dieser Entwicklung, die für das Klima so wünschenswert gewesen wäre, ihren Lauf zu lassen. Ein Geschäftsmodell, das wir überwinden müssen, wäre immerhin stark geschrumpft. Stattdessen gestattete die Europäische Kommission ihren Mitgliedsstaaten, ihre strauchelnden Fluggesellschaften mit vielen Milliarden Euro künstlich am Leben zu halten⁴¹⁰.

Die Belegschaft hatte wenig davon, denn die Mittel waren meist nicht an Sozial-Auflagen gebunden. Während die europäischen Fluggesellschaften insgesamt über 37 Milliarden Euro an Steuergeldern kassierten, entließen sie Arbeitskräfte in Scharen. Besser wäre es gewesen, in die berufliche Neuorientierung dieser Menschen zu investieren als in die Aufrechterhaltung des extrem klimaschädlichen Geschäftsmodells, für das sie nicht mehr gebraucht wurden⁴¹¹.

2022 waren die europäischen Fluggesellschaften dann wieder stark genug, ihren zerstörerischen Kurs fortzusetzen: Das Flugaufkommen wuchs um 48 % im Vergleich zum Vorjahr und erreichte 83 % des Niveaus vor der Pandemie⁴¹².

5.4.2.3 Problemrelevanz

So schadet das Fliegen dem Klima

Zur klimaschädlichen Wirkung des Flugverkehrs tragen mehrere Faktoren bei. Die CO₂-Emissionen sind nur einer davon. Zwei Drittel des Klimaschadens entfallen auf Nicht-CO₂-Effekte⁴¹³. Und dabei sind die Klimaschäden, die durch die Infrastruktur am Boden entstehen, noch nicht eingerechnet.

Zu den Nicht-CO₂-Effekten gehören Kondensstreifen, Zirrus-Bewölkung und Stickoxide (NO_x). Diese Effekte sind zwar kurzlebig, aber solange sie wirken, tragen sie enorm zur Erderhitzung bei.

Die klimaschädliche Wirkung der Nicht-CO₂-Effekte ist heute in ihrer Größenordnung unbestritten. Dazu liegt eine Studie vor, die von 21 der renommiertesten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf diesem Gebiet

⁴¹⁰ Transport & Environment (07/2023)

⁴¹¹ ebd.

⁴¹² Eurocontrol (2022)

⁴¹³ Lee u. a. (2021)

erstellt wurde⁴¹⁴. Hinzu kommen Forschungsergebnisse aus der Zeit des reduzierten Flugverkehrs im Corona-Lockdown⁴¹⁵, eine Studie der Europäischen Agentur für Flugsicherheit EASA und eine darauf aufbauende Analyse der EU-Kommission vom November 2020.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, wenn die Nicht-CO₂-Effekte in Berichtssystemen und Gesetzen nicht berücksichtigt werden, wie in dem Kompensations- und Reduktionsprogramm CORSIA und im EU-Emissionshandelssystem.

Solange die EU die Flug-Branche für ihre Klimaschäden nicht zur Rechnung zieht, sondern ihre schöngerechneten Zahlen übernimmt und den Mitgliedsstaaten gestattet, ihre Fluggesellschaften mit Milliarden an Steuergeldern zu subventionieren: So lange wird der Flugverkehr in der EU weiter wachsen.

Die Branche geht fest davon aus, dass es so kommt: Sie rechnet auch in Europa für die nächsten Jahrzehnte mit einem starken Wachstum⁴¹⁶. Und das nach dem extremen Wachstum des europäischen Flugverkehrs in den Jahren von 1991 bis 2019. In Deutschland hat sich die Zahl der Fliegenden in diesem Zeitraum mehr als verdreifacht⁴¹⁷. Während andere Branchen daran arbeiten, ihre Emissionen wenigstens zurückzufahren, laufen die Planungen der europäischen Luftfahrtindustrie darauf hinaus, ihre Emissionen gewaltig zu steigern.

Anspruch und Wirklichkeit

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu senken und bis 2050 klimaneutral zu werden. Die europäische Luftfahrt ist jedoch nicht auf diesem Kurs: Ihre Emissionen nehmen stark zu⁴¹⁸.

Die EU versucht daher, die Emissionen des Luftverkehrs über ihr Emissionshandelssystem EHS zu verringern. Dieses reguliert aber nur die

⁴¹⁴ Lee u. a. (2021)

⁴¹⁵ Quaas u. a. (2021)

⁴¹⁶ <https://www.zdf.de/nachrichten/wissen/fliegen-flugverkehr-klimaschutz-wissen-100.html>; oben (05/2016) S. 3; European Aviation Safety Agency. (2022); UBA 11/2019

⁴¹⁷ Stay Grounded u. a. (05/2022)

⁴¹⁸ <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20220610STO32720/reduzierung-de-r-emissionen-im-luft-und-schiffsverkehr-eu-massnahmen-erklart>

Emissionen von Flügen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums, und auch darin wirkt es viel zu schwach, zumal die meisten Emissionsrechte kostenlos an die Fluggesellschaften verteilt werden⁴¹⁹.

Das Europäische Parlament hat zwar im Rahmen von Fit for 55 beschlossen, die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten auslaufen zu lassen. Diese Maßnahme beginnt aber erst 2026, erfolgt nur schrittweise und geht nach dem Urteil der Fachleute nicht weit genug⁴²⁰. Der Versuch, die Klimafolgen über den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Treibstoffen zu senken⁴²¹, muss angesichts der unberücksichtigten Nicht-CO₂-Effekte Stückwerk bleiben und geht einher mit erheblichen ökologischen und sozialen Risiken. Die bereits 2021 angekündigte⁴²² Besteuerung von Kerosin liegt bis heute auf Eis⁴²³.

Auch die Mitgliedsstaaten tun nicht das ihre, um die Luftfahrt-Industrie unter Druck zu setzen: Obwohl sie die Möglichkeit hätten, belegt kein EU-Staat internationale Flüge mit einer Mehrwertsteuer⁴²⁴, und sämtliche EU-Staaten verzichten auf eine Kerosin-Steuer nicht nur für internationale, sondern auch für Europa-weite und nationale Flüge⁴²⁵.

Das deutsche Luftverkehrsteuergesetz sieht für Flüge weder eine Kerosin- noch eine Mehrwertsteuer vor, sondern lediglich eine Ticket-Steuer, die viel zu schwach ist, um eine signifikante Lenkungswirkung zu erreichen⁴²⁶.

⁴¹⁹ ebd.; Transport & Environment (07/2023): „in the EU ETS only 15 % of EU Aviation Allowances EUAAs are auctioned, the rest being given to airlines for free ... 47 % of allowances surrendered by airlines in the EU ETS are given for free“

⁴²⁰ Transport & Environment (07/2023), Introduction;
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230414IPR80120/fit-fur-55-parlament-nimmt-wichtige-gesetze-an-um-klimaziel-2030-zu-erreichen>

⁴²¹ ReFuelEU (<https://www.easa.europa.eu/community/topics/refuel-eu>)

⁴²² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_21_3662

⁴²³

<https://www.euractiv.com/section/fuels/news/fuels-industry-urges-countries-to-finalise-long-dormant-energy-tax-overhaul/>

⁴²⁴ Council Directive 2006/112/EC of 28 November 2006 on the common system of value added tax (2006) (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=celex%3A32006L0112>)

⁴²⁵ Transport & Environment (07/2023)

⁴²⁶ Tax rates. (n.d.). Retrieved June 30, 2023, from

https://www.zoll.de/EN/Businesses/Aviation-tax/Taxation-principles/Tax-rates/tax-rates_node.html

Die Lösung: weniger fliegen

Zwei Drittel der klimaschädlichen Effekte des Fliegens sind Nicht-CO₂-Effekte. Während sich CO₂ über tausende von Jahren in der Atmosphäre hält⁴²⁷, sind die Nicht-CO₂-Effekte sehr kurzlebig. Deshalb hätte eine Reduzierung des Flugverkehrs sehr bald erhebliche Auswirkungen, die sogar mit Negativ-Emissionen vergleichbar wären⁴²⁸. Alternative Treibstoffe würden dagegen an diesen schnell wirksamen Nicht-CO₂-Effekten allenfalls wenig ändern. Auch deshalb führt an einer drastischen Reduzierung des Flugverkehr-Aufkommens kein Weg vorbei⁴²⁹.

Freiwillig geht nichts

„Keine andere Industriebranche hat so weitreichende globale Klimaziele formuliert“, lobt sich die Luftfahrt-Branche gerne selbst⁴³⁰. Gemeint ist die Selbstverpflichtung von 2008, nach der die Branche ab 2020 nur noch CO₂-neutral wachsen wollte. Will heißen: Angestrebt wurde damals für 2020 keine Senkung, sondern lediglich eine Stagnation des CO₂-Ausstoßes. Und die ist kein Kunststück, solange die Passagierzahlen noch hinter dem letzten Höchststand vor dem Corona-Einbruch zurückbleiben.

Ehrgeizige Ziele für den Zeitraum bis 2030 fehlen in der Selbstverpflichtung vollständig. Dabei fordern die Vereinten Nationen bis dahin eine Reduktion der Emissionen um 55 %⁴³¹. Doch dazu will die Branche ihren Beitrag nicht leisten: Mit einer signifikanten Senkung des CO₂-Ausstoßes will sie sich bis 2050 Zeit lassen. Und selbst dann will sie sich noch 25 % ihrer CO₂-Emissionen leisten, die dann über Negativ-Emissionen an anderer Stelle abgegolten werden sollen⁴³². Von den Nicht-CO₂-Effekten berücksichtigt sie lediglich die Stickoxide.

Klima-Ziele weit in die Zukunft zu verschieben, um sie dann nicht einzuhalten: An diesem Spiel der Flugwirtschaft darf sich die Politik nicht beteiligen. Zu oft haben sich vollmundige Versprechen der Industrie am Ende als unwirksam erwiesen⁴³³.

⁴²⁷ https://www.helpster.de/wie-lange-bleiben-treibhausgase-in-der-atmosphaere-2_192397

⁴²⁸ Robin Wood Datenblatt 06/2021, S. 2

⁴²⁹ Stay Grounded (09/2022)

⁴³⁰ oben (05/2016)

⁴³¹ <https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2021>

⁴³² Stay Grounded (09/2022) S. 2

⁴³³ Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, schildert seine Erfahrungen damit in dem Podcast Jung & Naiv (<https://www.jungundnaiv.de/2022/05/31/juergen-resch-deutsche-umwelthilfe-folge-575/>)

Was es stattdessen braucht, sind verbindliche Regeln und klare Grenzwerte, die kontrolliert und durchgesetzt werden⁴³⁴.

Angesichts der sich zuspitzenden Klima-Katastrophe sollten wir vor Flug-Verboten nicht zurückschrecken. Sie sind sozial gerecht, weil sie für alle gelten, sodass sich niemand von der Verpflichtung freikaufen kann, den eigenen Anteil zur Rettung der gemeinsamen Lebensgrundlagen zu leisten. Damit einhergehen muss der Ausbau dekarbonisierter Mobilitätsstrukturen am Boden.

Reisen genießen

Wer heute eine Flugreise antritt, ist sich meist sehr wohl bewusst, dass er oder sie damit weit überproportional zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen beiträgt. Dass sie es dennoch tut, geschieht meist aus einem Gefühl der Ohnmacht heraus: Was nützt es, wenn ich auf das Fliegen verzichte, wo doch Millionen andere nicht darauf verzichten?

Genau an diesem Punkt muss die Politik ansetzen. Sie hat es in der Hand, Regeln zu erklären und einzuführen, die für alle gelten, sodass sich unser Verzicht auf das Fliegen lohnt, weil wir damit nicht alleine sind. Und ist es denn ein Verzicht, nicht zu fliegen, wenn die Politik die Infrastruktur für nachhaltiges Reisen schafft?

Wir Menschen wollen unseren Kindern keine zerstörte Natur hinterlassen. Deshalb sind wir offen für verantwortungsvolles Reisen. Ist es wirklich ein Genuss, Inseln zu bereisen, die untergehen werden, wenn wir nicht endlich aufhören, sie zu bereisen?

Wir müssen die fossile Erzählung von der Traumreise in die Karibik, die in Wirklichkeit eine Reise in die Zerstörung ist, ersetzen durch die viel schönere Erzählung von der Genussreise an Ziele, die nachhaltig erreichbar sind. In Europa und in unserer näheren Umgebung gibt es viel zu entdecken. Wer sich mit dem Zug auf den Weg macht, erlebt die Veränderung der Landschaft mit, statt übergangslos von einem Kontinent auf den anderen katapultiert zu werden.

Mit einem gut ausgebauten Netz an Nachtzug-Verbindungen ließen sich die Länder Europas nachhaltig miteinander verbinden. Stattdessen fossile Flugzeug-Flotten mit Milliardensummen aufzupäppeln, die für den Ausbau eines nachhaltigen und für

⁴³⁴ <https://stay-grounded.org/position-paper/position-paper-de/>

alle erschwinglichen ÖPNV fehlen – diese Politik der Fehlanreize muss aufhören.

5.4.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Aufnahme der Emissionen aus dem internationalen Flugverkehr in die nationalen Reduktionsziele im Rahmen des UNFCCC-Prozesses⁴³⁵
- Berücksichtigung der klimaschädlichen Nicht-CO₂-Effekte in CORSIA, im EU-Emissionshandelssystem sowie bei der Bewertung von Agrartreibstoffen, synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoff
- Verbot von Privatjets
- Verbot von Bonusprogrammen für Vielflieger, stattdessen verpflichtende Malus-Programme, die finanzielle Anreize zur Flugreduktion schaffen
- Maßnahmen zur Begrenzung der Flugzahlen wie:
 - Absolute Obergrenzen für Flüge
 - Begrenzung der täglichen Flugzahl auf bestimmten Routen
 - Verbot von Bullshit-Flügen wie Wochenend-Trips, Kurzstreckenflüge, private Weltraumflüge, Geisterflüge mit leeren Flugzeugen (um Startrechte nicht zu verlieren)⁴³⁶
 - Reduktion der Nicht-CO₂-Effekte bei den verbleibenden Flügen.
Beispiele:
 - Reduktion der klimaschädlichen Kondensstreifenbildung durch Anpassung der Flugrouten an meteorologische Bedingungen und durch Vermeidung von Nachtflügen⁴³⁷
 - Verminderung von Kondensstreifen- und induzierter Zirkuswolkenbildung durch Begrenzung der Rußemissionen von Flugzeugtriebwerken⁴³⁸.
 - Senkung von CO₂- und Stickoxid-Emissionen durch Einsatz der Magermotor-Technologie⁴³⁹
- Abschaffung aller Subventionen für den Flugverkehr, wie finanzielle Privilegien und Steuerbefreiungen. Die Luftfahrt-Industrie darf nicht länger die von ihr verursachten Klimaschäden auf die Allgemeinheit abwälzen,

⁴³⁵

https://de.wikipedia.org/wiki/Rahmen%C3%BCbereinkommen_der_Vereinten_Nationen_%C3%BCber_Klima%C3%A4nderungen

⁴³⁶ Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 31

⁴³⁷ Robin Wood Datenblatt 06/2021, Anmerkung 14

⁴³⁸ ebd. Anmerkung 16

⁴³⁹ ebd. Anmerkung 15

sondern muss selbst dafür aufkommen und haften (Polluter Pays Principle PPP).

- Der Preis für jedes Flugticket muss die Klimaschäden abbilden, die durch den Flug verursacht werden⁴⁴⁰.
- Europaweite Einführung von Ticket-, Mehrwert-, Kerosin- und Schadstoffsteuern auf alle Flüge, wobei die Schadstoffsteuer sowohl die CO₂-Belastung als auch die Nicht-CO₂-Effekte erfassen muss.
- Aufnahme des internationalen⁴⁴¹ Flugverkehrs von und nach Europa in den EU-Emissionshandel
- Werbeverbot für Flüge
- Moratorium für den Bau neuer und die Erweiterung bestehender Flughäfen und Flughafen-Infrastrukturen⁴⁴²
- Förderung nachhaltiger Alternativen zum Flugverkehr wie Nachtzugverbindungen, nachhaltig angetriebene Schiffe, ÖPNV und Online-Meetings
- Verstaatlichung aller europäischen Fluggesellschaften, Zusammenführung in einer staatlichen Fluggesellschaft für alle wirklich benötigten Flüge mit besteuertem Kerosin und gewerkschaftlicher Vertretung⁴⁴³

5.4.5 Entkräften von Gegenargumenten

Gegenargument „Horizontenerweiterung“

„Wir müssen den Flugverkehr ausweiten, denn das ist demokratisch und sozial. Der Flugverkehr bringt Menschen zusammen und erschließt ihnen fremde Kulturen. Das fördert Verständnis und Toleranz. Aus Gründen der Fairness und Gerechtigkeit sollten möglichst alle Menschen daran teilhaben können.“⁴⁴⁴

Antwort

Dieses Lobby-Argument hat mit der physikalischen und gesellschaftlichen Realität nichts zu tun. Die Belastung durch Linienflüge ist heute schon gewaltig. Dabei haben über 80 % der Weltbevölkerung noch nie ein Flugzeug betreten. All diese

⁴⁴⁰ <https://www.transportenvironment.org/discover/cheap-airline-ticket-doesnt-fall-sky/>

⁴⁴¹ Der innereuropäische Flugverkehr ist bereits Teil des Emissionshandels:
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissionshandel#teilnehmer-prinzip-und-umsetzung-des-europaischen-emissionshandels>

⁴⁴² <https://antiaero.files.wordpress.com/2015/03/gaam-whats-an-aerotropolis2.pdf>

⁴⁴³ Stay Grounded & PCS (02/2021) S. 7

⁴⁴⁴ vgl. oben (05/2016) S. 3 u. a.

Menschen ebenfalls zum Fliegen zu bewegen, wäre ökologisch absurd.

Der Flugindustrie geht es nicht um Werte wie Gleichheit und soziale Verantwortung: 50 % aller Linienflug-Emissionen werden von dem reichen 1 % verursacht, das sich leisten kann, viel zu fliegen, und dafür auch noch mit Bonusprogrammen belohnt wird⁴⁴⁵. Diese Ungleichheiten sind mit dem Wachstum der Branche nicht etwa geringer, sondern größer geworden. Heute belastet ein Milliardär mit einem Elf-Minuten-Flug das Klima so stark wie mehrere ärmere Menschen zusammen während ihres gesamten Lebens⁴⁴⁶. Die Flugindustrie will die Welt nicht zu einem besseren Ort machen, sondern ermöglicht es einer winzigen wohlhabenden Elite, die Umwelt auf Kosten aller zu ruinieren.

Gegenargument „Heimflüge“

„Aber Migrantinnen und Migranten müssen doch in ihre Heimatländer fliegen können!“

Antwort

Es wird auch in Zukunft legitime Flüge geben, zum Beispiel bei Notfällen, in der Katastrophenhilfe oder zur Schaffung sicherer Fluchtwege. In diesem Zusammenhang sind auch Besuche bei weit entfernt wohnenden Familienmitgliedern zu betrachten, die anders als auf dem Luftweg nicht möglich sind. Angesichts der klimaschädlichen Wirkung aller Flüge unabhängig von dem Flugmotiv ist es aber auch hier wichtig, klimaschonende Alternativen zu suchen. Denn der Anteil von Familienbesuchen am gesamten Flugaufkommen ist erheblich⁴⁴⁷. Grundsätzlich geht es jedoch nicht darum, das Fliegen vollständig abzuschaffen, sondern klimaschädliche Flüge auf einen Bruchteil des heutigen Volumens zu reduzieren.

Gegenargument „Arbeitsplätze“

„Fluggesellschaften brauchen weiter staatliche Unterstützung, um wertvolle Arbeitsplätze zu erhalten.“

Antwort

Wie wenig den Fluggesellschaften an ihren Beschäftigten liegt, haben wir in der

⁴⁴⁵ Gössling, S., Humpe, A. (2020)

⁴⁴⁶ Stay Grounded u. a. (05/2022) Seite 18, Anmerkung 32

⁴⁴⁷ <https://www.airliners.de/hintergrund-heimatfluege-wachstumsmarkt-krise/62094>

Pandemie gesehen: Obwohl sie aus öffentlichen Mitteln Geldgeschenke in Milliardenhöhe erhielten⁴⁴⁸, entließen sie Personal in großem Stil und übten Druck auf die Gewerkschaften aus, um Zugeständnisse bei den Tarifverhandlungen zu erzwingen⁴⁴⁹.

Ökologisch untragbare Arbeitsplätze künstlich zu erhalten, ist der falsche Weg. Es braucht einen sozialen Übergang in nachhaltige Branchen. Dies muss im Dialog mit den Beschäftigten erfolgen⁴⁵⁰. Dafür wurden bereits praktische Lösungsansätze entwickelt, an denen Beschäftigte und Gewerkschafterinnen des Luftfahrtsektors mitgewirkt haben. Viele Beschäftigte können den Personalmangel bei der Bahn mildern und andere gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten finden⁴⁵¹. Wirtschaftliche Hilfspakete müssen gezielt für den gerechten Übergang verwendet werden statt für die Rettung klimaschädlicher Fluglinien und ihrer Infrastruktur.

Gegenargument „Wirtschaftsmotor“

„Der Flugverkehr ist ein Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in Tourismus-Regionen.“

Antwort

Die Segnungen des Flugverkehrs sind vergiftet. Sie mögen Geld und Arbeitsplätze bringen, aber auch Zerstörung.

Wie es anders gehen könnte, haben die pazifischen Inselstaaten gezeigt, als dort wegen der Corona-Pandemie die Tourismus-Zahlen einbrachen⁴⁵². Sie konnten viel abfedern, indem sie zum traditionellen Nahrungsmittelanbau und zur Fischerei zurückkehrten. Die Menschen erhielten Zugang zu gemeinschaftlich genutztem Land. Besonders stark von den Ausfällen im Tourismus-Geschäft Betroffene wurden von ihren Nachbarn aufgefangen.

Die Europäische Union als einer der Hauptverursacher der Erderhitzung sollte Menschen unterstützen, die von Klimafolgen und wegfallenden Tourismus-Einnahmen betroffen sind, statt ihre Umwelt vollends zu zerstören. Es

⁴⁴⁸ Transport & Environment: Bailout Tracker

(<https://www.transportenvironment.org/challenges/planes/subsidies-in-aviation/bailout-tracker/>)

⁴⁴⁹ Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 42ff

⁴⁵⁰ Stay Grounded & PCS (02/2021)

⁴⁵¹ ebd.

⁴⁵² ebd. S. 5

ergibt keinen Sinn mehr, auf Südsee-Inseln zu fliegen, die in wenigen Jahrzehnten untergehen werden, weil wir so unsinnige Dinge tun wie auf Südsee-Inseln fliegen.

Gegenargument „Wohlstandsbringer“

„Der Flugverkehr kurbelt das Wirtschaftswachstum an und schafft so Wohlstand in den Wachstumsmärkten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Damit er sein Potenzial als Verbindungsglied für Menschen, Handel und Tourismus ausschöpfen kann, braucht es staatliche Subventionen.“

Antwort

Die Betroffenen von Flughafen-Projekten sehen das in der Regel anders und werden deshalb an den Entscheidungen meist nicht beteiligt. Was sie erleben, hat mit dem Idyll der Flughafen-getriebenen Prosperität wenig zu tun⁴⁵³: Umweltzerstörung, Versiegelung fruchtbarer Ackerböden, Fluglärm, Luftverschmutzung, Verlust der Biodiversität, Inflation und Vertreibung. Ihnen wäre geholfen, wenn das Geld stattdessen in die lokale Infrastruktur investiert würde, die sie am Boden brauchen. Aber daran haben die autokratischen Partner der Fluggesellschaften kein Interesse. Die rechtlosen Flughafen-Anrainer:innen stehen meist auch alleine da, wenn das nächste Extremwetter-Ereignis über sie hereinbricht, verursacht von der reichen Welt, an der sie niemals teilhaben werden, die aber über ihren Köpfen das Klima zerstört.

Gegenargument „Grün fliegen“

„Die Flugindustrie unternimmt bereits erhebliche Anstrengungen, grüne Technologien zu entwickeln, mit denen wir bald klimaneutral fliegen können. Das kann sie aber nur weiterführen, wenn sie wirtschaftlich erfolgreich ist. Deshalb sollte die Flugindustrie nicht durch eine Verbotspolitik behindert werden, sondern großzügige Unterstützung für eine technologieoffene Forschung und Entwicklung erhalten.“

Antwort

Es ist zwar richtig, mögliche technische Verbesserungen weiter zu erforschen. Aber ihr Effekt wird nicht ausreichen, um das Emissionsproblem der Luftfahrtindustrie zu lösen⁴⁵⁴. Uns bleiben nur wenige Jahre, um den Klima-Kollaps noch abzuwenden. In dieser Zeit wird klimaneutrales Fliegen eine Illusion bleiben. Alle Technologien, die

⁴⁵³ Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 42ff

⁴⁵⁴ <https://stay-grounded.org/position-paper/position-paper-de/>

dafür bisher vorgeschlagen wurden, sind noch nicht entwickelt, und es ist ungewiss, ob sie jemals entwickelt werden⁴⁵⁵. Im Einzelnen:

Alternative Treibstoffe können keinen nennenswerten Beitrag leisten. Wenn ihr Anteil bis 2030 auch nur fünf Prozent betragen soll, wie die Internationale Luftverkehrs-Vereinigung IATA verkündet, muss er um den Faktor 230 steigen⁴⁵⁶. Alternative Treibstoffe bewirken zudem allenfalls wenig gegen die Nicht-CO₂-Effekte, die zwei Drittel der Klimaschäden im Flugverkehr verursachen.

Zu den alternativen Treibstoffen im Einzelnen:

- **Agrartreibstoffe**, von der Luftfahrtindustrie beschönigend „Biotreibstoffe“ genannt, gibt es vor allem in Marketing-Broschüren: Ihr Anteil am verwendeten Flugtreibstoff beträgt etwa 0,01 %⁴⁵⁷. Sie werden in absehbarer Zeit nicht in relevanten Mengen zur Verfügung stehen. Doch schon der Versuch, die marginalen Mengen zu steigern, hat verheerende Folgen für die Menschen in den ärmsten Ländern. Der Anbau von Pflanzen für Agrartreibstoffe gefährdet ihre Ernährungssicherheit und wird oft mit menschenrechtswidrigen Methoden erzwungen. Auch der ökologische Schaden ist immens: Palmöl – angepriesen als praktikabelste Option für die Flugindustrie – gehört zu den weltweit führenden Ursachen für die Abholzung von Wäldern und für den Verlust biologischer Vielfalt⁴⁵⁸. Dem Klima nützen Agrartreibstoffe nichts: Manche verursachen bis zu dreimal mehr Treibhausgasemissionen als das Kerosin, das sie ersetzen⁴⁵⁹.
- **Grüner Wasserstoff** ist sehr teuer und benötigt – wie alle E-Fuels – in der Erzeugung gigantische Mengen an erneuerbaren Energien. Er ist deshalb der „Champagner unter den Energieträgern“⁴⁶⁰ und sollte nur dort

⁴⁵⁵ Stay Grounded (09/2022)

⁴⁵⁶ Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 22

⁴⁵⁷ ebd.

⁴⁵⁸ <https://cban.ca/gmos/issues/agrofuels/>

⁴⁵⁹ Transport & Environment (2020); zu Agrartreibstoffen aus Algen siehe "oben (05/2016) S. 13", <https://www.biofuelwatch.org.uk/wp-content/uploads/Microalgae-Biofuels-Myths-and-Risks-FINAL.pdf>, https://foe.org/wp-content/uploads/2017/09/AlgaeIssueBrief_Final_USE.pdf

⁴⁶⁰

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/nachhaltigkeitsgipfel-strom-kosten-experten-1.5612464>

eingesetzt werden, wo es keine Alternative gibt. Die Vorstellung, grüner Wasserstoff oder andere E-Fuels könnten in relevantem Maß dazu beitragen, die heutigen Mengen an fossilem Kerosin im Flugverkehr zu ersetzen, ist illusorisch⁴⁶¹.

Kompensationsmaßnahmen haben sich immer wieder als untauglich erwiesen⁴⁶²:

- **Aufforstungsprojekte** können die Verbrennung fossiler Rohstoffe nicht kompensieren. Denn unter der Erde speichern Öl, Gas und Kohle das CO₂ für Jahrtausende. In Wäldern gespeichert, kann CO₂ dagegen jederzeit durch Rodung oder Waldbrand wieder freigesetzt werden⁴⁶³. Die Emissionen aus dem Flugverkehr können durch Wälder ohnehin nicht kompensiert werden. Dafür ist das Schadstoff-Volumen des Flugverkehrs zu groß und die verfügbare Fläche für Aufforstungen zu klein. Zudem führen eilig aufgeforstete Monokultur-Wälder zu weiteren Schäden an der Natur⁴⁶⁴.
- **Technische Negativ-Emissionen** sind noch kaum getestet, und ob sie jemals in relevanten Mengen zur Verfügung stehen, ist offen⁴⁶⁵.

Doch was auch immer man sich als Kompensation fossiler Emissionen einfallen lassen mag: Am Ende könnten sich Kompensationsprogramme sogar als schädlich fürs Klima erweisen. Denn indem sie das schlechte Gewissen beruhigen, motivieren sie dazu, verantwortungslose Wirtschaftsweisen weiterzuführen, die sonst längst beendet worden wären⁴⁶⁶.

Elektrisches Fliegen ist wegen des hohen Gewichts der Batterien bisher nur auf Kurzstrecken realisierbar – genau auf den Strecken also, die sich bereits

⁴⁶¹ Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 23, Anmerkung 72

⁴⁶²

<https://www.faz.net/aktuell/wissen/so-ineffektiv-sind-klimaschutz-zertifikate-zur-kompensation-von-fliegen-19124995.html>, <https://www.science.org/doi/10.1126/science.ade3535>

⁴⁶³ Stay Grounded (11/2017) S. 10

⁴⁶⁴ <https://taz.de/Studie-ueber-Aufforstung/!5966549/>

⁴⁶⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Negative_Emissionen#Techniken, Stay Grounded (09/2022)

⁴⁶⁶ Calel et al. (2021), Stay Grounded (11/2017) S. 11

leicht durch die Schiene ersetzen lassen. Weil Fliegen äußerst ineffizient ist, verbrauchen auch elektrische Flugzeuge unverhältnismäßig viel Energie. Klimaneutral könnten elektrische Flugzeuge deshalb frühestens dann sein, wenn die Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt ist und zusätzlich auch noch genug Wind- und Solarenergie für den Flugverkehr zur Verfügung stünde. Das ist eine unrealistische Vorstellung.

Effizienzsteigerungen sind grundsätzlich zu begrüßen. Leider führen sie aber erfahrungsgemäß nicht zu Emissionssenkungen. Im Gegenteil: Weil die Flüge dadurch billiger werden, nimmt der Flugverkehr sogar noch zu⁴⁶⁷. Deshalb müssen Effizienzsteigerungen einhergehen mit politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Flugverkehrs.

Emissionssenkungen können nur dann Teil der Lösung sein, wenn sie nicht durch steigendes Verkehrsaufkommen wieder zunichtegemacht werden, sondern einem verbindlichen Plan folgend zu Null-Emissionen führen, in einem Tempo, das der 1,5-Grad-Grenze von Paris entspricht.

Diesen Anforderungen entspricht das Kohlenstoffkompensations- und Reduktionsprogramm **CORSIA** für die internationale Zivilluftfahrt, dem auch die EU beigetreten ist, in keinsten Weise⁴⁶⁸. Es berücksichtigt nur das Emissions-Wachstum gegenüber dem bisherigen Höchststand von 2019, den der Flugverkehr nach dem Einbruch der Corona-Pandemie noch nicht wieder erreicht hat. Daher hat für CORSIA bisher keine Fluggesellschaft auch nur einen Cent bezahlt. Erst bei weiterem Wachstum werden Kosten für Kompensationen fällig. Diese sind jedoch derart niedrig, dass sie keine Lenkungswirkung in Richtung echter CO₂-Reduktion entfalten. Die doppelt so gravierenden Nicht-CO₂-Effekte fallen bei CORSIA komplett unter den Tisch⁴⁶⁹. Das Motiv für die Einführung von CORSIA war die Absicht der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), eine Einbeziehung des internationalen Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel zu verhindern⁴⁷⁰. Mit

⁴⁶⁷

https://de.wikipedia.org/wiki/Umweltauswirkungen_des_Luftverkehrs#Wachstum_der_Flugverkehrsemissionen

⁴⁶⁸ Transport & Environment. (2021)

⁴⁶⁹ <https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-12/luftverkehr-corsia-co2-klimaschutz-offsetting-system>

⁴⁷⁰ ebd.

ernsthafte Klimapolitik hat CORSIA nichts zu tun⁴⁷¹.

Gegenargument „Entscheidungsfreiheit“

„Wären Einschränkungen und Verbote für den Flugverkehr nicht undemokratisch? Sollte es den Menschen nicht selbst überlassen bleiben, ob sie fliegen wollen oder nicht?“

Antwort

Wir könnten diese Frage auch ehrlicher formulieren: Sollte es den Menschen nicht selbst überlassen bleiben, ob sie die Lebensgrundlagen ihrer Kinder zerstören wollen oder nicht?

Die Antwort erübrigt sich, denn natürlich will kein Mensch die Lebensgrundlagen seiner Kinder zerstören. Wenn Menschen dennoch fliegen, dann, weil sie glauben, dass ihr Verzicht auf das Fliegen an der Erderhitzung nichts ändert. Und damit haben sie sogar recht – solange die Politik nicht dafür sorgt, dass nicht nur vereinzelt ein paar Idealistinnen mit dem Fliegen aufhören, sondern viele Millionen.

Die großen Hebel liegen bei der Politik – und eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in ganz Europa will, dass die Politik diese Hebel nutzt: 72 % finden eine CO₂-Steuer für Flugreisen sinnvoll⁴⁷², höhere Kosten für Vielflieger finden hohe Akzeptanz⁴⁷³. Aber solche Forderungen der Mehrheit werden durchweg ignoriert, wie auch die Sorgen der Menschen, die von der Expansion der Flugindustrie unmittelbar betroffen sind. Das ist undemokratisch.

Viele Menschen, die heute noch fliegen, sind sich der Schädlichkeit dieses Verkehrsmittels durchaus bewusst. Untersuchungen zeigen immer wieder die Diskrepanz zwischen Besorgnis und tatsächlicher Vermeidung von Flugreisen (attitude-behaviour gap)⁴⁷⁴. Diesen Menschen wäre geholfen, wenn die Politik endlich kommunizieren würde: Wir packen das Thema an. Wir stoppen den massenhaften Flugverkehr zum Besten von uns allen, und du bist Teil davon. Gleichzeitig schaffen wir Alternativen für nachhaltige Mobilität.

⁴⁷¹ Transport & Environment (07/2023)

⁴⁷² <https://www.eib.org/en/publications/the-eib-climate-survey-2020-2021>

⁴⁷³

<https://demos.co.uk/research/the-climate-consensus-the-publics-views-on-how-to-cut-emissions/>

⁴⁷⁴ Stay Grounded u. a. (05/2022) S. 25

5.4.7 Quellenangaben

- Caelal et al. (2021): Do Carbon Offsets Offset Carbon? CESIFO Working Paper. (<https://www.cesifo.org/en/publications/2021/working-paper/do-carbon-offsets-offset-carbon>)
- Eurocontrol (2022): Eurocontrol Analysis Paper: 2022 – The year European aviation bounced back. (<https://www.eurocontrol.int/publication/eurocontrol-analysis-paper-2022-year-european-aviation-bounced-back>)
- European Aviation Safety Agency. (2022): European aviation environmental report 2022 (<https://www.easa.europa.eu/en/newsroom-and-events/press-releases/european-aviation-environmental-report-2022-sustainability>)
- Gössling, S., Humpe, A. (2020): The global scale, distribution and growth of aviation: Implications for climate change. Global Environmental Change (<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378020307779>)
- Gossling & Nilsson (2010): Frequent flyer programmes and the reproduction of aeromobility. (https://www.academia.edu/attachments/7559357/download_file?s=work_strip)
- Lee, D. S., Fahey, D. W., Skowron, A., Allen, M. R., Burkhardt, U., Chen, Q., ... Wilcox, L. J. (2021): The contribution of global aviation to anthropogenic climate forcing for 2000 to 2018. Atmospheric environment, 244, 117834
- OAG (2020): Covid 19 Air Travel Recovery: Critical Aviation Data in one place for your business (<https://www.oag.com/en-gb/coronavirus-airline-schedules-data>)
- oben (05/2016): oben. Ihr Flugbegleiter. Heinrich-Böll-Stiftung und Airbus Group (https://www.boell.de/sites/default/files/oben_flugbroschuere_160603.pdf)
- Pache, D. E. (2019): Implementation of Kerosene Fuel Taxation in Europe Part I: Legal Foundations and Issues. (https://www.transportenvironment.org/wp-content/uploads/2021/07/2019_06_Part_I_Pache_Aviation_Fuel_Taxation_Europe_legal_issues.PDF)
- Quaas, J., Gryspeerdt, E., Vautard, R., Boucher, O. (2021): Climate impact of aircraft-induced cirrus assessed from satellite observations before and during COVID-19. Environmental Research Letters (<https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/abf686>)

- Robin Wood Datenblatt 06/2021:
Über die Klimaschädlichkeit des Fliegens
(https://stay-grounded.org/wp-content/uploads/2021/06/Nicht-CO2-Effekte_Fliegen_21-1.pdf)
- Stay Grounded (11/2017): The Illusion of Green Flying
(<https://stay-grounded.org/wp-content/uploads/2019/02/The-Illusion-of-Green-Flying.pdf>)
- Stay Grounded u. a. (05/2022): Kurswechsel Klimagerechtigkeit.
Klimakommunikation für eine sichere Landung des Flugverkehrs
(https://reframeaviation.stay-grounded.org/wp-content/uploads/2022/05/SG_report_german_RZ.pdf)
- Stay Grounded (09/2022): Fact Sheet Greenwashing No. 6: Net Zero & Carbon Neutrality.
(https://stay-grounded.org/wp-content/uploads/2021/11/SG_factsheet_9-22_Net-Zero_en_A4.pdf)
- Stay Grounded & PCS (02/2021): Ein gerechter Übergang vom Flugverkehr zur klimafreundlichen Mobilität. Diskussionspapier von Stay Grounded und der britischen Gewerkschaft PCS, entstanden unter Beteiligung von Menschen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, Beschäftigten im Luftfahrtsektor, Gewerkschafter:innen und indigenen Gruppen
(https://stay-grounded.org/wp-content/uploads/2021/02/SG_Just-Transition-Paper_2021_de.pdf)
- Transport & Environment (2020): 100 times more palm oil in EU diesel than in all Oreo cookies in the world
(<https://www.transportenvironment.org/discover/100-times-more-palm-oil-eu-diesel-all-oreo-cookies-world/>)
- Transport & Environment. (2021): Corsia: worst option for the climate Briefing on assessment of ICAO's offsetting scheme.
(https://www.transportenvironment.org/wp-content/uploads/2021/07/2021_03_Briefing_Corsia_EU_assesement_2021.pdf)
- Transport & Environment (07/2023): Aviation's tax gap. A study by Transport & Environment
(https://www.transportenvironment.org/wp-content/uploads/2023/07/tax_gap_report_July_2023.pdf)
- UBA 11/2019: Wohin geht die Reise? Luftverkehr der Zukunft: umwelt- und klimaschonend, treibhausgasneutral, lärmarm
(<https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikatione>)

[n/uba_fb_wohin-geht-die-reise.pdf](#))

- YouGov (2021): Changes in Business Travel
(<https://docs.cdn.yougov.com/c9qjhkrrpk/Marketing%20data%20tables%20-%20OGSCC.pdf>)

6. Energie

6.1 EU-weite Umstellung auf klimaneutrale Energie

6.1.1 Einleitung

Die Ausbauziele der EU für die erneuerbaren Energien bleiben hinter den Anforderungen zurück: Bis 2030 möchte die Europäische Kommission ihren Anteil auf 45 % erhöhen. Das genügt schon allein deshalb nicht, weil sich die Strom-Nachfrage bis 2050 verdoppeln wird, vor allem aufgrund der Elektrifizierung der Sektoren Wärme und Mobilität⁴⁷⁵.

Noch schlechter steht es um die tatsächliche Gesetzgebung der EU-Mitgliedstaaten. Diese hinkt hinter den ungenügenden Zielen weit zurück: Aktuell reicht sie nur für 36 % bis 47 % weniger Treibhausgase gegenüber 1990 bis 2030⁴⁷⁶. Für die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze wären aber 62 % erforderlich⁴⁷⁷. Besonders weit hinterher sind die Sektoren Wärme und Verkehr. Im Sektor Industrie schlagen klimaschädliche Grundstoffe wie Stahl und Zement zu Buche.

Warum bleibt die Europäische Union so weit zurück hinter dem, was nötig wäre? Was muss anders werden, damit sie die erforderlichen Emissionsreduktionen erreicht?

6.1.2 Problembeschreibung

Energiewende heute: zu wenig, zu spät, zu langsam

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn allen Sektoren genügend erneuerbare Energien zur Verfügung stehen, um ihren gesamten Bedarf klimaneutral zu elektrifizieren.

Aktuell erzeugt die EU nur 22 % ihrer Energie aus erneuerbaren Quellen⁴⁷⁸. Dieser Anteil muss bis zum Anfang der 2030er-Jahre auf 100 % gesteigert werden. Und das bei wachsendem Strombedarf, denn für die Energiewende müssen sämtliche

⁴⁷⁵ von 4.000 Twh in 2020 auf ca. 8.000 Twh in 2050 (Göke u. a. 2023)

⁴⁷⁶ Niranjan (2023)

⁴⁷⁷ <https://climateactiontracker.org/countries/eu/>

⁴⁷⁸ <https://www.dw.com/de/eu-green-deal-tracker-faktencheck-klimaneutraler-umbau/a-64990834>

Sektoren elektrifiziert werden: Autos dürfen nur noch elektrisch unterwegs sein, Gebäude nur noch elektrisch geheizt werden. Und wo Wasserstoff eingesetzt wird, darf auch dieser nur mit grünem Strom hergestellt werden.

In einer aktuellen Studie unter Mitwirkung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung⁴⁷⁹ wurde errechnet, in welchem Ausmaß die erneuerbaren Energien wachsen müssten, damit bis 2030 das Stromnetz und bis 2040 die gesamte Energieversorgung vollständig erneuerbar werden.

Demnach muss sich bis 2030 das Leistungsvolumen des Energieträgers ...

- ... Onshore Windkraft auf 2900 Twh verachtfachen
- ... Photovoltaik auf 750 Twh versechsfachen
- ... Offshore Windkraft auf 250 Twh vervierfachen.
- Danach muss sich bis 2040 das Leistungsvolumen des Energieträgers ...
- ... Photovoltaik auf 2100 Twh verdreifachen
- ... Offshore Windkraft auf 879 Twh verdreifachen
- ... Onshore Windkraft um 36 % auf 4.000 Twh steigern.

In Deutschland wird sich der Strombedarf insgesamt voraussichtlich verdreifachen⁴⁸⁰.

Was hindert die Europäische Union aktuell, die Energiewende im erforderlichen Tempo anzugehen?

6.1.2.1 Problemerkklärung

Am Geld liegt es nicht

An den Kosten scheitert die Energiewende nicht.

Die Kosten für Wind- und Solarenergie sind innerhalb weniger Jahr drastisch gesunken⁴⁸¹:

⁴⁷⁹ Göke u. a. (2023)

⁴⁸⁰ Quaschnig (2022)

⁴⁸¹ ebd.

- 2004 bezahlte der deutsche Staat für eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage eine Einspeisevergütung von 46 Cent pro Kilowattstunde, 2020 von 3,55 ct/kWh.

Bei der Windkraft ist die Preisentwicklung vergleichbar. Wind- und Solarenergie sind damit längst wirtschaftlicher als Kohle, Erdgas und Atom.

Welche Kosten durch die Energiewende auf den EU-Haushalt zukommen, haben Leonard Göke, Claudia Kemfert, Hans-Joachim Schellnhuber und andere in der bereits erwähnten Studie errechnet⁴⁸²:

- Bis 2030 wären Ausgaben von etwa 140 Milliarden Euro jährlich erforderlich.
- Danach wären bis 2040 Ausgaben von etwa 100 Milliarden Euro erforderlich.

Etwa ein Drittel dieser Ausgaben ließe sich durch die Umschichtung von Subventionen aus anderen Quellen decken.

Zum Vergleich: Um die Auswirkungen des russischen Einmarsches in die Ukraine auf die Energieversorgung abzumildern, wurden 792 Milliarden Euro bereitgestellt – in nur einem Jahr (2022)⁴⁸³.

Wahre und eingebildete Gefahren

Dass die Energiewende nicht in dem erforderlichen Tempo vorankommt, dürfte dem Einfluss der Fossil-Lobby in Brüssel geschuldet sein⁴⁸⁴. Sie appelliert an die Macht der Gewohnheit – als ob alles so bleiben würde, wie es ist, wenn wir die Erderhitzung nicht stoppen. Sie streut Mythen über angebliche Gesundheits- und Umweltschäden durch Windräder⁴⁸⁵ und schürt Ängste vor einem Stromausfall durch die Energiewende. Dabei unterschlägt sie, dass die Versorgungssicherheit steigt, wenn zahlreiche Wind- und Solaranlagen dezentral über die Regionen verteilt sind⁴⁸⁶. Flauten durch Energiespeicher zu überbrücken, wäre heute technisch und ökonomisch gut lösbar⁴⁸⁷.

⁴⁸² Göke (2023)

⁴⁸³ ebd.

⁴⁸⁴ Götze (2020), Kapitel „Die Klimaschmutzlobby in Brüssel“

⁴⁸⁵ Quaschnig (2022), Kapitel „Windkraft? Schluss mit den Vorurteilen“

⁴⁸⁶ ebd.

⁴⁸⁷ Quaschnig (2022), Kapitel „Keine Angst vor der Dunkelflaute“

Was die Versorgungssicherheit tatsächlich gefährdet, ist etwas ganz anderes: die derzeitige zentralisierte Versorgungsstruktur. Heute würde bereits der Ausfall von zwei bis drei zentralen Leitungen oder Großkraftwerken zu einem europaweiten Blackout führen⁴⁸⁸. Mit erneuerbaren Energien wäre die EU deshalb viel besser geschützt vor Terror-, Kriegs- oder Cyberattacken auf ihre Energieversorgung.

Auch Ängste vor Arbeitsplatzverlusten sind unbegründet. Wer heute in den Kohlegruben beschäftigt ist, könnte in der Solarindustrie Arbeit finden. Vorausgesetzt, die Europäische Union fördert die Zukunftstechnologien, statt sie abzuwürgen wie im Deutschland der Jahre 2011 bis 2014. Damals wurden in der deutschen Solarbranche 80.000 Arbeitsplätze vernichtet, in der chinesischen Solarbranche dagegen zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen⁴⁸⁹.

Den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wussten die Fossil-Konzerne geschickt für sich zu nutzen. Um das russische Erdgas zu ersetzen, unterzeichneten der deutsche Wirtschaftsminister Habeck und andere in Panik Erdgas-Lieferverträge, die uns nun auf viele Jahre an diese extrem klimaschädliche Energieform binden⁴⁹⁰. In Deutschland wurden bereits abgewickelte Kohlemeiler wieder ans Netz genommen. Während Wirtschaft und Bevölkerung vor der drohenden Energieknappheit zitterten, feierte die Ölindustrie Traumgewinne und korrigierte ihre bescheidenen Klimaziele nach unten⁴⁹¹.

Unterdessen arbeiten Länder wie Deutschland an einer neuen Erdgas-Infrastruktur. Damit gefährden sie den – wiewohl ungenügenden – Plan der EU, den Anteil an grüner Energie bis 2030 auf 45 % zu steigern⁴⁹².

Als Großabnehmerin für russisches Erdgas hat die Europäische Union Putins Kriegskasse gefüllt – vor Kriegsausbruch und lange Zeit danach. Flüssigerdgas aus Russland beziehen wir bis heute⁴⁹³. Die Scham darüber hat das Verständnis dafür

⁴⁸⁸ ebd.

⁴⁸⁹ International Renewable Energy Agency (2020): Renewable Energy and Jobs (<https://www.irena.org/publications/2020/Sep/Renewable-Energy-and-Jobs-Annual-Review-2020>)

⁴⁹⁰ Niranjan (2023)

⁴⁹¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/oelfirmen-rekordgewinne-2022-101.html>

⁴⁹² Niranjan (2023)

⁴⁹³

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lng-gasversorgung-europa-deutschland-winter-2023-russland-1.6261980>

geschärft, wie wichtig es ist, durch eigene erneuerbare Energien von Despoten unabhängig zu werden. Dabei kommt der EU zugute, dass die erneuerbaren Energien immer günstiger werden.

Europas Erneuerbare

Welche erneuerbaren Energien stehen in Europa zur Verfügung? Wo ist Potenzial für den erforderlichen Ausbau?

Die wichtigsten erneuerbaren Energien Europas sind Windkraft, Photovoltaik und Wasserkraft. Wind- und Solarkraft können einander gut ergänzen: Wind steht mehr im Norden und in den Wintermonaten zur Verfügung, Sonnenenergie dagegen mehr im Süden und während der Sommermonate. Die Wasserkraft kann wegen ihrer höheren Konstanz zur Netzstabilität beitragen. Hinzu kommen müssen Speicherlösungen.

Windkraft

Windkraft ist für die Energiewende unverzichtbar, weil nur sie in den erforderlichen Mengen die Zeiten überbrücken kann, in denen nicht genügend Sonnenenergie zur Verfügung steht. Es ist deshalb wichtig, weitere Onshore- und Offshore-Anlagen zu bauen, und das besonders dort, wo während der dunkleren Monate günstige Windverhältnisse herrschen⁴⁹⁴. Der Ausbau wurde lange vor allem durch langwierige Genehmigungsverfahren gebremst⁴⁹⁵. 2023 wurden die Ziele erneut verfehlt. Nun soll ein EU-Aktionsplan zu einer deutlichen Beschleunigung führen⁴⁹⁶.

Photovoltaik

Der Ausbau der Photovoltaik in der EU wird allgemein als erfolgreich eingeschätzt⁴⁹⁷. Wäre die Photovoltaik konstant verfügbar, würde allein schon die Bestückung sämtlicher Dächer in der Europäischen Union genügen, um den Energiebedarf der EU 2030 vollständig zu decken⁴⁹⁸. Enormes Potenzial hat auch die Agro-Photovoltaik. Dafür müssen landwirtschaftliche Nutzflächen nicht

⁴⁹⁴ Göke u. a. (2023)

⁴⁹⁵ Niranjan (2023)

⁴⁹⁶

<https://www.neueenergie.net/wissen/wind/eu-rekord-beim-ausbau-der-windenergie#:~:text=17%20Gigawatt%20Windkraft%20wurden%20in,beim%20Zubau%20von%20Windenergie%20erreicht.>

⁴⁹⁷ Niranjan (2023)

⁴⁹⁸ Göke u. a. (2023) (rund 4.000 Twh)

geopfert werden. Stattdessen wird ihre Nutzung kombiniert mit beweglichen PV-Anlagen, die senkrecht oder hoch über den Feldern aufgestellt werden.

Solarthermie

Solarthermie ist die Umwandlung von Sonnenenergie in Wärme. In Dänemark erfolgt die Wärmeversorgung für viele Haushalte über Solarthermieanlagen mit bis zu 150.000 m² Kollektorfläche⁴⁹⁹. Diese Lösung ist dort praktikabel, wo die erforderlichen Fernwärmenetze bereits zur Verfügung stehen. Der nachträgliche Aufbau ist dagegen sehr zeitaufwändig und teuer.

Wasserkraft

In den skandinavischen Ländern⁵⁰⁰ spielt die Wasserkraft eine große Rolle. EU-weit trägt sie zu 33 % zu den erneuerbaren Energien bei. Das Erweiterungs-Potenzial ist jedoch begrenzt. Immerhin ließe sich die Wellenenergie insbesondere an der Westküste Europas nutzen⁵⁰¹.

Biomasse

Finnland deckt etwa ein Drittel seines gesamten Primärenergiebedarfs für Strom, Wärme und Verkehr mit Biomasse⁵⁰². In anderen Ländern mit weniger Wald und einer höheren Bevölkerungsdichte würde der Ausbau von Biomasse aber schnell an Grenzen stoßen, in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion geraten und die Biodiversität belasten. Biomasse sollte deshalb für die Energiewende der EU keine Rolle spielen. Für den flächendeckenden Einsatz als Energieträger ist Holz zu wertvoll. Als Rohstoff im Bau-Sektor könnte Holz zu einer CO₂-Senke werden, die den extrem klimaschädlichen Zement ersetzt.

Geothermie

Geothermie, also die Nutzung der Erdwärme, hat erhebliches Potenzial: Bisher noch kaum genutzt⁵⁰³, könnte sie ein Viertel der europäischen Bevölkerung mit Wärme

⁴⁹⁹ Quaschnig (2022)

⁵⁰⁰

<https://innovationorigins.com/de/wind-und-wasser-versorgen-die-skandinavischen-laender-mit-der-gruensten-energie/>

⁵⁰¹ Göke u. a. (2023)

⁵⁰² Kritisch dazu:

<https://www.google.com/url?q=https://taz.de/Zellstofffabrik-in-Finnland-blockiert!/5965467/&sa=D&source=docs&ust=1712773551988300&usq=AOvVaw0xPYsoxsX57N6nuwqudEZx>

⁵⁰³ Göke u. a. (2023) (3 GW)

versorgen, insbesondere über Wärmepumpen. Die Versorgungssicherheit ist sehr hoch. In Island ist Geothermie bereits weit verbreitet. Allerdings sind die Voraussetzungen auf der Vulkaninsel auch außerordentlich günstig⁵⁰⁴.

Wo bleiben die Speicher?

Insbesondere wegen der Schwankungen bei Wind und Solar erfordert die Energiewende erheblich mehr Speicher, als heute verfügbar sind. Der zusätzliche Speicherbedarf lag 2021 bei einer Größenordnung um den Faktor 1000⁵⁰⁵. Technisch und wirtschaftlich ist dieser Ausbau gut realisierbar⁵⁰⁶.

Für den Kurzzeitbereich eignen sich Batterien, beispielsweise Solar-Batteriespeichersysteme, wie sie bisher vor allem in Einfamilienhäusern realisiert werden. Diese müssen weiter ausgebaut werden⁵⁰⁷.

Für die Absicherung längerer Flaute-Zeiten eignet sich Technologie Power-to-Gas. Damit lässt sich überschüssiger Solarstrom in grünen Wasserstoff umwandeln und in Gasspeichern zwischenlagern. Die heute schon existierenden Erdgasspeicher in Deutschland sind dafür geeignet und groß genug.

Besonders in den Alpenländern sind Pumpspeicherkraftwerke in Betrieb: Bei überschüssiger Energie wird Wasser in einen hoch gelegenen Speichersee gepumpt. Bei Bedarf treibt es einen Turbine und einen elektrischen Generator an.

Intelligente Netze

Die intelligente Kopplung von Sektoren wie Elektrizität, Wärme, Verkehr und Industrie kann den Speicherbedarf erheblich senken⁵⁰⁸:

- Im Haus wird die Wärmezufuhr bei überschüssiger Energie geringfügig erhöht, damit sie bei vorübergehend knapper Energie etwas mehr gesenkt werden kann. Bereits dadurch lässt sich viel Energie sparen.
- E-Autos können über die eigene PV-Anlage bei Sonnenlicht vollgeladen werden. Bei Nacht wird die Energie dann teilweise ins Haus rückgespeichert.

⁵⁰⁴ Quaschnig (2022)

⁵⁰⁵ ebd.

⁵⁰⁶ ebd.

⁵⁰⁷ ebd.

⁵⁰⁸ ebd.

Auf diese Weise kann ein E-Auto bei Bedarf ein Einfamilienhaus mehrere Tage komplett mit Strom versorgen.

Woran es scheitern – und wie es gelingen kann

Viel zu oft scheitern Lösungen für mehr Klimaschutz an bürokratischen Hürden. So erhielt in Berlin eine Wärmepumpe nicht die Baugenehmigung, weil von den erforderlichen drei Metern Mindestabstand zum Nachbarn ein Zentimeter fehlte⁵⁰⁹.

Auch an der Zulassung ihrer PV-Anlage haben sich in Deutschland schon viele die Zähne ausgebissen. Dass es auch anders geht, machen die Niederlande vor. Dort ist der Erwerb einer PV-Anlage an keine Bedingungen gebunden. Der über den Eigenbedarf hinausgehende Strom wird ins öffentliche Netz eingespeist. Privat erzeugter Strom ist dem Strom großer Stromerzeuger gleichgestellt, es besteht kein Unterschied in der Vergütung.

6.1.2.3 Problemrelevanz

Grüner Strom statt fossiler Energien

Dem Energie-Sektor werden etwa 26 % der Treibhausgas-Emissionen der EU zugerechnet. Damit ist er der Sektor mit den höchsten Emissionen vor dem Verkehr und der Industrie⁵¹⁰. Tatsächlich ist seine Bedeutung jedoch größer. Denn der Energie-Sektor muss in der Lage sein, spätestens ab dem Beginn der 30er-Jahre den gesamten Endenergieverbrauch der EU komplett mit emissionsfreier Elektrizität zu versorgen.

Nicht alle Klimaschäden werden durch fossile Energien verursacht. So schlagen in der Landwirtschaft vor allem die Methan- und Lachgasemissionen aus der Tierhaltung zu Buche. Und im Flugverkehr muss man die bloßen CO₂-Emissionen mit zwei multiplizieren, um den gesamten Klimaschaden zu erfassen.

⁵⁰⁹

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article245802508/Waermepumpe-2-99-Meter-Abstand-zum-Nachbarn-Pech-fuer-Robert-Habeck.html>

⁵¹⁰

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klima-energiepolitik-in-d-er-eu#undefined>

Für die Sektoren Verkehr und Industrie (Anteil an den Gesamt-Emissionen jeweils 22 %) sowie Gebäude (13 %) gilt jedoch: Die Umstellung auf neue Technologien wie E-Autos, Wärmepumpen und mit Wasserstoff hergestellte industrielle Baustoffe ist erst dann ein Erfolg für das Klima, wenn die dafür erforderliche Energie emissionsfrei gewonnen wird.

Es hängt deshalb in erster Linie vom Energie-Sektor ab, ob die Energiewende gelingt.

Hinter den Anforderungen bleiben alle zurück

Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der Europäischen Union⁵¹¹ zeigt, dass Deutschland längst nicht mehr zu den Treibern der Energiewende gehört:

- Während Berlin die Sektorenziele schleift⁵¹², werden sie in Brüssel verschärft⁵¹³.
- Während der deutsche Verkehrsminister alle Klimaziele aufgibt, nimmt sich die EU für den Verkehr einen Anstieg des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 29 % bis 2030 vor⁵¹⁴.
- Während in Deutschland die überfällige Wärmewende scheitert, wird sie in Europa vorangetrieben – nicht mit, sondern gegen den selbsternannten deutschen „Klimakanzler“⁵¹⁵.

Verglichen mit Deutschland, steht die Europäische Union also gut da. Sie hat bereits Voraussetzungen geschaffen, auf die sich aufbauen lässt. So soll ihre Strategie „Energie Union“⁵¹⁶ unter anderem die Energieeffizienz steigern und die Wirtschaft

⁵¹¹

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/03/30/council-and-parliament-reach-provisional-deal-on-renewable-energy-directive/>

⁵¹²

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/koalitionsausschuss-modernisierungspaket-sektorenziele-weichen-co2-gesamtrechnung/>

⁵¹³

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele#zielvereinbarungen>

⁵¹⁴ <https://www.heise.de/news/Erneuerbare-Energien-EU-setzt-Ausbauziele-hoehler-9329426.html>,

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/erneuerbare-energie-im-verkehr>

⁵¹⁵

<https://www.morgenpost.de/ratgeber/article238621025/heizung-eu-bruessel-eigen-tuemer-haus-gasheizung-deutschland.html>

⁵¹⁶ https://energy.ec.europa.eu/topics/energy-strategy/energy-union_en

dekarbonisieren. Ihre Governance-Verordnung⁵¹⁷ bindet die Mitgliedsstaaten verbindlich ein.

Leider bleibt aber auch die Europäische Union noch deutlich hinter der Pflicht zurück, anteilig zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze beizutragen. Solange sie das nicht leistet, besteht kein Anlass zur Zufriedenheit. Dafür ist die Lage zu gefährlich. Es genügt nicht, das Glas statt zu 80 % nur zu 51 % über den Tischrand zu schieben: Wir müssen das Klimasystem in den Bereich zurückbringen, in dem es nicht kippt.

Deshalb muss der Ausbau der erneuerbaren Energien so beschleunigt werden, wie es die 1,5-Grad-Grenze verlangt.

6.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Die erneuerbaren Energien müssen mit einer Wachstumsrate von mindestens 20 % jährlich ausgebaut werden⁵¹⁸.
- Bis spätestens 2030 sind alle Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen.
- Ab 2030 dürfen Gaskraftwerke nur noch mit einem klimaneutralen Gas, beispielsweise grünem Wasserstoff, betrieben werden.
- Die Versorgungs- und Übertragungsnetze sind so auszubauen, dass Versorgungsengpässe auch nach dem Aus für fossile Energien europaweit bestmöglich ausgeglichen werden können.
- Der Bedarf an Strom und Speichern ist zu senken durch eine intelligente Vernetzung von E-Autos, Kühlsystemen und Verbrauchern in der Industrie.
- Alle E-Autos müssen ausgestattet sein mit einer standardisierten Schnittstelle für bidirektionales Laden, damit sie an jeder Ladesäule geladen und entladen werden können. Hierzu kann die ISO/DIS 15118-209 dienen.
- Die EU soll in der kommenden Legislaturperiode die erforderlichen Mittel bereitstellen für die Errichtung von mindestens einer neuen Photovoltaik-Fabrik samt der dazugehörigen Siliziumkristallisation mit einer jährlich produzierten Modulleistung in der Größenordnung von 10 GW.

⁵¹⁷

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klima-energiepolitik-in-der-eu#energieunion-und-governance-verordnung>

⁵¹⁸ Göke u. a. (2023)

- Wo immer möglich, ist die direkte Elektrifizierung dem grünen Wasserstoff vorzuziehen, da dieser in der Produktion unverhältnismäßig viel Energie erfordert.
- Für die Nutzung von Wasserstoff und die Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur werden Kriterien für eine priorisierte Vergabe eingeführt wie: Substituierbarkeit, Treibhausgasreduktionspotenzial und Effizienz, Kosten, Zeit, Komplexizität.
- Wasserstoff soll vorrangig dann erzeugt werden, wenn zu viel Erneuerbare Energie vorhanden ist.
- Investitionen in erneuerbare Energien und den Netzausbau sind von großer strategischer Bedeutung und müssen deshalb massiv gefördert werden. Nur so kann Europa im internationalen Wettbewerb mit China und den USA bestehen.
- Bürokratische Hemmnisse für Solaranlagen und Windräder sind abzubauen. In Nutzwäldern müssen Windkraftanlagen erlaubt sein. Mindestabstände zu Gebäuden dürfen den erforderlichen Ausbau nicht behindern.
- Für das Repowering von Bestandsanlagen müssen die Genehmigungsverfahren so einfach wie möglich gestaltet werden.
- Die Akzeptanz der Bevölkerung für Bauvorhaben zum Ausbau der erneuerbaren Energien ist zu fördern durch Dialog sowie durch finanzielle Beteiligungen in Form von Geschäftsanteilen oder von Sparprodukten. Auch die Gemeinden müssen von den Windkraftanlagen profitieren, die sie auf ihrem Gebiet installieren.
- Damit die erneuerbaren Energien sich auf dem gesamten europäischen Kontinent gegenseitig stabilisieren können, ist der Ausbau der Stromnetze voranzutreiben. Erforderlich ist insbesondere eine bessere Anbindung der iberischen Halbinsel⁵¹⁹.
- Moderne technische Lösungen für Übertragungsnetze über weite Strecken (insbesondere UHVDC) sind auf Umsetzbarkeit zu prüfen.
- Für alle öffentlichen und viele private Gebäude ist eine Baupflicht von Dach-Photovoltaikanlagen einzuführen. Die Agrar-Photovoltaik, also die Doppelnutzung landwirtschaftlicher Flächen für Ackerbau und Photovoltaik, ist zu fördern.
- Um die Importabhängigkeit bei der Produktion von Solarzellen zu reduzieren, ist eine entsprechende Maschinenbau-Infrastruktur aufzubauen⁵²⁰.

⁵¹⁹ ebd.

⁵²⁰ ebd.

- Wasserkraft-Anlagen eignen sich für die Stabilisierung der Stromnetze. Dieses Potenzial ist zu nutzen. Dafür ist unter anderem eine bessere Netzanbindung der hydroelektrischen Kernregionen, beispielsweise in Nordeuropa, erforderlich⁵²¹.
- Erneuerbare Energien brauchen einen Mix an verschiedenen Speichern und intelligenten Netzen. Diese sind rasch auszubauen. Im Wohnsektor sind Solar-Batteriespeichersysteme zu fördern. Die heutigen Erdgasspeicher müssen bis Anfang der 30er-Jahre in Power-to-Gas⁵²²-Speicher umgewandelt werden.
- Für E-Autos sind Standards für bidirektionales Laden mit der entsprechenden Infrastruktur sicherzustellen.
- An Standorten, an denen Geothermie sinnvoll ist, soll diese gefördert werden, insbesondere in Verbindung mit Wärmepumpen.
- Die Planung, Speicherung und Bereitstellung von Energie muss europaweit intelligent vernetzt werden. Die Gefahren für die Cybersicherheit, die damit einhergehen, müssen gezielt bekämpft werden.
- Gaskessel in Wohnungen und Gebäuden sind so schnell wie möglich durch Wärmepumpen zu ersetzen.
- Dezentrale Formen der Energieerzeugung sind den Mega-Projekten der Großkonzerne vorzuziehen, denn sie sind krisensicherer, finden in der Bevölkerung mehr Akzeptanz und reduzieren die Abhängigkeit von Energieimporten⁵²³.
- Die EU schafft niederschwellige Förderprogramme für Photovoltaikanlagen (Dach-Photovoltaik, Parkplatzüberdachung, Balkonsolaranlagen, PV-Überdachung von Autobahnen) sowie für Solarthermie-Anlagen, energetische Gebäudesanierungen, Wärmepumpen und Windkraftanlagen. Die Förderung richtet sich an Privatpersonen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen/Kommunen.
- Energieeffizienz und Suffizienz sind als zweite Säule der Energiewende notwendig, um eine relative Deckungsquote erneuerbarer Energien zu Stromverbrauch möglichst schnell und ressourcenarm zu erreichen. Deshalb sind sie bei allen internationalen Planungen zur Energiewende zu stärken. Produktionsstandards und Richtlinien für die Beschränkung von

⁵²¹ ebd.

⁵²² Mittels Elektrolyse hergestellter grüner Wasserstoff (<https://de.wikipedia.org/wiki/Power-to-Gas>)

⁵²³ Göke u. a. (2023)

Energieverbänden üblicher Gebrauchsgegenstände (z. B. Elektrogeräte in der Küche und Haushalt, Elektroautos) sind EU-weit einzuführen.

6.1.5 Entkräften von Gegenargumenten

Welchen Beitrag kann der Wasserstoff zur Energiewende leisten?

Bestimmte Anwendungen lassen sich ohne Wasserstoff nicht dekarbonisieren. Dazu gehören die Produktion von Zement und Stahl, der – drastisch zu reduzierende – Flugverkehr, der Schiffsverkehr sowie Langfrist-Speicher zur Stabilisierung der Stromversorgung.

Dekarbonisiert ist jedoch nur grüner Wasserstoff. Dessen Herstellung ist äußerst energieintensiv. Deshalb wird er als der „Champagner der Energiewende“ angesehen. Er sollte nur dort eingesetzt werden, wo eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Denn direkte Elektrifizierung erfordert im Vergleich zu grünem Wasserstoff nur einen Bruchteil an Energie. Deshalb ist Wasserstoff für Autos und Heizungen ungeeignet. Die ineffiziente Anwendung dieses kostbaren und knappen Rohstoffs würde die Verfügbarkeit in den Sektoren und Anwendungen reduzieren, in denen er unverzichtbar ist

Abwegig ist die Vorstellung, wir könnten auf den Ausbau der erneuerbaren Energien in der EU zugunsten von Wasserstoff-Importen verzichten⁵²⁴. Denn Import-Lösungen haben erhebliche Nachteile:

- Strom-Importe sind erheblich teurer als selbst erzeugter Strom.
- Es gibt keinen Plan, wie wir innerhalb weniger Jahre ausreichend grünen Wasserstoff und grünen Strom in die EU transportieren sollen. Angesichts der sich rasch verschlimmernden Erderhitzung bleibt uns aber keine Zeit mehr, darauf zu warten.
- Durch Importe geraten wir in Abhängigkeit von politisch instabilen Autokratien.
- Auf verschwenderische Wasserstoff-Lösungen zu setzen, um dafür in anderen Ländern riesige Naturlandschaften mit Windrädern und Solarpanels zu übersäen, die wir bei uns ablehnen, ist Klima-Kolonialismus und könnte bei jedem Machtwechsel zu erheblichen Konflikten führen.

⁵²⁴ Quaschnig (2022), Kapitel „Wie viel Energieimporte brauchen wir?“

- Die für Strom-Importe erforderlichen Leitungen müssten erst noch gebaut werden, was in der Bevölkerung auf erhebliche Proteste stoßen würde. Die ohnehin zeitaufwändige Planung würde sich dadurch erheblich in die Länge ziehen. Zu rechnen ist mit mindestens 15 Jahren vom Baubeschluss bis zur Fertigstellung – wenn es überhaupt so weit kommt. Neue Überland-Leitungen werden meist von den Anwohnern abgelehnt, Erdkabel sind um ein Vielfaches teurer.
- Die potenziellen Export-Länder können bisher noch nicht einmal ihren eigenen Energiebedarf mit erneuerbaren Energien decken. Solange das so ist, führt dort der Export erneuerbarer Energien zu einem Anstieg an fossilen Energien für den Eigenbedarf. Für das Klima ist dabei nichts gewonnen.
- Es gibt zwar bereits Erdgaspipelines zwischen Nordafrika und Europa. Um sie für Wasserstoff zu nutzen, müsste aber erst die Erdgasförderung eingestellt und die gesamte Infrastruktur mit allen angeschlossenen Verbrauchsgeräten zeitaufwändig auf Wasserstoff umgestellt werden. Auch ist das Pipeline-Volumen für die erforderlichen Energiemengen viel zu gering.
- Der Import von grünem Wasserstoff auf dem Seeweg ist extrem teuer sowie mit erheblichem Aufwand und großen Energieverlusten verbunden.

Nach den Verlusten durch Wasserentsalzung, Elektrolyse, Verflüssigung, Transport und Rückverstromung würde bei Wasserstoff-Importen aus Nordafrika auf dem Seeweg kaum ein Drittel der ursprünglichen Energie in Europa ankommen.

Die EU soll die Länder in Nordafrika beim Aufbau einer Solar-Infrastruktur unterstützen. Das darf aber nicht dazu führen, dass neokoloniale Strukturen aufgebaut werden, mit welchen andere Staaten die Lasten der Wasserstoffproduktion (Wasserverbrauch, Flächenverbrauch, Umweltlasten) tragen, damit die EU-Staaten weiter Energie verschwenden können.

Könnte die vergleichsweise CO₂-arme Kernenergie ein Beitrag zur Lösung sein?

Eine aktuelle Studie unter Federführung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung⁵²⁵ rät zwar dazu, bestehende Atomkraftwerke „bis zum Ende ihrer technischen Lebensdauer“ zu betreiben. Sie lehnt aber den Bau neuer Anlagen ab. Dafür gibt es gute Gründe⁵²⁶:

⁵²⁵ Göke u. a. (2023)

⁵²⁶ Quaschnig (2022)

- 2021 wurden EU-weit 22 % des Stroms mit Atomkraft erzeugt⁵²⁷. Ihr Anteil am Endenergieverbrauch dürfte dagegen deutlich unter 10 % betragen. Ihre Bedeutung ist also heute schon eher gering. Und sie wird weiter abnehmen, denn an dem erforderlichen Ausbau der Stromerzeugung wird die Atomkraft nicht beteiligt sein.
- Einen wesentlichen Beitrag zu der vollständigen Abkehr von den fossilen Energien könnte die Atomenergie nur leisten, wenn in Europa hunderte neuer Atomkraftwerke gebaut würden. Das aber ist völlig utopisch:
- Strom aus neuen Atomkraftanlagen ist zwei- bis dreimal so teuer wie Strom aus neuen Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Noch teurer wird es, wenn die Baukosten am Ende die ursprüngliche Kalkulation um ein Vielfaches übersteigen – was sie in der Regel tun. So kostete der ursprünglich mit drei Milliarden Euro projektierte Reaktor im finnischen Ölkiluoto am Ende elf Milliarden Euro. Im französischen Flamanville war die Kostensteigerung noch extremer.
- Das Risiko ist hoch, dass AKWs erst für Unsummen gebaut, dann aber aus Sicherheitsgründen oder wegen anhaltender Proteste nicht in Betrieb genommen werden, wie unter anderem in Österreich mehrfach geschehen. In Deutschland wurde beispielweise der Schnelle Brüter in Kalkar zwar gebaut, aber nie in Betrieb genommen.
- Die Bauzeiten sind unkalkulierbar lang. Der finnische Reaktor auf der Insel Ölkiluoto ist dafür ein Beispiel, und keineswegs das extremste: Er wurde 2003 geplant, 2005 wurde mit dem Bau begonnen. Die Inbetriebnahme sollte 2011 erfolgen. Tatsächlich kam es dazu erst 2022, und auch dann erst im Probetrieb. Kommerziell genutzt wird der Reaktor erst seit 2023. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der wir aus den fossilen Energien aussteigen müssen, sind derart lange Bauzeiten inakzeptabel.
- Angesichts der zu erwartenden Dürreperioden kann die Versorgung mit Kühlwasser an den meisten Standorten nicht mehr gewährleistet werden.
- Der Schaden ist unkalkulierbar hoch, wenn Atomkraftwerke havarieren oder zum Angriffsziel werden, sei es durch einen Terroranschlag oder im Kriegsfall. Die Versicherungen wissen das: Atomkraftwerke sind nicht versicherbar. Das Risiko wird auf die Steuerzahlenden abgewälzt.
- Es gibt nach wie vor kein Endlager für den Atommüll. Niemand weiß, wie das über Jahrtausende gefährlich strahlende Material so verwahrt werden soll,

⁵²⁷ ebd. u. Göke u. a. (2023)

dass es über alle Kriege, Eiszeiten, Klimakatastrophen, Meteoriteneinschläge und Kontinentalverschiebungen hinweg, mit denen während Jahrtausenden zu rechnen ist, stets gesichert bleibt.

- Atomkraft erzeugt Abhängigkeiten. In der EU sind derzeit 21 Atomreaktoren angewiesen auf Brennelemente und technische Unterstützung aus Russland⁵²⁸.

Angesichts der immer günstiger werdenden erneuerbaren Energien spricht heute buchstäblich nichts mehr für neue Atomkraftwerke, weder aus ökologischer noch aus wirtschaftlicher Sicht. Fachleute halten es deshalb für unmöglich, dass die EU-weit geplanten oder angekündigten 15 bis 20 neuen AKWs tatsächlich gebaut werden⁵²⁹.

Wo heute noch gegen jede ökologische und wirtschaftliche Vernunft neue Atomreaktoren gefordert werden, besteht der Verdacht, dass militärische Überlegungen im Spiel sind. Denn die Übergänge zwischen ziviler und militärischer Nutzung sind fließend.

Im Weltmaßstab sind AKWs als Lösung für die Energiewende allein schon deshalb ungeeignet, weil die verfügbaren Uranmengen dafür gar nicht ausreichen⁵³⁰. Aktuell liegt der Beitrag der Atomkraftwerke zur weltweiten Energieversorgung unter drei Prozent. Würde man ihn auch nur auf 50 % ausbauen, wären sämtliche entdeckten und bisher nur vermuteten Uranressourcen innerhalb von 13 Jahren aufgebraucht. Die Vorkommen des als Alternative oft ins Spiel gebrachten Thorium sind noch geringer. Zwar lassen sich Kernbrennstoffe mit der Brüter-Technologie strecken. Aber da Schnelle Brüter nur mit dem hochentzündlichen Natrium gekühlt werden können, sind sie extrem gefährlich.

- Sind die neuen Atomkraftwerke besser?

Die oft als „Kernkraftwerke der vierten Generation“ angepriesenen Flüssigsalzreaktoren existieren bisher nur auf dem Papier. Bis zu ihrer Einsatzfähigkeit könnten Jahrzehnte vergehen. Auch die Transmutation, bei der Atomwaste als Brennstoff wiederverwertet werden soll, gibt es bisher nur in der Theorie. Sollte sie je kommen, wird sie unkalkulierbar teuer sein und würde den

⁵²⁸ Göke u. a. (2023)

⁵²⁹

<https://www.fr.de/politik/warum-der-atomausstieg-kein-deutscher-sonderweg-ist-92206583.html>

⁵³⁰ Quaschnig (2022)

Atommüll nicht etwa vernichten, sondern ersetzen durch große Mengen an radioaktivem Material, das zwar schwächer strahlt als das Ausgangsmaterial, aber dennoch ebenfalls gefährlich ist. Als mögliche Entschärfung des Endlager-Problems von hochradioaktivem Müll könnte sie eines Tages eine Rolle spielen, ein Beitrag zur Energiewende ist sie nicht.

Von Bill Gates wurden Klein-Reaktoren ins Gespräch gebracht, die in den Kellern von Privathäusern untergebracht wären. Solche Reaktoren wären ein Fest für Terroristen, die den Atommüll für schmutzige Bomben verwenden könnten. Damit lassen sich leicht große Gebiete verseuchen.

Die Kernfusion ist ebenfalls Jahrzehnte von der Realisierung entfernt. Für die Kombination mit erneuerbaren Energien ist sie ohnehin zu unflexibel.

Nicht einmal die Energiekonzerne selbst sind noch an der Atomkraft interessiert. Sie ist heute nicht viel mehr als eine wohlfeile Ausrede für Politiker:innen, die beim Klimaschutz versagen. Der bayerische Ministerpräsident, ein bekennender Atomkraft-Fan⁵³¹, müsste beim Umstieg auf Atomkraft fairerweise in Bayern neue Atomkraftwerke dutzendweise bauen lassen. Wie er das schaffen will, wo er bereits Mühe hat, beim jährlichen Zubau von Windrädern auch nur in den zweistelligen Bereich vorzustoßen⁵³², bleibt sein Geheimnis.

Die Klimaliste tritt dafür ein, die noch bestehenden Atomkraftwerke so schnell wie möglich durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Auf keinen Fall dürfen neue Atomkraftwerke gebaut werden.

⁵³¹ Falls er seine Meinung inzwischen nicht zum x-ten Mal wieder geändert haben sollte (<https://www.br.de/nachrichten/bayern/immer-diese-bayern-die-energiewende-wenden-des-freistaats.TpogyKD>)

⁵³²

<https://www.agrarheute.com/energie/strom/bundesland-klar-er-verlierer-beim-ausbau-windenergie-609610#:~:text=Ganze%20f%C3%BCnf%20Windr%C3%A4der%20wurden%20in,in%20Bayern%20bis%202030%20aufzustellen>

Scheitert die Energiewende am Fachkräftemangel?

Der Fachkräftemangel ist nicht nur in Deutschland⁵³³, sondern auch in anderen europäischen Ländern Thema⁵³⁴. Die Energiewende wird daran nicht scheitern, sie könnte sich aber verlangsamen. Maßnahmen, die dem entgegenwirken, sind unter anderem:

- Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich erneuerbare Energien, die vorhandene Fachkräfte in die Lage versetzen, die erforderlichen Installationen zu realisieren⁵³⁵.
- Eine Willkommenskultur für Migrant:innen. Dazu gehören unter anderem: Überwindung von Rassismus, Bürokratieabbau, Erleichterungen bei der Visa-Vergabe und bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- Attraktive Konditionen für Fachkräfte an den Universitäten und in den Betrieben⁵³⁶.
- Kostenlose Sprachkurse und die Möglichkeit, die Landessprache erst nach der Ankunft im Zielland parallel neben der Arbeit zu erlernen.
- Aufwertung des Handwerks, wertschätzender Umgang mit Handwerker:innen, faire Konditionen, Sicherstellung komfortabler Wohnbedingungen⁵³⁷.

Lässt sich der Treibhausgas-Ausstoß durch Negativ-Emissionen wieder korrigieren⁵³⁸?

Würden Meere, Wälder und Moore nicht einen erheblichen Teil der menschlichen CO₂-Emissionen absorbieren – nicht auszudenken, wie weit die Erderhitzung dann bereits fortgeschritten wäre. Doch die Fähigkeit der natürlichen Senken, CO₂

⁵³³

<https://www.zeit.de/2023/06/energetische-sanierung-klimaneutralitaet-handwerk-knappheit/komplettansicht>

⁵³⁴

<https://www.europa-union.de/ueber-uns/meldungen/aktuelles/31-europaeischer-abend-fachkraefte-mangel-in-europa-wie-gelingt-die-eu-migrationspolitik>,

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/arbeitsmarkt-wie-sich-europa-gegen-den-fachkraeftemangel-stemmt-und-was-deutschland-daraus-lernen-kann/28026930.html>

⁵³⁵ Göke u. a. (2023),

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-04/heizungsinstallateure-fachkraeftemangel-waermepumpe>

⁵³⁶

<https://www.zeit.de/zett/politik/2023-08/zuwanderung-deutschland-internationale-arbeitskraefte-fachkraeftemangel-buerokratie>

⁵³⁷ <https://www.zeit.de/arbeit/2022-11/handwerk-vorurteile-bauleitung-fachkraeftemangel>

⁵³⁸ Quaschnig (2022), Kapitel „Kompensation und CO₂-Rückholung sinnvoll?“

aufzunehmen, nimmt ab. Die Ozeane sind so warm wie nie⁵³⁹, und die Wälder verwandeln sich durch die zahlreichen Waldbrände aus CO₂-Senken in Emittenten⁵⁴⁰. Wollten wir also auf Negativ-Emissionen setzen, müssten wir an erster Stelle die Waldzerstörung stoppen.

Wie steht es um die technischen Möglichkeiten, CO₂ zu absorbieren? Zwei CCS-Technologien lassen sich unterscheiden: BECCS und DACCS.

Bei BECCS (Bioenergy with Carbon Capture and Storage) wird Biomasse in Kraftwerken verbrannt, das dabei entstehende CO₂ wird aufgefangen und unter der Erde gelagert. Um BECCS auf eine relevante Größe zu skalieren, müssten wir gigantische Ackerflächen, die uns nicht zur Verfügung stehen, mit Monokulturen bebauen. Es wäre ein riesiges Programm zur Zerstörung von Natur und zur Gefährdung der Lebensmittelversorgung. Energie aus Biomasse-Monokulturen ist ohnehin wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig, die Kosten für die CO₂-Abscheidung würden die Kosten zusätzlich in die Höhe treiben.

DACCS (Direct Air Carbon Capture and Storage, auch DAC) ist die direkte Abscheidung von CO₂ aus der Luft mit anschließender Endlagerung. Die CO₂-Konzentration in der Luft ist jedoch trotz der erheblichen Treibhausgas-Wirkung nur sehr gering. Deshalb ist es unverhältnismäßig teuer und energieaufwändig, das CO₂ wieder herauszufiltern. Hinzu kommen die Kosten für Lagerung und Transport.

CO₂-Abscheidung wird auch bei der Herstellung von Wasserstoff aus Erdgas eingesetzt („blauer Wasserstoff“). Da aber bei der Förderung und dem Transport von Erdgas immer äußerst gefährliches Methan in die Atmosphäre gelangt, ist blauer Wasserstoff keine Lösung⁵⁴¹.

Die Klimaliste begrüßt die Erforschung der CCS-Technologien. Eines Tages könnte die zusätzliche Rückholung von CO₂ tatsächlich sinnvoll sein. Bisher ist CCS aber noch weit davon entfernt, einen nennenswerten Beitrag zur Senkung der

⁵³⁹ <https://www.bpb.de/themen/umwelt/anthropozoen/256774/ozeanversauerung/>,
<https://www.deutschlandfunk.de/nordatlantik-waermer-denn-je-interview-prof-stefan-rahmstorf-pik-dlf-898e426f-100.html>

⁵⁴⁰ <https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/wald-und-klima/waelder-und-klimaschutz/>

⁵⁴¹ Quaschnig (2022), Kapitel „Die Wasserstoff-Farbenlehre“

CO₂-Konzentration in der Atmosphäre leisten zu können⁵⁴². Schon gar nicht kann CCS aktuell nötige Maßnahmen zum Ausstieg aus den fossilen Energien ersetzen.

Können Energiepflanzen zur Energiewende beitragen?

Energiepflanzen stehen in Konkurrenz zur Erzeugung von Lebensmitteln. Daher verschärfen sie die Folgen der Erderhitzung, statt sie zu lindern.

In der EU müssen die Treibstoffhersteller ihrem fossilen Treibstoff sieben Prozent Biokraftstoff beimischen. Daraus entsteht ein Gemisch, das wegen der damit einhergehenden Regenwaldabholzung dreimal so klimaschädlich ist wie purer Diesel⁵⁴³.

Landwirtschaftliche Anbaufläche für die Erzeugung von Biogas zu verwenden, ist nicht sinnvoll. Auf derselben Fläche kann mit mobilen Photovoltaik-Anlagen die fünfzehnfache Menge an grünem Strom produziert werden⁵⁴⁴. Durch den Einsatz intelligenter Agrovoltaiik-Lösungen ist der Boden doppelt nutzbar, sodass für den Anbau von Lebensmitteln keine Fläche verloren geht.

Was die Klimaliste anders macht

Keine der großen Parteien aus dem Bundestag, die bei der EU-Wahl kandidieren, strebt derzeit eine Politik an, mit der sich das Pariser Klimaschutzabkommen sicher einhalten ließe. Keine von ihnen besteht darauf, dass die Zubaumengen an erneuerbaren Energien eingehalten werden, die zum Einhalten der 1,5-Grad-Grenze erforderlich sind⁵⁴⁵.

Dagegen hält sich die Klimaliste Deutschland in ihren Forderungen konsequent an die Erkenntnisse der Klimaforschung. Was die Wissenschaft als notwendig erkannt hat, ist für uns nicht Verhandlungsmasse, hinter der das Ergebnis zurückbleiben dürfte, sondern verbindlicher Handlungsauftrag.

6.1.7 Quellenangaben

Climate Adapt: <https://climate-adapt.eea.europa.eu/>

⁵⁴² https://de.wikipedia.org/wiki/CO2-Abscheidung_und_-Speicherung#Umsetzung

⁵⁴³ Plöger (2023), Kapitel „Sag mir, wo die Bäume sind“

⁵⁴⁴ <https://energiewende-ruesselsheim.de/biogass-vs-pv-kosten-und-flachen/>

⁵⁴⁵ Quaschnig (2022)

Europäische Umweltagentur:

- Energie: <https://www.eea.europa.eu/en/topics/in-depth/energy>
- Energie-Effizienz: <https://www.eea.europa.eu/en/topics/in-depth/energy-efficiency>
- Erneuerbare Energien: <https://www.eea.europa.eu/en/topics/in-depth/renewable-energy>
- Daten zu den EU-Treibhausgasemissionen: <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/data-viewers/greenhouse-gases-viewer>

European Energy Index:

- <https://innovationorigins.com/en/energy-index-europe/>

Fit for 55:

- https://de.wikipedia.org/wiki/Fit_for_55

Göke u. a. (2023): European Power Sovereignty Through Renewables by 2030. Zusammenfassung der Meta-Analyse im Auftrag von Aquila Group. Hauptautoren: Leonard Göke, Christian von Hirschhausen, Siddharth Joshi, Claudia Kemfert, Jürgen P. Kropp, Hans-Joachim Schellnhuber, Eicke R. Weber, Christos Zerefos. Koordiniert durch das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

<https://www.aquila-capital.de/>

Götze, Susanne und Annika Joeres (2020): Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen. Darin Kapitel „Die Klimaschmutzlobby in Brüssel“

Laufend aktualisierte Dokumente zu den Ausbauerfordernissen erneuerbarer Energien: www.volker-quaschnig.de

Niranjan, Ajit (2023): Green Deal: Wie läuft die Energiewende der EU? (<https://www.dw.com/de/eu-green-deal-tracker-faktencheck-klimaneutraler-umbau/a-64990834>)

Plöger, Sven (2023): Zieht euch warm an, es wird noch heißer! Können wir den Klimawandel noch beherrschen? (Literaturverzeichnis zum Buch (.docx-Download):

<https://www.westendverlag.de/wp-content/uploads/Pl%C3%B6ger-Literaturverzeichnis-komplett.docx>)

Quaschnig (2022) = Volker und Cornelia Quaschnig (2022): Energierevolution jetzt! Mobilität, Wohnen, grüner Strom und Wasserstoff: Was führt uns aus der Klimakrise – und was nicht?

Umweltbundesamt (2023):

- Klima- und Energiepolitik der EU (2023):
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klima-energiepolitik-in-der-eu#repower-eu>
- Europäische Energie- und Klimaziele (2023):
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/europaeische-energie-klimaziele#zielvereinbarungen>

Zur Atomenergie:

- <https://www.fr.de/politik/warum-der-atomausstieg-kein-deutscher-sonderweg-ist-92206583.html>
- https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Kernbrennstoffe/kernbrennstoffe_node.html

6.2 PV-Produktion

Für eine resiliente europäische Photovoltaik-Produktion.

6.2.1 Einleitung

Ein jährlich benötigter Ertrag von 750 TWh erfordert gut 800 GW installierte Nennleistung an PV-Modulen. Bei einer Lebensdauer von 20 Jahren müssen wir also 40 GW an PV-Modulen jedes Jahr aufstellen.

6.2.2 Problembeschreibung

Die großen chinesischen Hersteller planen Produktionsstandorte mit z.B. 16 GW jährlicher Produktion⁷². Angekurbelt durch massive staatliche Hilfen sind diese riesigen Produktionslinien heute sehr viel günstiger, als alles, was wir in Deutschland oder Europa herstellen können. Unsere Produktion ist indes auf wenige Betriebe geschrumpft, die sich zunehmend auf Speziallösungen fokussieren.

6.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Wir möchten in der kommenden Legislatur EU-Mittel für die Errichtung mindestens einer neuen Modulfabrik samt der dazu gehörenden Siliziumkristallisation mit einer jährlich produzierten Modulleistung in der Größenordnung von 10 GW bereitstellen.

Kosten

Dies wird einen mittleren, einstelligen Milliardenbetrag erfordern.

6.3 Aufteilung der deutschen Strompreiszone – notfalls auf Anordnung der EU

6.3.1 Einleitung

Mit Ausbau erneuerbarer Energien wird die Stromerzeugung lokal schwanken. In Deutschland etwa wird an einem bewölkten Tag mit viel Wind Strom eher im Norden erzeugt, an einem sonnigen, windstillen Tag eher im Süden. Trotz der neuen HGÜ-Trassen wird das Netz immer wieder Engpässe aufweisen. Ein Netzausbau, der jederzeit alle erzeugte Energie transportieren kann, wäre unwirtschaftlich.

6.3.2 Problembeschreibung

Aktuell gibt es in Deutschland einen überall einheitlichen Strompreis. Dadurch werden Fehlanreize gesetzt: Ist etwa viel Windenergie im Norden verfügbar, sinkt der Preis auch in Süddeutschland und die Industrie dort fährt ihre Anlagen hoch, die Schweiz und Österreich kaufen bei uns Strom für ihre Pumpspeicher ein. Dieser Strom kann jedoch nicht vollständig quer durch Deutschland transportiert werden. Daher müssen dann trotzdem Windenergieanlagen abgeregelt werden und Kohle- oder Gaskraftwerke im Süden hochfahren. Dieses Phänomen nennt man Redispatch und es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren dadurch erhebliche Mehrkosten entstehen.

6.3.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland (im eigenen Interesse) eine der von der ACER10 vorgeschlagenen Aufteilungen der deutschen Gebotszone annimmt⁵⁴⁶. Falls nicht, werden wir Abgeordnete anderer Staaten überzeugen, eine Aufteilung zu unterstützen.

6.3.4 Begründung

Ziel ist, einen Strommarkt zu schaffen, der den Anforderungen der erneuerbaren Energien gewachsen ist, damit die Kosten der Energiewende minimiert werden.

⁵⁴⁶ <https://www.energie-experten.org/news/wann-wird-die-deutsche-strompreiszone-aufgeteilt>

Andere Länder haben bereits erfolgreich ihren Strommarkt in kleinere Gebiete aufgeteilt, teils ebenfalls auf Anordnung durch die EU⁵⁴⁷.

547

https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2023/2023-XX_DE_Nordic_Power_Markets/THEMA-Report_SubnationaleGebotszonen_Nordics_Agora_Energiewende.pdf

6.4 Europäisches HGÜ-Netz

6.4.1 Einleitung

Mit Ausbau erneuerbarer Energien muss Strom über immer weitere Distanzen transportiert oder länger gespeichert werden. Die Kapazität der Übertragungsnetze zwischen den Ländern soll dafür auf 15 % der installierten Kraftwerksleistung ausgebaut werden⁵⁴⁸, was etwa der durchschnittlichen Erzeugungsleistung erneuerbarer Energien bezogen auf deren Nennleistung entspricht.

6.4.2 Problembeschreibung

Für den Transport über weite Distanzen kommen nur sogenannte HGÜ-Leitungen⁵⁴⁹ in Frage. Dabei müssen Spannungen von über 500 kV pro Pol erreicht werden. Für diese Spannungsniveaus sind erste Erdkabelösungen gerade erst marktreif geworden⁵⁵⁰, natürlich nicht ohne Kinderkrankheiten⁵⁵¹. Mittels klassischer Freileitungen werden inzwischen Spannungsniveaus von über 800 kV erreicht und Übertragungswege über 2000 km möglich.

Das Belo Monte-Rio de Janeiro UHVDC-Projekt transportiert zu ähnlichen Kosten etwa so viel Leistung, wie der geplante Sümlink in Deutschland - allerdings mehr als dreimal so weit.^{552 553 554} Ob und in welchem Umfang transnationale UHVDC-Leitungen in Europa gegenüber einer eher lokalen Stromversorgung mit mehr Speichern sinnvoll sind, ist schwer abzuschätzen. In der Fachwelt kursieren dazu unterschiedliche Meinungen.

⁵⁴⁸

https://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Bedarfsermittlung/2037/SR/Szenariorahmen_2037_Entwurf.pdf?__blob=publicationFile: Ein Ausbau auf 15 % der installierten Kraftwerksleistung, entspricht etwa der durchschnittlichen Erzeugungsleistung erneuerbarer Energien, bezogen auf deren Nennleistung.

⁵⁴⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Hochspannungs-Gleichstrom-%C3%9Cbertragung>

⁵⁵⁰

<https://www.energie.de/netzpraxis/news-detailansicht/nsctrl/detail/News/neue-hque-landkabelsysteme-fuer-525-kv>

⁵⁵¹

<https://w3.windmesse.de/windenergie/news/22171-offshore-netzanbindung-dolwin2-vom-strom-gekommen-um-reparaturarbeiten-auszufuehren>

⁵⁵² https://en.wikipedia.org/wiki/High-voltage_direct_current

⁵⁵³

<https://www.nsenergybusiness.com/projects/belo-monte-rio-de-janeiro-uhvdc-transmission-project/>

⁵⁵⁴ <https://www.tennet.eu/de/projekte/suedlink>

6.4.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Wir möchten unsere parlamentarischen Mittel auch zur Entwicklung von Stromnetzmodellen verwenden, die auf diese wichtige Frage präzise Antworten liefern.

6.5 Neue Technologien zur Entsorgung von Atommüll

6.5.1 Einleitung

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung geht allein in Deutschland von hochradioaktivem Atommüll im Umfang von rund 27.000 Kubikmetern aus. Dieses entspricht einer Größe von Würfeln mit dem Umfang von einem Kubikmeter, die aneinandergereiht eine Länge von 27 Kilometern ausmachen.

6.5.2 Problembeschreibung

Hochradioaktiver Atommüll hat eine Halbwertszeit, die zwischen 24.000 und einer Million Jahren liegt. Für diesen gibt es bisher nur das Konzept, ihn im Erdreich einzulagern. Alternative Technologien sind bisher noch nicht diskutiert oder erforscht worden.

6.5.2.1 Problemerkklärung

Schwach- und mittelradioaktive Abfälle

Als Atommüll bezeichnet man Reststoffe, die radioaktive Strahlung aussenden. Derartige Substanzen stammen aus einer Vielzahl von Quellen: In der Energiewirtschaft, Industrie, Forschung und Medizin werden radioaktive Substanzen verwendet. Es entstehen dort entsprechende Abfälle, die nach ihrer Gefährlichkeit klassifiziert werden: von schwach- über mittel- bis hin zu hochradioaktiv.

6.5.2.2 Beispiel

Für schwach- und mittelradioaktive Abfälle bestehen in Deutschland Endlager wie das Bergwerk Asse II bei Wolfenbüttel oder das Bergwerk Morsleben, in denen diese Stoffe bis zum Abklingen ihrer Radioaktivität sicher gelagert werden sollen.

Doch mit weitem Abstand am brisantesten ist der hochradioaktive Atommüll.

Keine Lösung für hochradioaktive Abfälle?

Hochradioaktiver Atommüll entsteht bei der Kernspaltung in den Brennstäben von Kernkraftwerken. Dieser Abfall strahlt sehr viel stärker als schwach- und mittelradioaktiver Abfall und erzeugt somit fast die gesamte menschengemachte

Radioaktivität. Zu ihm gehören auch einige äußerst problematische Substanzen wie das natürlich nicht vorkommende Plutonium, das schon in sehr geringen Mengen hochgiftig ist, eine Halbwertszeit von 24.000 Jahren hat und sich zudem zum Bau von Atombomben eignet. Im hochradioaktiven Abfall finden sich darüber hinaus einige extrem langlebige, neu entstandene Elemente mit Halbwertszeiten von teilweise über einer Million Jahren. Für die allein bis zum vollkommenen Rückbau der deutschen Atomkraftwerke erwarteten Menge von 27.000 Kubikmetern gibt es außer einer Einlagerung noch kein besonderes Entsorgungskonzept.

6.5.2.3 Problemrelevanz

Verdrängte Gefahren

Das Problem der Entsorgung wird in der Öffentlichkeit oft verdrängt: Zurzeit gehen von hochradioaktivem Müll besonders große Gefahren aus. Bei Bränden, Flugzeugabstürzen oder durch terroristische Aktivitäten könnten große Mengen von Radioaktivität in die Umwelt gelangen. Gegenwärtig werden viele Castor-Behälter allerdings aus logistischen Gründen unzureichend geschützt bei Kernkraftwerken gelagert, anstatt den Müll in zentralen Zwischenlagern abklingen zu lassen.

Grundlagenforschung für einen möglichen Ausweg

Die Dual-Liquid-Technik eröffnet hier einen Weg, das hochradioaktive Material auf einen Zustand von schwacher Radioaktivität in einem Reaktor herunterzubrennen und so ein Endprodukt zu erzeugen, das nur noch eine sehr geringe Halbwertszeit besitzt. Beim Dual-Fluid-Reaktor bleiben statt der 97 % Reststoffe (wie bei den konventionellen Reaktoren) nur noch 4 % Reststoffe übrig. Konkret bedeutet dies, dass im Durchschnitt für einen möglichen 1,5 Gigawatt-Reaktor mit Dual-Liquid-Technik pro Jahr ca. 5 kg strahlende Reststoffe anfielen, die allerdings nach nur 300 Jahren (statt wie bisher durchschnittlich 300.000 Jahren) auf die Radioaktivität von Natururan abgeklungen wären. Diese äußerst geringe Menge an Reststoffen kann man problemlos über diesen Zeitraum lagern. Nach 300 Jahren entstehen daraus wertvolle Materialien wie Ruthenium oder Rhodium.

Der Dual-Fluid-Reaktor ist kein klassischer Atomreaktor. Er gehört zur Klasse der Reaktoren, die mit verflüssigtem „Brennstoff“ arbeiten. Die Übertragung der Wärme und Kühlung soll durch flüssiges Blei herbeigeführt werden. Eine Besonderheit dieses Konzeptes ist es, dass die Kernspaltung in einem Dual-Fluid-Reaktor nicht selbstständig außer Kontrolle geraten kann und es aus physikalischen Gründen

nicht zu einer „Kernschmelze“ kommen kann, also zu einer sogenannten „kritischen Leistungsexkursion“, wie sie im Jahr 1986 in Tschernobyl erfolgte. Der Grund dafür ist, dass die Kernspaltung nur in einem sogenannten metastabilen Zustand ablaufen kann. Vereinfacht gesprochen bedeutet dies, dass für eine funktionierende Kernspaltung der mittlere Abstand zwischen zwei spaltbaren Atomkernen einen bestimmten Wert haben muss. Auf dieser Strecke werden die von einem Kern nach einer Spaltung ausgeschickten Neutronen gebremst und auf die richtige Geschwindigkeit gebracht, bevor sie den nächsten Kern treffen und dort die nächste Spaltung auslösen können. Das bedeutet, dass dieser Abstand (der Physiker spricht von der mittleren freien Weglänge) von zentraler Bedeutung ist für die Aufrechterhaltung der Kettenreaktion. Sind die Tochterneutronen zu langsam, erreichen sie den nächsten Kern nicht oder mit einer viel zu kleinen Geschwindigkeit. Sind sie zu schnell, fliegen sie einfach daran vorbei ohne eine Spaltung auslösen zu können. Solche Reaktoren regeln sich also von selbst. Selbst wenn man es will, kann man es nicht schaffen, eine Überkritikalität in einem Dual-Fluid-Reaktor herbeizuführen.

Flüssigbrennstoff-Reaktoren sind schon lange bekannt und liefen bereits von 1962 bis 1969 stabil und ohne Probleme in den USA in Oakridge. Die Techniken, die um einen Reaktor notwendig sind (Kühlungskreislauf etc.) sind in Deutschland gut erforscht und arbeiteten in den vergangenen Jahren bei den drei noch aktiven konventionellen Reaktoren stabil. Eine Förderung der Forschung an diesem Konzept beinhaltet keine automatische Einführung dieser Technik. Sie ist auch nicht als Wiedereinstieg in die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie vorgesehen.

6.5.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderung

- Es soll durch Grundlagenforschung erkundet werden, ob die theoretischen Versprechungen der Technik für eine Entsorgung sich in der Wirklichkeit realisieren lassen.

Das Konzept des Dual-Fluid-Reaktors wurde zunächst in Berlin an dem Institut für Festkörper-Kernphysik entwickelt. 2021 gründete sich daraus das Start-up-Unternehmen Dual Fluid Energy Inc, das sich um die wirtschaftliche Ausnutzung dieses Konzeptes bemüht.

6.5.5 Entkräften von Gegenargumenten

Auf politischer Ebene wird diesem Projekt vorgeworfen, dass es noch nicht genügend erforscht worden ist (so von dem Bündnis „Ausgestrahlt“). Auch sei ein erheblicher Teil des bereits entstandenen Atommülls für eine Transmutation, also Umwandlung ungeeignet. Diese Behauptung wird allerdings nicht mit technischen Daten unterlegt. Mit der Maßnahme der Forschungsförderung soll gerade diesem Mangel entgegengewirkt und versucht werden, möglichst viele offene Fragen durch genaue Forschungsarbeit klären zu lassen. Das Konzept des Dual-Fluid-Reaktors stellt aber zurzeit die einzige Perspektive für eine technische Entsorgung des hochreaktiven Atommülls dar.

6.5.6 Gegenfinanzierung

Für die Förderung einer solchen Technik auf EU-Ebene stehen Gelder des Atom-Deals und auf deutscher Ebene Haushaltsmittel des Atom-Ausstiegsprogrammes zur Verfügung. Es bedarf aber noch einer politischen Grundsatzentscheidung, dieses Projekt zu fördern.

6.5.7 Quellenangaben

- Konzept des Dual-Fluid-Reaktors:
<https://alstertalplus.de/2022/03/01/atomausstieg-oder-energiewende-2-0/>
- Nachweis der Menge des Atommülls:
<https://www.bge.de/de/abfaelle/aktueller-bestand/>,
<https://www.spektrum.de/wissen/6-fakten-ueber-unseren-atommuell-und-d-essen-entsorgung/1342930>
- Zum Status des Dual-Fluid-Projekts:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Dual-Fluid-Reaktor> Bisherige politische Reaktion bei:
<https://www.ausgestrahlt.de/themen/akw-generation-iv/schone-neue-reaktor-welt/>

7. Wärmewende

7.1 Einleitung

Die Wärmeerzeugung führt in Europa zu enormen Treibhausgasemissionen. In Deutschland werden für Heizwärme genauso viel Treibhausgase emittiert wie für den gesamten Stromverbrauch. In anderen Ländern ist die Bilanz weitaus besser – auch in Ländern, in denen es kälter ist als in Deutschland. Woran liegt das?

7.2 Problembeschreibung

Deutschland scheitert an der Wärmewende

Deutschland hinkt anderen Ländern bei der Transformation des Wärmesektors weit hinterher⁵⁵⁵ Hierzulande werden Heizungen größtenteils immer noch mit extrem klimaschädlichem Erdöl oder Erdgas betrieben.

Dass es auch anders geht, zeigen Länder wie Dänemark, wo der Einbau neuer Erdöl- und Erdgasheizungen bereits seit 2013 verboten ist. Norwegen hat 2020 nachgezogen.

Eine Schlüsseltechnologie für den Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung ist die Wärmepumpe. Im Vergleich zu einer reinen Elektroheizung benötigt sie nur etwa ein Drittel bis ein Viertel an Strom.

In Deutschland ist die Angst verbreitet, dass es mit Wärmepumpen nicht richtig warm wird. Aber wenn die Umstellung auf Wärmepumpen in so kalten Ländern wie Finnland und Schweden gelingt, warum nicht auch hierzulande?

555

Zwei weitere Anträge, die von der BLK hierher vertagt wurden:

Kooperative Politik: <https://forum.klimaliste.net/topic/1813/kooperative-politik-ohne-prozenthürde/1>

Strompreiszone: <https://forum.klimaliste.net/post/14307>

7.2.1 Problemerkklärung

Medienkampagne gegen Klimaschutz im Wärmesektor

Dass die Wärmewende in Deutschland immer noch nicht Fahrt aufnimmt, hat viel mit einer Medienkampagne zu tun, die im Frühjahr 2023 vor allem von Springer-Medien wie "Bild" und "Welt" losgetreten wurde. Im Zentrum dieser Kampagne stand das damals noch geplante Verbot neuer Gas- und Ölheizungen ab 2024.

Die Kampagne führte zu harten Auseinandersetzungen in Politik und Gesellschaft, häufig basierend auf Desinformation. Die Regierung lenkte ein, das geplante Gebäudeenergiegesetz wurde entkernt. Von bestimmten Neubauten abgesehen, wurde das Einbau-Verbot für fossile Heizungen weit in die Zukunft verschoben. Damit wurden die Klimaziele im Wärmesektor de facto aufgegeben: In Deutschland wird der Wärmesektor noch für viele Jahre einer der größten Emittenten von klimaschädlichen Treibhausgasen sein.

7.2.2 Beispiel

Mit Fehlinformationen gegen den überfälligen Wandel

Als den deutschen Medien der Plan der Bundesregierung durchgestochen wurde, neue Öl- und Gasheizungen ab 2024 zu verbieten, war über begleitende Fördermaßnahmen noch nichts entschieden. Dennoch wurde sofort mit oft aberwitzigen Zahlen das Schreckgespenst hoher Belastungen an die Wand gemalt.

Die Kampagne wirkt bis heute nach. Viele Hausbesitzende sind verunsichert. Sie befürchten hohe Kosten und rechnen mit langen Wartezeiten. Manche wollen Jahre auf die Entscheidung ihrer Gemeinde über den Aufbau eines Fernwärmenetzes warten. Dabei lässt sich meist heute schon feststellen, ob die Voraussetzungen dafür in einer Gemeinde gegeben sind oder nicht.

Die meisten Ängste sind unbegründet: Wärmepumpen sind rasch und günstig verfügbar, und es gibt bereits genügend Fachpersonal, um die Wartezeiten für den Einbau überschaubar zu halten. Mögliche Dämmkosten sind von der Wahl des Energieträgers unabhängig. Denn eine schlechte Dämmung hat auch Auswirkungen auf den Verbrauch Öl und Gas. Und die werden mit dem steigenden CO₂-Preis

immer teurer, während der Strompreis mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sinkt.

Auch störende Geräusche braucht niemand mehr zu befürchten, denn heutige Wärmepumpen sind sehr leise.

Einer aktuellen Studie zufolge könnten Wärmepumpen in einem Drittel aller Einfamilienhäuser in Deutschland sofort eingebaut werden. Weitere 30 % bräuchten nur “überschaubare Sanierungsmaßnahmen” wie neue Fenster. Auch viele Mehrfamilienhäuser sind mittlerweile gut umrüstbar⁵⁵⁶.

Doch die Hetzkampagne gegen den “Heizhammer” hat die Wärmewende ausgebremst. Die Zahl der Förderanträge für Wärmepumpen ging von August 2022 bis August 2023 in den Keller. Die Deutschen setzen weiter vor allem auf fossile Wärme.

7.2.3 Problemrelevanz

Die Bundesregierung will die Wärmewende verhindern – auch in Europa

Der Schaden, der durch die Entkernung des Gebäudeenergiegesetzes in Deutschland angerichtet wurde, ist immens. Doch damit nicht genug, möchten deutsche Politiker:innen nun auch auf europäischer Ebene wirksame Maßnahmen im Wärmesektor verhindern.

In Deutschland hat die medial erzeugte Verunsicherung dazu geführt, dass 2023 mehr fossile Heizungen eingebaut wurden als je zuvor: 790.500 Gasheizungen – ein Plus von 32 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der neu eingebauten Ölheizungen hat sich mit 112.500 sogar verdoppelt.

Mehr als 80 % der Haushalte in Deutschland heizen nach wie vor mit fossilen Brennstoffen.

Auf europäischer Ebene ist ein konsequenteres Vorgehen gegen klimaschädliche Heizungen geplant. Ab 2029 sollen in der EU fast ausschließlich Wärmepumpen neu eingebaut werden dürfen. Doch Bundespolitiker:innen laufen bereits gegen

⁵⁵⁶ <https://www.zeit.de/2024/11/waermepumpe-heizungsgesetz-waermewende-einbau-deutschland>

diese Pläne Sturm. Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) hat schon mal klargestellt: "Vorgaben zur Energieeffizienz, die auf ein Verbot von Gasheizungen auch im Biogas- oder Wasserstoffbetrieb hinauslaufen, wird es mit uns nicht geben."⁵⁵⁷

Dabei wäre der Einsatz von Biogasanlagen in der Wärmegewinnung in relevanten Mengen unverantwortlich. Denn dafür müsste noch mehr Biogas-Produktion als bisher schon auf Ackerflächen erfolgen, die für Lebensmittelerzeugung und Artenschutz benötigt werden. Ökologisch vertretbar ist allenfalls die Erzeugung aus Bioabfällen, Reststoffen und Gülle⁵⁵⁸. In der Fachwelt ist zudem unstrittig, dass Wasserstoff viel zu knapp und kostbar bleiben wird, als dass wir ihn für den Betrieb von Heizungen verschwenden dürften.

7.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Nachdem die Wärmewende im eigenen Land gescheitert ist, darf Deutschland sie nun nicht auch noch auf europäischer Ebene verhindern. Deshalb fordern wir:

- Ein schnellstmögliches Verbot neuer Öl- und Gasheizungen.
- Förderung von Dämmmaßnahmen sowie des Austauschs fossiler Heizungen gegen klimaschonende Lösungen, insbesondere Wärmepumpen.
- Umschulungen und Weiterbildungen für Fachkräfte bei der Installation neuer Heizungssysteme.
- Schneller und massiver Ausbau erneuerbarer Energien, auch um den steigenden Strombedarf für Wärmepumpen klimaneutral zu decken.
- Sozialer Ausgleich für ärmere Menschen, die bisher noch in schlecht gedämmten Wohnungen leben, sodass die Wärmewende in ihrem Fall zunächst zu höheren Heizkosten führt.
- Die Umwidmung und Sanierung vorhandener Gebäude ist dem Neubau vorzuziehen.
- Mehrfamilienhäuser sind gegenüber frei stehenden Einfamilienhäusern zu fördern, auch weil sie erheblich weniger Heizenergie benötigen.

⁵⁵⁷

<https://www.morgenpost.de/ratgeber/article238621025/heizung-eu-bruessel-eigentuemer-haus-gasheizung-deutschland.html>

⁵⁵⁸

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/industriebranchen/biogasanlagen#einfuehrung>

- Wo immer möglich, sollen heute schon ausschließlich klimaneutrale Baustoffe eingesetzt werden, wie klimaneutral hergestellter Zement und Holz.
- Dächer sind weitgehend für PV-Anlagen zu nutzen.
- Mieter:innen sind verbindlich aufzuklären über klimaschonendes Lüften, automatische Lüftungsanlagen mit Wärmetauschern sind zu fördern.
- Viele Gemeinden könnten durch Tiefbohrungen so genannte Kaltwasser-Wärmenetze schaffen, an die Hausbesitzende ihre Wärmepumpen anschließen können. Die Möglichkeiten sind vor Ort zu prüfen und gegebenenfalls mit entsprechender Förderung umzusetzen.

7.5 Entkräften von Gegenargumenten

Gegenargument „Erneuerbare Energien und Dämmung zuerst“

Müssen vor dem Einbau weiterer Wärmepumpen nicht zuerst die erneuerbaren Energien ausgebaut und die Altbauten gedämmt werden?

Antwort

Angesichts des drohenden Klimakollaps muss alles gleichzeitig geschehen, und das so schnell wie möglich. Leider geht es jedoch in allen genannten Bereich viel zu langsam voran.

Wärmedämmung ist in der Tat wichtig.

Moderne Passivhäuser kommen fast ohne Heizung aus, Plusenergiehäuser liefern über ihre PV-Anlage sogar mehr Energie, als sie verbrauchen. In Altbauten lässt sich durch Dämmung der Außenwände und dreifach verglaste Fenster viel erreichen. Aber für die erforderlichen Baumaßnahmen fehlt es an Fachpersonal. Deshalb werden sie erheblich mehr Zeit benötigen als der Einbau von Wärmepumpen.

Wärmepumpen sollten daher auch in Häuser eingebaut werden, die nicht optimal gedämmt sind. Solche Häuser würden sonst statt Strom – der erneuerbar produziert werden sollte – entsprechend mehr Gas oder Öl verbrauchen, bei absehbar steigenden Kosten.

Gegenargument „Altbau-Sanierung zuerst“

Kann die Umstellung auf Wärmepumpen in Altbauten, die nicht nach modernsten Standards saniert sind, dazu führen, dass es im Gebäude nicht mehr genügend warm wird?

Antwort

Nicht, wenn der Einbau fachlich korrekt erfolgt. Dann ist eine gute Wärmeversorgung auch gesichert, wenn die Wärmedämmung noch nicht modernsten Standards entspricht⁵⁵⁹. Möglicherweise müssen zusätzliche Heizkörper installiert werden.

Nur in seltenen Fällen ist von einer Umstellung auf die Wärmepumpe abzuraten:

- Wenn strenge Denkmalschutzauflagen in großen Altbauten keine Dämmung gestatten.
- Wenn die Besiedlung so dicht ist, dass es an Platz für Wärmepumpen fehlt. Dann sind ökologisch ausgebaute Fernwärmenetze angezeigt.

Gegenargument „Holzheizung“

Sind Holzheizungen eine sinnvolle Alternative zur Wärmepumpe?

Antwort

Holzheizungen können nur dann klimaneutral sein, wenn sie nicht mehr Holz verbrennen, als wieder nachwächst. Deshalb ist ihr Potenzial nur sehr begrenzt. Der Feinstaub aus der Holzverbrennung stellt ein hohes gesundheitliches Risiko dar. Deshalb ist hier der Einbau moderner Heizungsfilter erforderlich.

Gegenargument „Wasserstoffheizung“

Ist Heizen mit Wasserstoff eine Alternative zur Wärmepumpe?

Antwort

Klimaneutral ist Wasserstoff nur, wenn er ohne fossile Energien CO₂-neutral produziert wurde. Dieser grüne Wasserstoff wird aber wegen des hohen Aufwands in der Herstellung dauerhaft nur sehr begrenzt verfügbar sein. Daher sollte er nur dort eingesetzt werden, wo es keine Alternative gibt. Mit Wasserstoff zu heizen,

559

https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/presseinformationen/2024/0324_ISE_d_PI_Heizkostenstudie.pdf

wäre eine unverantwortliche Verschwendung, es sei denn ausnahmsweise bei Spitzenbelastungen an wenigen, außergewöhnlich kalten Tagen.

Gegenargument „klimaschädliche Kältemittel“

Werden in Wärmepumpen klimaschädliche Kältemittel eingesetzt?

Antwort

Es gibt Kältemittel, die bei Entweichen ein sehr hohes Treibhausgaspotenzial entwickeln. Diese Kältemittel sind zu verbieten. Sie sind nicht erforderlich, weil heute Kältemittel verfügbar sind, die keinen Klimaschaden anrichten.

Gegenargument „Strombedarf an extrem kalten Tagen“

Ist der Strombedarf einer Wärmepumpe an extrem kalten Tagen nicht extrem hoch?

Antwort

Das ist er nur dann, wenn ausschließlich die Luftwärmepumpen-Technologie eingesetzt wird. Es gibt aber auch Wärmepumpen, die Wärme aus dem Erdreich oder aus dem Grundwasser entnehmen.

Ein Schutz vor Wetterphasen mit extremer Kälte können Spitzenlastkessel sein, teilweise auch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die neben Wärme auch Strom erzeugen. Diese sollten aber nur ergänzend für extrem kalte Tage eingesetzt werden, weil sie sich klimaverträglich nur mit CO₂-neutral hergestellten Gasen betreiben lassen. Solche Gase werden knapp und teuer bleiben.

7.6 Gegenfinanzierung

Wärmedämmung und der Umstieg auf fossilfreie Heizlösungen wie die Wärmepumpe machen sich auf Dauer über die Einsparungen bei den Heizkosten mehr als bezahlt. Um die Anfangsinvestitionen zu ermöglichen, eignen sich Kredite mit niedrigem Zinssatz. In Deutschland sollten solche Kredite den Hausbesitzenden und Gemeinden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitgestellt werden.

7.7 Quellenangaben

- Quaschnig, Volker und Cornelia (2022): Energierevolution jetzt!, darin Kapitel: Klimaneutral wohnen – Müssen wir künftig im Winter frieren?

- <https://www.zeit.de/2024/11/waermepumpe-heizungsgesetz-waermewende-einbau-deutschland>
- <https://senec.com/de/magazin/verbot-gasheizung#:~:text=Wer%20au%C3%9Ferhalb%20von%20Neubaugebieten%20eine.Juni%202028%20Zeit>

8. Finanzen

8.1 Europäisches Finanzministerium

Für bessere intereuropäisch koordinierte Investitionen in den Klimaschutz

8.1.1 Einleitung

Die Erderhitzung ist eine große finanzielle Herausforderung, bei der man sich nicht darauf verlassen darf, dass die Privatwirtschaft von alleine die nötigen und sinnvollen Investitionen tätigt. Trotz gesenkter Unternehmenssteuern sind die Investitionsquoten niedrig, das Geld fließt eher in Finanzmärkte als in zukunftsweisende Gebiete wie Forschung oder Infrastruktur. In Zukunft muss die Eurozone stärker dazu befähigt werden, diese Investitionen von staatlicher Seite zu tätigen, die zwar keinen kurzfristigen Profit versprechen, aber langfristig nötig sind für eine funktionierende Gesellschaft. In demokratischen Staaten, die die Hoheit über ihre eigene Währung haben, z. B. in den USA oder in Japan, kann das Parlament jederzeit nötige Investitionsprogramme beschließen und das benötigte Geld von der Zentralbank erhalten. In der Währungszone der EU, in der die einzelnen Staaten keine Hoheit über eine eigene Währung haben, ist dieser Prozess erschwert. Die jeweiligen Bundesbanken sind abhängig von der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Vorschriften im Rahmen der EU-Verträge.

Des Weiteren liegt die Kompetenz für die allgemeine Wirtschaftspolitik (Fiskal-, Steuer-, und Arbeitsmarktpolitik mit wenigen Ausnahmen, wie der Wettbewerbs- und der Binnenmarktpolitik) bei den EU-Mitgliedstaaten. Die EU-Wirtschaftspolitik beschränkt sich daher vor allem auf die Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten und den Einsatz von EU-Geldern. Diese Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten führt dazu, dass die mitgliedsstaatlichen Wirtschaftspolitiken nicht hinreichend koordiniert werden, dass das wirtschaftspolitische „Gemeininteresse“ der EU und der Euro-Zone in der Öffentlichkeit und in den politischen Entscheidungsprozessen nicht hinreichend vertreten wird und dass die EU bzw. die Euro-Zone gegenüber Drittstaaten und in internationalen Finanzinstitutionen – etwa dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank – nicht ihr volles wirtschaftliches und politisches Gewicht nutzt.

Es ist also von hoher Dringlichkeit, eine neue Instanz zu schaffen, die diese genannten Koordinations- und Kooperationsprobleme beheben kann. Ein europäisches Finanzministerium mit den Aufgaben der Erhebung, Verwaltung und Ausgabe öffentlicher Einnahmen könnte europäische Investitionsprogramme koordinieren und der Stärkung des Wirtschaftsraums und der Kooperation der einzelnen Staaten dienen.

8.1.2 Problembeschreibung

Eine europäische Klimapolitik muss finanziell und wirtschaftlich handlungsfähig sein

Die Eurozone ist nicht dazu befähigt, euroweite staatliche Investitionen zu tätigen, vor allem in Hinblick auf die Herausforderungen, die die Erderhitzung mit sich bringen wird. In der Euro-Währungszone, in der die einzelnen Staaten keine Hoheit über eine eigene Währung haben, sind die jeweiligen Bundesbanken der einzelnen Länder abhängig von der EZB und den Vorschriften im Rahmen der EU-Verträge. Es gibt keine europäische Instanz, die offiziell zusätzliche Ausgaben in Krisenzeiten tätigen kann, und es gibt auch keine Instanz, die politische Verantwortung für Höhe und Verwendung dieser Ausgaben übernehmen kann.

Des Weiteren liegt die Kompetenz für die allgemeine Wirtschaftspolitik (Fiskal-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik mit wenigen Ausnahmen, wie der Wettbewerbs- und der Binnenmarktpolitik) bei den EU-Mitgliedstaaten. Die EU-Wirtschaftspolitik beschränkt sich daher vor allem auf die Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten und den Einsatz von EU-Geldern. Diese Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten führt dazu, dass die mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitiken nicht hinreichend koordiniert werden, dass das wirtschaftspolitische Gemeininteresse der EU und der Euro-Zone in der Öffentlichkeit und in den politischen Entscheidungsprozessen nicht hinreichend vertreten wird und dass die EU bzw. die Euro-Zone gegenüber Drittstaaten und in internationalen Finanzinstitutionen – etwa dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank – nicht ihr volles wirtschaftliches und politisches Gewicht nutzt.

8.1.2.1 Problemerkklärung

Die Erderhitzung erfordert rasches gemeinsames Handeln

Die Herausforderungen der Erderhitzung benötigen entschiedene und kooperative euroweite Staatsinvestitionen. Wenn jedes Land in der Eurozone nur für sich wirtschaftet, basierend auf dem eigenen Finanzministerium und der eigenen Nationalbank, und gleichzeitig den strengen Regeln der EU unterworfen ist⁵⁶⁰, wird es zu Schwierigkeiten in der Koordinierung, Kooperation und Umsetzung von staatlichen und euroweiten Investitionen kommen. Die Erderhitzung erfordert jedoch ein schnellstmögliches Handeln und Investitionen, weswegen in der Eurozone die dafür nötigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

8.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Ein europäisches Finanzministerium mit den Aufgaben der Erhebung, Verwaltung und Ausgabe öffentlicher Einnahmen könnte europäische Investitionsprogramme koordinieren. Es unterläge demokratischer Kontrolle und diene der Stärkung des Wirtschaftsraums und der Kooperation der einzelnen Staaten.

Das europäische Finanzministerium hätte fünf Hauptaufgaben: Die Koordinierung von Haushalts- und Wirtschaftspolitik überwachen, Regeln im Falle der Nichteinhaltung durchsetzen, Verhandlungen im Krisenfall führen, zur Dämpfung regionaler Schocks beitragen und den Euroraum in internationalen Institutionen und Foren vertreten⁵⁶¹.

Diskussionen auf EU-Ebene

Es gibt bereits Diskussionen um die Einführung eines „Eurofinanzministeriums“:

Die Einführung eines „Eurofinanzministeriums“ wird aktuell auf europäischer Ebene diskutiert. Die Kommission hat hierzu in einer Mitteilung im Jahre 2017 einen ersten Entwurf zur Etablierung eines europäischen Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen erstellt. Aber auch das Europäische Parlament hat sich in seiner EntschlieÙung vom 16.02.2017 „zur Verbesserung der Funktionsweise der

⁵⁶⁰ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union: <https://dejure.org/gesetze/AEUV/123.html>

⁵⁶¹ Bertelsmann Stiftung – Was würde ein Europäischer Finanzminister tun? <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/was-wuerde-ein-europaeischer-finanzminister-tun>

Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon“ für eine entsprechende Möglichkeit offen gezeigt⁵⁶². Das Ministerium soll die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen der EU und der Eurozone verfolgen und diese auf internationaler Ebene vertreten. Die Einrichtung eines gesonderten Amtes soll dazu beitragen, dass nicht mehr die Interessen nationalstaatlicher Minister:innen im Vordergrund stehen, sondern die Interessen der EU bzw. der Eurozone. Auch soll durch die Zentrierung des Amtes auf eine Person die Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU gestärkt werden. Langwierige Prozesse der Aushandlung und Abstimmung auf europäischer Ebene könnten somit in bestimmten Bereichen entfallen⁵⁶³.

Umsetzung

Eine konkrete Umsetzung könnte wie folgt aussehen:

Die europäische Finanzministerin vereint drei Ämter auf sich und wäre gleichzeitig Mitglied der Europäischen Kommission und Präsidentin der Euro-Gruppe.

Amt 1: EU-Kommissar:in für die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

- Für die Wirtschafts- und Währungspolitik sind in der Europäischen Kommission derzeit zwei Kommissare zuständig: Der Kommissar für Wirtschaft und Währung und der Kommissionsvizepräsident, zuständig für den Euro und den sozialen Dialog sowie für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion.
- Zukünftig soll nur noch eine Kommissarin für die WWU zuständig sein, nämlich die europäische Finanzministerin.

Amt 2: Vorsitzende:r der Euro-Gruppe

- In WWU-Angelegenheiten treffen sich die Finanz- oder Wirtschaftsminister:innen der Euro-Staaten informell in der Euro-Gruppe. Die europäische Finanzministerin wird neue Präsidentin der Euro-Gruppe.

Amt 3: Vorsitzende:r des Gouverneursrats eines Europäischen Währungsfonds

- Die grundlegenden Entscheidungen für den EWF sollen im Gouverneursrat getroffen werden.
- Der europäische Finanzminister soll Vorsitzender des EWF-Gouverneursrats ohne Stimmrecht werden

⁵⁶² Mitteilung der Kommission: Ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen, COM(2017) 823 final, Brüssel

⁵⁶³ Große Hüttmann / Wehling, Das Europalexikon (3.Auflage), Bonn 2020, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH. Autor des Artikels: L. Fischer
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/309410/finanzminister-europaeischer/>
 (2020)

Der Europäische Rat und die Präsidentin der Kommission würden den europäischen Finanzminister gemeinsam ernennen und könnten seinen Rücktritt erzwingen. Außerdem würde ein Gemeinsames Komitee aus Delegierten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments die Investitionsausgaben des Ministeriums überprüfen und demokratische Kontrolle über den EWF ausüben.

8.1.4 Begründung

Das europäische Finanzministerium könnte staatliche Investitionsprogramme koordinieren, um zukünftigen finanziellen Herausforderungen zu begegnen. Es könnte zudem wirtschaftliche Ungleichgewichte und Haushaltsungleichgewichte der einzelnen Staaten verhindern.

Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung:

Die europäische Finanzministerin könnte die wirtschaftspolitische Koordinierung verbessern, indem sie

in ihrer Eigenschaft als WWU-Kommissarin

- die Überwachung der mitgliedstaatlichen Haushaltspolitiken koordiniert
- eine „angemessene Fiskalpolitik für den Euro-Raum als Ganzes“ vorschlägt

in ihrer Eigenschaft als Präsidentin der Euro-Gruppe

- dem Präsidenten des Euro-Gipfels bei der Vorbereitung der Euro-Gipfel als Ansprechpartnerin für die Euro-Gruppe dient
- in der Euro-Gruppe einen Ausgleich „zwischen den Zielen der mitgliedstaatlichen Minister:innen und der Euro-Zone und der EU als Ganzes“ sucht.

8.1.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten und:

- Enderlein, Henrik und Jörg Haas (Jacques Delors Institut, 10/2015): Was würde ein europäischer Finanzminister tun? Ein Vorschlag (https://www.hertie-school.org/fileadmin/user_upload/EuropaischerFinanzminister_JDI-B_DE1.pdf)
- Centrum für Europäische Politik, Mitteilung vom 6. Dezember 2017: Ein europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen (https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Analysen/COM_2017_823_EU-Finanzminister/cepAnalyse_COM_2017_823_EU-Finanzminister.pdf)

8.2 Währungsfonds

Den Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds umwandeln, um die Finanzstabilität der Eurozone zu garantieren

8.2.1 Einleitung

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist eine zwischenstaatliche Finanzinstitution, die nicht in die EU-Verträge eingebunden ist. Entscheidungen über die Gewährung von Hilfgeldern, die immer mit Reformauflagen für die Schuldnerländer verbunden sind, werden vom Gouverneursrat einstimmig beschlossen. Gouverneure sind die Finanzminister:innen der Euroländer. Der Gouverneursrat entspricht damit der informellen Eurogruppe.

Ein unabhängiger, starker Europäischer Währungsfonds (EWF) müsste an die Stelle des ESM treten und Konzepte für die Entwicklung und Überwachung von Hilfsprogrammen entwickeln. Der EWF müsste dann nach objektiven Kriterien entscheiden, ob ein Land ein Hilfsprogramm bekommt und zu welchen Konditionen.

8.2.2 Problembeschreibung

Hohe Hürden für Finanzhilfen des ESM

Der ESM wurde inmitten der Staatsanleihekrise im Euroraum als dauerhafter Rettungsmechanismus eingerichtet, durch den die Regierungen des Euro-Währungsgebiets unterstützt werden sollten, die den Zugang zu den Kapitalmärkten verloren hatten oder dabei waren, ihn zu verlieren. Im Rahmen des ESM werden Kredite unter strengen Auflagen vergeben.

Anders als beim Internationalen Währungsfonds (IWF), der per Mehrheitsentscheid über die Gewährung von Finanzhilfen entscheidet, muss der ESM einstimmig entscheiden. Zudem ist die vorherige Zustimmung einiger nationaler Parlamente erforderlich.

In der Praxis bedeutet das letztlich, dass die ESM-Ressourcen nur als letzte Option gewährt werden. Dabei könnten frühere Interventionen, also bevor ein Land den

Marktzugang verliert und die notwendigen Bedingungen für Hilfen erfüllt, Krisen entschärfen oder sogar verhindern.

Angesichts der Erderhitzung brauchen wir mehr finanzielle Handlungsfähigkeit

Die Hauptaufgabe des EWF wird die Vergabe von Finanzhilfen für Krisenstaaten. Bei der Aufstellung und Umsetzung der Reformprogramme soll der EWF jedoch eine größere Rolle übernehmen als bisher der ESM. Hintergrund ist, dass sich der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) aus möglichen zukünftigen Hilfsprogrammen zurückziehen wollen.

Mit den nahenden Herausforderungen, die die Erderhitzung mit sich bringt, ist eine Institution, welche souverän, unabhängig und auf Basis einer sachlichen Einschätzung Finanzhilfen im Euroraum vergeben kann, von großer Wichtigkeit.

8.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderung

Es soll ein EWF im Rahmen des EU-Rechts eingerichtet werden, der auf den ESM folgen und ihn mit all seinen Rechten und Pflichten ersetzen würde. Dabei würden viele Beschlüsse, insbesondere diejenigen zur Gewährung von finanzieller Unterstützung, durch eine verstärkte qualifizierte Mehrheit (85 % der abgegebenen Stimmen) gefasst, während in den derzeitigen ESM-Verfahren Einstimmigkeit erforderlich ist.

Der EWF wäre kein Organ der EU, ähnlich der EZB oder dem Rechnungshof, sondern als eigenständige juristische Person eine Behörde/Agentur. Ein solcher EWF wäre in der Lage, als das fiskalische Gegenstück zur EZB zu agieren und die Finanzstabilität der Eurozone im Falle einer Krise zu garantieren.

Die Schaffung des EWF als EU-Institution würde ihm eine größere europäische Legitimation geben. Im ESM werden alle wichtigen Entscheidungen vom Gouverneursrat getroffen, der sich aus den Finanzminister:innen der Eurogruppe zusammensetzt. Im EWF könnte der Gouverneursrat nicht nur die Eurogruppen-Minister:innen umfassen, sondern auch einen Euro-Finanzminister bzw. eine Euro-Finanzministerin.

Die Europäische Finanzministerin soll als Vizepräsidentin der EU-Kommission und Vorsitzende der Euro-Finanzminister die Einheit von EU und Währungsraum

wahren. In dieser Funktion soll sie die politische Koordinierung stärken und die Wirtschafts-, Fiskal- und Finanzvorschriften überwachen. Hinsichtlich des EWF übernimmt die EU-Finanzministerin als Vorsitzende der Eurogruppe den Vorsitz im Gouverneursrat. In dieser Funktion überwacht sie die Arbeiten und Vorhaben des Fonds.

8.2.4 Begründung, wie das Problem gelöst wird

Ein unabhängiger, starker EWF an der Stelle des ESM kann Konzepte für die Entwicklung und Überwachung von Hilfsprogrammen entwickeln. Der EWF kann nach objektiven Kriterien entscheiden, ob ein Land ein Hilfsprogramm bekommt und zu welchen Konditionen. Ein EU-Finanzministerium könnte den Vorsitz übernehmen und in dieser Funktion die Arbeiten und Vorhaben des Fonds überwachen. So könnte die Eurozone stabilisiert und die Kooperation der Staaten gefördert werden, wenn sich der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) aus zukünftigen Hilfsprogrammen zurückziehen.

8.2.7 Quellenangaben

- Pressemitteilung des ZEW zum Europäischen Währungsfonds (2018):
<https://www.zew.de/presse/pressearchiv/der-bundestag-muss-auf-seinem-vertrecht-zu-einem-europaeischen-waehrungsfonds-bestehen>
- Sapir, André und Dirk Schoenmaker (2017): Wir brauchen einen Europäischen Währungsfonds – aber wie genau soll er funktionieren? (<https://makronom.de/ewf-so-koennte-ein-europaeischer-waehrungsfonds-aussehen-21228>)
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2019/635535/EPRS_ATA\(2019\)635535_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2019/635535/EPRS_ATA(2019)635535_DE.pdf)
- Zwischenbericht des EU-Parlaments zur Einrichtung des Europäischen Währungsfonds (2019):
<https://www.ludwig-erhard.de/orientierungen/europaeischer-waehrungsfonds-zum-vorschlag-der-eu-kommission/>

8.3 Klimaschutz aus Stabilitäts- und Wachstumspakt ausnehmen

Investitionen in den Klimaschutz von den Defizitberechnungen für den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausnehmen

8.3.1 Einleitung

Dem zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf, der zur Erreichung der Klimaziele der Europäischen Union erforderlich ist, muss mit grünen öffentlichen Investitionen begegnet werden.

Konsolidierungsepisoden in der EU führten zu erheblichen Kürzungen der öffentlichen Investitionen. Deshalb müssen Investitionen in den Klimaschutz von den Defizitberechnungen für den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgenommen werden.

Der Europäische Fiskalausschuss und einige EU-Länder – darunter Spanien, Portugal und Italien – haben sich für diese Idee ausgesprochen⁵⁶⁴.

8.3.2 Problembeschreibung

Für den raschen Ausstieg aus den fossilen Energien ist eine Ausweitung der jährlichen Investitionen in saubere und effiziente Energienutzung und Transport nötig.

8.3.2.1 Problemerkklärung

Ein erheblicher Teil dieser zusätzlichen Investitionen muss von der öffentlichen Hand finanziert werden. Die öffentlichen Ausgaben müssen um ca. 100 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Dies ist eine große finanzpolitische Anstrengung, die finanziert werden muss⁵⁶⁵.

⁵⁶⁴ taz – Stabilitätspakt der EU: Grüner Pakt bisher nur auf Papier
(<https://taz.de/Stabilitaetspakt-der-EU/!5641848/>)

⁵⁶⁵ Bruegel – A green fiscal pact: climate investment in times of budget consolidation
(https://www.bruegel.org/sites/default/files/wp_attachments/PC-2021-18-0909.pdf)

Gute Gründe rechtfertigen die Defizitfinanzierung grüner Investitionen. Die errichtete grüne Infrastruktur wird über Jahrzehnte genutzt und der Nettoinvestitionsbedarf ist enorm.

8.3.2.2 Beispiel

Ein Umbau des Energiesystems und der Verkehrsinfrastruktur stellt einen enormen Aufwand dar, der angesichts der wirtschaftspolitischen Zwänge nicht aus den aktuellen Haushalten finanziert werden kann.

8.3.2.3 Problemrelevanz

Der Bedarf an Klimainvestitionen ist so groß, dass er eine makroökonomische Dimension hat. Das Versäumnis, in die Anpassung an die Erderhitzung zu investieren, würde erhebliche Risiken für die Produktion und den Lebensunterhalt mit sich bringen, wie die jüngsten Extremwetterereignisse gezeigt haben⁵⁶⁶. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Kosten extremer Wetterereignisse erhebliche Auswirkungen auf die europäischen Gesellschaften haben und die politischen Entscheidungsträger in die Anpassung investieren müssen.

8.3.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderung

Investitionen in den Klimaschutz müssen von den Defizitberechnungen für den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgenommen werden.

8.3.4 Begründung

Die Möglichkeit, grüne Investitionen durch Defizite zu finanzieren, die nicht in den Defizitberechnungen für den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt berücksichtigt würden, würde einen positiven Anreiz für die Aufrechterhaltung und Steigerung grüner Investitionen bieten⁵⁶⁷.

⁵⁶⁶ Reuters – Berenberg sees \$2-3 bln reinsurance losses from European floods, overall losses higher

(<https://www.reuters.com/business/environment/berenberg-sees-2-3-bln-reinsurance-losses-europe-an-floods-2021-07-19/>)

⁵⁶⁷ Bruegel – A green fiscal pact: climate investment in times of budget consolidation (https://www.bruegel.org/sites/default/files/wp_attachments/PC-2021-18-0909.pdf)

Für Deutschland gäbe es keine Hürden und keinen Rechtfertigungsbedarf mehr, um nationale Investitionen in den Klimaschutz zu tätigen. Das Sondervermögen für Klimaschutz könnte somit problemlos im Grundgesetz verankert werden.

8.3.5 Entkräften von Gegenargumenten

Wann ist eine Investition grün?

Die in den Fiskalregeln vorgesehene Befreiung von Investitionsausgaben von Defiziten wurde in der Vergangenheit abgelehnt. Zu den Hauptgründen gehört die Schwierigkeit, genau zu definieren, was „grüne Investitionen“ darstellen. Dies könnte zu Verzerrungen führen, da bevorzugte Investitionen gegenüber anderen Kapitalformen oder laufenden Ausgaben bevorzugt werden, die auf lange Sicht ebenfalls von Vorteil sein könnten. Es gäbe erhebliche Anreize, laufende Ausgaben als Investitionsausgaben zu erfassen.

Eine Maßnahme wäre, das Ziel enger zu fassen und quantitativ ermittelbar zu machen, mit z. B. der konkreten Reduzierung der CO₂-Emissionen⁵⁶⁸.

8.3.7 Quellenangaben

siehe Fußnoten

⁵⁶⁸ Bruegel – A green fiscal pact: climate investment in times of budget consolidation (https://www.bruegel.org/sites/default/files/wp_attachments/PC-2021-18-0909.pdf)

8.4 Finanztransaktionssteuer

EU-weite Finanztransaktionssteuer für Aktien, Derivate und Anleihen einführen zur Finanzierung von Investitionen in den Klimaschutz

8.4.1 Einleitung

Seit 2011 wird über die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer verhandelt. Die Pläne kommen jedoch seit Jahren nicht voran. In einer EU-weiten Form scheiterten sie 2013 am Widerstand Großbritanniens und Schwedens.

Nach einem gemeinsamen Antrag von Deutschland und Frankreich erklärten sich in der Folge neun weitere EU-Mitgliedsstaaten bereit, eine Finanztransaktionssteuer im Rahmen der „Verstärkten Zusammenarbeit“ einzuführen. Zuletzt bestand die Gruppe noch aus zehn Ländern (Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien), die sich jedoch bis heute nicht abschließend einigen konnten⁵⁶⁹.

Eine Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer hätte mehrere Vorteile: Kurzfristigen Spekulationsgeschäften würde ein Riegel vorgeschoben, da diese Geschäfte meist auf minimalen Gewinnspannen bei maximalen Einsätzen basieren. Selbst mit einer sehr niedrigen Besteuerung fielen bei solchen Geschäften kaum Gewinne mehr ab. Bei langfristigen Investitionen hingegen fielen die Steuerbelastung kaum ins Gewicht⁵⁷⁰.

Zudem könnte ein signifikanter Teil der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für Entwicklung und den Klima- und Umweltschutz weltweit verwendet werden. Die Finanztransaktionssteuer trüge so dazu bei, die Lasten der Klimakrise gerechter zu verteilen⁵⁷¹.

⁵⁶⁹ BMZ – Besteuerung von internationalen Finanztransaktionen
(<https://www.bmz.de/de/themen/finanztransaktionssteuer>)

⁵⁷⁰ finanztransaktionssteuer.de – Finanztransaktionssteuer in Deutschland & EU
(<https://www.finanztransaktionssteuer.de/#toc-sinn-und-zweck-der-finanztransaktionssteuer>)

⁵⁷¹ Oxfam - Finanztransaktionssteuer: Verwendung der Einnahmen für weltweite Armutsbekämpfung sowie Klima- und Umweltschutz
(https://www.oxfam.de/system/files/fact_sheet_finanztransaktionssteuer.pdf)

8.4.2 Problembeschreibung

Im Januar 2019 unternahmen Deutschland und Frankreich einen neuen Vorstoß und schlugen vor, eine Finanztransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,2 % beim Kauf von Wertpapieren einzuführen und diese auf Aktien großer Unternehmen mit einem Marktwert von mehr als einer Milliarde Euro zu beschränken⁵⁷². Jedoch ist die größte Schwäche des Vorschlags die Beschränkung auf börsennotierte Aktien. Wenn Derivate von der Besteuerung befreit werden, fällt der überwiegende Teil der Steuerbemessungsgrundlage weg, da Derivate 80 % aller Finanztransaktionen ausmachen. Der klassische Aktienhandel wird diskriminiert und die potenziellen Steuereinnahmen werden erheblich reduziert, ohne dass es hierfür überzeugende ökonomische Argumente gäbe. Eine isolierte Aktiensteuer, die Derivate und auch den außerbörslichen Handel ausnimmt, setzt zudem unerwünschte Anreize zugunsten nichtregulierter Märkte und Finanzprodukte. Gerade professionelle Investoren könnten versuchen die Steuer zu umgehen, indem sie auf Derivate und außerbörsliche Märkte ausweichen⁵⁷³.

Klimaschutz muss finanziert werden

Ein erheblicher Teil der Investitionen für den Klimaschutz muss von der öffentlichen Hand finanziert werden. Die öffentlichen Ausgaben müssen um ca. 100 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Dies ist eine große finanzpolitische Anstrengung, die finanziert werden muss⁵⁷⁴. Daher sollte auch die Finanztransaktionssteuer ihren Beitrag für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung leisten.

8.4.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderung

Es muss eine EU-weite Finanztransaktionssteuer in der Höhe von 0,2 % für Aktien, Derivate und Anleihen eingeführt werden.

⁵⁷² BMZ – Besteuerung von internationalen Finanztransaktionen

(<https://www.bmz.de/de/themen/finanztransaktionssteuer>)

⁵⁷³ Kiel Institut für Weltwirtschaft – Der deutsch-französische Vorschlag zu einer EU-Finanztransaktionssteuer

(https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/wipo_24.pdf)

⁵⁷⁴ Bruegel – A green fiscal pact: climate investment in times of budget consolidation

(https://www.bruegel.org/sites/default/files/wp_attachments/PC-2021-18-0909.pdf)

8.4.4 Begründung

Die beste Lösung wäre es, die Steuer von Anfang an auch auf Derivate und Anleihen zu erheben, sowie auf den außerbörslichen Handel. Eine breit angelegte und gut konzipierte FTS würde das Steueraufkommen im Vergleich zum aktuellen Deutsch-Französischen Vorschlag vervielfachen und hätte positive Nebenwirkungen für Transparenz und Regulierung, wie wissenschaftliche Studien und Erfahrungen in anderen Ländern zeigen. In Italien beispielsweise half eine breite Steuerbasis dabei, Steuervermeidungsstrategien zu reduzieren, insbesondere das Abwandern an außerbörsliche Handelsplätze⁵⁷⁵.

8.4.5 Entkräften von Gegenargumenten

Nur wenige wissenschaftliche Studien finden negative Effekte auf die Marktqualität: Eine Finanztransaktionssteuer von maximal 0,2 % hat nur sehr begrenzte Auswirkungen auf die Märkte, wie die Erfahrungen in Frankreich und Italien zeigen. Zwar kann man davon ausgehen, dass das Handelsvolumen zurückgeht, aber die ökonometrischen Studien deuten insgesamt darauf hin, dass geringe Effekte auf Volatilität, Preisfindung und Liquidität im Aktienhandel zu erwarten sind⁵⁷⁶.

Eine Abwanderung des Handelsgeschehens ins Ausland ist unwahrscheinlich: Die Erfahrung zeigt, dass es durch das geplante Ausgabeprinzip kaum zu Kapitalflucht an ausländische Handelsplätze kommt. Negative Erfahrungen, wie sie beispielsweise Schweden in den 1990er-Jahren gemacht hat, lassen sich durch ein „best practice“-Steuermodell weitgehend vermeiden. Eine partielle Abwanderung in den Derivatemarkt und den außerbörslichen Handel ist eher zu erwarten, wenn nur börsennotierte Aktien besteuert werden. Länderstudien deuten darauf hin, dass es bei einem Steuersatz von 0,2 % zu einer Reduktion des Aktienhandelsvolumens von 10–20 % kommen kann⁵⁷⁷.

⁵⁷⁵ Kiel Institut für Weltwirtschaft – Der deutsch-französische Vorschlag zu einer EU-Finanztransaktionssteuer

(https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/wipo_24.pdf)

⁵⁷⁶ Kiel Institut für Weltwirtschaft – Der deutsch-französische Vorschlag zu einer EU-Finanztransaktionssteuer

(https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/wipo_24.pdf)

⁵⁷⁷ ebd.

Die vorgeschlagene FTS ist nicht in erster Linie eine „Kleinanlegersteuer“, wie häufig behauptet: Die existierenden Daten deuten im Gegenteil darauf hin, dass professionelle Investoren aus dem Ausland die Hauptsteuerlast beim Handel mit deutschen und europäischen Aktien leisten würden. So wurden im Jahr 2018 weniger als 15 % der DAX-Werte von deutschen Haushalten gehalten. Die zentrale Rolle im deutschen Aktienmarkt spielen mittlerweile die globalen Pensions-, Aktien- und Staatsfonds, gerade von außerhalb der Eurozone. Auch EU-weit beträgt der Anteil von Kleinanlegern am nationalen Aktienbesitz nur etwa 10 %⁵⁷⁸.

8.4.7 Quellen

Siehe Fußnoten

⁵⁷⁸ ebd.

8.5 Ein klimagerechtes und soziales Steuersystem

Verschiebung der Steuerlast von Arbeitslohn auf Treibhausgasemissionen, Umweltverschmutzung und Ressourcenausbeutung, Entlastung von Armen und soziale Umverteilung von Reichtum

8.5.1 Einleitung

Aktuell müssen die Verursacher von Naturzerstörung und Erderhitzung nicht ansatzweise für die Schäden aufkommen, die sie anrichten. Sie streichen riesige Gewinne ein, die Folgen und Risiken werden auf die Steuerzahlenden abgewälzt. Das führt zu immer mehr Zerstörung und ist sozial ungerecht.

8.5.2 Problembeschreibung

Allein die volkswirtschaftlichen Klimafolgenkosten werden für Deutschland auf viele Milliarden Euro jährlich beziffert, Tendenz stark steigend mit zunehmender Klimakrise⁵⁷⁹.

Konträr zu diesen und weiteren Umweltverschmutzungskosten stellte eine Studie des Institute European Environmental Policy für die Europäische Kommission fest: „The cost imposed by pollution and other forms of environmental damage greatly exceeds the revenues generated from taxes and other economic instruments addressing such polluting activities – for all pollutants, in all Member States and across all sectors of the economy“⁵⁸⁰ (zu Deutsch: „Die durch Umweltverschmutzung und andere Formen von Umweltschäden verursachten Kosten übersteigen bei weitem die Einnahmen aus Steuern und anderen wirtschaftlichen Instrumenten zur Bekämpfung solcher umweltschädlichen Aktivitäten – für alle Schadstoffe, in allen Mitgliedstaaten und in allen Wirtschaftssectoren“).

Damit liegt aktuell eine große Disbalance vor: Die Verursacher von Umweltlasten (Ressourcenverbrauch, Emissionen u. v. m.) kommen unverhältnismäßig wenig für die von ihnen selbst verursachten Umweltschäden/Umweltimplikationen auf. Diese

⁵⁷⁹ DIW (2007), Prognos (2023), Flaute u. a. (2022) (Auflösung der Stellenverweise in den Fußnoten am Ende dieses Beitrags unter „6.5.7 Quellenangaben“)

⁵⁸⁰ Europäische Kommission (2021)

Lasten müssen von den Staaten kompensiert werden. Hierfür stammt der größte Anteil aus der Besteuerung von Arbeit. Dies ist mit Blick auf das Gemeinwohl nicht sozial gerecht nachvollziehbar:

Der Slogan „Tax bads rather than goods“ (zu Deutsch etwa: „Besteuert Schlechtes statt Gutes“) kritisiert, dass etwas gemeinschaftlich Gutes wie Arbeit mit hohen Steuersätzen auch für Gering- und Normalverdiener besteuert wird, während Schlechtes wie Umweltbelastung kaum besteuert wird.

Auch in Deutschland wird aktuell der Staatshaushalt zum Großteil aus der Besteuerung von Arbeit bestritten⁵⁸¹. Gleichzeitig wird die Spanne zwischen Armen und Reichen immer größer: Reiche werden immer reicher und Arme immer ärmer⁵⁸².

Marcel Fratzscher beschreibt in seinem Buch „Verteilungskampf“: „[...] die Besteuerung von Vermögen [ist] im internationalen Vergleich ungewöhnlich gering: Nur 0,8 Prozent der Wirtschaftsleistung werden durch vermögensbezogene Steuern erhoben. Der Durchschnitt aller OECD-Länder liegt bei 1,8 Prozent, mehr als doppelt so viel. [...] Dies unterstreicht noch einmal, wie viel stärker der deutsche Staat den Faktor Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital und Vermögen besteuert.“⁵⁸³

Vermögen entspricht Eigentum. Hierzu hält Artikel 14 unseres Grundgesetzes fest: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Bei einer alleinigen Kapitalakkumulation sowie dem gänzlichen Entzug aus dem Wirtschaftskreislauf durch Sparen kann die Klimaliste keinen Gebrauch zum Wohle der Allgemeinheit erkennen.

Steuershift – ein Paradigmenwechsel

Die Klimaliste sieht zur Korrektur dieser vielen gleichzeitigen Missverhältnisse die Lösung nur in einem multifaktoriellen Ansatz. Für klimagerechten und sozial ausgewogenen Umweltschutz sowie zur sozialen Umverteilung ist ein Paradigmenwechsel in der Umwelt- und Steuerpolitik erforderlich.

⁵⁸¹ Bundeszentrale für politische Bildung (2023)

⁵⁸² Oxfam (2024)

⁵⁸³ Fratzscher (2017)

Die Steuerlast wird von den Löhnen zur Umweltbelastung schrittweise umverteilt, das Prinzip „The polluter pays“ („Der Verschmutzer zahlt“) wird konsequent umgesetzt und gleichzeitig die Besteuerung der Arbeitsleistung für Gering- und Normalverdienende deutlich entlastet. Damit Maßnahmen zur höheren Besteuerung z. B. von CO₂ nicht unverhältnismäßig Ärmere, Geringverdienende und Normalverdienende treffen, müssen für die soziale Gerechtigkeit (Super-)Reiche mehr für das Gemeinwohl beitragen, indem diese mehr besteuert werden, wodurch auch Rückführungsfinanzierungen (Bonuszahlungen) an Bürger:innen ermöglicht werden. Die Ungleichheit des Vermögens und Nettoeinkommens in der Gesellschaft muss mit gerechterer Besteuerung angegangen werden. Die staatlichen Ausgaben z. B. für Klimaschutzmaßnahmen, Bildung und Infrastruktur sollen mehr auf den Schultern der Verursacher und (Super-)Reichen liegen als auf den Schultern von Geringverdienenden, die gleichzeitig unterproportional zur Klimakrise beitragen.

Bereits 2019 enthielt das Konzept zum European Green Deal die Forderung einer schrittweisen Steuerverschiebung von Lohnsteuer und Einkommenssteuer hin zur Besteuerung von Umwelt- und Klimabelastungen:

„At national level, the European Green Deal will create the context for broad-based tax reforms, removing subsidies for fossil fuels, shifting the tax burden from labour to pollution, and taking into account social considerations“⁵⁸⁴ (zu Deutsch: „Auf nationaler Ebene wird der europäische Green Deal den Voraussetzungen für breit angelegte Steuerreformen herstellen, die Subventionen für fossile Brennstoffe abschaffen, die Steuerlast von der Arbeit auf die Umweltverschmutzung verlagern und soziale Erwägungen mit einbeziehen“).

Auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres setzt sich seit Jahren für die Verschiebung der Steuerlast von Arbeit hin zu Emissionen ein: „Wir müssen begreifen, dass der Kampf gegen den Klimawandel den politischen Willen für eine transformative Politik in den Bereichen Energie, Mobilität, Industrie und Landwirtschaft erfordert. Aus diesem Grund habe ich im pazifischen Raum drei dringende Botschaften an die führenden Politiker der Welt gerichtet. Erstens: Wir müssen die Steuern von den Gehältern auf den Kohlenstoff verlagern. Wir müssen die Umweltverschmutzung besteuern, nicht die Menschen. [...]“⁵⁸⁵

⁵⁸⁴ Europäische Kommission (2019)

⁵⁸⁵ UN-Generalsekretär António Guterres (2019)

Auch das European Environmental Bureau positioniert sich entsprechend: „The EEB believes that it is necessary to shift the tax burden from labour to pollution and resource-use in combination with a more equitable redistribution of revenues“⁵⁸⁶ (zu Deutsch: „Das EEB ist der Ansicht, dass es notwendig ist, die Steuerlast zu verlagern von der Arbeit auf die Umweltverschmutzung und die Ressourcennutzung, in Kombination mit einer gerechteren Umverteilung der Einnahmen“). Auch die eingangs zitierte Studie, die aufzeigte, dass Verursacher kaum für die Schäden aufkommen, kommt zu dem Schluss: „There is clearly scope to apply the polluter pays principle more rigorously through environmental taxation and other economic instruments in the EU. Many stakeholders have called across the last decade for a shift in taxation from labour to the environment which could help to achieve this“⁵⁸⁷ (zu Deutsch: „Es besteht eindeutig die Möglichkeit, das Verursacherprinzip durch Umweltsteuern und andere wirtschaftliche Instrumente in der EU konsequenter anzuwenden. Viele Interessengruppen haben in den letzten zehn Jahren eine Verlagerung der Besteuerung von der Arbeit auf die Umwelt gefordert, was dazu beitragen könnte, dies zu erreichen“).

Diese Steuerlastverschiebung ist wichtig als Lenkungswirkung gegen Umweltverschmutzung, Klimabelastung und Ressourcenverbrauch und erhöht gleichzeitig die soziale Akzeptanz für eine Besteuerung von Umweltlasten: Das Einkommen von Geringverdienern und Normalverdienern wird in diesem Ansatz erhöht, während gleichzeitig die Kosten ansteigen für CO₂-intensive Energie und Produkte, sodass bei annähernd gleichem Konsum kaum finanzielle Veränderungen im Haushalt der Bürger und Bürgerinnen spürbar sind. Eine Lenkungswirkung im Sinne eines „PULL-Faktors“ hin zu klimafreundlichem Verhalten wird dadurch ausgelöst, dass durch einen klimafreundlichen Lebensstil mehr des erhöhten Einkommens übrig bleibt – die Bürger:innen haben damit ihre Lohnerhöhung durch eigenen Klimaschutz selbst in der Hand.

Die Klimaliste setzt sich zudem dafür ein, dass Spitzenverdiener und (Super-)Reiche stärker besteuert werden. Hierdurch wird die Spanne der Einkommensschere sozialer Ungerechtigkeit verringert. Gleichzeitig wird durch die CO₂-Bepreisung ein Lebensstil mit extremem Überkonsum so teuer, dass sich hier eine Lenkungswirkung in Form eines „PUSH-Faktors“ auswirkt und ein Überkonsum weiter vermieden wird.

⁵⁸⁶ European Environmental Bureau (o.J.)

⁵⁸⁷ Europäische Kommission (2021)

Gemeinsames europäisches Handeln

Eine gemeinsame europäische Herangehensweise – wie im European Green Deal Konzept und Seventh Environment Action Programme (7th EAP) angekündigt – ist für die Steuerlastverschiebung elementar, da es bei einer allein nationalen Herangehensweise lediglich zu einer Verlagerung umweltschädlicher Vorgehensweisen in andere Nationen käme. Die Klimaliste setzt sich dafür ein, dass die Steuerlastverschiebung des European Green Deal kein leeres Versprechen bleibt⁵⁸⁸, sondern Grundlagen dafür geschaffen werden, diesen „Tax shift“ europäisch umzusetzen. Diese Grundlagen sollen von der Europäischen Kommission den EU-Staaten vorgelegt werden. Für die Klimaliste sind hierbei denkbar sowohl Kombinationen von Möglichkeiten, die das Parlament bereits heute nutzen kann (einstimmige Beschlüsse nach Art. 94 EGV, verstärkte Zusammenarbeit Artikel 326 bis 334 AEUV, Resolutionen) als auch Gesetzesänderungen, die eine internationale Zusammenarbeit für Steuerreformen ermöglichen oder verbessern, z. B. durch vermehrte Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit.

Soziale Gerechtigkeit

Die Klimaliste setzt sich daher bei den europäischen Maßnahmen für einen Tax shift dafür ein, dass hierbei berücksichtigt wird: Solch ein Tax shift darf nicht dazu führen, dass (Super-)Reiche extrem klima- und umweltschädliches Verhalten gegen Bezahlung einfach fortsetzen können. Für die Klimaliste bedeutet dies, dass die europäischen Grundlagen eine soziale Umverteilung, soziale Rückzahlungen und soziale sowieso Verbrauchs-Kriterien berücksichtigen.

8.5.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Die Klimaliste Deutschland setzt sich für einen Paradigmenwechsel im Steuersystem mit folgenden Inhalten ein:

- Höhere Steuerfreibeträge bei Lohnsteuer und Einkommenssteuer bis bestenfalls 30.000 € sowie höhere Progression der Lohnsteuer und Einkommenssteuer.
- Höhere Vermögenssteuer mit gestaffelten Bemessungsgrenzen und Progression bis zu 5 % Vermögenssteuer, abhängig von der Höhe des

⁵⁸⁸ Die mangelnde Umsetzung ist dokumentiert in: European Environment Agency (2018)

Vermögens, mit Ermäßigungen für bestimmte Anlageformen (z. B. Klima-Fonds).

- Höhere Erbschaftssteuer sowie Berücksichtigung von Mieteinnahmen in der Erbschaftssteuer.
- Erhöhung der Steuern auf Dividenden und Kapitalerträge durch Hinzurechnen als Einkommen vor der Einkommensbesteuerung (ausgenommen Investments und Kapital in Windparks und Solarparks).
- Thresholds (Schwellenwerte), durch welche ein Grundverbrauch an Wärmeenergie und Strom für Bürger:innen steuerfrei ist.
- Einführung eines einheitlichen, bedarfsorientierten und für alle Gebäude verpflichtenden Energieausweises sowie Einführung eines Stufenmodells, in dem die Höhe der Umlagefähigkeit von CO₂-Kosten durch Vermietende auf Mietende nach Energieausweisklassen differenziert wird und der Anteil der Vermietenden bei energetisch schlecht sanierten Gebäuden steigt.
- Ausrichtung der KfZ-Steuer an den CO₂-Emissionen in g/km des KfZ, 2.000 € Zulassungssteuer für SUVs und sonstige Verbrenner.
- Auszahlung von Klimageld und Bonuszahlungen für Geringverdienende und Transferempfänger:innen sowie sozial gerecht gestaffelte Beträge an alle weiteren Bürger:innen.
- Entlastung bis hin zur Befreiung von der Mehrwertsteuer für Medikamente, Damenhygieneartikel, Secondhandware, Photovoltaik, Solarthermie, Wärmepumpen, Dienstleistungen für erneuerbare Energie, Refurbished- und Upcyclingartikel, Fahrräder und Fahrradzubehör sowie Dienstleistungen für Fahrräder, ÖPNV-Tickets und ÖPNV-Fuhrpark, Verhütungsmittel, vegane Lebensmittel.

Bei der Einführung einer höheren Besteuerung von Treibhausgasemissionen, Ressourcennutzung und sonstigen Umweltlasten setzt sich die Klimaliste dafür ein, wissenschaftliche Kriterien zu berücksichtigen. Dabei sollten Stufenmodelle Anwendung finden mit steigenden Preisen bei hohen Verbrauchsmengen sowie ansteigende Preise auf der Zeitachse.

Die Klimaliste setzt sich dafür ein, dass durch solch ein sozial gerechtes Maßnahmenpaket ein europaweiter CO₂-Preis von anfangs 130 €/t CO₂ eingeführt wird, der schnell ansteigt zu den realen CO₂-Folgekosten.

Die unterschiedlichen Steuern des Tax shifts werden teils gleichzeitig, teils versetzt eingeführt. Zusätzliche Belastungen und Entlastungen werden in einem dynamischen Prozess schrittweise erhöht, sodass die Verschiebung der Steuerlast von Arbeitslohn auf Treibhausgasemissionen, Umweltverschmutzung und Ressourcenausbeutung sowie die Umverteilung zunehmend umgesetzt wird.

Die Klimaliste betont, dass für die Transformation hin zur Klimaneutralität Anpassungen im Steuersystem nur einen Teil der notwendigen Maßnahmen neben ordnungspolitischen Maßnahmen sowie Informationspolitik darstellen können⁵⁸⁹.

Der Wohlstand der Gesellschaft sowie des Einzelnen erhöht sich in allen Fällen durch die angestrebte Lenkungswirkung zu Umwelt- und Klimaschutz: Die Reduktion von Umweltschäden bewirkt eine Prävention hoher Folgekosten durch Umweltbelastungen und Erderhitzung. Der Umwelt- und Klimaschutz schützt das Leben auf dem Planeten für alle Menschen und Lebewesen im Global Health-Verständnis. Dieser angestrebte Wohlstand durch geschonte Lebensgrundlagen ist zugleich für die Klimaliste das Wert-vollste Gut, das wir haben können, und ein Selbstverständnis der Generationenrechte. Der Schutz unseres Lebensraums ist das wichtigste „Invest“, das wir heute leisten können und wofür wir als Partei eintreten.

8.5.7 Quellenangaben

- Bundeszentrale für politische Bildung (2023): Steuereinnahmen nach Steuerarten. Am 17.04.2024 von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61874/steuereinnahmen-nach-steuerarten/> abgerufen.
- DIW (2007): Klimawandel kostet die deutsche Volkswirtschaft Milliarden. Berlin
- Europäische Kommission (2019): The European Green Deal. Am 17.04.2024 von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2019%3A640%3AFIN> abgerufen.
- Europäische Kommission (2021): Environmental pollution: new study finds that polluters do not pay for the damage they cause. Am 17.04.2024 von

⁵⁸⁹ Kemfert u. a. (2019)

- https://environment.ec.europa.eu/news/environmental-pollution-new-study-finds-polluters-do-not-pay-damage-they-cause-2021-11-12_en abgerufen.
- European Environment Agency (2018): Environmental and labour taxation. Am 17.04.2024 von <https://www.eea.europa.eu/airs/2018/resource-efficiency-and-low-carbon-economy/environmental-and-labour-taxation> abgerufen.
 - European Environmental Bureau (o.J.): Economic transition – Green and Fair Fiscal Reform. Am 17.04.2024 von <https://eeb.org/work-areas/economic-transition/green-and-fair-fiscal-reform/> abgerufen.
 - Flaute, M., Reuschel, S. & Stöver, B. (2022): Volkswirtschaftliche Folgekosten durch Klimawandel: Szenarioanalyse bis 2050. Studie im Rahmen des Projektes Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland. GWS Research Report 2022/02, Osnabrück
 - Fratzscher, M. (2017): Verteilungskampf – Warum Deutschland immer ungleicher wird. Piper Verlag München
 - Kempfert, C., J. Evert, S. Holzmann und M. Priem (2019): Dekarbonisierungsmaßnahmen jenseits eines CO₂-Preises. Studie für Greenpeace Deutschland. Berlin
 - Oxfam (2024). INEQUALITY INC. How corporate power divides our world and the need for a new era of public action. Am 17.04.2023 von <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024> abgerufen.
 - Prognos (2023): Bezifferung von Klimafolgekosten in Deutschland.
 - UN-Generalsekretär António Guterres (2019): To Tackle Climate Change, Leaders Must Tax Pollution, Not People, End Coal Plant Construction by 2020, Secretary-General Urges, Concluding Pacific Region Visit in SG/SM/19584-ENV/DEV/1953. Am 17.04.2024 von <https://press.un.org/en/2019/sgsm19584.doc.htm> abgerufen.

9. Wirtschaft

9.1 Für eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen

9.1.1 Einleitung

Hat sich die Wirtschaft bereits auf den Weg gemacht, die Klimakatastrophe abzuwenden?

Immer wieder sehen wir Entwicklungen, die Hoffnung machen. Aber sie reichen nicht aus:

Weltweit steigen die Emissionen immer weiter. Positive Ansätze werden konterkariert durch gegenläufige Entwicklungen:

- In den USA sagt Biden der Erderhitzung den Kampf an – und erlaubt neue Ölprojekte in Alaska⁵⁹⁰.
- In Brasilien verspricht Präsident Lula, gegen die Zerstörung des Amazonas vorzugehen – und forciert ein Handelsabkommen mit verheerenden Folgen für das Klima⁵⁹¹.
- Die erneuerbaren Energien boomen wie nie – doch davon unbeeindruckt, erschließen die Ölkonzerne immer neue Ölfelder und erzielen damit immer neue Rekord-Gewinne⁵⁹².

In der Europäischen Union sinken die Emissionen zwar, doch bei Weitem nicht schnell genug⁵⁹³. Auch hier ist das Bild widersprüchlich:

- Die EU verhandelt ein Lieferkettengesetz mit anspruchsvollen ökologischen Standards⁵⁹⁴ – und hält die während der Coronakrise strauchelnden Fluggesellschaften trotz ihrer katastrophalen Klimabilanz mit

⁵⁹⁰

<https://www.20min.ch/story/joe-biden-bricht-wahlversprechen-und-erlaubt-oelprojekt-in-alaska-951358256573>

⁵⁹¹ <https://umweltinstitut.org/welt-und-handel/eu-mercosur-gift-fuer-beide-seiten-des-atlantiks/>

⁵⁹² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/oelfirmen-rekordgewinne-2022-101.html>,
<https://www.zeit.de/2024/06/guyana-erdoel-exxon-suedamerika-rohstoffe-georgetown>

⁵⁹³

<https://www.nzz.ch/wissenschaft/ein-neues-jahr-wo-steht-europa-bei-den-klimazielen-ld.1773849>

⁵⁹⁴ Das Stand 1.2.2024 noch am Widerstand der FDP scheitern könnte:

<https://taz.de/EU-Lieferkettengesetz-blockiert!/5985977/>

Milliarden-Subventionen künstlich am Leben⁵⁹⁵.

- Der Angriffskrieg auf die Ukraine macht uns schlagartig unsere Abhängigkeit von russischem Gas bewusst⁵⁹⁶. Die Bereitschaft zur Abkehr vom Gas war deshalb für kurze Zeit so hoch wie nie. Doch viele europäische Länder ergriffen diese Chance nicht, sondern stellten nur – wenn überhaupt – von einem Erdgasversorger auf den anderen um⁵⁹⁷.

Auch Deutschland setzt weiter auf Gas, hat die Bevölkerung mit massiven Subventionen für Erdgas in Sicherheit gewiegt und errichtet in Rekordzeit eine gigantische neue Erdgas-Infrastruktur⁵⁹⁸.

Die lähmende Untätigkeit überwinden

Warum ist das so? Warum lassen selbst gutwillige Politiker:innen historische Gelegenheiten für die ökologische Wende ungenutzt verstreichen? Warum forcieren selbst sie das Gegenteil von dem, was sie als notwendig erkannt haben? Und was muss geschehen, damit die Treibhausgas-Emissionen endlich in dem erforderlichen Tempo sinken?

An theoretischen Ansätzen für den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter fehlt es nicht. Die einen fordern Marktpreise, die die realen Klimaschäden abbilden. Die anderen wollen klimaschädliche Produktionsweisen verbieten. Beide Wege sind gangbar, beide schließen einander nicht aus. Sie können aber nur wirken, wenn sie tatsächlich angewendet werden. Doch das geschieht nicht, jedenfalls nicht im

595

<https://www.waz.de/wirtschaft/regierung-einigt-sich-offenbar-auf-lufthansa-rettung-id229158960.html>, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/staatshilfe-lufthansa-coronavirus-krise-1.4913971>, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lufthansa-eu-kommission-urteil-rechtswidrig-staatshilfen-1.5850904>

596

<https://de.statista.com/infografik/26914/anteil-der-russischen-gasimporte-am-inlaendischen-gasverbrauch-nach-laendern/>

597

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/energiekrise-rusland-versorgt-viele-eu-laender-weiter-mit-gas/28990248.html>,

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/energiekrise-wie-europa-seine-gasstroeme-umlenkt-und-unabhaengig-von-rusland-wird/28809308.html>. Wie Deutschland seine Chance

verpasste, schildert Claudia Kemfert in "Schockwellen. Letzte Chance für sichere Energien und Frieden." (Februar 2023)

598

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/bericht-zu-lng-terminals-bestaetigt-warnungen-der-deutschen-umwelthilfe-bundesregierung-plant-gewalt/>

erforderlichen Maß.

Wir haben also ein Umsetzungsproblem, auch in der Europäischen Union. Offensichtlich hat die Einhaltung der planetaren Grenzen in unserer Wirtschaftspolitik nicht den Stellenwert, der ihr zukommt. Sie muss an erster Stelle stehen, wenn wir unseren Nachkommen keine verbrannte Erde hinterlassen wollen.

9.1.2 Problembeschreibung

Für eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen

Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wird weithin immer noch als ein Luxus-Thema wahrgenommen, das in Krisen-Zeiten hintan stehen muss. Sobald der Wirtschafts-Motor stottert, geht es nur noch darum, ihn wieder in Gang zu bringen, ganz gleich zu welchen ökologischen Kosten.

So kommt es, dass Unternehmen auch dann gefördert werden, wenn ihre Produkte eine verheerende Klimabilanz haben. Reiche Menschen werden in ihrem Konsumverhalten auch dann bestärkt, wenn die Klimabilanz katastrophal ist: Ihre Privatjets und Luxusyachten werden nicht etwa verboten, sondern sogar noch steuerlich begünstigt.

Hintergrund dieser Politik ist die Überzeugung vieler Ökonomen, dass unsere Wirtschaft nur funktionieren könne, wenn sie unaufhörlich immer weiter wachse. Null- oder gar Minuswachstum seien auf Dauer nicht verkraftbar, führten zum Zusammenbruch der Wirtschaft, zu Massenelend und Arbeitslosigkeit. Daher fordern sie, weiter auf Wirtschaftswachstum zu setzen, jedoch auf grünes Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen. Dies müsse ermöglicht werden durch Effizienzgewinne sowie durch den vollständigen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien.

Ist Wirtschaftswachstum erforderlich, um unseren Wohlstand zu erhalten? Und falls ja: Ist grünes Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen überhaupt möglich?

Die Ansichten darüber gehen weit auseinander. Einen wissenschaftlichen Konsens darüber gibt es nicht. Was jedoch unzweifelhaft feststeht: Grünes Wachstum ist nicht das, was heute geschieht. Auch die Europäische Union ist weit davon entfernt,

die planetaren Grenzen zu respektieren. Das muss sich ändern.

9.1.2.1 Problemerkklärung

Wirtschaftsmacht und demokratische Kontrolle

Das Bestreben, reich zu werden und Reichtum zu vergrößern, ist so alt wie die Menschheit und wird uns auch in Zukunft begleiten. Es kann also nicht darum gehen, dieses Bestreben zu verbieten. Aber es muss kontrolliert werden.

Wir von der Klimaliste wenden uns nicht gegen Wachstum als solches. Wohlstand zu schaffen, zu erhalten und auch diejenigen daran teilhaben zu lassen, die heute noch in Armut leben, ist erstrebenswert. Wogegen wir uns wenden, ist ein absolut gesetztes Wirtschaftswachstum um jeden Preis, ohne demokratische Kontrolle und ohne Rücksicht auf unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Auf demokratische Kontrolle zu achten, wird immer wichtiger, je mächtiger Großkonzerne und einzelne Konzerngründer werden. Immer öfter übersteigt deren Marktmacht die Möglichkeiten der Politik. Längst verfügen einzelne Konzerngründer über mehr Geld als ganze Staaten. Tendenz weiter exponentiell steigend: Von 2020 bis 2023 haben die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen mehr als verdoppelt, während die „unteren“ 60 % der Weltbevölkerung ärmer wurden. Dass der erste Multimilliardär über die erste Trilliarde verfügt, ist nur noch eine Frage von wenigen Jahren⁵⁹⁹.

Mit ihren gewaltigen, unaufhörlich wachsenden Ressourcen verändern die Mega-Reichen die Welt immer mehr – und schaffen Fakten, bevor die Gesetzgebung reagieren kann. Die Digitalisierung des Wirtschaftslebens – so segensreich sie auf der anderen Seite auch ist – hat der Privatwirtschaft eine ganz neue Machtfülle erschlossen. Nun sitzt sie an den entscheidenden Hebeln der weltweiten Kommunikations-Infrastruktur. Damit verfügen Privatunternehmen über Machtmittel, die sich Diktaturen früherer Zeiten nicht einmal vorstellen konnten. Nichts und niemand kann sich ihnen mehr entziehen. Um in ihrem Gestaltungsspielraum nicht eingeschränkt zu werden, setzen sie private Schiedsgerichte durch, deren Rechtsprechung sich die Staaten unterwerfen

599

https://www.theguardian.com/inequality/2024/jan/15/worlds-five-richest-men-double-their-money-as-poorest-get-poorer?CMP=Share_AndroidApp_Other

müssen⁶⁰⁰.

Wir können uns nicht darauf verlassen, dass private Mega-Konzerne wie Google, Facebook oder Amazon nicht eines Tages ihre unermessliche Macht missbrauchen werden, um Staaten zu manipulieren, die Demokratie auszuhöhlen und Meinungsbildungsprozesse zu torpedieren. Die Europäische Union hat diese Gefahr erkannt und 2023 den Digital Services Act erlassen, der gegen Soziale Netzwerke hohe Geldstrafen vorsieht, wenn sie nicht konsequent gegen illegale Inhalte vorgehen⁶⁰¹.

Das war bitter nötig, wird aber kaum ausreichen, um die wachsende Bedrohung für die demokratische Meinungsbildung in Griff zu bekommen. Heute schon kann Wahlen gewinnen⁶⁰², wer die Instrumente der digitalen Manipulation beherrscht, die von einer alle Lebensbereiche durchdringenden Privatwirtschaft bereitgestellt werden. Die Künstliche Intelligenz ist auf dem Sprung, diese Möglichkeiten der Manipulation ihrerseits in neue Dimensionen zu katapultieren – zum Schaden des Klimas, weil die Rechenleistung, die dafür benötigt wird, großteils aus fossilen Energien stammt⁶⁰³.

Höchste Zeit also, die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft zurückzugewinnen.

Für eine Wirtschaft, die unterscheidet zwischen sinnvollen und schädlichen Geldflüssen

Wenn von Wirtschaftswachstum die Rede ist, dann ist das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemeint. Es bildet den Wert aller Waren und Dienstleistungen ab, die innerhalb der Landesgrenzen erwirtschaftet werden.

Dieser Wert ist eine rein finanzielle Größe. Es geht allein um die Höhe einer Geldsumme, nicht darum, ob mit diesem Geld die Lebensqualität der Menschen

⁶⁰⁰ <https://www.piqd.de/klimawandel/wie-schiedsgerichte-europas-klimaziele-gefährden>

⁶⁰¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/soziale-medien-regeln-eu-gesetz-100.html>

⁶⁰² <https://kurier.at/politik/ausland/us-wahl/trump-soziale-medien-brachten-den-sieg/230.441.724>

⁶⁰³ vgl. Le Monde diplomatique - Manière de voir No. 189 (07/2023) - Énergie, Seite 41: Die Kontakte zwischen digitalem Kapitalismus und Ölkonzernen haben sich seit der Einführung der Künstlichen Intelligenz vervielfacht. In China stammen 73 % des Energieverbrauchs von Rechenzentren aus Kohle, die Datenmengen und damit der Energiebedarf werden wegen der Künstlichen Intelligenz in den kommenden Jahren voraussichtlich explodieren.

verbessert wurde oder nicht.

„Brutto“ ist das „Bruttoinlandsprodukt“ deshalb, weil es den Warenwert vor dem Wertverlust abbildet. Nicht erfasst werden also beispielsweise der Verfall von Straßen und Stromnetzen, der Verlust von Bausubstanz – und auch nicht ökologische Schäden.

Als rein finanzielle Größe kann das BIP nur erfassen, was sich in einem Geldbetrag abbilden lässt. Es spiegelt also nicht die gesellschaftliche Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeiten wie Hausaufgaben-, Obdachlosen- und Nachbarschaftshilfe, Engagement in Sportvereinen, Hospizen und Naturschutzverbänden. Und es erfasst auch nicht die Bedeutung gesellschaftlich wichtiger, aber tendenziell unterbezahlter Aufgaben wie Pflege und öffentlicher Transport.

Daraus wird eines deutlich: Wie hoch auch immer man die Bedeutung des BIP-Wachstums einschätzen mag – die oberste, gar absolut gesetzte Maxime unseres Wirtschaftens darf es nicht sein.

Das BIP unterscheidet nicht zwischen sinnvollen und schädlichen Geldflüssen. Es wäre auch zu viel verlangt, diese Unterscheidung von der Wirtschaft zu erwarten. Das ist Aufgabe der Politik.

Für eine Politik, die den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen von der Wirtschaft einfordert

Die planetaren Grenzen, von denen unser Überleben abhängt, werden im Bruttoinlandsprodukt nicht abgebildet. Ein Waldbrand mag für die Natur noch so verheerend sein und noch so viel CO₂ freisetzen: Aus BIP-Sicht sind die Werte, die dadurch zerstört werden, gleich Null – es sei denn, der Wald wurde zuvor wirtschaftlich genutzt. Darüber hinaus wird der Brand wirtschaftlich erst wieder relevant durch die Investitionen in den anschließenden Wiederaufbau.

Wenn wir also eine Wirtschaft wollen, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt, statt Anreize zu ihrer Zerstörung hinzunehmen, dann müssen wir in das Wirtschaftsgeschehen politisch eingreifen. Es ist an der Politik, den Markt so zu justieren, dass die Marktkräfte Teil der Lösung werden können.

9.1.2.2 Beispiel

Bhutan: Glück und Klimaschutz gehören zusammen

Bhutan⁶⁰⁴ im Himalaya hat ungefähr die Größe der Schweiz, aber kaum 800.000 Einwohner. Als eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt kann es nicht auf Wachstum verzichten. Das tut es auch nicht: Bhutan öffnet seine atemberaubend schöne Natur für Tourismus. Allerdings nicht für massenhaften Billig-Tourismus, sondern für eine begrenzte Anzahl von Menschen, die bereit sind, für Qualität und Nachhaltigkeit gut zu bezahlen. Eine weitere wichtige Einnahmequelle ist der Export von grünem Strom aus Wasserkraft, über den das Land reichlich verfügt.

Um für Menschen attraktiv zu bleiben, die unberührte Landschaften lieben, muss Bhutan seine Natur bewahren. Das tut es ohnehin: Die Bevölkerung ist sehr naturverbunden. Wie wichtig Umwelt- und Naturschutz sind, wird in der Schule intensiv vermittelt. Per Gesetz wurden 51 % der Landesfläche unter Schutz gestellt, 60 % müssen für immer bewaldet bleiben.

Internationale Aufmerksamkeit ist Bhutan auch deshalb sicher, weil es das einzige Land der Erde ist, das sich verpflichtet hat, vollständig klimaneutral zu bleiben. Und das sind keine leeren Worte: 2013 wies Bhutan sogar eine CO₂-negative Bilanz auf.

Allzu ideal dürfen wir uns Bhutan dennoch nicht vorstellen. Zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen kommt es immer wieder zu erheblichen Spannungen. Die Religion nimmt Einfluss auf die Politik, unter anderem über Sitze in der Nationalversammlung, die für den buddhistischen Klerus reserviert sind. Die Wirtschaftszahlen waren zuletzt schlecht, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, viele wandern aus. Wohl vor allem deshalb wurde Anfang 2024 die Regierung abgewählt.

Die künftige Regierung wird jedoch an der umwelt- und klimafreundlichen Ausrichtung des Landes nichts ändern. Denn was die Menschen von ihr erwarten,

⁶⁰⁴

<https://www.wwf.de/themen-projekte/projektregionen/himalaja-region/bhutan-glueck-klima-und-naturschutz-als-nationaler-wert>, <https://taz.de/Parlamentswahl-im-Himalaya/!5984910/>, <https://de.wikipedia.org/wiki/Bhutan>, <https://www.wmn.de/health/psychologie/bhutan-gluecksindex-id33823>, <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttonationalgl%C3%BCck>

ist nicht wirtschaftlicher Erfolg um jeden Preis: Bhutan ist das einzige Land der Erde, das Erfolg am tatsächlichen Glück seiner Bevölkerung misst. Deshalb sind wirtschaftliche Aspekte immer nur ein Teil des Erfolgs, der sich im „Bruttonationalglück“ ausdrückt. Genauso wichtig sind Werte wie Bewahrung der Natur, Gemeinschaft und Schonung des Klimas.

Es ist ein Skandal, wie sehr dieses Land, das nichts zur Erderhitzung beiträgt, unter ihr leiden muss: Seine Gletscher schmelzen. Immer wieder wird es heimgesucht von heftigen Regenfällen, Überschwemmungen und Erdbeben. Zudem haben die klimatischen Veränderungen zu Wassermangel geführt.

So leidet Bhutan darunter, dass Regionen wie Europa die Lektion nicht lernen wollen, die es für die Welt bereithält: Wirtschaftswachstum ja, aber nur so lange, wie es das Wohlbefinden der Menschen tatsächlich verbessert, und nur so, dass es dem Klima nicht schadet.

Der brutalen Verabsolutierung eines Wachstums ohne Rücksicht auf die planetaren Grenzen setzt Bhutan Werte entgegen, wie sie den Menschen aus der Landesreligion vertraut sind: Es geht im Leben nicht darum, maßlos nach immer mehr zu streben und dabei die Natur zu zerstören. Woran sich die Menschen in Bhutan stattdessen orientieren, ist ein Zustand der Zufriedenheit in Harmonie mit ihren Mitmenschen und mit der Natur.

9.1.2.3 Problemrelevanz

Fehlanreize

Wirtschaftliches Wachstum hat die Lebensbedingungen vieler Menschen verbessert und kann dies auch weiter tun. Aber wo es absolut gesetzt wird, sind Fehlanreize unvermeidlich:

- Kostenlose Lösungen wie Couchsurfing werden ersetzt durch kostenpflichtige wie Airbnb, das an Touristen-Hotspots den Wohnraum verknappt und Mietwohnungen unbezahlbar macht.
- Effiziente ÖPNV-Lösungen tragen weniger zum Wirtschaftswachstum bei als überflüssige Fernflüge und überdimensionierte SUVs. Das führt dazu, dass klimaschädliche Verkehrsmittel wider jede ökologische Vernunft von der Politik gefördert werden.

Um solchen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, brauchen wir eine Politik, die die Wirtschaft demokratisch kontrolliert und die sie auf die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.

Für eine Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen

Die Lösung besteht nicht darin, Wachstum prinzipiell abzulehnen: In wirtschaftlich unterentwickelten Ländern ist Wachstum ebenso sinnvoll wie in wichtigen Zukunftsbranchen. Was wir überwinden müssen, ist nicht das Wachstum an sich, sondern ein Wachstum ohne Rücksicht auf gesellschaftliche und ökologische Folgeschäden.

Als oberste Maxime muss gelten: Unsere Wirtschaft muss sich innerhalb der Grenzen der planetaren Ressourcen bewegen. In diesem vorgegebenen Rahmen muss es gelingen, alle Menschen mit gesunder Nahrung und Wohnraum zu versorgen und ihnen Mobilität, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Das Gewinnstreben bleibt ein Motor für wirtschaftliche Entwicklung. Es muss aber so eingehegt werden, dass es unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört.

Primat der Politik

Drei Akteure sind es vor allem, die unsere Wirtschaft gestalten: die Unternehmen, die Konsument:innen und die Politik. Wie können sie dazu beitragen, dass der aktuelle Kurs der Selbstzerstörung abgelöst wird durch eine Wirtschaft, die unsere Ressourcen schont und schnell genug aus den fossilen Energien aussteigt?

Von den Unternehmen ist der nötige Kurswechsel nicht zu erwarten. Sie stehen unter Druck, auf Kosten ihres Wettbewerbs immer weiter zu wachsen und so ihre Gewinne immer mehr zu steigern.

Auch die Konsument:innen können allenfalls wenig erreichen. Denn sogar die Gutwilligen unter ihnen fühlen sich entmutigt, weil sie als Einzelne handeln – und die Kaufentscheidungen Einzelner können nun mal nur minimal zur Lösung beitragen.

Es kommt deshalb vor allem auf die Politik an. Nur wenn sie die richtigen Vorgaben macht, können auch Unternehmen und Konsument:innen ihren Beitrag leisten.

9.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensressourcen muss die oberste Maxime unseres wirtschaftlichen Handelns sein. Wirtschaftswachstum darf nur dann als Erfolg gelten, wenn es in Einklang steht mit der Erhaltung unserer natürlichen Überlebensressourcen, sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt.
- Alle unternehmerischen Aktivitäten mit erheblichen Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft müssen demokratischer Kontrolle unterliegen.
- Großkonzerne und Superreiche tragen weit überproportional zur Erderhitzung bei und müssen deshalb bei ihrer Überwindung und bei der Bewältigung der Folgen in die Pflicht genommen werden.
- Für mittelständische Unternehmen, die sich demokratisch und genossenschaftlich organisieren wollen und dabei auf Hilfe angewiesen sind, sollen Fördermittel⁶⁰⁵ bereitgestellt werden.
- Wir lehnen eine Schiedsgerichtsbarkeit ab, die das unternehmerische Risiko auf die Steuerzahlenden abwälzt und Staaten daran hindert, ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Gesetzesänderungen durchzusetzen.

9.1.4 Begründung

Noch versteht die Politik ihre Aufgabe in erster Linie als Durchsetzung eines Wirtschaftskurses, in dem die Rettung unseres Klimas allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt. Stattdessen fordern wir eine Wirtschaftspolitik, in der die Bewahrung unserer extrem bedrohten natürlichen Lebensgrundlagen an erster Stelle steht.

9.1.5 Entkräften von Gegenargumenten

Gegenargument „Grünes Wachstum“

„Kann die Wirtschaft denn nicht innerhalb der planetaren Grenzen unbegrenzt weiter wachsen, indem sie Energie immer effizienter nutzt, Ressourcen schonend abbaut und recycelt sowie die Energiezufuhr ganz auf erneuerbare Energien

⁶⁰⁵ https://commission.europa.eu/funding-tenders/find-funding/eu-funding-programmes_de

umstellt?“

Antwort

Auf diese Frage gibt es aktuell keine eindeutige Antwort, die sich auf die Wissenschaft berufen könnte, weil in der Wissenschaft darüber keine Einigkeit besteht. Als wissenschaftlich orientierte Partei verfolgen wir die Entwicklung in den Wirtschaftswissenschaften und in der Technik kontinuierlich weiter und bleiben offen für neue Lösungen. Das hindert uns aber nicht daran, heute das zu fordern, was Stand heute notwendig ist.

Tatsache ist: Heute leben wir in einer Wirtschaft, die die planetaren Grenzen grob missachtet, Ressourcen verschwendet, ihren Energiehunger weitaus überwiegend aus fossilen Energien stillt, dadurch die Erderhitzung weiter verschlimmert und die weit davon entfernt ist, diesen extrem gefährlichen Kurs vor Erreichen entscheidender Kipppunkte zu korrigieren.

Deshalb muss heute alles getan werden, um diesen Kurs zu ersetzen durch eine Wirtschaftsweise, die den Treibhausgasausstoß innerhalb kürzester Zeit auf Netto Null herunterfährt und die nicht mehr Ressourcen verbraucht, als nachhaltig möglich ist.

Sollte diese Transformation mit Wirtschaftswachstum vereinbar sein: Dann wird ein solches umweltverträgliches Wachstum an der Klimaliste nicht scheitern. Sollte sich jedoch herausstellen, dass der rasche Ausstieg aus den fossilen Energien nur möglich ist, wenn wir – und sei es nur vorübergehend – auf Wirtschaftswachstum verzichten: Dann wird die Klimaliste auch diesen Kurs mittragen, die erforderlichen Einschränkungen akzeptieren und sich dafür einsetzen, dass die Transformation sozial gerecht erfolgt.

Gegenargument „Technischer Fortschritt“

„Werden sich die ökologischen Probleme nicht mit der Entwicklung neuer Technologien von selbst erledigen?“

Antwort

Wir sind offen für neue technische Lösungen. Technologischer Fortschritt kann uns bei der Abwendung der Klimakatastrophe helfen, beispielsweise durch immer

effizientere und günstigere Speicher für erneuerbare Energien. Dennoch wird uns ungesteuerter technologischer Fortschritt allein nicht aus der Krise führen. Denn parallel zu den klimaschonenden Technologien bringt der Fortschritt auch Technologien hervor, die die Klimakatastrophe weiter verschlimmern, weil sie den Ressourcen- und Energiebedarf ins Unermessliche steigern, wie Kryptowährungen⁶⁰⁶, Künstliche Intelligenz⁶⁰⁷ oder neue Passagierflugzeuge mit Überschallgeschwindigkeit⁶⁰⁸.

Deshalb darf die Politik die technologische Entwicklung nicht sich selbst überlassen, sondern muss steuernd eingreifen, indem sie klimafreundliche Technologien fördert und klimaschädliche bekämpft. Entschlossen genug wird sie das nur dann tun, wenn sie die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen an die erste Stelle setzt.

Gegenargument „Internationale Konkurrenzfähigkeit“

„Gerät die Europäische Union nicht international ins wirtschaftliche Abseits, wenn sie ihre Wirtschaft umstellt auf eine klimaschonende Kreislaufwirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen?“

Antwort

In der Tat ist die EU dabei auf internationale Zusammenarbeit angewiesen. Aber warum sollte diese Zusammenarbeit nicht möglich sein?

Die Globalisierung zeigt, dass wir uns sehr wohl international koordinieren können. Bisher haben wir das vor allem für den Profit getan, zu oft auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Ab jetzt muss oberstes Ziel der internationalen Zusammenarbeit sein, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Das ist mindestens ebenso im Interesse aller wie der Austausch von Waren. Wenn die

⁶⁰⁶

<https://www.deutschlandfunk.de/studie-kryptowaehrungen-belasten-umwelt-und-klima-enorm-102.html>

⁶⁰⁷ <https://www.dw.com/de/wie-k%C3%BCnstliche-intelligenz-der-umwelt-schadet/a-66305844>

⁶⁰⁸

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/ueberschallflug-umweltexperten-warnen-vor-concorde-nachfolgern-a-1250610.html>,

<https://www.tagesschau.de/wissen/forschung/ueberschallflugzeug-technik-forschung-geschichte-101.html>,

<https://www.diepresse.com/17988539/nasa-zeigt-neues-ueberschallflugzeug-das-ohne-knall-fliegen-soll>, <https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberschallflug#Praxis>

Europäische Union ihren Teil zur klimaschonenden Umgestaltung der Weltwirtschaft beiträgt, kann sie die bereits vorhandenen internationalen Strukturen nutzen, um auch andere Länder für unser gemeinsames Überleben zu gewinnen.

9.1.7 Quellenangaben

Ein neuerer Vertreter der Degrowth-Bewegung, die Wachstum überwinden und die Wirtschaft schrumpfen will, ist der französische Ökonom Timothée Parrique⁶⁰⁹:

- Timothée Parrique (2022): Ralentir ou périr: L'économie de la décroissance

In Deutschland wurde die Diskussion über die Grenzen des Wachstums zuletzt vor allem angeregt durch die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann⁶¹⁰:

- Ulrike Herrmann (2022): Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden

Eine vielbeachtete Ökonomin, die Wirtschaftswachstum für unverzichtbar und für vereinbar mit Klimaschutz hält, ist Mariana Mazzucato⁶¹¹:

- Mariana Mazzucato (2021): Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft

⁶⁰⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=RkEYYNCj-ws>

⁶¹⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=n3K7mSvRUq4>

⁶¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Mariana_Mazzucato

9.2 Faire Handelsverträge

9.2.1 Einleitung

Die Wirtschaft muss grundlegend transformiert werden, um die Erderhitzung zu begrenzen und eine Anpassung an ihre bereits eintretenden Folgen zu erlauben. Allerdings sind alle Strukturen in den bestehenden Handelsverträgen darauf ausgelegt, den Profit vor Gemeinwohlintereessen, Klima- und Umweltschutz sowie Menschenrechte zu stellen sowie die bestehenden Investitionen zu schützen und noch auszuweiten, z. B. durch Privatisierung oder Beschränkung der Mitspracherechte der Bevölkerung. Mit der geplanten Einführung eines Investorschiedsgerichts und exklusiven Klagerechten in der EU würde der durch die Handelsverträge angerichtete Schaden für das Gemeinwohl noch potenziert. Das steht der benötigten Transformation im Weg.

Die Europäische Union importiert in großem Maße Klimagase, 400 Mio. t/Jahr allein durch die Landwirtschaft. Das ist mehr, als auf ihrem Gebiet absorbiert wird. Insgesamt verursacht die EU mehr als 20 % ihrer CO₂-Emissionen durch Importe. Der Handelsverkehr trägt schätzungsweise 5 % zu den Klimagasemissionen bei, was aber im Klimaabkommen von Paris noch nicht bilanziert ist.

Die Europäische Union hat Handelspolitik als ein Kernthema. Von Beginn an war sie wichtig, zuerst zum Aufbau eines europäischen Binnenmarktes, der Zollabbau und die Angleichung vieler Standards brachte, vor allem im Bereich Verbraucherschutz und Umweltschutz. Es wurden Milliardensummen für Infrastrukturprojekte in den unterentwickelten Regionen der EU ausgegeben, um auch eine Angleichung von Produktions- und Wirtschaftsbedingungen zu erreichen. Eine Einigung bei Sozialstandards und Steuern hingegen wird ausgespart – in diesen Bereichen sollen die Nationalstaaten um Investitionen konkurrieren. An den günstigsten Standorten würden dann die meisten Investitionen getätigt, die dann Arbeitsplätze und Wohlstand für die Bevölkerung bringen würden – so die Logik. Am Ende wurde noch der Euro in einigen Ländern eingeführt, der dort eine noch weitergehende finanzpolitische Einheit brachte. Parallel verlagerte sich auch die Zielsetzung: Es sollte weiteres Wirtschaftswachstum generiert werden, indem die EU ihre Produkte gewinnbringend über offene Märkte in aller Welt absetzen kann. Ende der 90iger-Jahre wurde global bereits versucht, ein Investitionsschutzabkommen zu schaffen (Multilateral Agreement on Investment MAI), die Pläne aber fallen

gelassen, nachdem das Vorhaben durch ein Leak in die Öffentlichkeit gelangt war und gleich starken Widerstand hervorrief. Der Versuch der Welthandelsorganisation (WTO), in den frühen 2000er-Jahren ein weltweites Handelsabkommen zu schaffen, scheiterte am Widerstand vor allem der BRICS-Staaten. Stattdessen gibt es mehr als 1000 bilaterale Verträge zwischen einzelnen Staaten.

9.2.2 Problembeschreibung

Der Vertrag von Lissabon 2009 übertrug der EU-Kommission das Mandat, für alle EU-Länder gemeinsam Freihandelsverträge auszuhandeln. Das geschieht jetzt bilateral zwischen EU und einzelnen Ländern oder in Ausnahmefällen mehreren Staaten gleichzeitig wie bei Mercosur, dem Verbund von Brasilien, Argentinien, Bolivien und Paraguay. Die Partnerstaaten können entwickelte Ökonomien sein wie Kanada, USA und Japan oder Länder des Globalen Südens wie Chile oder Mexiko. Alle Verträge eint, dass sie weit über ein Freihandelsabkommen hinausgehen und auch die Wirtschaften koppeln sollen. Häufig sind exklusive Investorenklagerechte gegen Staaten vorgesehen, die vor Investorschiedsgerichten (in der EU vor einem eigens dafür zu schaffenden Investorschiedsgerichtshof) durchgeführt werden sollen. Weiterhin werden auch Ausschüsse (angeschlossen an das Direktorat Handel der EU-Kommission) geschaffen, die über die Angleichung der Standards und Rechtsprechung beschließen sowie auch Verträge ändern können.

Der erste Vertrag, der das alles enthält, ist CETA, der Vertrag der EU mit Kanada. CETA soll die Blaupause für alle weiteren Verträge liefern. Nach großen Protesten der Öffentlichkeit in Europa wurde in Anhängen und Zusatzkapiteln auf Umweltstandards und soziale Standards Bezug genommen, diese sind aber weder einklagbar noch wirksam sanktionierbar. Beteiligung von Bürger:innen oder das Pariser Klimaabkommen von 2015 werden im Vertrag nicht einmal erwähnt.

Das deutsche Parlament hat CETA in der seit 2017 vorliegenden Form im Dezember 2022 zugestimmt – entgegen den Versprechungen im Wahlprogramm sowohl von SPD als auch den Grünen. Eine Analyse der Änderung zeigt, dass auch der Zusatz in seiner Endformulierung, der inzwischen durch ein Leak an die Öffentlichkeit kam, nichts substantiell an dem Vertrag geändert hat. Klar ist, dass damit das deutsche Parlament einer Entmachtung der demokratisch gewählten Parlamente in Deutschland und EU zugestimmt hat.

Wenn CETA von allen EU-Ländern ratifiziert ist, kann der Investorschiedsgerichtshof eingerichtet werden. Diese Urteile würden EU-Recht und deutsches Recht überschreiben und damit auch die Gültigkeit des Grundgesetzes erodieren.

Gerade wurden die Verträge mit Mexiko und Chile beschlossen. Mercosur als der bei Weitem größte und wichtigste Vertrag soll nach dem Willen der EU-Kommission auch noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden, aber die Verhandlungen stocken.

Was die Freihandelsverträge enthalten

1. Regulatorische Ausschüsse werden im Direktorat Handel der EU-Kommission installiert, die völlig intransparent Regeln beschließen können, die ohne eine parlamentarische Kontrolle direkt in geltendes Recht umgesetzt werden müssen. Sie bilden auch eine Rechtsgrundlage für den Investorschiedsgerichtshof.
2. Ein Investitionsgerichtssystem (Investor Court System ICS) soll installiert werden, vor dem internationale Konzerne Regierungen und Behörden auf Schadensersatz verklagen können bei direkter Enteignung, indirekter Enteignung (das erlaubt Milliardenforderungen an den Staat) und Verstoß gegen faire und gerechte Behandlung (das hebt die Beteiligung der Bürger.innen aus). Nur Konzerne und Finanzinvestoren mit Sitz (auch einer Tochter) im Kanada sind in der EU klageberechtigt, Regierungen und Behörden nicht. Die Urteile stehen über EU-Recht und nationalem Recht (auf Völkerrechtsebene).
3. Die Regelungen in den Verträgen zielen auf weitere Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen: Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Wasser, Energieversorgung.
4. Klima- und Umweltschutz, Gemeinwohlinteressen, Menschenrechte sowie Rechte von Arbeitnehmer.innen sind vor Klagen nicht geschützt und können auch nicht eingeklagt oder wirksam sanktioniert werden.

9.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

1. Die EU muss die Investorklagerechte aussetzen und auf die Einrichtung des Investitionssgerichtssystems verzichten.

Auch die von der EU selbst in Auftrag gegebene Studie des deutschen Richterbundes warnt vor den Investorklagerechten. Sie behindern auch effektiv die Transformation der Wirtschaft, wie man am Beispiel des Energiecharta-Vertrages sieht ,.

2. Die EU-Kommission muss alle Vorgänge in den bereits bestehenden Ausschüssen endlich transparent machen: Listen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Tagesordnungen, Protokolle.
Das fehlt bislang, es werden lediglich am Ende kurze Zusammenfassungen und die schlussendlich gefassten Beschlüsse veröffentlicht. Auch ein Überblick über die verschiedenen Ausschüsse ist nicht öffentlich zugänglich.
3. Die EU muss alle Verträge neu verhandeln.
Versprochen wurde, dass alle neuen Verträge wirksame Klauseln zu Klima- und Umweltschutz sowie zu Arbeitnehmerrechten und dem Schutz von Gemeinwohlinteressen erhalten sollen. Zusatzerklärungen lösen das Problem nicht, wie am Beispiel CETA oder Mercosur bereits zu sehen ist. Allerdings weigert sich die EU, die bereits in Verhandlung befindlichen Verträge zu ändern. Das muss aber umgehend geschehen.
4. Die EU darf Mercosur in der vorliegenden Form nicht ratifizieren.
5. Die EU muss faire Handelsverträge mit dem globalen Süden abschließen.
6. Faire Lieferketten müssen in die Handelsverträge integriert werden (z. B. Beachtung der ILO-Normen, Schutz indigener Bevölkerung, schonende Rohstoffgewinnung).

9.2.4 Begründung

Das Prinzip der Lösung muss sein: Regional und angepasst produzieren, reparieren und wiederverwerten. Benötigte Ressourcen aus anderen Ländern unter Berücksichtigung der dortigen ökologischen und ökonomischen Verhältnisse beziehen. Menschenrechte achten, Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmer schützen. Die EU muss die CO₂-Emissionen aus anderen Ländern und den Fußabdruck an Landnutzung verringern.

9.2.5 Entkräften von Gegenargumenten

„Wir brauchen freien Handel, um unseren Wohlstand zu halten.“

Es geht bei den Verträgen nicht einfach um freien Handel und auch nicht um unseren Wohlstand. Im Vordergrund stehen Konzerninteressen. Bei der

Ratifizierung von CETA durch das deutsche Parlament im Dezember 2022 ging es im Wesentlichen um die Einführung von Investorklagerechten. Alles andere war bereits auf EU-Ebene ratifiziert. Investorklagerechte aber blockieren effektiv die nötige Transformation der Wirtschaft. Bei Mercosur geht es um die Einführung von Soja und Rindfleisch in die EU, was dort zu einer weiteren Abholzung des Amazonas führt und hier zu einer Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft. Im Gegenzug soll Südamerika Autos aus der EU importieren, was dort zum Abbau von qualifizierten Arbeitsplätzen und technologischer Entwicklung führt, aber dem Verbrennermotor noch ein langes Leben beschert.

„Wir müssen mit unseren Freunden Handelsverträge schließen, um China draußen zu halten.“

Abgesehen davon, dass die EU auch mit China einen Handelsvertrag geschlossen hat: Die großen Länder des Globalen Südens haben längst China als einen verlässlichen und oft auch faireren Partner kennen gelernt. Daran werden Handelsverträge nichts ändern, die häufig nur alte koloniale Abhängigkeiten zementieren wollen. Im westlichen Lager hilft es der Freundschaft zu Kanada nicht, wenn Konzerne jetzt den jeweils anderen Staat verklagen können. Kanada selbst hat es als großen Sieg gefeiert, dass im neuen Handelsvertrag mit den USA die Investorklagerechte beendet sind.

9.2.6 Gegenfinanzierung

Die Finanzierung ist hier kein Problem. Durch den Verzicht auf das Investitionsgerichtssystem würden im EU-Haushalt schätzungsweise ca. 0,5 Mrd. € eingespart. Darüber hinaus würden Klagerechte die Staatshaushalte weiter belasten, während Konzerne noch höhere Gewinne einfahren könnten. Durch den Mercosurvertrag würde die Landwirtschaft Milliarden-Hilfen durch die EU benötigen (während wiederum insbesondere die deutschen Automobilhersteller höhere Gewinne machen). Den französischen Landwirt.innen wurden damals bereits solche Ausgleichszahlungen versprochen.

9.3 Lieferkettengesetz

Eine gemeinsame Forderung mit der Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei).

9.3.1 Einleitung

Am 3. März 2021 hat das Kabinett der Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (Sorgfaltspflichtengesetz) beschlossen. Dieser Schritt war längst überfällig, nachdem freiwillige Ansätze zur Umsetzung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNLP) von 2011 gescheitert waren. Doch auch mit dem aktuellen Sorgfaltspflichtengesetz können deutsche Unternehmen durch ihre Geschäftstätigkeit in anderen Ländern elementare Arbeits- und Menschenrechte verletzen und zur Zerstörung von Umwelt und Klima beitragen. Deswegen muss das bestehende Gesetz mit Blick auf die bestehenden Gesetzeslücken nachgebessert und verschärft werden⁶¹².

9.3.2 Problembeschreibung

Dank des starken Einflusses der Konzernlobby bleibt das aktuelle Sorgfaltspflichtengesetz nicht nur weit hinter den gesellschaftlichen Erwartungen, sondern auch hinter den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNLP)⁶¹³ zurück.

9.3.2.1 Problemerkklärung

Es wurde durch Lobbydruck seitens des CDU-Wirtschaftsrats und von Unternehmensverbänden wie BDI, BDA und DIHK versucht, den Gesetzesentwurf zu stoppen bzw. zu verwässern. Die Priorisierung der Wirtschaftsinteressen findet sich im Gesetzestext wieder und lässt in der aktuellen Fassung kaum eine Verbesserung für die Betroffenen entlang der Lieferkette zu⁶¹⁴.

Das aktuelle Gesetz sieht vor, dass bis 2024 nur Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitenden verpflichtet werden, die ihre Hauptverwaltung, ihre

⁶¹² Antrag der Fraktion Die Linke - [Drucksache 19/29279 \(bundestag.de\)](https://bundestag.de/Drucksache_19/29279)

⁶¹³ [UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](https://bundestag.de/Drucksache_19/29279)

⁶¹⁴ Antrag der Fraktion Die Linke - [Drucksache 19/29279 \(bundestag.de\)](https://bundestag.de/Drucksache_19/29279)

Hauptniederlassung, ihren Verwaltungssitz oder ihren satzungsmäßigen Sitz im Inland haben⁶¹⁵.

9.3.2.2 Beispiel

Damit ist der Anwendungsbereich des Gesetzes auf weniger als 0,1 % der in Deutschland gemeldeten Unternehmen beschränkt. Problematisch ist, dass sich der Entwurf nicht an bekannten Größenordnungen orientiert und nicht nach besonderen Risiken der Geschäftstätigkeit differenziert. So gelten in Deutschland nach Definition im Handelsgesetzbuch schon Unternehmen ab 250 Beschäftigten als groß⁶¹⁶.

9.3.2.3 Problemrelevanz

Zudem sind in dem gegenwärtigen Gesetz Umweltaspekte nur marginal abgedeckt. Eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten einschließlich konkreter Bezüge zum Arten- und Klimaschutz fehlen. Das Gesetz sollte den Schutz der Umwelt präventiv angehen und die Umweltsituation in ihrer Gesamtheit verbessern. Der im Gesetzentwurf enthaltene Ansatz kommt allerdings nicht dem Präventionsgrundsatz des Umweltrechts nach und vernachlässigt in der aktuellen Fassung die Erhaltung der Umwelt für künftige Generationen⁶¹⁷.

Des Weiteren greift das stufenweise Verfahren, nach dem der volle Umfang der Sorgfaltspflichten nur auf den eigenen Geschäftsbereich sowie unmittelbare Zulieferer gilt, zu kurz. Verletzungen von Menschenrechten und Umweltschutz-Standards finden nachweislich häufig am Anfang von Wertschöpfungsketten statt. Das anlassbezogene Tätigwerden bei mittelbaren Zulieferern widerspricht geltenden internationalen Menschenrechtsstandards wie dem risikobasierten Vorsorgeprinzip der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Der Anreiz für Unternehmen, sich mit den diversen Stakeholdern

⁶¹⁵ Bundesministerium für Arbeit und Soziales – CSR – Fragen und Antworten zum Lieferkettengesetz ([csr-in-deutschland.de](https://www.csr-in-deutschland.de))

⁶¹⁶ Initiative Lieferkettengesetz.de - Rechtliche Stellungnahme zum Regierungsentwurf „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“ ([Argumente für ein wirksames Lieferkettengesetz](#))

⁶¹⁷ Environmental Justice Foundation – [EJF Briefing Lieferkettengesetz 2021.pdf \(ejfoundation.org\)](#)

auszutauschen, droht damit zu schwinden, um nicht von Menschenrechtsverletzungen in den Lieferketten zu erfahren⁶¹⁸.

9.3.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Wir stellen folgende Änderungsforderungen:

Anwendungsbereich auf Unternehmen mit geringerer Beschäftigtenzahl erweitern.

Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten sollte auf große Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden im Sinne des Handelsgesetzbuches erweitert werden. Es muss für alle Lieferketten – sektorenübergreifend und einschließlich des finanziellen Sektors – sowie für die gesamte Lieferkette gelten. Kleine und mittlere Unternehmen sollten bei der Erfüllung der Sorgfaltspflichten unterstützt werden, anstatt sie per Gesetz auszuschließen.

Umweltbezogene Sorgfaltspflichten einbeziehen.

Das Gesetz sollte den Schutz der Umwelt präventiv angehen und die Umweltsituation in ihrer Gesamtheit verbessern. Klare Standards für den Schutz der Umwelt sowie detaillierte Ausführungen zu den von Unternehmen zu erstellenden Risikoanalysen in Bezug auf direkte und indirekte Beeinträchtigungen der Umwelt sind notwendig. Es muss eine umweltbezogene Sorgfaltspflicht verankert, sowie klare, messbare und umfassende Definitionen von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen und einen spezifischen Bezug zu Umweltthemen wie Klima, Biodiversität, Ozean, Wälder und Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung definiert werden.

Die Verantwortung der Unternehmen auf die gesamte Wertschöpfungs- und Lieferkette beziehen.

Die Verantwortung mittelbarer Zulieferer muss durch risikobasierte Kriterien erweitert werden. Unternehmen müssen verpflichtet werden, hinsichtlich der Verletzung von Menschenrechts- und Umweltstandards präventiv zu ermitteln, ihnen aktiv zu begegnen, darüber zu berichten und gegebenenfalls Beschwerdeverfahren zu ermöglichen. Die Sorgfaltspflichten und Risikoprävention

⁶¹⁸ ebd.

müssen mindestens die internationalen Standards der OECD und der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte erfüllen.

9.3.4 Begründung

Durch die Umsetzung der genannten Änderungsforderungen würden kritische Lücken des aktuellen Gesetzes geschlossen werden. Ein lückenloses Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten ist von großer Wichtigkeit für eine nachhaltige Wirtschaft ohne Menschenrechts-Verletzungen.

9.3.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten.

9.4 Gegen Greenwashing und Scheinklimaschutz

9.4.1 Einleitung

Greenwashing suggeriert Verbraucher:innen angeblich klimaneutrale Produkte oder Maßnahmen. Dies führt neben einer Wettbewerbsverzerrung zu einem beruhigten Gewissen der Verbraucher:innen, weniger Klimaschutzmaßnahmen und weniger Lebensstilanpassungen. Deshalb wurde bereits ein europäisches Gesetz gegen Greenwashing durch Unternehmen verabschiedet⁶¹⁹.

9.4.2 Problembeschreibung

Greenwashing in der Politik

Parallel zu Greenwashing-Aussagen von Unternehmen gibt es international durch alle Regierungen sowie Organe der Exekutiven beschönigende Aussagen zum eigenen Umsetzungsstand von Klimaschutzmaßnahmen sowie aktuell notwendigem Klimaschutz. Dies reduziert aufgrund des Aufmalens einer „Klimailusion“, nach der wir uns angeblich auf einem innovativen, gut eingehaltenen Pfad zur Klimaneutralität befänden, die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Warnungen und wirkt mindestens ebenso kontraproduktiv auf echte Klimaschutzmaßnahmen wie unternehmerisches Greenwashing.

9.4.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Aus diesem Grund fordert die Klimaliste Deutschland

- Eine weitere Greenwashing-Gesetzgebung, die Regierungen und staatliche Institutionen in die Pflicht nimmt für Kommunikationsmindestanforderungen. (hierbei Vermitteln der IPCC-Zusammenfassungen sowie eigene SOLL- und IST-Stände von Klimaschutzmaßnahmen).
- Schnellstmöglicher Abschluss der Richtlinie über umweltbezogene Angaben
- Schnellstmöglicher Abschluss der Richtlinie für Zertifizierungsrahmen für CO₂-Entnahmen.

619

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-greenwashing-werbung-100.html#:~:text=EU%20Parlament%20EU%20verbietet%20%22Greenwashing%22%20in%20der%20Werbung&text=%22Umweltfreundlich%22%2C%20%22nachhaltig%22,das%20EU%20Parlament%20nun%20beschlossen>

9.4.7 Quellenangaben

- <https://de.wikipedia.org/wiki/Greenwashing>
- UN vermitteln unwirksame CO2-Zertifikate:
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-02/emissionshandel-co2-zertifikate-vereinte-nationen-greenwashing-bericht>
- EU schönert Klima-Bilanz, Deutschland in der Kritik:
<https://www.morgenpost.de/politik/article238795599/report-bericht-eu-deutschland-klima-co2.html>
- „Klimaneutral“-Label als Ablenkungsmanöver:
<https://www.zeit.de/2023/19/greenwashing-klimaneutral-siegel-unternehmen-co2>

9.5 Werbeverbot für klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen

9.5.1 Einleitung

In unserem auf Konsum aufgebauten Wirtschaftssystem sind wir täglich von Werbung umgeben, die uns zum Kaufen animiert. Dabei ist es irrelevant, um welches Produkt oder welche Dienstleistung es sich handelt.

9.5.2 Problembeschreibung

Einige dieser Produkte und Dienstleistungen, wie Flüge, Kreuzfahrten, Verbrennerautos, Rindfleisch und Milchprodukte, verursachen Treibhausgase und tragen damit zur Erderhitzung bei. Der aktuelle Bericht des Weltklimarates (IPCC) betont die direkten Auswirkungen auf die Erderhitzung durch Werbung und PR für fossile Brennstoffe. Daher sollten sie in keiner Weise beworben werden.

9.5.2.2 Beispiel

Genussmittel wie Alkohol und Tabakwaren sind aus Gründen des Jugend- und Gesundheitsschutzes mit Werbeverboten belegt. Nicht jugendfreie Filme und Serien sowie Werbespots für diese dürfen nur zu bestimmten Sendezeiten ausgestrahlt werden. Einschränkungen der Werbefreiheit sind zulässig, wenn sie durch ein überwiegendes öffentliches Interesse gerechtfertigt sind. Dies ist gegeben, da die Produkte und Dienstleistungen aus gesundheitlicher, ökologischer und langfristig durch die Erderhitzung auch aus ökonomischer Sicht für Individuum und Gesellschaft schädigend sind.

9.5.2.3 Problemrelevanz

Durch die Bewerbung eines klimaschädlichen Produktes werden Menschen zu umweltunfreundlichen Konsumententscheidungen angeregt, besonders, wenn dieses allgegenwärtig und als Teil des täglichen Lebens erscheint. So wird ein „Weiter so“ suggeriert. Dabei sollte jedes klimaschädliche Produkt so schnell wie möglich durch eine bessere Alternative ersetzt werden.

9.5.3. Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Wir fordern ein Verbot für besonders emissionsintensive Produkte und Dienstleistungen. Dies beinhaltet TV-, Kino- und Radio-Spots, Werbung in Printmedien und Außenwerbung auf Plakaten o. Ä. sowie digitale Werbeanzeigen auf Webseiten.

In Frankreich und den Niederlanden ist ein solches Werbeverbot bereits im Gespräch bzw. in Umsetzung. Der IPCC empfiehlt deutlich, Unternehmenswerbung zu regulieren.

9.5.4 Begründung

Wenn lediglich klimaschonende Produkte beworben werden, haben sie klimaschädlichen Produkten gegenüber einen Wettbewerbsvorteil und werden häufiger gekauft. Damit etablieren sich Konsumgewohnheiten, die letztlich auch dazu motivieren, klimafreundlichere Produkte herzustellen.

9.5.7 Quellenangaben

- Petition (2021): Allgemeines Verbot der Bewerbung von besonders klimaschädlichen Produkten
(https://petitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2021/_02/_05/Petition_120648.html)
- Ban fossil fuel ads (Anzeigen für fossile Brennstoffe verbieten):
<https://banfossilfuelads.org/de/>
- Greenpeace-Initiative: Werbeverbot für fossile Energien
<https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/gasausstieg/werbeverbot-fossile-energien>

9.6 Reparatur von Waren stärken

9.6.1 Einleitung

Durch die Reparatur von Konsumgütern entsteht weniger Abfall, Ressourcen werden eingespart und es ist klimafreundlicher als die Entsorgung und der Neukauf. In der EU entstehen jedes Jahr Emissionen in Höhe von 261 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent und 35 Mio. Tonnen Abfall. Gleichzeitig werden 30 Mio. Tonnen Ressourcen verschwendet⁶²⁰.

Um dem entgegenzuwirken, wurde das so genannte „Recht auf Reparatur“ beschlossen. Auch die aktuelle Arbeit an einer neuen Ökodesign-Richtlinie (Ecodesign for Sustainable Products Regulation, kurz: ESPR). ermöglicht es, ökologisch nachhaltige Produkte zu kategorisieren und ihre Produktion zu fördern⁶²¹.

9.6.2 Problembeschreibung

Durch mangelnde Informationen bezüglich der Nachhaltigkeit von Konsumgütern beim Kauf wird es den Verbraucher:innen erschwert, eine ökologisch nachhaltige Kaufentscheidung zu treffen. Der geplante digitale Produktpass⁶²² und die Einführung eines europäischen Formulars für Reparaturinformationen schaffen hier mehr Transparenz. Diese Instrumente können aber nur dann wirken, wenn die Verbraucher:in bereit ist, sich gezielt zu informieren. Das kann nicht vorausgesetzt werden.

Es ist wichtig, ökologisch nachhaltige Kaufentscheidungen zu fördern und den Kauf von ökologisch nachhaltigen Produkten für die Verbraucher:innen attraktiver zu gestalten.

⁶²⁰

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231117IPR12211/reparieren-statt-ersetzen-neue-eu-regeln-fur-nachhaltiges-verbraucherverhalten>

⁶²¹

https://commission.europa.eu/energy-climate-change-environment/standards-tools-and-labels/products-labelling-rules-and-requirements/sustainable-products/ecodesign-sustainable-products-regulation_en?prefLang=de&etrans=de#timeline

⁶²² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022PC0142>

Um Müll, insbesondere Elektroschrott, zu vermeiden, hat die EU mit dem 2023 final verabschiedeten Recht auf Reparatur⁶²³ eine wichtige Grundlage geschaffen, die Verbraucher:innen z. B. grundsätzlich Zugang zu wichtigen Datenblättern ermöglichen soll, die für eine Reparatur benötigt werden. Darin werden unter anderem folgende Dinge geregelt:

- Einführung eines Europäischen Formulars für Reparaturinformationen.
- Hersteller werden verpflichtet, auch außerhalb der Haftung Mängel an Produkten zu beheben (Kosten tragen die Verbraucher).
- Hersteller müssen Informationen über die Verpflichtung zur Reparatur bereitstellen (Informationspflicht).
- Einrichtung von Online-Plattformen für Reparaturen und überholte Waren für jeden Mitgliedsstaat.
- Konsumgüter müssen vom Hersteller repariert werden, wenn die Kosten dafür genauso hoch sind wie der Ersatz.

Ausblick

In Arbeit ist derzeit eine Ökodesign-Richtlinie⁶²⁴, die zur Etablierung einer Kreislaufwirtschaft beitragen soll. Dabei erhalten Produkte einen digitalen Produktpass, mit dem Verbraucher:innen Informationen über Recyclebarkeit oder Reparierbarkeit herausfinden können. Wir möchten die Einführung dieser Richtlinie unterstützen und einen unkomplizierten Zugang zum Produktpass sicherstellen. Einen Reparaturindex gibt es derzeit bereits in Frankreich⁶²⁵.

9.6.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderung

Zusätzlich zum vom Europäischen Parlament beschlossenen „Recht auf Reparatur“ und der aktuell erarbeiteten Ökodesign-Richtlinie ESPR soll ein EU-Reparaturindex eingeführt werden. Die Möglichkeit der Reparatur soll bei der Kaufentscheidung berücksichtigt werden können. Die Verbraucher:innen sollen sich transparent über die Möglichkeiten der Reparatur informieren können.

⁶²³

https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:cdbeaa83-c94e-11ed-a05c-01aa75ed71a1.0023.02/DOC_1&format=PDF

⁶²⁴

https://commission.europa.eu/energy-climate-change-environment/standards-tools-and-labels/products-labelling-rules-and-requirements/sustainable-products/ecodesign-sustainable-products-regulation_en?prefLang=de&etrans=de

⁶²⁵ <https://www.germanwatch.org/de/18549>

Die Klimaliste fordert daher einen EU-weiten Reparaturindex, der transparent macht, wie gut ein Produkt reparierbar ist, ähnlich z. B. den Energieeffizienzklassen. Anhand bestimmter Kriterien würde dieser Index ausgearbeitet werden. In Frankreich gibt es beispielsweise bereits seit 2021 einen solchen Index, der sich aus den vier Kriterien „Zugang zu Information, einfache Demontage, Zugang zu Ersatzteilen, Preis der Ersatzteile“ sowie aus weiteren produktspezifischen Eigenschaften bildet.

9.6.4 Begründung

Der Reparaturindex würde die Verbraucher:innen zum Kauf eines möglichst einfach zu reparierenden Produkts befähigen. Dadurch würde wiederum der Druck steigen, reparaturfähige Produkte herzustellen. Hier EU-weit ein einheitliches System zu schaffen, ermöglicht es Hersteller:innen und Verbraucher:innen, sich innerhalb des europäischen Markts auf gleiche Bedingungen einzustellen.

9.6.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten.

10. Frieden und Migration

10.1 Frieden schaffen und erhalten

10.1.1 Einleitung

Drei Krisen eskalieren gleichzeitig:

1. Die Umweltzerstörung durch Klimakatastrophe und Artensterben schreitet immer schneller voran.
2. Die Gefahr eines Atomkrieges wächst, insbesondere nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine.
3. Missbrauch der neuen Medien führt zu Verwirrung und Falschmeldungen. Wissenschaft und Politik werden delegitimiert.

Gleichzeitig erodiert die Demokratie in der EU auch unter dem geballten Lobbyismus der Wirtschaft und dem Angriff von rechten Machthabern und Parteien.

10.1.2 Problembeschreibung

Frieden ist eng verbunden mit Klimaschutz und Umweltschutz. Beides kann nur gemeinsam erreicht werden und auch nur, wenn Gerechtigkeit und Ausgleich immer mitgedacht wird.

10.1.2.1 Problemerkklärung

1. Militär ist ein Klimakiller.
Die globalen GHG-Emissionen durch Militär wird auf 2.800 Mio. t GHG (Glass House Gas) jährlich geschätzt, was das Militär mit 5,5 % zum viertgrößten Land nach China, USA und Indien gemessen am Ausstoß machen würde.
2. Der Klimawandel wird immer häufiger Ursache für Krieg und Gewalt sein.
3. Das Geld für Rüstung fehlt für Umwelt und Soziales.
Etwa 2.000 Milliarden Dollar wurden 2020 weltweit ausgegeben. Die Ausgaben stiegen seitdem bereits um mehr als 10 %, vor allem durch die Steigerungen in Europa im letzten Jahr.
4. Kooperation statt Konfrontation wird gebraucht.
Die globale Konfrontation und Blockbildung verhindert die dringend benötigte globale Zusammenarbeit zur Rettung von Umwelt, Stabilisierung

des Klimas und Anpassung der menschlichen Gemeinschaften an die Änderungen.

5. Krieg ist – neben dem ungeheuren Leid, das er verursacht – außerordentlich schädlich für das Klima.

Für die ersten sieben Monate des Ukraine-Krieges liegen Zahlen zu den GHG-Emissionen vor. Etwa die Hälfte der Emissionen kommen von der zerstörten Infrastruktur (also was beim Wiederaufbau dann emittiert wird), knapp ein Viertel sind die ausgelösten Feuer, 15 % die Lecks der zerstörten Pipelines North Stream 1 und 2 und schließlich knapp 10 % die Kriegsführung selbst. Insgesamt beträgt die Summe für sieben Monate Krieg knapp 100 Mio. t CO₂-Äquivalente.

10.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

EU-Diplomatie ist gefordert zum Abbau militärischer Konfrontation und Verhinderung von Blockbildung der Nato gegen BRICS-Staaten zur Vermeidung verhärteter Fronten, damit eine globale Zusammenarbeit im Bereich Klima- und Umweltschutz möglich wird.

1. Beibehaltung des Status quo in der EU bezüglich Militär. Sie ist als Wirtschaftsunion gestartet und erhielt dafür 2012 sogar den Friedensnobelpreis. Das bedeutet:
 - a. Die EU ist kein Militärbündnis und hat keine eigene EU-Armee.
 - b. Mittel aus dem EU-Haushalt dürfen nicht für militärische Zwecke ausgegeben werden.
2. Allen Kriegsdeserteuren Asyl gewähren!
3. Unterstützung der UNO bei der Umsetzung ihrer globalen Friedensinitiativen und Rüstungskontrolle
4. Im Einzelnen: Rüstungskontrolle und Begrenzung:
 - a. Keine nukleare Teilhabe der atomwaffenfreien Staaten in der EU. Unterschrift unter den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO von 2017 und keine Stationierung ausländischer Atomwaffen auf EU-Gebiet (Frankreich muss als Atommacht einen anderen Weg gehen). Deutschland soll seine nukleare Teilhabe beenden.
 - b. Keine bewaffneten Drohnen, keine automatisierte Kriegsführung, Erwirken von Rüstungskontrollabkommen bzw. Verbotsverhandlungen auf UN-Ebene.

5. Klimagasemissionen verursacht durch militärische Aktivitäten erfassen (auch bei Auslandseinsätzen) und in die Bilanzen zur Verfolgung des Klimaschutzabkommens von Paris aufnehmen.
6. Aufbau ziviler Strukturen zur Konfliktbeilegung.
7. Bei allen bewaffneten Konflikten gilt: Hinwirken auf einen baldestmöglichen Waffenstillstand und auf einen nachhaltigen Frieden, indem alle Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigt werden.

Erneuerbare Energien sind eine wirksame Krisenprävention. Die Einführung von Kreislaufwirtschaft spart Ressourcen und reduziert das Konfliktpotential.

Definition der Fortschrittsmessung

Der Fortschritt bemisst sich an der raschen Erfüllung folgender Punkte:

- Beginn von Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine
- Asyl für alle Deserteure
- Staatliche Zahlen zu Klimagasproduktion und Umweltschädigung durch Militär
- Finanzierung und konkrete Maßnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung
- Geschwindigkeit der Einführung von erneuerbaren Energien und Kreislaufwirtschaft

10.1.5 Entkräften von Gegenargumenten

Gegenargument „Verhandlungen nur bei Rückzug des Aggressors“

„Über Waffenstillstand zu verhandeln, ist nur sinnvoll, wenn der Aggressor dazu bereit ist, sich vollständig aus dem Land zurückzuziehen, das er unrechtmäßig angegriffen hat.“

Antwort

Ein Waffenstillstand kann auch dann sinnvoll sein, wenn der Aggressor zu einem Rückzug nicht bereit ist und dieser Rückzug militärisch nicht durchsetzbar ist. Die Waffen schweigen zu lassen, bedeutet nicht, einen unrechtmäßigen Zustand als rechtmäßig anzuerkennen. So hat die Bundesrepublik die DDR als Staat nie

anerkannt, wegen rechtlich ungeklärter Fragen nicht einmal einen Friedensvertrag unterzeichnet⁶²⁶.

Sie hat aber auch keine militärische Gewalt eingesetzt, um das Recht, von dem sie überzeugt war, durchzusetzen. Dieses Beispiel zeigt: Die Abwägung zwischen Kriegshandlungen und Waffenstillstand muss im Einzelfall neben dem Recht auch die militärische Realität und die politischen Verhältnisse berücksichtigen.

Im Fall der Ukraine ist die Rechtslage eindeutig: Russland ist der Aggressor und befindet sich im Unrecht. Damit ist aber noch nicht geklärt, ob die Ukraine diese Situation militärisch lösen kann und soll. Aktuell sehen wir die Gefahr eines Abnützungskriegs, der viele Menschenleben fordert, ohne dass auf diesem Weg die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden könnte. Um dies zu verhindern, plädieren wir dafür, dass die Ukraine so bald wie möglich Waffenstillstandsverhandlungen anbietet.

Gegenargument „Die Angegriffenen entscheiden über ihre Verteidigung selbst“

„Ein zu Unrecht angegriffenes Land hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob und wie lange es sich gegen das erlittene Unrecht militärisch zur Wehr setzt.“

Antwort

Das ist richtig. Aber auch die Länder, die ein angegriffenes Land militärisch unterstützen, haben das Recht, selbst zu entscheiden, in welchem Ausmaß, mit welchem Ziel und unter welchen Voraussetzungen sie ihre Unterstützung leisten.

Im Fall der Ukraine sind hier schwierige Abwägungen zu treffen. Dass die Ukraine zu Unrecht angegriffen wurde, steht außer Zweifel. Insofern ist militärische Unterstützung grundsätzlich gerechtfertigt. Aber sie sollte nicht so geschehen, dass ein Abnützungskrieg entsteht, der zahllose Menschenleben fordert, ohne das Recht wiederherstellen zu können. Auch die Gefahr eines Atomkriegs müssen die unterstützenden Länder in ihrer Abwägung berücksichtigen. In der aktuellen Situation raten wir dazu, die weitere militärische Unterstützung durch den Westen zu verbinden mit dem Angebot der Ukraine, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen.

626

<https://www.swr.de/wissen/1000-antworten/hat-die-bundesrepublik-deutschland-nach-1945-einen-friedensvertrag-unterzeichnet-100.html>

10.1.6 Gegenfinanzierung

Finanzierung ist hier kein Problem, im Gegenteil: Auf Frieden und Kooperation zu setzen spart ungeheure Mittel und setzt Ressourcen frei auch in Wirtschaft und Forschung, sowie in der Politik zur Lösung der Klimakrise selbst, für Bildung (Grundvoraussetzung für Klimaschutz) und soziale Aufgaben.

10.2 Migration

10.2.1 Einleitung

Europa ist attraktiv: Nach Nordamerika ist es die Region, die weltweit die meisten Menschen anzieht⁶²⁷. Eigentlich sollte es uns freuen, dass wir derart erfolgreich sind. Stattdessen sehen viele in den Migrant:innen, die zu uns kommen, zuallererst einen Grund zur Besorgnis.

Dabei brauchen wir Einwanderung. Ohne Einwanderung hätten wir keine Chance, unseren Wohlstand aufrechtzuerhalten. Eine migrationsfreundliche Politik ist deshalb nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit – sie liegt auch in unserem eigenen Interesse.

Doch welche Migration ist tatsächlich in unserem Interesse, welche nicht? Das meinen viele Politiker, sauber voneinander unterscheiden und abgrenzen zu können. Sehen wir also näher zu: Welchen Formen der Migration steht die Europäische Union gegenüber?

Zu uns kommen Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte dringend gebraucht werden. Um sie wirbt die EU teilweise aktiv in ihren Herkunftsländern⁶²⁸.

Von den Arbeitsmigrant:innen unterschieden werden Menschen, die in Europa Zuflucht suchen vor Verfolgung, Krieg und Armut. Das sind die Menschen, deren Zuzug viele drastisch beschränken wollen. Tatsächlich leisten jedoch auch sie Arbeiten, die für unsere Wirtschaft und Gesellschaft dringend benötigt werden. Viele arbeiten in der Pflege, auf dem Bau oder in anderen Sektoren, in denen es an Arbeitskräften fehlt. Dennoch wird ihnen der Zugang immer mehr erschwert.

Migration findet aber auch innerhalb der EU statt. EU-Länder mit Problemen wie hohe Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Armut, Korruption oder staatliche Repression verlieren Bürgerinnen und Bürger an EU-Länder, die Arbeit, Wohlstand und Sicherheit bieten, darunter auch an Deutschland⁶²⁹.

⁶²⁷ <https://www.zeit.de/politik/2023-12/migration-weltweit-entwicklung-daten>; ebd.: Deutschland ist nach den USA das zweitbeliebteste Einwanderungsland weltweit.

⁶²⁸ <https://www.zeit.de/politik/2023-12/migration-weltweit-entwicklung-daten>; ebd. auch zu Deutschlands Werben um Arbeitsmigranten

⁶²⁹ Zwischen 2015 und 2020 sind mehr als 10 Mio. Europäer in ein anderes europäisches Land gezogen. Nach Deutschland kamen in dem Zeitraum fast 5,5 Millionen Menschen, knapp die Hälfte davon aus anderen EU-Staaten:

<https://www.zeit.de/politik/2023-12/migration-weltweit-entwicklung-daten>

Und dann gibt es noch Migration aus der EU in andere Weltregionen. Zum Beispiel von Menschen aus Afrika, die nicht dauerhaft in Europa bleiben wollen und die deshalb irgendwann in ihre Heimat zurückkehren (zirkuläre Migration⁶³⁰). Oft wenden sich auch begehrte Fachkräfte nach Diskriminierungserfahrungen enttäuscht ab von Europa und wandern aus in Regionen wie Kanada, von denen sie sich eine freundlichere Aufnahme erhoffen.

Wie reagiert die Europäische Union auf diese unterschiedlichen Formen der Migration?

10.2.2 Problembeschreibung

Häufig wird Zuwanderung als ein Problem diskutiert, das es vor allem einzuhegen gelte. Und gewiss stellt Zuwanderung die aufnehmenden Gemeinden vor Herausforderungen.

Das gilt aber auch für Abwanderung. Zu wenig wird in der öffentlichen Diskussion bedacht, welche Folgen es für Europa hätte, wenn es sich aus einer Zuwanderungs- in eine Abwanderungsregion verwandeln würde. Wie schnell das geschehen kann, hat Großbritannien nach dem Brexit gezeigt. Dort hat ausländerfeindliche Stimmungsmache dazu geführt, dass viele migrantische Arbeitskräfte dem Land den Rücken gekehrt haben – mit der Folge, dass sich Engpässe in der Pflege und in anderen Dienstleistungs-Sektoren dramatisch verschärft haben, sodass die damalige Regierung unter Boris Johnson ihre restriktive Visa-Politik wieder lockern musste⁶³¹.

Migrant:innen einzuteilen in unwillkommene und willkommenen, um dann die einen abzuschrecken und die anderen zu umwerben: Dieser Plan hat seine Tücken. Denn das Klima der Ablehnung, das durch eine flüchtlingsfeindliche Politik und Rhetorik entsteht, bekommen auch die so genannten Arbeitsmigrant:innen zu spüren.

Und die kehren nicht nur selbst Europa den Rücken, sondern warnen über Social-Media-Kanäle auch andere Interessenten. Dann fehlen während der Erntezeit die Saison-Arbeitskräfte, der Personalmangel in der Pflege verschärft sich, die Speditionen finden keine LKW-Fahrer mehr, und die wissenschaftlichen Nachwuchs-Talente forschen an amerikanischen statt an europäischen Institutionen.

⁶³⁰

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/migration-afrika-europa-seenotrettung-menschenrechte-5vor8>

⁶³¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/vereinigtes-koenigreich-erntehelfer-brexit-100.html>,
<https://taz.de/Fehlende-LKW-Fahrer-in-Grossbritannien/!5805872/>,
<https://www.zeit.de/2024/14/migration-london-east-end-ungleichheit/komplettansicht>

Wir brauchen deshalb allein schon aus Eigeninteresse eine Willkommenskultur in Europa.

Leider geschieht jedoch immer häufiger das Gegenteil. Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Armut fliehen, werden mit immer drastischeren Methoden daran gehindert, Europa zu erreichen.

Oft steht dahinter die Furcht, dass die Migrant:innen unseren Wohlstand schmälern könnten. Als ob Wohlstand ein Kuchen wäre, den wir in immer kleinere Stücke aufteilen müssten, je mehr Migrant:innen mit am Tisch säßen.

Diese Analogie führt in die Irre. Denn Migrant:innen essen nicht nur Kuchen, sie backen auch welchen. Sie nehmen nicht nur Sozialleistungen in Anspruch, sondern sie halten auch das Sozialsystem am Laufen, als Beitragszahlende und als Beschäftigte in Medizin und Pflege. Sie belegen Arbeitsplätze, schaffen aber auch neue.

Städte und Dörfer, die Geflüchtete aufnehmen, brauchen Hilfe. Denn sie müssen ihnen Wohnraum bieten, Kita- und Schulplätze, ÖPNV, Beratung, Sprachkurse und Sozialleistungen wie Bürgergeld und medizinische Versorgung. All das kostet Geld. Immer wieder klagen Gemeinden deshalb, dass sie mit der Zahl der Geflüchteten überfordert seien, auch weil die Hilfen nicht ausreichend seien oder nicht schnell genug kämen.

Diese Gemeinden müssen alle Hilfen erhalten, die sie benötigen. Doch nicht alle Klagen über Belastungsgrenzen sind berechtigt. Insbesondere bei Beschwerden über das Verhalten von Migrant:innen, die im Internet kursieren, ist Vorsicht geboten. Solche Berichte lassen sich oft nicht überprüfen oder erweisen sich bei näherer Betrachtung als haltlos⁶³². Oft sind es von rechten Propagandisten erfundene Lügen.

Natürlich dürfen wir auch das nicht verallgemeinern. Es gibt kriminelles und anstößiges Verhalten von Geflüchteten. Berichte über antisemitische Vorfälle dürfen wir auf keinen Fall auf die leichte Schulter nehmen. Und manchmal müssen Männer aus patriarchal geprägten Gesellschaften erst noch lernen, dass Frauen hier gleiche Rechte haben und im Beruf genauso zu respektieren sind wie ihre männlichen Kollegen.

Bei den meisten Geflüchteten rennen wir jedoch mit solchen Botschaften offene Türen ein. Schließlich sind sie auch deshalb zu uns geflohen, weil sie unsere

⁶³² <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2023/51/migration-kommunen-limit-belastung>

Wertvorstellungen attraktiv finden. Oft sind sie von den rigiden Vorstellungen der Diktaturen, aus denen sie kommen, genauso abgestoßen wie wir.

10.2.2.1 Problemerkklärung

Wie die EU an den Herausforderungen scheitert

Abschreckung von Flüchtenden ist das oberste Ziel des Gemeinsamen Asylsystems (GEAS), auf das sich die EU-Länder geeinigt haben⁶³³. Außerhalb der EU sollen Lager errichtet werden, in denen Flüchtende wie Gefangene gehalten werden, bis über ihren Antrag im Schnellverfahren entschieden ist. Abgelehnte Asylbewerber sollen also nicht mehr die Möglichkeit haben, auf EU-Boden zu gelangen. Wer es doch schafft, soll leichter als bisher abgeschoben werden können, beispielsweise in die Türkei oder in einen anderen „Drittstaat“, aus dem er oder sie in die EU gelangt ist. Und das auch dann, wenn er oder sie in der EU Anrecht auf Asyl hat. Auch die Verlegung des Asylverfahrens in das EU-Land der Einreise soll erleichtert werden.

Zur Abschreckung von Flüchtenden hat die EU schon vor Jahren so genannte „Mobilitätspartnerschaften“ abgeschlossen⁶³⁴: Autokratische Regime, die sich an keine menschenrechtlichen Standards halten, erhalten Geld und Privilegien, wenn sie im Gegenzug Flüchtende an der Weiterreise hindern⁶³⁵.

So kooperiert die EU mit Libyen, wo „Dunkelhäutige“ rassistisch verfolgt, ermordet, gefoltert, verfolgt und versklavt werden. Libyens Präsident treibt mit seinen rassistischen Kampagnen die Flüchtenden überhaupt erst aufs Mittelmeer. Dort werden sie dann im Auftrag der EU von der libyschen Küstenwache abgefangen. Anschließend werden sie an die Schleuser zurückverkauft, denen die EU angeblich das Handwerk legen möchte⁶³⁶.

Vor diesem Hintergrund klingt der Vorwurf an die Schlepper, sie würden Menschenleben aufs Spiel setzen, wie Hohn. Denn ganz offensichtlich ist der Europäischen Union an dem Schutz dieser Menschenleben nichts gelegen. Oder wie

⁶³³

https://de.wikipedia.org/wiki/Asylpolitik_der_Europ%C3%A4ischen_Union#EU-Asylkompromiss_2023, <https://www.taz.de/!5989857>

⁶³⁴

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/208/publikation/mobilitaetspartnerschaften-als-kooperationsmaschine-vollstaendig/>

⁶³⁵ <https://taz.de/Bedeutung-des-Asylkompromisses/!5938659/>

⁶³⁶

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/migration-afrika-europa-seenotrettung-menschenrechte-5vor8>, <https://africacenter.org/spotlight/african-migration-trends-to-watch-in-2023/>, <https://reliefweb.int/report/libya/libyaeu-conditions-remain-hellish-eu-marks-5-years-cooperation-agreements-enar>

sonst könnten sie mit brutalen Unrechts-Regimen Abkommen abschließen, die diese Schutzsuchenden in höchste Gefahr bringen?

Von den unmenschlichen Zuständen, die die Europäische Union so finanziert, sollen diejenigen Migrant:innen nichts mitbekommen, auf die es dieselbe EU abgesehen hat: hochqualifizierte Fachkräfte in Mangelberufen. Aber eine Inderin, die von einem Chip-Hersteller wegen ihrer außergewöhnlichen Fähigkeiten angeworben wurde, hängt sich ihre Zertifikate nicht um den Hals. Wo ein migrationsfeindliches Klima herrscht, bekommt sie das genauso zu spüren wie alle anderen Migrantinnen auch – und hat ihre Koffer schneller wieder gepackt, als uns lieb sein kann.

10.2.2.2 Beispiel

Deutschland ist allein schon aus Gründen der Bevölkerungsentwicklung dringend auf Migration angewiesen⁶³⁷. Zudem hat es einen enormen Bedarf an Arbeitskräften, den es ohne Migration nicht stillen könnte. Nicht nur an hochqualifizierten Fachkräften in IT, Wissenschaft und Medizin, sondern auch an unterschiedlich qualifizierten Kräften auf dem Bau, in der Pflege, im Transport, in der Gastronomie und in anderen Branchen. Da die Babyboomer-Generation in den kommenden Jahren in Rente gehen wird, wird dieser Bedarf weiter stark steigen. Deshalb braucht der deutsche Arbeitsmarkt alle – auch die Geflüchteten⁶³⁸.

Die Regierung hätte also allen Grund, für eine Willkommenskultur zu sorgen. Aber dieses Wort nehmen unsere Politikerinnen und Politiker nicht mehr gern in den Mund, seit die Kommunen über Überforderung klagen und Rechtsradikale sich diese Klagen zunutze machen.

Eingeschüchtert von den Zustimmungswerten für die AfD, hat die Ampel im Herbst 2023 umfassende Maßnahmen zur Abschottung gegen „irreguläre“ Migration ergriffen. Beschlossen wurden unter anderem verschärfte Grenzkontrollen, beschleunigte Asylverfahren, eine härtere Abschiebep Praxis und Leistungskürzungen. Damit von diesen gekürzten Leistungen nichts abgezweigt werden kann, um die Not der Verwandten in der Heimat zu lindern, soll eine Bezahlkarte eingeführt werden⁶³⁹. Mit mehreren Herkunftsstaaten laufen

⁶³⁷

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-02/demographische-entwicklung-deutschland-migrationshintergrund-einkommen-bildung>

⁶³⁸ <https://taz.de/Migration-gegen-Arbeitskraeftemangel!/5977767/>

⁶³⁹ <https://taz.de/Leistungen-fuer-Gefluechtete!/5990547&s=Bezahlkarte/>,

<https://taz.de/Bund-Laender-Treffen-zu-Asylpolitik!/5968502/>,

<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/migration-bezahlkarte-fuer-gefuechtete-kommt-bundesweit-/29629634.html>

Verhandlungen über Rückführungsabkommen. Angestrebt werden zudem Aufnahmezentren in afrikanischen Ländern⁶⁴⁰.

Um Härte zu demonstrieren, schreckt die Ampel nicht einmal davor zurück, den Jesidinnen Schutz zu verweigern, die mit Mühe und Not dem IS-Terror entronnen waren, den der Bundestag selbst als Völkermord anerkannt hat. Sie sollen nun wieder Tür an Tür mit ihren ehemaligen Peinigern leben müssen⁶⁴¹. Auch schämt sich die Bundesregierung nicht, tausenden afghanischen Ortskräften der Bundeswehr, die für unsere Werte ihr Leben riskiert haben, den Schutz vor den Taliban-Terroristen zu verweigern, denen der Westen ihr Land überlassen hat⁶⁴².

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Deutschland wenig erfolgreich darin ist, begehrte Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen und zu halten. Abgestoßen von Diskriminierungserfahrungen und einer uferlosen Bürokratie, kehren viele teuer angeworbene Fachleute uns wieder den Rücken, kaum dass sie angekommen sind: Bei der sogenannten „Bleibeattraktivität“ liegt Deutschland von 53 Ländern auf Platz 49⁶⁴³.

Die deutsche Wirtschaft hat die Gefahr erkannt: Während viele Politiker:innen sich immer noch scheuen, von „Willkommenskultur“ zu sprechen, wird sie von Wirtschaftsvertretern wie Arbeitgeber-Präsident Rainer Dulger nachdrücklich eingefordert⁶⁴⁴.

10.2.2.3 Problemrelevanz

„Reguläre“ vs. „irreguläre“ Flucht

Die politischen Repressionsmaßnahmen gegen Menschen auf der Flucht seien leider nötig, wird uns suggeriert, um irreguläre Flucht zu verhindern und reguläre Flucht zu ermöglichen.

Aber was soll das sein – „reguläre Flucht“?

⁶⁴⁰ <https://www.zeit.de/2023/47/migrationspolitik-fluechtlingsgipfel-spd-gruene-einigkeit>

⁶⁴¹ <https://taz.de/Abschiebungen-von-Jesiden!/5983290/>

⁶⁴²

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/afghanistan-giz-ortskraefte-taliban-kommentar-1.6089588>

⁶⁴³

https://cms.in-cdn.net/cdn/file/cms-media/public/2023-06/2023-07-11_Pressemitteilung_Expat%20Insider%202023_Deutschland.pdf

⁶⁴⁴ <https://www.zeit.de/2023/47/migrationspolitik-fluechtlingsgipfel-spd-gruene-einigkeit>,
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-05/gefluechtete-arbeitsmarkt-integration-migration-daten>,
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-04/fachkraeftemangel-einwanderung-gesetz-verbaende-kritik>,
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-03/deutschland-fachkraefte-zuwanderung-beliebtheit>

Stellen wir uns vor, einer jungen Frau in Eritrea, die unter Dauerbewachung durch ihre Großfamilie steht, eröffnet sich während einer Hochzeitsfeier unerwartet die Möglichkeit, über die Landesgrenze zu fliehen. Wenn sie diese Chance ergreift und sich nach Europa durchschlägt: Flieht sie dann „irregulär“⁶⁴⁵?

Oder denken wir an den zwangsrekrutierten russischen Soldaten⁶⁴⁶, der desertiert, weil er keine Ukrainer:innen töten will. Soll er sich brav an einem EU-Grenzposten in die Warteschlange einreihen, um sich von dem Grenzbeamten wieder in den Krieg zurückschicken zu lassen? Wäre das „regulär“ genug⁶⁴⁷?

Für die meisten Menschen, die sich aus Afrika nach Europa aufmachen wollen, stellt sich die Frage ohnehin nicht: Sie wissen, dass ihnen die EU so gut wie keine regulären Migrationswege eröffnet. Ihnen bleibt nur die „irreguläre“ Flucht über das Mittelmeer.

Uns wird erzählt, dass die EU so handeln müsse, weil die meisten Geflüchteten gar nicht verfolgt seien, sondern nur in unsere Sozialsysteme einwandern wollten. Tatsächlich werden jedoch beispielsweise in Deutschland die meisten Asylsuchenden sehr wohl von den Gerichten als Verfolgte anerkannt. Und von den Geflüchteten, die 2015/2016 nach Deutschland kamen, sind trotz sprachlicher und anderer Hürden mittlerweile 55 Prozent in Arbeit. Tendenz steigend.

In die Ausbildung derjenigen Menschen zu investieren, die von sich aus bei uns Schutz suchen, zumal wenn ihre Verwandten hier bereits eine zweite Heimat gefunden haben: Das ist allemal kostengünstiger, als aufwändig Arbeitskräfte anzuwerben, die sich am Ende doch für die USA oder Kanada entscheiden⁶⁴⁸.

Scheinlösungen

Wer in Sachen Migration nach humanen Lösungen sucht, muss sich zuerst von der Illusion verabschieden, dass sich fein säuberlich unterscheiden ließe zwischen berechtigter und unberechtigter Migration – wobei die unberechtigte Migration den

⁶⁴⁵ <https://www.zeit.de/2023/42/lampedusa-bootsunglueck-2013-tote-migrationspolitik>: “Eritrea gilt als eine der brutalsten Diktaturen der Welt, als Willkürregime, das seine Bürger zur Zwangsarbeit einzieht. Ein UN-Sonderbericht beschreibt Versklavung und systematische Überwachung. Mindestens jeder fünfte Eritreer lebt inzwischen im Ausland, insgesamt mehr als eine Million Menschen.”

⁶⁴⁶

<https://www.proasyl.de/news/bundesamt-fuer-migration-lehnt-asyl-fuer-russischen-verweigerer-ab/>

⁶⁴⁷ Was verfolgte Afghaninnen erwartet, die auf das Versprechen der “regulären” Migration nach Deutschland vertrauen: <https://www.taz.de/5992364>

⁶⁴⁸ <https://taz.de/Bedeutung-des-Asylkompromisses/!5938659/>

Löwenanteil ausmache, während die berechtigte Migration nur sehr geringfügig und deshalb leicht zu managen sei.

Die traurige Wahrheit ist: Europa ist wie eine Insel in einem Meer von Unterdrückung, Not und Verzweiflung in dysfunktionalen Diktaturen, die bei der Versorgung ihrer Bevölkerung mit dem Allernotwendigsten versagen und in denen die Menschen in ständiger Furcht vor staatlicher Repression leben, weil dort die Menschenrechte mit Füßen getreten werden⁶⁴⁹.

Wie sollen wir Flüchtenden aus so gewalttätigen Regimen wie Russland, Irak, Iran, Libyen oder Eritrea, um nur einige zu nennen, das Recht auf Flucht absprechen? Wer von ihnen flieht „irregulär“ oder gar „illegal“?

Gewiss können wir nicht alle Menschen aus diesen Ländern aufnehmen. Es wollen aber auch nicht alle zu uns. Was jedenfalls das Mindeste wäre: Wir sollten nicht anständig tun, wo wir es nicht sind. Stattdessen sollten wir ehrlich zugeben, dass wir hinter dem zurückbleiben, was unter humanitären Gesichtspunkten nötig wäre.

Natürlich wäre das allein noch nicht zufriedenstellend. Aber es würde doch wenigstens unsere Politik wieder durchlässig machen für die menschliche Not. Wir würden immerhin erkennen, dass wir weitaus mehr leisten können, als wir aktuell tun – und dass wir mit unserer Abschottungspolitik genau das *nicht* tun, was uns selbst wirtschaftlich und demographisch helfen würde.

Wer gefährdet unsere Sicherheit?

Doch wie sollen wir umgehen mit den Ängsten in der Bevölkerung und mit ihren negativen Erfahrungen? Dass es die gibt, haben nicht nur die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und der Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz 2016 drastisch gezeigt. Muss die Politik darauf nicht eingehen?

Selbstverständlich muss sie das. Es ist Aufgabe der Politik, für Sicherheit zu sorgen. Diskriminierungserfahrungen von Frauen und Trans-Menschen sind nicht zu verharmlosen, auch dann nicht, wenn sie von Geflüchteten ausgehen. Die Gefahr durch islamistischen Terrorismus ist real. Nicht nur in Deutschland mussten Geheimdienst und Polizei bereits mehrere islamistische Terror-Anschläge verhindern. Die Anfeindungen, denen Jüdinnen und Juden unter uns auch von Migrant:innen ausgesetzt sind, sind nicht hinnehmbar. All das braucht eine starke staatliche Antwort.

Die Politik darf die Gefahr aber auch nicht größer zeichnen, als sie ist. Viele Ängste sind durch Falschmeldungen in den Sozialen Medien genährt. Dann werden

⁶⁴⁹ <https://www.zeit.de/2023/47/migrationspolitik-fluechtlingsgipfel-spd-gruene-einigkeit>

Geflüchtete zu Unrecht verdächtigt. Wo das geschieht, sind sie es, die unseren Schutz verdienen.

Ein Generalverdacht gegen Geflüchtete würde unser gesellschaftliches Miteinander vergiften und der überwältigenden Mehrheit der Geflüchteten großes Unrecht tun. Die Allermeisten sind froh, Verfolgung, Krieg oder anderen Nöten entronnen zu sein. Sie wissen es zu schätzen, dass sie bei uns Aufnahme gefunden haben. Sie lernen unter großen Mühen unsere Sprache und verhalten sich loyal. Sie wollen nichts weiter als ein Leben in Frieden und Sicherheit und sind gerne bereit, ihren Beitrag zu leisten.

Gefahren dürfen nicht kleingeredet werden. Wo Menschen frei sind, können sie ihre Freiheit missbrauchen, um anderen zu schaden. Davor müssen wir uns schützen. Auch dann, wenn die Bedrohung von Geflüchteten ausgeht.

Darüber dürfen wir jedoch eine andere Gefahr für Freiheit und Demokratie nicht übersehen, die uns derzeit massiv bedroht. Sie lauert ausgerechnet bei denen, die am lautesten brüllen, dass sie uns schützen wollen: bei den Rechten. Und am gefährdetsten sind die, vor denen die rechten Regierungen Europas vorgeben, uns zu schützen: die Menschen, die sich auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Armut in Lebensgefahr begeben müssen. Tausende von ihnen finden jährlich im Mittelmeer den Tod⁶⁵⁰.

Wenn die Rechten die Oberhand gewinnen, ist es aus mit Freiheit und Menschenwürde. Diese Gefahr müssen wir heute bannen. Und das können wir nicht, indem wir selbst nach rechts rücken, um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie würden sich nur bestätigt fühlen.

Es ist beschämend, mitansehen zu müssen, wie Demokrat.innen aus Angst vor den Rechtsradikalen alle menschenrechtlichen Standards beiseite schieben und sich auf schmutzige Geschäfte mit Tyrannen einlassen, damit diese wehrlose Bootsflüchtlinge jagen und abgeschobene Menschen wieder unter ihre Gewalt bekommen, die ihnen unter großen Opfern entronnen waren.

Wo Regierungen derart verrohen, wenden sich auch diejenigen Fachkräfte angewidert ab, um die wir an den internationalen Hochschulen werben.

⁶⁵⁰ <https://africacenter.org/spotlight/african-migration-trends-to-watch-in-2023/>,
<https://www.zeit.de/2023/42/lampedusa-bootsunqlueck-2013-tote-migrationspolitik>

10.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

- Ja zur Willkommenskultur. Menschlichkeit darf nicht der Angst weichen, „Pull-Faktoren“ zu schaffen.
- Keine Kriminalisierung der Seenotrettung.
- Faire Asylverfahren innerhalb der Grenzen der EU. Keine gefängnisartigen Asylzentren in Drittstaaten ohne Respekt vor den Menschenrechten, keine Schnellverfahren.
- Keine Rückführungsabkommen mit rassistischen Autokratien.
- Länder und Gemeinden, die Geflüchtete aufnehmen, sollen alle Unterstützung erhalten, die sie dafür benötigen.
- Förderung der Integration durch Sprachkurse sowie durch Kurse zur Vermittlung von Werten wie Demokratie, Menschenrechte und Toleranz
- Schutz aller Minderheiten vor Diskriminierung, egal durch wen.
- Dialog mit besonders gefährdeten Minderheiten wie Jüdinnen und Juden, Muslimas und Muslimen sowie Trans-Menschen über ihre spezifischen Schutzbedürfnisse, Sicherstellung des erforderlichen Schutzes.
- Ausstattung von Polizei und Geheimdiensten mit allem, was sie benötigen, um die Sicherheit der Bevölkerung vor Terror und Kriminalität, begangen von wem auch immer, zu gewährleisten, unter Wahrung hoher Datenschutz- und Menschenrechts-Standards⁶⁵¹.
- Entbürokratisierung. Zusammenführung aller Ämtergänge und anderen bürokratischen Anforderungen in Willkommenszentren für Migrantinnen und Migranten, wo sie von Integrationslots:innen begleitet werden.
- Bekämpfung von Fluchtursachen, u. a. durch Unterstützung der Länder des Globalen Südens beim Aufbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur sowie durch Einzahlungen in den „Fonds für Umgang mit Klimaschäden“⁶⁵².

Die wichtigste Forderung auch der Migrationspolitik ist der Kampf gegen die Erderhitzung. Denn wenn die nicht rasch gestoppt wird, werden innerhalb weniger Jahrzehnte riesige Weltregionen unbewohnbar sein. Milliarden Menschen werden auf einer Erde mit knapper werdenden Wasser- und Nahrungsressourcen ihre Heimat verlieren. Klimamigration und Verteilungskriege in nie gekanntem Ausmaß werden die Folge sein. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

⁶⁵¹ Zum Einfluss der europäischen Politik auf die innere Sicherheit siehe <https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/76658/innere-sicherheit-in-der-europaeischen-union/>

⁶⁵² <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/fonds-fuer-umgang-mit-klimaschaeden-wird-konkret-195138>

10.2.4 Begründung

Kampf den Fluchtursachen

Menschen in Not durch lebensgefährliche und menschenrechtswidrige Hürden von der Flucht abzuschrecken, ist mit den Werten Europas nicht vereinbar. Wer die Flüchtlingszahlen senken möchte, ohne Menschen in Not im Stich zu lassen, muss die Fluchtursachen bekämpfen.

Natürlich kann die Europäische Union nicht alle Fluchtursachen beseitigen. Aber die Spielräume, die sie hat, um die Lebensbedingungen von Menschen in ärmeren Ländern zu verbessern, muss sie ausschöpfen. Beispielsweise durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und in die erneuerbaren Energien, ohne die sich diese Länder nicht klimaschonend entwickeln können. Oder durch Mittel für den „Fonds für Umgang mit Klimaschäden“, der auf der COP28 beschlossen wurde⁶⁵³. Denn die Folgen der Erderhitzung sind heute schon im Globalen Süden besonders spürbar und treiben viele Menschen in die Flucht.

10.2.5 Entkräften von Gegenargumenten

Gegenargument „Auswanderungsländer“

„Müssen wir in der Migrationspolitik nicht auch bedenken, was Migration in den Ländern bewirkt, aus denen die Migrant:innen kommen – in den Auswanderungsländern? Ziehen wir mit unserer Anwerbepolitik nicht Fachkräfte ab, die dort dringend benötigt werden?“

Antwort

Das ist eine berechtigte Frage. Wer pflegt in den Ländern, aus denen unsere Pflegekräfte kommen, die Kranken und Alten? Wer heilt die Kranken in den Ländern, denen die ausgebildeten Ärztinnen nach dem Medizinstudium den Rücken kehren?

Doch die Freizügigkeit einzuschränken, um andere Länder vor der Auswanderung ihrer Fachkräfte zu schützen, kann die Lösung nicht sein. Denn zum einen profitieren viele dieser Länder erheblich von den Zahlungen ihrer ausgewanderten Arbeitskräfte an die Daheimgebliebenen. Im Globalen Süden fließt vieles davon in Trinkwasser, Lebensmittel, Gesundheitsvorsorge und in die Bildung von Kindern, die anders keine Schule besuchen könnten⁶⁵⁴. Zum anderen kehren viele Fachkräfte

⁶⁵³ ebd.

⁶⁵⁴

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1344248/umfrage/empfaengerlaender-in-afrika-mit-dem-hoechsten-anteil-an-rueckueberweisungen-von-migranten/>

nach einigen Jahren im Ausland wieder in ihre Heimat zurück und bereichern sie um ihre Erfahrungen⁶⁵⁵.

Vor allem aber hat jeder Mensch das Recht, sein Land zu verlassen, zumal dann, wenn dort die Lebens- und Arbeitsbedingungen unzumutbar sind. Statt dieses Recht zu verwehren, sollten wir die Attraktivität von Auswanderungsländern verbessern durch Stärkung ihrer Wirtschaft, Friedensvermittlungen sowie durch die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und Korruption.

10.2.7 Quellenangaben

- Verschärfung des EU-Asylrechts:
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-04/eu-parlament-stimmt-verschaerften-asylregeln-zu>
- Informationen des Europäischen Rats zur Migrations- und Asylpolitik der EU:
<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-migration-policy/>
- Das Bundesministerium des Inneren zur Migrationspolitik der EU:
<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/zuwanderung/migrationspolitik-eu/migrationspolitik-eu-node.html>
- EU-Asylkompromiss:
https://de.wikipedia.org/wiki/Asylpolitik_der_Europ%C3%A4ischen_Union#EU-Asylkompromiss_2023
- Bedeutung der Zuwanderung für die demographische Entwicklung Deutschlands:
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-02/demographische-entwicklung-deutschland-migrationshintergrund-einkommen-bildung>
- Daten zur Kriminalität und wie sie interpretiert werden (Deutschland):
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-04/polizeiliche-kriminalstatistik-2023-jugendliche-gewalt-kriminalitaet>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF):
https://www.bamf.de/DE/Startseite/startseite_node.html
- Pro Asyl: <https://www.proasyl.de/>
- Immigration. Illusions, confrontations, instrumentalisations. Le Monde Diplomatique, Maniere de Voir Avril – Mai 2024:
<https://www.monde-diplomatique.fr/mav/194/>

655

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/migration-afrika-europa-seenotrettung-menschenrecht-e-5vor8> > zirkuläre Migration

11. Digitales

11.1 Fördern von Open Source Software

EU-weites Fördern von Open Source Software, um europäische Zusammenarbeit für zukünftige Herausforderungen wie den Klimawandel zu stärken

Wichtig ist in diesem Zusammenhang das EU-Förderprogramm „The Digital Europe Programme“⁶⁵⁶.

11.1.1 Einleitung

Europa grüner und digitaler zu machen, ist die doppelte und zusammenhängende Herausforderung für unsere Generation. Der Erfolg bei der Bewältigung dieser Herausforderungen wird die Zukunft bestimmen. Digitale Technologie und Infrastruktur spielen eine entscheidende Rolle in unserem Privatleben und Geschäftsumfeld.

11.1.2 Problembeschreibung

Die COVID-19-Pandemie hat nicht nur gezeigt, wie sehr wir auf die Verfügbarkeit unserer Technologie angewiesen sind, sondern auch, wie wichtig es für Europa ist, nicht von Systemen und Lösungen aus anderen Regionen der Welt abhängig zu sein.

Den Weg zur Erreichung dieses Ziels ebnet das DIGITAL-Programm.

Das Programm „Digitales Europa“ stellt strategische Mittel zur Bewältigung dieser Herausforderungen bereit. Mit einem geplanten Gesamtbudget von 7,5 Milliarden Euro (zu jeweiligen Preisen) soll es den digitalen Wandel der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft gestalten, was allen, insbesondere aber kleinen und mittleren Unternehmen, Vorteile bringt⁶⁵⁷.

⁶⁵⁶ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/activities/digital-programme>

⁶⁵⁷ European Commission – The Digital Europe Programme
(<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/activities/digital-programme>)

11.1.2.1 Problemerkklärung

Open Source Software Strategy 2020–2023

Die Genehmigung der Open-Source-Software-Strategie 2020–2023 durch die EU-Kommission war ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung der Ziele der übergreifenden Digitalstrategie der Kommission und ein Beitrag zum Programm „Digitales Europa“.

Die interne Strategie unter dem Motto „Think Open“ legt eine Vision zur Förderung und Nutzung der transformativen, innovativen und kollaborativen Kraft von Open Source, seiner Prinzipien und Entwicklungspraktiken fest. Es fördert die gemeinsame Nutzung und Wiederverwendung von Softwarelösungen, Wissen und Fachwissen, um bessere europäische Dienste bereitzustellen, die der Gesellschaft zugute kommen und die Kosten für diese Gesellschaft senken.

Die Kommission verpflichtet sich, den Einsatz von Open Source nicht nur in praktischen Bereichen wie der IT, sondern auch in Bereichen, in denen dies von strategischer Bedeutung sein kann, zu verstärken⁶⁵⁸.

11.1.2.2 Beispiel

Digitale Technologie und Infrastruktur spielen eine entscheidende Rolle in unserem Privatleben und Geschäftsumfeld. Wir verlassen uns darauf, dass sie kommunizieren, arbeiten, die Wissenschaft voranbringen und aktuelle Umweltprobleme lösen. Gleichzeitig hat die COVID-19-Pandemie nicht nur gezeigt, wie sehr wir auf die Verfügbarkeit unserer Technologie angewiesen sind, sondern auch, wie wichtig es für Europa ist, nicht von Systemen und Lösungen aus anderen Regionen der Welt abhängig zu sein.

11.1.2.3 Problemrelevanz

Die künftigen Herausforderungen wie die Erderhitzung erfordern EU-weite Zusammenarbeit, auch auf digitaler Ebene. Die großflächige Nutzung von

⁶⁵⁸ European Commission – Open Source Software Strategy
(https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/informatics/open-source-software-strategy_en)

kommerzieller Software unter Prinzipien der Gewinnmaximierung und des Wettkampfes stehen diesem Ziel gegenüber.

11.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Die EU muss weitere Bemühungen in den Bereich der Open Source Software investieren und die bisherige Open-Source-Software-Strategie 2020–2023 weiterführen.

11.1.4 Begründung

„Open Source“ ist öffentlichen Diensten im Wesen sehr ähnlich: Es handelt sich um öffentlichen Programmcode, weshalb das darin investierte öffentliche Geld gut angelegt ist, denn Quelloffenheit fördert Wahlfreiheit und verhindert die unfreiwillige Bindung an bestimmte Anbieter. Quelloffenheit erleichtert die Nutzung und Weiterverwendung von Softwarelösungen, sodass wir unsere Bemühungen zum Aufbau wertvoller grenzüberschreitender und interoperabler Dienste bündeln und dabei die Effizienz steigern können. Und es ist einfach und effizient, neue Funktionen zu quelloffener Software hinzuzufügen, die dann zu beliebigen Zwecken frei und unbeschränkt weitergegeben werden darf. Das ist für alle von Vorteil⁶⁵⁹.

Open Source kann zusätzliche Möglichkeiten bieten, einen positiven Einfluss auf die Bekämpfung der Erderhitzung auszuüben, denn die Grundsätze von Open Source – wie Zusammenarbeit, Gemeinschaft und Transparenz – sind der Schlüssel zur Suche nach Klimalösungen⁶⁶⁰.

11.1.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten.

⁶⁵⁹ Netzpolitik – Wie die EU-Kommission an der eigenen digitalen Transformation arbeitet (<https://netzpolitik.org/2020/wie-die-eu-kommission-an-der-eigenen-digitalen-transformation-arbeitet/>)

⁶⁶⁰ FOSSLIFE – How to Fight Climate Change with Open Source (<https://www.fossilife.org/how-fight-climate-change-open-source>)

12. Demokratie

12.1 Prozensperrklauseln verbieten

12.1.1 Einleitung

Im Bestreben, Minderheitenmeinungen zu unterdrücken, wurde im EU-Parlament mit den 2022 überarbeiteten Wahlregeln⁶⁶¹ ein in Deutschland verfassungswidriges Gesetz verabschiedet, das die Mitgliedsstaaten dazu zwingen soll, das Prinzip der Gleichheit der Stimme auszuhöhlen und eine Sperrklausel gegen Parteien, die weniger als 3,5 % der Stimmen erhalten, in ihre nationalen Wahlgesetze aufzunehmen.

12.1.2 Problembeschreibung

Dass der deutsche Bundestag zu langsam war, dies rechtzeitig bis ein Jahr vor der Wahl zu übernehmen, ist der Grund dafür, dass wir und viele weitere, demokratische Parteien bei der kommenden Wahl überhaupt eine Chance haben, gewählt zu werden.

Auch die für deutsche Parlamentswahlen geltende 5 %-Klausel rechtfertigt sich durch eine vermeintlich einfachere Bildung von stabilen Koalitionen mit weniger Parteien im Parlament.

Parlamente mit weniger Parteien sind nicht stabiler

Gerne wird auf die Erfahrungen der Weimarer Republik verwiesen, in der Regierungen immer wieder daran gescheitert waren, dass die großen Volksparteien nicht fähig waren, gemeinsam zu regieren. Die Theorie, dass Parlamente mit weniger Parteien stabiler sind, trifft in der Praxis auf wenig Evidenz⁶⁶².

Auch in der Weimarer Zeit sind selten mehr Parteien angetreten als heute. Es gingen meist einige wenige Sitze an Kleinparteien unter 5 %, die für die Bildung einer Regierung kaum eine Rolle spielten. Demgegenüber steht das sehr stabile

⁶⁶¹

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220429IPR28242/parlament-neue-regeln-fur-europawahl-eu-weiter-wahlkreis-gefordert>

⁶⁶² Wahlergebnisse deutscher Parlamentswahlen: <https://wahlen-in-deutschland.de/wrtw.htm>

EU-Parlament, in dem aktuell 211 verschiedene Parteien sowie 117 unabhängige Abgeordnete aus 27 Ländern sitzen⁶⁶³.

12.1.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Wir betrachten Regelungen, die Menschen in ihrer Wahlentscheidung bevormunden grundsätzlich als demokratiefeindlich und setzen uns gegen Prozentsperrklauseln ein. Stattdessen streben wir bei allen Wahlen ein System mit mehreren Stimmen an, die auf eine Partei kumuliert, aber auch auf verschiedene Parteien verteilt werden können⁶⁶⁴.

12.1.4 Begründung

So sollen Menschen ihre politischen Vorstellungen möglichst präzise auf dem Stimmzettel abbilden können, damit statt Populismus und Personenwahlkampf wieder echte Inhalte in den Vordergrund rücken.

Vielfalt führt zu besseren Lösungen

Wir arbeiten grundsätzlich kooperativ mit anderen lösungsorientierten Parteien zusammen. Ein repräsentatives Parlament, das alle wichtigen Themen abdeckt, muss die gesellschaftliche Diversität widerspiegeln und die Spezialisierung von Parteien zulassen, damit Lösungen, die der Komplexität der Probleme gerecht werden, eingebracht und im Kreise der mit der jeweiligen Thematik vertrauten Abgeordneten diskutiert werden können.

12.1.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten.

⁶⁶³ Auswertung der Abgeordnetenliste des EU-Parlaments:

<https://www.europarl.europa.eu/meps/en/full-list>

⁶⁶⁴ Vergleiche <https://hessen.klimaliste.org/?/sites/programm23/demokratie.html> > Wahlsystem mit mehreren Stimmen

12.2 Qualifizierte Mehrheit im EU-Rat

Ersetzen des Einstimmigkeitsprinzips für den Rat der Europäischen Union durch das qualifizierte Mehrheitsrecht

12.2.1 Einleitung

Einstimmigkeit im Rat der Europäischen Union ist bei einigen Angelegenheiten erforderlich, die die Mitgliedstaaten als sensibel betrachten, so zum Beispiel:

- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (mit Ausnahme einiger eindeutig festgelegter Fälle, in denen eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, etwa die Ernennung eines Sonderbeauftragten)
- Bürgerrechte (Gewährung neuer Rechte für EU-Bürger)
- EU-Mitgliedschaft
- Harmonisierung nationaler Rechtsvorschriften über indirekte Besteuerung
- EU-Finanzen (Eigenmittel, mehrjähriger Finanzrahmen)
- einige Bestimmungen im Bereich Justiz und Inneres (europäischer Staatsanwalt, Familienrecht, operative polizeiliche Zusammenarbeit usw.)
- Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften im Bereich soziale Sicherheit und Sozialschutz

Darüber hinaus ist für Abweichungen von einem Kommissionsvorschlag Einstimmigkeit im Rat erforderlich, sofern die Kommission den an ihrem Vorschlag vorgenommenen Änderungen nicht zustimmen kann. Diese Regelung gilt nicht für Rechtsakte, die der Rat auf Empfehlung der Kommission annimmt, etwa im Bereich der wirtschaftspolitischen Koordinierung⁶⁶⁵.

Grenzübergreifende Krisen wie der Klimawandel und mögliche Kriege in der europäischen Nachbarschaft verlangen nach einem gemeinsamen Vorgehen. Alle Mitgliedstaaten der EU sind sich jedoch selten einig und jeder einzelne Mitgliedstaat kann mit seinem Veto Beschlüsse blockieren.

⁶⁶⁵ European Commission – Abstimmungsverfahren
(<https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/voting-system/unanimity/>)

12.2.2 Problembeschreibung

Das Einstimmigkeitsprinzip ist nicht praktikabel

Das Problem ist, dass die Europäische Union in der Welt selten geschlossen auftritt. Die Außenminister:innen und Regierungschef:innen der großen Länder in der EU haben einzeln immer noch mehr Gewicht als die EU als Machtblock. Das liegt vor allem an den politischen Spielregeln. Denn um einen Beschluss in der Außenpolitik zu fällen, müssen alle 27 Mitgliedstaaten diesem zustimmen. Falls nur ein Land dagegen ist, passiert nichts mehr.

12.2.2.1 Problemerkklärung

In der Praxis bedeutet das: Die EU hat fast 450 Millionen Einwohner. Wenn die Regierung von Malta sich querstellt, dann kann diese „Macht“ von 475.000 Menschen (weniger Einwohner:innen als Bremen / 0,1 % der EU-Gesamtbevölkerung) alles blockieren. Dieses Einstimmigkeitsprinzip gilt auch bei anderen Politikbereichen wie den EU-Finzen, der Besteuerung, dem Sozialschutz und Bürgerrechten⁶⁶⁶.

12.2.2.2 Beispiel

Einige Mitgliedstaaten nutzen das Veto als Druckmittel für Verhandlungen. So legte beispielsweise Ungarn in Polen 2022 sein Veto gegen den von der OECD empfohlenen Mindeststeuersatz für Unternehmen ein, um Druck auf die Europäische Kommission bei der Auszahlung der COVID-19-Wiederaufbaufonds auszuüben⁶⁶⁷.

12.2.2.3 Problemrelevanz

Ein Staat kann den ganzen Staatenbund blockieren

Grenzübergreifende Krisen wie die Erderhitzung und mögliche Kriege in der europäischen Nachbarschaft verlangen nach einem gemeinsamen Vorgehen. Alle

⁶⁶⁶ Politik – So schaffen wir das Einstimmigkeitsprinzip in der EU endlich ab

(<https://ypolitik.de/podcast/so-schaffen-wir-das-einstimmigkeitsprinzip-in-der-eu-endlich-ab/>)

⁶⁶⁷ Euractiv – EU-Parlament entwirft neuen Plan zur Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips

(<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/eu-parlament-entwirft-neuen-plan-zur-aufhebung-des-einstimmigkeitsprinzips/>)

Mitgliedstaaten der EU sind sich jedoch selten einig und jeder einzelne Mitgliedstaat kann mit seinem Veto Beschlüsse blockieren.

12.2.3 Lösungsvorschlag: unsere Forderungen

Das Einstimmigkeitsprinzip muss abgeschafft und ersetzt werden durch ein Wahlverfahren, das in vielen anderen Politikfeldern verwendet wird: das qualifizierte Mehrheitsrecht.

Qualifizierte Mehrheit bedeutet:

Es braucht mindestens 15 von 27 Mitgliedsstaaten für einen Beschluss (= 55 % aller Mitgliedstaaten). Diese mindestens 15 Staaten müssen mindestens 65 % der EU-Gesamtbevölkerung repräsentieren.

Das stellt zum einen sicher, dass große Länder nicht von kleinen Ländern zu etwas gezwungen werden können, weil 65 % der Bevölkerung repräsentiert sein müssen, und zum anderen, dass viele kleine Länder sich gegen eine Übermacht weniger großer Länder wehren können⁶⁶⁸.

Das EU-Parlament verfolgt dieses Anliegen bereits:

„Das EU-Parlament verabschiedete am Dienstag einen Bericht mit pragmatischen Empfehlungen zur Umsetzung der Reform der EU. Damit sollen die Mitgliedstaaten davon überzeugt werden, Einstimmigkeit in Schlüsselbereichen abzuschaffen. Es handelt sich um den 40. Versuch. Der nicht bindende Bericht, der die Passerelle-Klauseln als ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Fähigkeit der EU, schnell und effektiv zu handeln, anerkennt, enthält Empfehlungen zu den Bereichen, in denen sie angewandt werden sollen, sowie einen konkreten Zeitplan, wann sie eingeführt werden sollen.“

Das Parlament fordert die EU auf, bis Ende 2023 Passerelle-Klauseln und die qualifizierten Mehrheitsentscheidungen bei Sanktionen, steuerlichen Maßnahmen in der Energiepolitik, Umweltmaßnahmen und der Revision des EU-Haushalts anzuwenden. Entscheidungen über die Standpunkte der EU in multilateralen Foren

⁶⁶⁸ Politik – So schaffen wir das Einstimmigkeitsprinzip in der EU endlich ab (<https://ypolitik.de/podcast/so-schaffen-wir-das-einstimmigkeitsprinzip-in-der-eu-endlich-ab/>)

und die Unterzeichnung internationaler Abkommen in der Außen- und Verteidigungspolitik bleiben Bereiche, in denen der Rat bis Ende 2024 ebenfalls das Mehrheitsprinzip nutzen sollte“⁶⁶⁹.

12.2.4 Begründung

Mit dem Mehrheitsrecht gegen die Blockaden Einzelner

Wenn das Einstimmigkeitsprinzip durch das Qualifizierte Mehrheitsrecht ersetzt wird, wäre der Rat der Europäischen Union deutlich handlungsfähiger, da Länder ihr Vetorecht nicht mehr als Druckmittel missbrauchen können. Die EU könnte geschlossen nach außen auftreten und zuverlässiger ein gemeinsames Vorgehen gegen grenzübergreifende Krisen wie den Klimawandel finden.

12.2.7 Quellenangaben

Siehe Fußnoten.

⁶⁶⁹ Euractiv – EU-Parlament entwirft neuen Plan zur Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips (<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/eu-parlament-entwirft-neuen-plan-zur-aufhebung-des-einstimmigkeitsprinzips/>)

